



Autonome Provinz Bozen-Südtirol
Abteilung Sozialwesen
Amt für Familie, Frau und Jugend



Universität Trient
Departement für Soziologie und
Sozialforschung

Studie über das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe in schwierigen Lebenslagen in Südtirol

2003

Herausgeberin

Autonome Provinz Bozen-Südtirol
Abteilung Sozialwesen
Amt für Familie, Frau und Jugend

Bozen, Juli 2003

**Studie zu
beziehen über**

Amt für Familie, Frau und Jugend
Duca d'Aosta-Allee 101/C
I-39100 Bozen

e-mail: Familie.Frau-Jugend@provinz.bz.it
<http://www.provinz.bz.it/sozialwesen>

**AutorInnen
Wissenschaftliche
Beratung**

Universität Trient
Departement für Soziologie und Sozialforschung
Dott. Carlo Buzzi
Dott. Rino Fasol
Dott.ssa Francesca Sartori
Dr. Sabina Frei
Dr. Bernhard Karner

**Koordination und
Redaktion**

Dr. Gerhard Mair

Layout

Dr. Petra Frei

Übersetzung

Dr. Verena Egger
Studio Nord Intercongress, Marianne Maier

Druck

TEZZELE, Leifers

Nachdruck, Entnahme von Tabellen, Grafiken und Texten, fotomechanische Wiedergabe – auch auszugsweise – nur unter Angabe der Quelle (Herausgeber und Titel) gestattet.

Grußwort



Vorliegende Studie ist aus der schon seit einiger Zeit auf Landesebene vorhandenen Absicht heraus entstanden, die Bedürfnisse der Südtiroler Jugendlichen genauer kennen zu lernen, um dadurch Anregungen für die Entwicklung einer wirksamen und effizienten Sozialpolitik zur Unterstützung der Minderjährigen in Schwierigkeiten zu erhalten. Eine solche Sozialpolitik sollte dabei immer mehr auf wahrer Vorbeugung des Unbehagens sowie auf dem Schutz und Vorantreibung der Rechte der Minderjährigen beruhen.

Diese Studie mit dem Titel „Studie über das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe in schwierigen Lebenslagen“, welche nunmehr den Fachkräften und der interessierten Bevölkerung vorgelegt wird, bildet die Grundlage für einen eigenen Kinder- und Jugendhilfeplan. Es ist dabei unumgänglich bei der Kinder- und Jugendhilfe – und dies gilt auch für andere Bereiche - vermehrt von der Intervention weg hin in Richtung Prävention zu gehen.

Die umfangreichen Ergebnisse der Studie fließen auch teilweise mit in den neuen Landessozialplan 2004 - 2006 ein, der das Hauptinstrument für die Entwicklung der Sozialpolitik in Südtirol in den nächsten Jahren darstellen wird.

Sinnvollerweise wurde für diese Publikation das Symbol einer Pflanze gewählt. Die Jugend von heute ist nämlich die tragende Gesellschaft von morgen. Daher erscheint mir, sollte auch diesem „Pflänzchen“ besondere Aufmerksamkeit zukommen, damit es zu einem „(Lebens)Baum“ wird.

Ich bedanke mich bei den AutorInnen der vorliegenden Studie und bei allen, die beigetragen haben, ein Stück davon mit Ideen, Anregungen, Wünschen anzureichern und wünsche dass sie zum Wohle der Kinder und Jugendlichen reiche Früchte hervorbringen möge.

DER LANDESRAT
Dr. Otto Saurer

Vorwort



Die „Studie über das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe in schwierigen Lebenslagen“ ist auf Anregung des Landesassessorates für das Sozial- und Gesundheitswesen, Amt für Familie, Frau und Jugend - zuständig für die Programmierung und Koordinierung der sozialpädagogischen Maßnahmen zugunsten der Kinder und Jugendlichen – durchgeführt worden.

Die Erhebung wurde durchgeführt vom Departement für Soziologie und Sozialforschung der Universität Trient unter der Leitung von Professor Carlo Buzzi und hat erhoben, welche Bedürfnisse derzeit von den bestehenden Diensten abgedeckt werden und welche vorhandenen Bedürfnisse derzeit, ganz oder teilweise, nicht abgedeckt werden und daher vermehrter Anstrengungen bedürfen.

Mittels einer Sekundäranalyse des vom Landesinformationssystems im Sozialwesen (LISYS) gelieferten Datenmaterials sowie der Untersuchung von an die 400 Fällen von durch die Sozialsprengel betreuten Minderjährigen wurde dabei zunächst ein genaues Bild des derzeitigen Systems an öffentlichen und privaten Dienst Anbietern gezeichnet.

In der weiteren Folge, und dies ist sicher eine der Stärken der vorliegenden Studie, wurden MitarbeiterInnen nahezu aller Dienste des Kinder- und Jugendbereiches miteinbezogen bzw. fungierten als Interviewpartner. Auf diese Weise wurde es vermieden, nur Informationen und Anregungen aus dem Umfeld der sozialpädagogischen Dienste der Bezirksgemeinschaften bzw. des Betriebes für Sozialdienste Bozen einzuholen, die institutionell Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten betreuen.

Über eine engmaschige qualitative Erhebung wurden Anregungen von Fachkräften der Schule, der Jugenddienste, aus dem Vereineswesen, dem Gesundheitswesen (Psychologischer Dienst und Kinder- und Jugendneuropsychiatrie), des Gerichtswesens (Jugendsozialdienst des Justizministeriums) sowie natürlich aus den sozialpädagogischen Strukturen für Minderjährige und der Sozialsprengeldienste zusammengetragen.

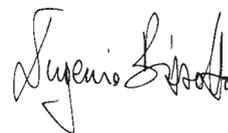
Die Studie hat somit konkrete Hinweise für die Programmierung neuer Betreuungsmaßnahmen im Jugendbereich geliefert, welche geeignet sind, dem jugendlichen Unbehagen vorzubeugen bzw. diesem entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen werden nun teilweise Aufnahme finden im derzeit vorliegenden Entwurf des Landessozialplanes sowie einem entsprechenden Bereichsplan.

Sehr signifikant und daher erwähnenswert ist die hohe und bereitwillige Beteiligung der befragten Fachkräften an dieser Studie. Darin kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass die Vorbeugung des Unbehagens bei Kinder und Jugendlichen sowie der Schutz und Vorantreibung der Rechte der Minderjährigen auf großes Interesse stoßen, an welche immer mehr in einer Logik der Netzwerkarbeit herangegangen werden muss.

Ich bedanke mich bei allen, die zur Erstellung dieser Studie beigetragen haben, und zwar in erster Linie bei Dr. Gerhard Mair vom Landesamt für Familie, Frau und Jugend welcher, zusammen mit seiner Kollegin Dr. Petra Frei, die Studie für das Sozialassessorat begleitet hat. Aufrechter Dank ergeht weiters an Prof. Carlo Buzzi, Prof.in Francesca Sartori und an den Prof. Rino Fasol vom Departement für Soziologie und Sozialforschung der Universität Trient, welche – mit Hilfe des Sozialforschungsinstitutes Chiron aus Bozen - die Studie erstellt haben.

Ich hoffe dass die Studie konkret zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen in Südtirol beitragen kann und hoffe dass die darin enthaltenen Anregungen auch für private und öffentliche Körperschaften sowie politische Verantwortungsträger dieses so heiklen Bereiches von großem Nutzen sein können.

DER AMTSDIREKTOR
Dr. Eugenio Bizzotto





Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG

Studie über das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe in schwierigen Lebenslagen
von Carlo Buzzi

1. Vorwort	Seite	13
2. Problematische Bereiche und Ziele des Projekts	Seite	13
3. Die Methodik und die Projektphasen	Seite	16

KAPITEL 1

Einrichtungen für die Kinder- und Jugendhilfe: ein Gesamtüberblick
von Carlo Buzzi und Sabina Frei

1. Die Referenzbevölkerung	Seite	21
2. Die wichtigsten Sozial- und Gesundheitsdienste für Kinder und Jugendliche	Seite	25
2.1. Die Sozialpädagogische Grundbetreuung	Seite	28
2.2. Die Tagesstätten	Seite	38
2.3. Die Wohneinrichtungen	Seite	39
2.4. Die Beratungsstellen	Seite	45
2.5. Der psychologische Dienst	Seite	49
3. Das Bildungsangebot	Seite	52
3.1. Die Mittelschulen	Seite	52
3.2. Die Oberschulen und die Berufsausbildung	Seite	60
4. Das Kultur- und Freizeitangebot	Seite	63
5. Das soziale Umfeld der Südtiroler Jugend	Seite	66

5.1. Sekundäranalyse der Daten der Jugendstudie (<i>ASTAT, 1999</i>)	Seite 66
5.1.1. Die Schulbildung	
5.1.2. Die Berufserfahrungen	
5.1.3. Die Familienbeziehungen	
5.1.4. Neigung zu abweichenden Verhaltensweisen	
5.2. Minderjährige im Konflikt mit dem Gesetz (<i>Studie 1999</i>)	Seite 72
5.2.1. Soziodemografische Merkmale	
5.2.2. Art der Straftaten	
5.3. Monitoring des Psychologischen Dienstes an den italienischen Mittelschulen (<i>Projekt: ...“Parliamone“, 2000/01-01/02</i>)	Seite 77
5.3.1. Inanspruchnahme des Psychologischen Dienstes durch Eltern und Schüler	
5.3.2. Bereitschaft, Hilfe zu beantragen	
5.3.3. Problemerkennung	
Quellen	Seite 80

KAPITEL 2

Der Verlauf der Betreuungsmaßnahmen

von Rino Fasol

1. Ziele und Methodik	Seite 81
2. Die Kontaktaufnahme und die Aufnahme zur Betreuung	Seite 84
3. Die Betreuungsformen	Seite 89
4. Die Integration zwischen den Diensten und den Berufsgruppen	Seite 98
Anlage 1	
Der Erhebungsbogen	Seite 108

KAPITEL 3

Das Leistungsangebot der Dienste

von Rino Fasol

1. Ziele und Methodik	Seite 115
2. Die Merkmale der betreuten Personen und der Betreuungsnachfrage	Seite 116

3. Der Zugang zu den Leistungen und die Übernahme zur Betreuung	Seite 119
4. Arbeitsweise und Organisationsmodelle	Seite 125
5. Festlegung von Zielen	Seite 130
6. Abschluss der Betreuungsmaßnahmen	Seite 133
7. Praktiken der Ergebnisevaluation	Seite 137
8. Wahrnehmung von Hemmnissen, die die Erreichung der angestrebten Ergebnisse und den optimalen Betrieb der Dienste beeinträchtigen	Seite 140
9. Das Image der Dienste	Seite 146
10. Verunsicherung durch soziale Brennpunkte	Seite 149
Anlage 1	
Liste der Dienste, in denen die Interviews geführt wurden	Seite 154
Anlage 2	
Leitfaden des Interviews über das Leistungsangebot der Dienste	Seite 155

KAPITEL 4

Das Netzwerk der Dienste

von Rino Fasol

1. Ziele und Methodik	Seite 157
2. Wahrnehmungen und Meinungen über die Netzwerke	Seite 158
3. Voraussetzungen für die Funktion der Netzwerke	Seite 159
4. Die Hindernisse für die Zusammenarbeit zwischen Berufsgruppen und zwischen Einrichtungen	Seite 161
5. Die Maßnahmen zur Förderung der Effizienz der Netzwerke	Seite 166
6. Schwachstellen und Lücken der Netzwerke	Seite 169
Anlage 1	
Liste der Dienste, in denen die Interviews geführt wurden	Seite 175

Anlage 2

Leitfaden des Interviews über das Netzwerk der Dienste	Seite 176
--	-----------

KAPITEL 5

Die ungedeckten Bedürfnisse

von Francesca Sartori

1. Ziele und Methodik	Seite 177
2. Die schwierigen Lebenslagen Jugendlicher: Merkmale, Ursachen und Symptome	Seite 179
3. Die ungedeckten Bedürfnisse: Allgemeine Bewertungen	Seite 186
4. Die ungedeckten Bedürfnisse	Seite 190
4.1. In Bezug auf die Familie	Seite 190
4.2. In der Schule und in der Berufsbildung	Seite 194
4.3. In Bezug auf die Sozialdienste	Seite 197
4.4. In Bezug auf die Jugendarbeit	Seite 203
4.5. In Bezug auf die Fachkräfte	Seite 206
4.6. In Bezug auf einige Zielgruppen	Seite 208

Anlage 1

Liste der Dienste und Einrichtungen, in denen die Interviews über die "ungedekten Bedürfnisse" geführt wurden	Seite 212
---	-----------

Anlage 2

Leitfaden des Interviews über die ungedeckten Bedürfnisse	Seite 214
---	-----------

KAPITEL 6

Wahrnehmung schwieriger Lebenslagen und Präventionsmaßnahmen in den Gemeinden, Schulen und Jugendvereinen

von Francesca Sartori

1. Ziele und Methodik	Seite 215
2. Verbreitung von schwierigen Lebenslagen und Gegenmaßnahmen	Seite 216
3. Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen gegen schwierige Lebenslagen	Seite 221
4. Die Zusammenarbeit mit den territorialen Diensten	Seite 223

Anlage 1

Der Fragebogen

Seite 226

KAPITEL 7

Schlussfolgerungen und Vorschläge

von Carlo Buzzi, Rino Fasol, Francesca Sartori

1. Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Studie

Seite 229

1.1. Der Weg bis zur Inanspruchnahme der Hilfsangebote

Seite 229

1.2. Das Leistungsangebot der Dienste

Seite 231

1.3. Das *Netzwerk* der Dienste

Seite 233

1.4. Die ungedeckten Bedürfnisse

Seite 235

1.5. Wahrnehmung schwieriger Lebenslagen und Präventions-

maßnahmen in den Gemeinden, Schulen und Jugendvereinen

Seite 237

2. Die Kinder- und Jugendpolitik: Hinweise auf die Entwicklungstrends in Italien und in Europa

Seite 239

2.1. Die Entwicklungstrends der Systeme der personenbezogenen Dienstleistungen

Seite 239

2.2. Änderungen der Kinder- und Jugendpolitik in Italien nach dem Gesetz 285/97

Seite 240

2.3. Die Prioritäten der Kinder- und Jugendpolitik

Seite 243

- Projekte im Rahmen der Elternarbeit
- Projekte im Rahmen der Jugendhilfe
- Präventions- und Betreuungsprojekte bei sexuellem Missbrauch und Misshandlung
- Projekte für ausländische Kinder und Jugendliche

Bibliografie

Seite 247

3. Maßnahmenvorschläge

Seite 249

3.1. Die politisch-institutionelle Ebene

Seite 249

3.2. Die verfügbaren Ressourcen

Seite 251

3.3. Die Arbeitsweise

Seite 252

3.4. Die Organisationsmodelle

Seite 253

3.5. Die Organisationskultur

Seite 255

3.6. Die Evaluation

Seite 256

3.7. Das Netzwerk

Seite 257



Einleitung

von Carlo Buzzi

1. Vorwort

Da in Südtirol verschiedene Einrichtungen (Sozialpädagogische Grundbetreuung, Tagesstätten, Wohneinrichtungen, Gesundheitsdienste, Beratungsdienste, Schul- und Bildungseinrichtungen, Kultur- und Freizeitvereine) mit unterschiedlicher Trägerschaft (öffentlich und private Einrichtungen) und mit diversifiziertem Leistungsangebot in der Prävention und in der Jugendarbeit tätig sind und dies voraussichtlich mit erheblichen Koordinations- und Kommunikationsproblemen verbunden ist, kann auf eine Prozess- und Ergebnisverifizierung nicht verzichtet werden.

Ziel der Studie, mit deren Ausarbeitung die Südtiroler Landesverwaltung (Abteilung 24 – Sozialwesen – *Amt für Familie, Frau und Jugend*) das *Departement für Soziologie und Sozialforschung* der Universität Trient beauftragte, war daher eine Bestandsaufnahme aller Hintergründe und Aspekte der Kinder- und Jugendhilfe. Zu diesem Zweck wurden folgende Untersuchungsschritte durchgeführt: Analyse der Umstände, unter denen Klienten Zugang zur Sozialpädagogischen Grundbetreuung finden, Analyse des Leistungsangebots der Dienste, Analyse der systeminternen Beziehungen zwischen den in der Jugendhilfe tätigen Diensten und Einrichtungen (Netzwerk der Dienste), Ermittlung der von keinem Dienst abgedeckten Bedarfslücken, Analyse der Wahrnehmung der schwierigen Lebenslagen bei Jugendlichen und des Angebots von öffentlichen und privaten Einrichtungen außerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung oder der Gesundheitsdienste.

Die Untersuchung wurde von einem Team bestehend aus Carlo Buzzi, Rino Fasol, Sabina Frei, Bernhard Karner und Francesca Sartori durchgeführt. Die Autoren der Studie danken Eugenio Bizzotto, Petra Frei und Gerhard Mair vom *Landesamt für Familie, Frau und Jugend* sowie den Verantwortlichen und den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der öffentlichen und privaten Dienste und Einrichtungen, die in den verschiedenen Phasen der Studie mitgearbeitet haben, für ihre wertvolle Unterstützung.

2. Problematische Bereiche und Ziele des Projekts

Das Prinzip der *Evaluation* ist nunmehr fester Bestandteil der Sozialarbeit und aller Tätigkeiten, die sich direkt oder indirekt auf die Klienten auswirken können. Einerseits

erfordert der Ruf nach einem im Vergleich zu früher umsichtigeren Umgang mit den öffentlichen Ressourcen eine sorgfältige Kontrolle der Investitionen im Sozialbereich, so dass bevorzugt die Projekte mit den besten Erfolgsaussichten unterstützt werden. Andererseits geht diese in den modernen Industrieländern immer stärker verbreitete Evaluationskultur einher mit der Forderung nach einer besseren Qualität der Dienstleistungen. Aufgrund dieser beiden Forderungen haben die Dienstleistungsorganisationen begonnen, die Effektivität ihrer Maßnahmen stärker zu kontrollieren, wobei nicht nur wie bisher die Einhaltung der Verfahrensabläufe überprüft wird, sondern eine echte Ergebnisevaluation vorgenommen wird.

Bei der *Outcome*-Evaluation, wie die ergebnisorientierte Evaluation auch genannt wird, stehen die beim Klienten anzustrebenden Veränderungen im Mittelpunkt der Organisation des Sozialsystems; auf diese Art und Weise können die öffentliche Verwaltung, die Verantwortlichen der einzelnen Dienste und auch die Öffentlichkeit die effektiv mit den Maßnahmen erzielten Ergebnisse besser verstehen, die Entwicklung der Phänomene verfolgen und nützliche Vergleiche im Hinblick auf eine Optimierung der Leistungen anstellen. Dieser ergebnisorientierte Ansatz wirkt sich auch auf die Professionalität der MitarbeiterInnen selbst aus, die sich nun Gedanken über ihre Arbeit machen können, die sozialen Veränderungen bewusst mitverfolgen und der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit mitteilen können; sie können sich auch mit Kollegen anderer Einrichtungen austauschen, um so ihre Motivation und ihre Identifikation mit ihrer Arbeit zu steigern.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen wurde ein Analysemodell mit den theoretischen, methodischen und operativen Grundlagen entwickelt, die für eine Studie über das Leistungsangebot der mit der Prävention und Jugendhilfe befassten Stellen in schwierigen Lebenslagen der Südtiroler Jugend erforderlich sind. Diese Studie geht von der Überzeugung aus, dass die Kinder- und Jugendpolitik die "Frühdiagnose" oder besser die Früherkennung von Risikosituationen zu ihren vordringlichen Zielen erklären muss; wenn die Prävention nicht direkt auf die Beseitigung der Risikofaktoren ausgerichtet ist, muss sie daher zumindest einschreiten, bevor sich die Lage verschlechtert und solange der Schaden noch in Grenzen gehalten werden kann.

Ziel dieser Untersuchung war es daher, die Kenntnisgrundlagen für folgende Prozesse zu liefern:

- Ermittlung von Krisen, von kritischen Lebensverläufen, von Stressfaktoren, die das Leben der von den Sozialdiensten betreuten Personen prägen;
- Analyse des Leistungsangebots des Sozialsystems bei Eintritt einer kritischen Situation;
- Analyse der Beziehungen zwischen den verschiedenen *Welfare*-Einrichtungen und den sozialen Kontrollinstanzen;

- Analyse der Reaktion des politisch-institutionellen Systems auf die Bedürfnisse der Jugend.

Zunächst wurde der Prozess der Leistungserbringung in seine einzelnen Schritte zerlegt, um die Bewertung des Leistungsangebots für jugendliche Problemlagen nicht nur auf die einfache Endwirkung zu beschränken; man wollte vielmehr auch die Zusammenhänge zwischen dem Leistungsangebot und der komplexen Dynamik aufzeigen, die für die Veränderungen bei den Betreuten verantwortlich ist. Folgende Aspekte werden näher beleuchtet:

- **Input**, verstanden als die Gesamtheit der Einrichtungen und der technischen und personellen Ressourcen, die für die Funktion und Verwaltung der Dienste in der Kinder- und Jugendhilfe in Südtirol eingesetzt werden;
- **Prozess**, verstanden als Organisationssystem, mit dessen Hilfe die gesetzten Ziele verfolgt und die Aufgaben ausgeführt werden;
- **Output**, verstanden als Gesamtheit der Tätigkeiten und Leistungen (im Rahmen der Prävention, der Intervention oder der Rehabilitation), die für Kinder und Jugendliche in Schwierigkeiten und für ihre Familien erbracht werden;
- **Outcome**, verstanden als Auswirkung (Beseitigung, Eindämmung, Entschärfung von Risikofaktoren) der Arbeit der Dienste auf die betreuten Kinder und Jugendlichen.

Für alle diese Aspekte wurden mit Hilfe des Auftraggebers und der beteiligten Dienste die Abläufe, die Leistungsstandards, die expliziten und impliziten Probleme, die Innovationstrends und die Art der Nachfrage ermittelt. Diese Analyse erfolgte nicht anhand von objektiven Ergebnissen (eine Organisationsanalyse des gesamten Sozialsystems und eine parallele Sozialstudie über die Jugend wäre wesentlich zeit- und kostenaufwendiger gewesen), sondern anhand der Wahrnehmung der MitarbeiterInnen und der Verantwortlichen. Dieser Ansatz darf nicht unterbewertet werden; die Art und Weise, wie die betroffenen Akteure ihre berufliche Rolle erleben, wie sie die Arbeitsweise in ihrem Dienst und ihre Beziehung zu den anderen Einrichtungen beurteilen, wie sie die Bedarfsgerechtigkeit des Angebots für die Betreuten einschätzen, all diese Meinungen müssen gebührend berücksichtigt werden. Bei jeder geplanten Innovation im Sozialsystem muss man sich mit dieser Wahrnehmung und diesen Meinungen auseinandersetzen.

Ein Vorteil des hier vorgeschlagenen Analysemodells besteht darin, dass damit operative Probleme aufgezeigt werden können. Eine Analyse der schwierigen Lebenslagen der Jugend und der ungedeckten Bedürfnisse wäre nämlich zwecklos, wenn sie sich nicht auf die Qualität des Leistungsangebots auswirken und nicht zur Entwicklung von neuen Maßnahmen beitragen würde. Zweck dieser Studie ist daher die Aufdeckung der Stärken und Schwächen der öffentlichen und privaten Dienste, die für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Schwierigkeiten zuständig sind, um so eine

Bewertungsgrundlage zu schaffen, die zur Qualitätsoptimierung des Leistungsangebots herangezogen werden kann.

Die einzelnen Schritte dieser Studie können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Ermittlung einer Reihe von Indikatoren, die das Wesen des Risikos "sozial schwieriger Lebenslagen" in der Südtiroler Jugend erschöpfend beschreiben (wobei nicht nur Kinder und Jugendliche der drei Sprachgruppen – deutsch, italienisch und ladinisch – sondern auch ausländische Minderjährige erfasst wurden).
2. Erkennen der Bedürfnisse, für die es derzeit in Südtirol Angebote seitens des Sozialsystems und anderer Einrichtungen gibt.
3. Evaluation der Effizienz und Effektivität der von den Diensten erbrachten Leistungen.
4. Erkennen der (eventuell mit speziellen Problemlagen verbundenen) Bedürfnisse, für die es noch kein (oder nur ein nicht besonders wirksames) Leistungsangebot gibt.
5. Formulierung von konkreten Vorschlägen für die Entwicklung von neuen Maßnahmen auf der Ebene der Bezirksgemeinschaften.

Angesichts der Vielschichtigkeit der allgemeinen Ziele musste ein Ansatz gewählt werden, bei dem unterschiedliche Bedürfnisse miteinander kombiniert werden konnten. Die allgemeinen Ziele wurden in der Tat in Unterziele gegliedert, die jeweils die Eigenheiten der betreffenden Untersuchungsfelder berücksichtigen.

3. Die Methodik und die Projektphasen

Was den praktischen Ablauf anbelangt, wurde das Projekt in sieben Phasen gegliedert, deren Ergebnisse jeweils in einem eigenen Kapitel beschrieben wurden. Für diese Untersuchung gelangen unterschiedliche Methoden zur Anwendung: Techniken der Sekundäranalyse (Vorstudie), dokumentarische Analyse (Zugang zu den Leistungen), qualitative Analyse (Leistungsangebot bei Auftreten von schwierigen Lebenslagen, Netzwerk der Dienste, ungedeckte Bedürfnisse), extensive Analyse (Wahrnehmung des Unbehagens/von schwierigen Lebenslagen). Das letzte Kapitel enthält eine Gesamtzusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und einige praktische Vorschläge.

I Die Vorstudie

Angesichts des umfangreichen vom Landesinformationssystem für das Sozialwesen (LISYS) gesammelten Datenmaterials gestaltete sich der Zugriff zu aggregierten Daten sehr einfach. (Diesen Daten können einige nützliche zusammenfassende Indikatoren

entnommen werden, wie sie in den letzten Sozialberichten vorgeschlagen wurden). Diese Quellen beschränken sich allerdings auf eine Beschreibung der Sozial- und Gesundheitsdienste und unterscheiden bei ihren Datenangaben nicht immer zwischen dem Bereich Kinder und Jugendliche und den Betreuten im Allgemeinen. Zweck dieser Vorstudie war es, alle offiziellen Quellen systematisch zu ordnen und (auch durch eine Analyse der LISYS-Erhebungen) jene Daten herauszufiltern, die ausschließlich Kinder und Jugendliche betreffen, und diese durch Informationen zu ergänzen, die dem Angebot der Schul- und Bildungseinrichtungen sowie der Kultur- und Freizeiteinrichtungen entnommen wurden. Ergebnis dieser Arbeit ist eine Aufstellung der Ressourcen, die den verschiedenen öffentlichen und privaten Diensten zur Verfügung stehen, sowie ein Überblick über ihre räumliche Verteilung. Dieses Datenmaterial wurde dann noch vor dem Hintergrund der wichtigsten demografischen und schulischen Entwicklungstrends der letzten Jahre in Südtirol näher beleuchtet. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass in dieser Bestandsaufnahme etwaige andere Einrichtungen, die in keiner der offiziellen Quellen genannt sind, nicht berücksichtigt wurden.

II Analyse des Wegs bis zur Inanspruchnahme der Hilfsangebote

Der erste Schritt in dieser Untersuchung befasst sich mit der Rekonstruktion der Umstände, unter denen die Dienste der Sozialpädagogischen Grundbetreuung der Sozialsprengel einen Fall zur Betreuung übernehmen, und mit den Prozessen bis Leistungserbringung. Als Informationsquelle diente die individuelle Falldokumentation; untersucht wurde eine angemessene Anzahl von Fällen (400 Fälle), wobei auf eine angemessene Verteilung nach Sprengeln und Stichprobentypen geachtet wurde. Für die Sammlung und systematische Ordnung dieser Informationen wurden eigene Raster entwickelt, die von einer Gruppe von Experten validiert und dann in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Dienste getestet wurden. Auf diese Art und Weise wurden Daten über die Umstände, unter denen die Minderjährigen Zugang zu den Diensten fanden, über ihre Behandlung und über die Qualifikation der mit der Betreuung beauftragten MitarbeiterInnen sowie über die Maßnahmenergebnisse gesammelt. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung der Umstände, unter denen die Inanspruchnahme der Leistung erfolgte, galt dem Zeitpunkt der Meldung und der Bedarfsgerechtigkeit der angebotenen Leistungen.

III Analyse des Leistungsangebots der für die Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Dienste

In dieser Phase wollten wir die Probleme der in der Jugendhilfe tätigen Einrichtungen sowie die Schwierigkeiten aufdecken, die im Hinblick auf ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot für Kinder und Jugendliche überwunden werden müssen; außerdem

wollte man in diesem Abschnitt die Schwachstellen in der Verwaltung der Dienste aufzeigen. Im Rahmen der Analyse des Leistungsangebots wurden für die einzelnen Dienste folgende Aspekte näher beleuchtet:

- Kriterien für die Übernahme eines Falls zur Betreuung;
- Beschränkung der Zuständigkeiten der Dienste (und der verschiedenen Berufsgruppen) durch formelle Zwänge und durch die Eigenheiten der Organisationskultur der in der Jugendhilfe tätigen Dienste;
- Festlegung der Zuständigkeiten und Funktionen, die den anderen Einrichtungen vorbehalten werden;
- Kriterien und Definitionsrahmen der Begriffe "Normalität", "Bedürfnis", "Problemlösung", wie sie in der Organisationskultur der verschiedenen Dienste und bei den verschiedenen Berufsgruppen verwendet werden;
- Kriterien und Methoden bei der Festlegung der Maßnahmenziele in den einzelnen Fällen sowie bei den für die Öffentlichkeit bestimmten Aktionen;
- Methoden und Techniken sowie Instrumente für die Evaluation der erzielten Ergebnisse;
- Grad der Beunruhigung infolge von sozialen Brennpunkten (auf lokaler Ebene) im Zusammenhang mit den von den Diensten bearbeiteten Problemfeldern; Relevanz und Bedeutung, die dieser Verunsicherung beigemessen wird, sowie etwaige Maßnahmen zur Entschärfung oder Bekämpfung von sozialen Brennpunkten.

Um diese Informationen zu sammeln, wurden 41 Tiefeninterviews mit Leitern/Leiterinnen und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen von Einrichtungen des Sozialsystems geführt.

IV Organisationsanalyse des Systems der in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Dienste

In der dritten Phase wurden vor allem die systeminternen Beziehungen zwischen den diversen in der Jugendhilfe tätigen Diensten und Einrichtungen näher beleuchtet. Auf diese Art und Weise wollte man feststellen, wie die Beziehungen untereinander aufgebaut werden und wie der Austausch innerhalb des Netzwerks von Diensten und Einrichtungen erfolgt.

Besonders wichtig war die Einbeziehung jener Stellen, die im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben ebenfalls mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen. Daher wurden in diesem Abschnitt auch die Einrichtungen des Bildungssystems (Schulen verschiedener Stufen), die Gesundheitsdienste (vor allem Einrichtungen für Kinder und Jugendliche oder für Familien), die amtlichen Kontrollstellen (Polizei, Staatsanwaltschaft) sowie die Einrichtungen von sozialen Vereinen berücksichtigt.

In diesem Abschnitt der Studie werden der Integrationsgrad des Systems und seine Fähigkeit, ein ganzheitliches, bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu entwickeln, bewertet, so werden neben den Stärken, vor allem auch die Schwächen des Netzwerks, Doppelgleisigkeiten, Unzulänglichkeiten und Konfliktpotentiale aufgezeigt. Zu diesem Zweck wurden insgesamt 39 teilstrukturierte Interviews mit den Leitern/Leiterinnen und den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der ausgewählten Einrichtungen geführt.

V Analyse der ungedeckten Bedürfnisse

Die vierte Phase der Studie war der Ermittlung und Analyse der Fälle gewidmet, in denen das System "versagt". Dies ist eine indirekte, aber üblicherweise effektive Methode, um anhand einer Reihe von konkreten Situationen aufzuzeigen, wo die echten, bisher vom System noch nicht abgedeckten "Bedürfnisse" liegen, wobei die Gründe für diese Angebotslücken vielfältig sein können; die Lösungsangebote erweisen sich als ungeeignet, deren Anwendung misslingt, oder aber es werden gar keine Lösungsvorschläge angeboten. Um diese Informationen zu gewinnen, wurden die MitarbeiterInnen um eine kritische Bewertung von nicht erfolgreich durchgeführten Maßnahmen gebeten.

Um die bisher noch nicht abgedeckten Bedarfswelder zu ermitteln, ist eine umfassende, nicht nur auf die traditionelle Denkart der Jugendhilfe beschränkte Sichtweise erforderlich, vor allem, wenn es um die Analyse jener neuen Formen von schwierigen Lebenslagen und Krisen geht, die durch den sozialen Wandel ausgelöst werden. Daher wurde eine qualitative Untersuchung durchgeführt, um jene Umstände oder Risikosituationen aufzudecken, für die das Leistungsangebot der Dienste keine Lösungen vorsieht. In diesem Sinne wurde die Studie auch auf Einrichtungen ausgedehnt, die nicht direkt mit dem Auftreten von sozialen Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen befasst sind, die aber dennoch damit konfrontiert werden können (Schulen, Bildungszentren, Pfarreien, Familienvereine, Freizeit- und Jugendvereine, Freiwilligenvereine). Dadurch, dass besondere Ereignisse oder Krisen außerhalb des eigentlichen Handlungsrahmens der Dienste aufgedeckt wurden, konnte zum ersten Mal das Ausmaß des Hilfebedarfs der Bevölkerung geschätzt werden; denn aus dieser Hilfsbedürftigkeit kann sich unter bestimmten Umständen ein konkreter Betreuungsbedarf entwickeln. Auch in diesem Fall wurde eine qualitative Analyse (60 Tiefeninterviews mit verantwortlichen Leitern/Leiterinnen und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen) als Erhebungsinstrument gewählt.

VI Die Wahrnehmung der schwierigen Lebenslagen, Initiativen der Gemeinden, Schulen und Vereine

Die letzte Untersuchungsphase befasste sich mit der Wahrnehmung des Ausmaßes der sozial schwierigen Lebenslagen in den Gemeinden, Schulen und Vereinen. Durch

das Verteilen und Einsammeln von strukturierten Erhebungsbogen wurde versucht, die betreffenden Phänomene ungefähr zu quantifizieren; die öffentlichen und privaten Stellen wurden gebeten, das Ausmaß der schwierigen Lebenslagen/Verhaltensauffälligkeiten/Devianz bei Kindern und Jugendlichen in ihrem Einzugsgebiet zu beurteilen und Maßnahmen, Initiativen und Methoden für den Umgang mit diesen Phänomenen zu nennen. Insgesamt wurden Informationen bei 48 Gemeinden, 81 Schulen und 103 Vereinen eingeholt.

VII Schlussfolgerungen und Vorschläge

Zum Abschluss der Untersuchungstätigkeit wurden - ausgehend von den Aussagen der Verantwortlichen und der MitarbeiterInnen der verschiedenen Dienste und Körperschaften - einige praktische Vorschläge ausgearbeitet, die als Entscheidungsgrundlage für etwaige innovative Veränderungen im System der Kinder- und Jugendhilfe herangezogen werden können. Diese Vorschläge sind zusammen mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsabschnitte und einem kurzen Ausblick auf die Entwicklungstrends in der Jugendpolitik in Italien und in den anderen europäischen Ländern im Schlusskapitel enthalten.

Kapitel 1

Einrichtungen für die Kinder- und Jugendhilfe: ein Gesamtüberblick



von Carlo Buzzi und Sabina Frei

1. Die Referenzbevölkerung

Zu Beginn des neuen Jahrtausends im Jahr 2000 umfasste die Wohnbevölkerung in Südtirol 465.264 Personen, davon waren 50,7% (235.889) Frauen und 49,3% (229.375) Männer. Beachtenswert ist die interne Bevölkerungsstruktur nach Altersklassen: Die Bevölkerungspyramide nimmt auch in Südtirol immer mehr eine tonnenartige Form mit relativ schmaler Basis, breiter Mitte und immer stumpfer werdender Spitze an. Mit dieser Form unterscheidet sich die Bevölkerungspyramide aber von der Situation in Italien im Allgemeinen und von der in Nordostitalien (Trentino-Südtirol, Venetien, Friaul-Julisch Venetien) im Besonderen (vergl. Tabelle 1.1 und Grafik 1.1).

Tabelle 1.1 **Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in Südtirol, in den Nordost-Regionen und in Italien nach Altersklassen zum 1.1.2000 (%)**

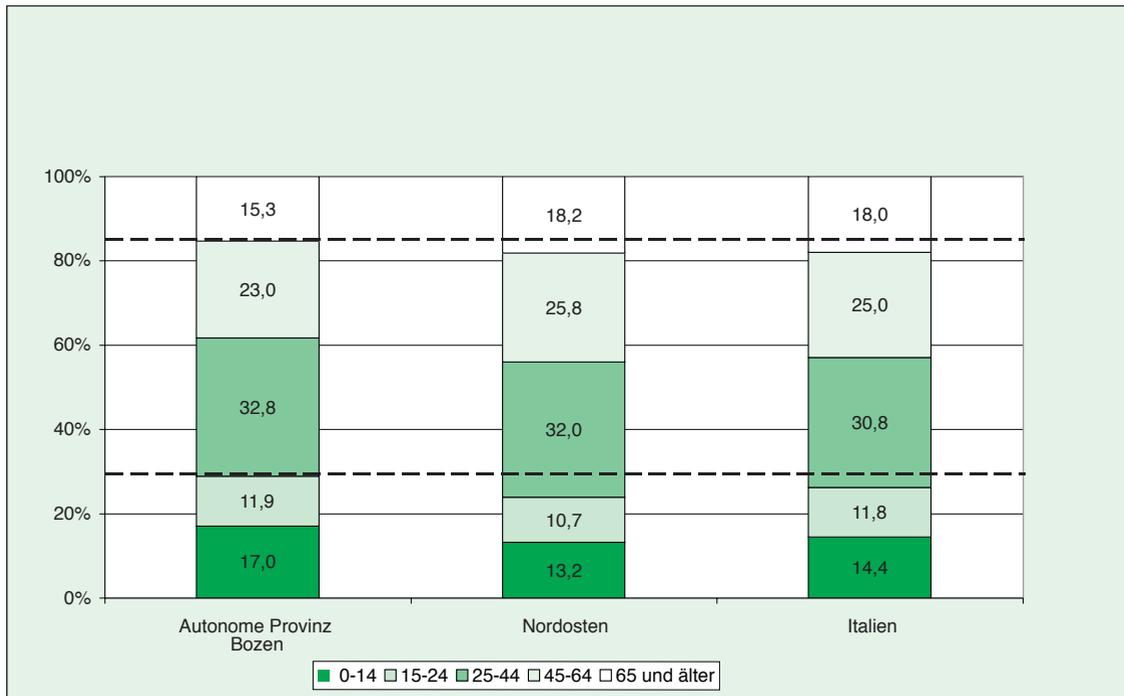
	Unter 1 Jahr	1-4	5-9	10-14	15-24	25-44	45-64	65 und älter
Südtirol	1,2	4,7	5,7	5,4	11,9	32,8	23,0	15,3
Nordosten	0,9	3,6	4,4	4,3	10,7	32,0	25,8	18,2
Italien	0,9	3,7	4,9	4,9	11,8	30,8	25,0	18,0

Quelle: Istat 2000

Die Südtiroler Bevölkerung ist nämlich im Schnitt jünger als die in den Nordost-Regionen und die italienische Bevölkerung insgesamt; besonders ausgeprägt ist die Differenz bei den jüngsten und den ältesten Altersklassen. Das Phänomen der allgemeinen Überalterung der Gesellschaft kann zwar auch in Südtirol festgestellt werden, diese Entwicklung ist aber bisher in Südtirol weniger stark ausgeprägt als im restlichen Italien. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass der Anteil der Bevölkerung bis 14 Jahre mit 17% nur knapp höher ist als der der über 65-Jährigen (15,3%).

Das geringe Ungleichgewicht zwischen den Altersklassen in Südtirol hängt in erster Linie mit der Geburtenrate zusammen. Im Jahr 2000 wurden eine Geburtenrate von 11,7‰ und eine Geburtenbilanz von 3,8‰ festgestellt; diese Werte sind signifikant höher als die für Italien erhobenen Vergleichswerte von 9,3 ‰ und -0,3‰ (Sozialbericht, 2000).

Grafik 1.1 Wohnbevölkerung in Südtirol, in den Nordost-Regionen und in Italien nach großen Altersklassen zum 1.1.2000 (%)



Quelle: Istat 2000

Zu Beginn des Jahres 2001 lag der Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 0 und 18 Jahren, also die Zahl der Minderjährigen, bei 94.425 Personen, davon entfallen 27.452 auf die Altersklasse 0-4 Jahre, 26.490 auf die Altersklasse 5-9 Jahre, 25.410 auf die Altersklasse 10-14 Jahre und 15.272 auf die Altersklasse 15-17 Jahre. Die Verteilung der Minderjährigen in Südtirol auf die einzelnen Altersklassen geht im Detail aus der untenstehenden Tabelle hervor (Istat, 2002):

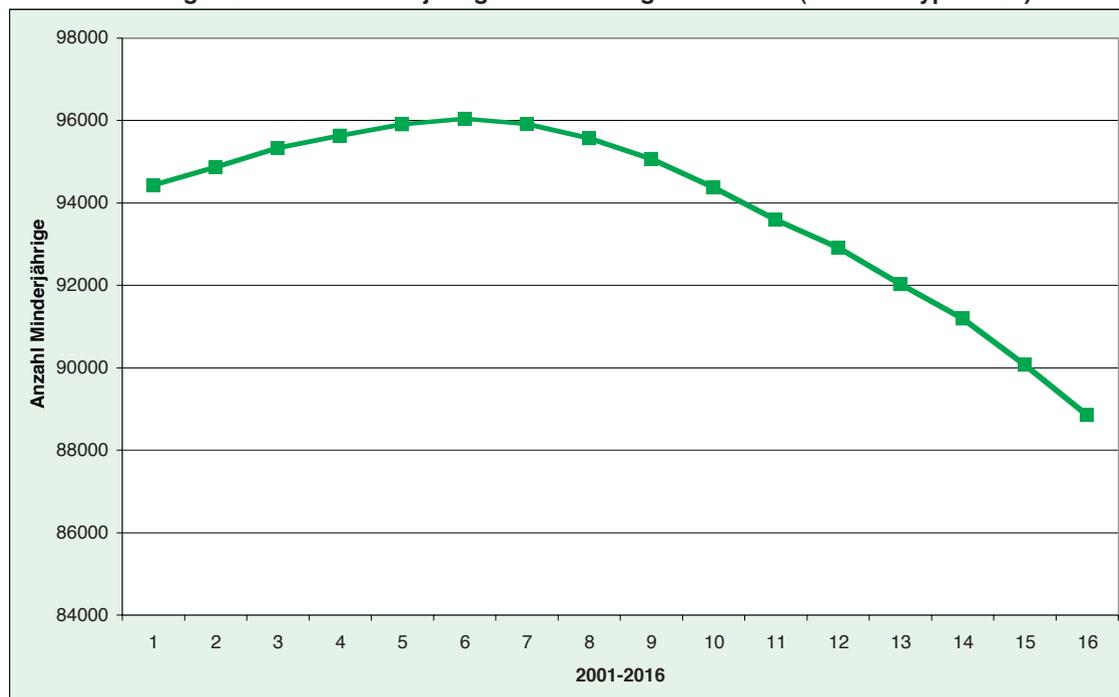
Tabelle 1.2 Zahlenmäßige Verteilung der minderjährigen Bevölkerung in Südtirol nach Altersklassen (2001)

Alter ➤	0	1	2	3	4	5	6	7	8
Anz. ➤	5452	5549	5427	5552	5472	5221	5337	5179	5373
Alter ➤	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Anz. ➤	5380	5274	5205	5088	4903	4940	5052	5040	5180

Quelle: Istat 2002

Besonders erwähnenswert ist allerdings der Entwicklungstrend der minderjährigen Bevölkerung. Das italienische Statistikinstitut liefert die Schätzungen über die demografische Entwicklung: Gemäß der für die nächsten 15 Jahre berechneten mittleren Hypothese wird der Anteil der minderjährigen Bevölkerung im Zeitraum 2001 bis 2016 um fast 5.600 Einheiten (vgl. Grafik 1.2 und Tabelle 1.3) abnehmen.

Grafik 1.2 Prognose für die minderjährige Bevölkerung 2001 - 2016 (mittlere Hypothese)



Quelle: Istat 2002

Tabelle 1.3 Prognose für die minderjährige Bevölkerung in Südtirol 2001 - 2016

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anz.	94425	94866	95331	95629	95901	96041	95910	95570
Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Anz.	95069	94373	93586	92917	92031	91189	90074	88845

Quelle: Istat 2002

Betrachtet man die jüngsten verfügbaren Indizes für 2000, fällt hinsichtlich der gebietsmäßigen Verteilung eine Besonderheit auf (vergl. Tabelle 1.4). Die Daten einzelner Bezirksgemeinschaften weichen teilweise beträchtlich vom südtirolweiten Durchschnitt ab, während die Landeshauptstadt (und Meran) ihrerseits wieder eine ganz andere demografische Entwicklung aufweisen als die übrigen kleineren Städte. Bozen verzeichnet z.B. mit 8,8% die niedrigste Geburtenrate in ganz Südtirol (auch unter dem italienischen Durchschnitt) und eine negative Geburtenbilanz von -0.8% und liegt damit unter dem gesamtitalienischen Wert.

Tabelle 1.4 **Geburten- und Sterberate, Geburtensaldo, Wanderungssaldo und Veränderung der Wohnbevölkerung in Südtirol nach Bezirksgemeinschaften zum 31.12.2000 (pro 1000 Einwohner)**

Bezirksgemeinschaft	Geburtenrate ‰	Sterberate ‰	Geburten- saldo ‰	Wanderungs- saldo ‰	Veränderung der Bevölkerung ‰
Vinschgau	12,3	7,3	5,0	0,3	5,3
Burggrafenamt	11,5	8,6	2,9	3,22	6,2
Überetsch - Unterland	12,1	7,0	5,1	4,13	9,3
Bozen	8,8	9,7	-0,8	1,52	0,7
Salten-Schlern	13,2	6,9	6,3	1,0	7,4
Eisacktal	13,2	7,1	6,1	4,79	10,9
Wipptal	13,0	7,6	5,4	1,0	6,4
Pustertal	13,0	6,8	6,2	-0,4	5,7
Provinz Bozen	11,7	7,9	3,8	2,0	5,9

Quelle: Astat 2000

Hinzu kommt ein Altersstrukturindex von 157,6 über 65-jährigen Personen pro 100 unter 15-Jährigen, womit dieser Wert weit über dem Südtiroler Durchschnittswert von 90,8 und dem gesamtitalienischen Wert von 125 liegt; dennoch liegt dieser Wert unter dem anderer Städte in den Nordost-Regionen (Verona / 169; Padua / 198 oder Triest / 263.) (Sozialbericht, 2000).

Bemerkenswert ist auch die Belastungsquote der jungen Menschen unter 15 Jahren, die im Jahr 2000 in Südtirol um 2,3 Prozentpunkte über dem Wert für die über 65-Jährigen lag. Dieses Verhältnis ist besonders signifikant, wenn man die Daten der einzelnen Bezirksgemeinschaften getrennt betrachtet; in der Bezirksgemeinschaft Salten-Schlern z.B. liegt die Belastungsquote der jungen Menschen um 9,7 Prozentpunkte über der Belastungsquote der alten Menschen, während nur in der Bezirksgemeinschaft Bozen die Belastungsquote der alten Menschen die der jungen Menschen um 10,3% übersteigt (vergl. Tabelle 1.5).

 Tabelle 1.5 **Hauptindikatoren zur Altersstruktur der Südtiroler Wohnbevölkerung nach Bezirksgemeinschaften zum 31.12.2000. – Angaben in %**

Bezirksgemeinschaft	Altersstrukturindex	Belastungsquote der jungen Menschen (unter 15 J.)	Belastungsquote der alten Menschen (über 65 J.)
Vinschgau	73,9	29,7	21,9
Burggrafenamt	95,7	24,7	23,7
Überetsch – Unterland	84,1	25,7	21,7
Bozen	157,6	18,6	29,4
Salten-Schlern	67,6	29,9	20,2
Eisacktal	71,9	28,4	20,4
Wipptal	75,3	25,3	19,0
Pustertal	70,0	27,7	19,4
Provinz Bozen	90,8	25,3	23,0

Quelle: Astat 2000

2. DIE WICHTIGSTEN SOZIAL- UND GESUNDHEITSDIENSTE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

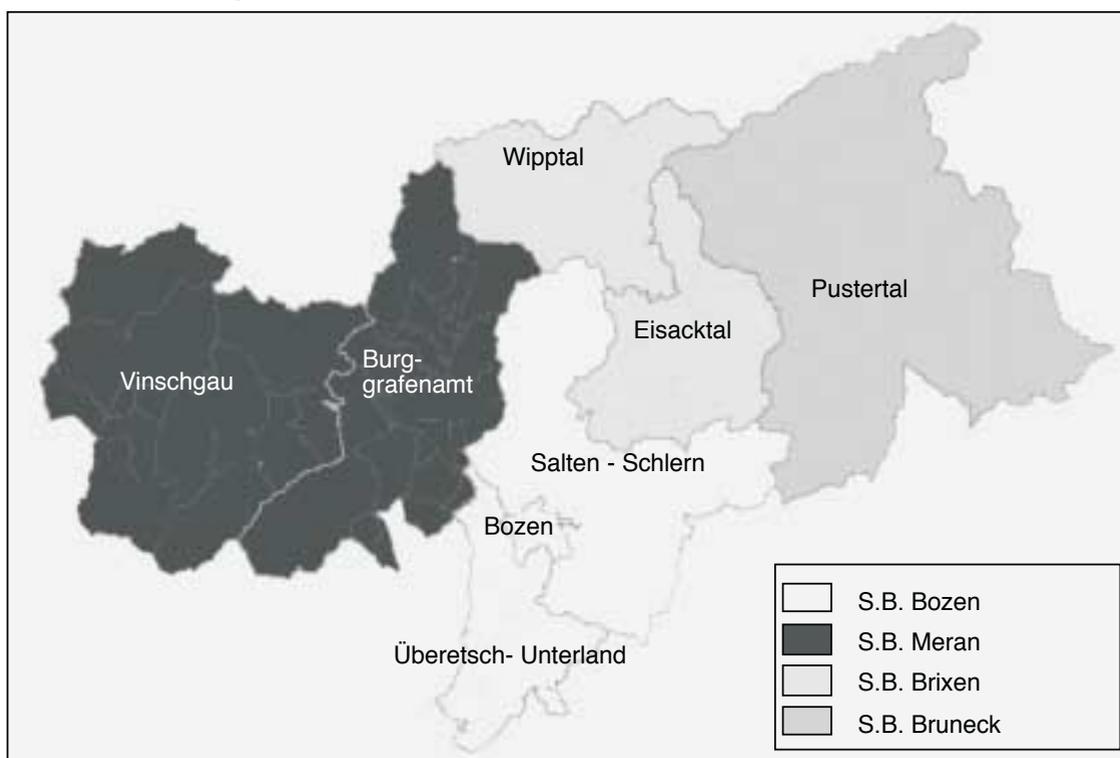
Zu Beginn der 90er Jahre fand in Südtirol eine grundlegende Neuordnung der Sozialdienste statt, mit der eine Territorialisierung und eine verstärkte Vernetzung mit dem Gesundheitswesen eingeleitet wurde; in der Praxis führte diese Entwicklung zur Einrichtung der Sozial- und Gesundheitssprengel.

Tabelle 1.6 **Bezirksgemeinschaften / Betrieb für Sozialdienste Bozen und Sozial- und Gesundheitssprengel**

Bezirksgemeinschaft Betrieb für Sozialdienste Bozen	Sprengel	Sprengelsitz	Integrierter Sitz in Betrieb
VINSCHGAU	Obervinschgau	Mals	✓
	Mittelvinschgau	Schlanders	✓
BURGGRAFENAMT	Naturns-Umgebung	Naturns	✓
	Lana-Umgebung	Lana	✓
	Meran – Umgebung	Meran	
	Passeiertal	St. Leonhard	✓
ÜBERETSCH – UNTERLAND	Überetsch	Eppan	✓
	Leifers – Branzoll – Pfatten	Leifers	✓
	Unterland	Neumarkt	✓
BOZEN	Don Bosco		✓
	Europa		
	Altstadt – Rentsch		✓
	Gries – Quirein Oberau		✓
SALTEN-SCHLERN	Gröden	St. Ulrich	✓
	Eggental – Schlern	Karneid	✓
	Salten – Sarntal – Ritten	Bozen	✓
EISACKTAL	Brixen – Umgebung	Brixen	
	Klausen – Umgebung	Klausen	✓
WIPPTAL	Wipptal	Sterzing	
PUSTERTAL	Sand in Taufers - Ahrntal	Sand in Taufers	✓
	Bruneck – Umgebung	Bruneck	✓
	Hochpustertal	Innichen	
	Gadertal	St. Martin	

Quelle: Sozialbericht 2000

Während die vierundzwanzig Sozialsprengel den sieben Bezirksgemeinschaften (Gebietskörperschaften, zu denen sich alle Gemeinden eines bestimmten Gebietes zusammengeschlossen haben) und dem Betrieb für Sozialdienste Bozen für die Gemeinde Bozen untergeordnet sind, gehören die Gesundheitssprengel zu den vier Sanitätsbetrieben in Südtirol. In den letzten Jahren wurden mit umfangreichen Investitionen die Sprengelsitze errichtet, die nun größtenteils in Betrieb sind.

Grafik 1.3 **Bezirksgemeinschaften und Sanitätsbetriebe in Südtirol**

Im Bereich der Sozialdienste für Kinder und Jugendliche wird die öffentliche Grundversorgung ergänzt durch Familienberatungsstellen, die ebenfalls in ganz Südtirol, wenn auch nicht so flächendeckend wie die Sprengel, vertreten sind; Träger dieser Beratungsstellen sind Vereine oder Genossenschaften, die mit den öffentlichen Diensten eigene Verträge (Konventionen) abschließen.

In den (relativ) größeren Ortschaften sind weiters Tagesstätten und Wohneinrichtungen für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen eingerichtet, die aus verschiedenen Gründen nicht mit ihrer Herkunftsfamilie leben können; diese Einrichtungen werden mit einer Ausnahme von privaten sozialen Organisationen geführt.

Die vierundzwanzig Sozialsprengel in Südtirol sorgen für die soziale Grundbetreuung der Bevölkerung im betreffenden Einzugsgebiet. Die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsdichte der einzelnen Sprengel variieren allerdings stark; an der Spitze liegt Bozen mit 97.016 Einwohnern, womit der Sprengel Bozen gleichzeitig auch die höchste Bevölkerungsdichte (1.853,6 Personen/km²) aufweist, während der niedrigste Wert mit 8.474 Einwohnern im Sprengel Passeiertal erhoben wurde. Der Obervinschgau verzeichnet mit 21,1 Personen pro km² die geringste Bevölkerungsdichte; dieser Wert entspricht ungefähr einem Drittel der durchschnittlichen Südtiroler Bevölkerungsdichte von 62,8 Personen/km².

Tabelle 1.7 Wohnbevölkerung, Fläche und Bevölkerungsdichte pro Sprengel zum 31.12.2000

Sprengel	Wohnbevölkerung	Fläche (km ²)	Bevölkerungsdichte
Obervinschgau	15.373	729,4	21,1
Mittelvinschgau	17.605	501,8	35,1
Naturns-Umgebung	10.181	337,7	30,1
Lana	21.339	424,2	50,3
Meran – Umgebung	48.736	223,5	218,1
Passeiertal	8.474	313,4	27,0
Überetsch	25.182	143,5	175,4
Leifers – Branzoll - Pfatten	18.185	45,2	402,2
Unterland	21.646	247,2	87,6
Bozen *	97.016	52,3	1.853,6
Gröden	8.695	109,4	79,5
Eggental – Schlern	18.394	407,5	45,1
Salten – Sarntal – Ritten	17.611	519,8	33,9
Brixen – Umgebung	32.822	469,2	70,0
Klausen – Umgebung	15.173	265,1	57,2
Wipptal	17.837	650,0	27,4
Sand in Taufers – Ahrntal	12.466	542,8	23,0
Bruneck – Umgebung	33.083	466,7	70,9
Hochpustertal	14.887	549,9	27,1
Gadertal	9.825	401,8	24,5
GESAMT	464.530	7.400,4	62,8

*Die Stadt Bozen wurde in dieser Tabelle als einziger Sprengel behandelt.

Quelle: Landesgesundheitsbericht, 2000

Die Tätigkeit der Sozialsprengel gliedert sich im Wesentlichen in drei Bereiche: Finanzielle Sozialhilfe, Hauspflege und Sozialpädagogische Grundbetreuung (Bereich Jugend und Bereich Erwachsene); damit wird die soziale Grundversorgung abgedeckt, die flächendeckend in allen Sozialsprengeln angeboten wird. Hinzu kommen noch die sprengelübergreifend organisierten Dienste, die direkt von den Bezirksgemeinschaften/vom Betrieb für Sozialdienste Bozen angeboten werden, sowie eine Reihe von Grunddiensten, die direkt von den Gemeinden oder von privaten Trägern (vor allem von den Familienberatungsstellen) bereitgestellt werden.

Aufgrund der Vorgaben des Gesetzgebers (Landesgesetz Nr. 13/91) müssen die Sozialsprengel die Vernetzung mit den anderen in ihrem Einzugsbereich tätigen Sozial- und Gesundheitsdiensten anstreben; Ziel der Arbeit der Sozialsprengel ist in erster Linie die Unterstützung der Familien und des sozialen Netzes, der Schutz von Müttern und Kindern, die Kinder- und Jugendhilfe, die Betreuung von älteren Menschen, von Menschen mit Behinderung und von Menschen in einer Notlage im Allgemeinen sowie von gefährdeten Menschen. Damit soll sowohl die Zahl als auch die Dauer der Aufnahmen in stationäre und teilstationäre Einrichtungen verringert werden.

Die Personalorganisation des Sprengels sieht neben einer Reihe von Mitarbeitern mit spezifischen Qualifikationen im Sozialbereich und dem Verwaltungspersonal auch eine

Sprengelleitung und für die komplexeren Bereiche auch einen Bereichsleiter vor. Während der Bereichsleiter hauptsächlich technisch-operative Aufgaben hat, muss der Sprengelleiter die vorhandenen Ressourcen bestmöglich koordinieren.

2.1. Die Sozialpädagogische Grundbetreuung

Im Bereich Sozialpädagogische Grundbetreuung wurden 2001 zwei ursprünglich getrennte Sprengeldienste - der Allgemeine Sozialdienst und der Erziehungsdienst - zusammengelegt. Während der Ende 2000 in allen Sozialsprengeln angebotene Allgemeine Sozialdienst – wenn auch in organisatorisch anderer Form – als die Fortsetzung des Sozialdienstes angesehen werden konnte, der bis zu Beginn der 90er Jahre der Landesverwaltung unterstand, stellte der Erziehungsdienst eine Neuheit dar, die mit dem Landesgesetz 13/91 eingeführt worden war und Ende 2000 in 17 Sozialsprengeln tatsächlich tätig war.

Rein funktionsmäßig gliedert sich die Sozialpädagogische Grundbetreuung in den Bereich Minderjährige und in den Bereich Erwachsene; diese Unterteilung war weder für den Allgemeinen Sozialdienst noch für den Erziehungsdienst vorgesehen gewesen, die theoretisch als Mehrfachdienste konzipiert waren; in der Praxis wurden diese Dienste aber hauptsächlich, wenn nicht sogar ausschließlich, von Jugendlichen in Anspruch genommen. Die Sozialpädagogische Grundbetreuung erbringt also innerhalb des Sozialsprengels den Großteil der Sozialleistungen für die Jugendlichen im betreffenden Einzugsgebiet, vor allem bei offensichtlichen sozialen Krisenfällen, die SPG leistet aber auch umfangreiche Präventionsarbeit.

Ende 2000 betreuten die auf ganz Südtirol verteilten die zwanzig¹ **Allgemeinen Sozialdienste** 2.776 Personen, von denen 72% (1999) unter 18 Jahre alt waren. Wenn man auch die volljährigen Jugendlichen berücksichtigt, die im Rahmen des Jahresprogramms für Kinder- und Jugendbetreuung noch die Sozialleistungen der Allgemeinen Sozialdienste in Anspruch genommen haben, steigt dieser Anteil auf fast 75% (2073). Nach Geschlecht aufgeschlüsselt überwiegt leicht die Zahl der weiblichen Betreuten (50,5%), diese Überzahl spiegelt aber gleichzeitig das Verhältnis zwischen der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung wider (49,3% Männer, 50,7% Frauen); dieses Verhältnis ändert sich allerdings bei Aufschlüsselung der Betreuten nach Altersklassen (vergl. Tabellen 1.8, 1.9 und 1.10; Grafiken 1.4 und 1.5).

Tabelle 1.8 **Betreute der Allgemeinen Sozialdienste nach Geschlecht und Altersklassen - 2000**
(absolute Werte)

	0-5	6-14	15-17	>18	Gesamt
Männlich	290	547	228	310	1375
Weiblich	278	495	161	467	1401
Gesamt	568	1042	389	777	2776

Quelle: Datenauswertung LISYS - 2001

¹ Die Daten zu den Allgemeinen Sozialdiensten betreffen nur 20 Sprengel, da im Jahr 2000 die fünf Sozialsprengel von Bozen noch nicht ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, weshalb Bozen als ein einziger Sprengel aufscheint.

Tabelle 1.9 **Betreute der Allgemeinen Sozialdienste nach Geschlecht und Altersklassen - 2000**
 (Prozentwerte in Spalten)

	0-5	6-14	15-17	>18	Gesamt
Männlich	51,1	52,5	57,6	39,9	49,5
Weiblich	47,9	47,5	41,4	60,1	50,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Datenauswertung LISYS - 2001

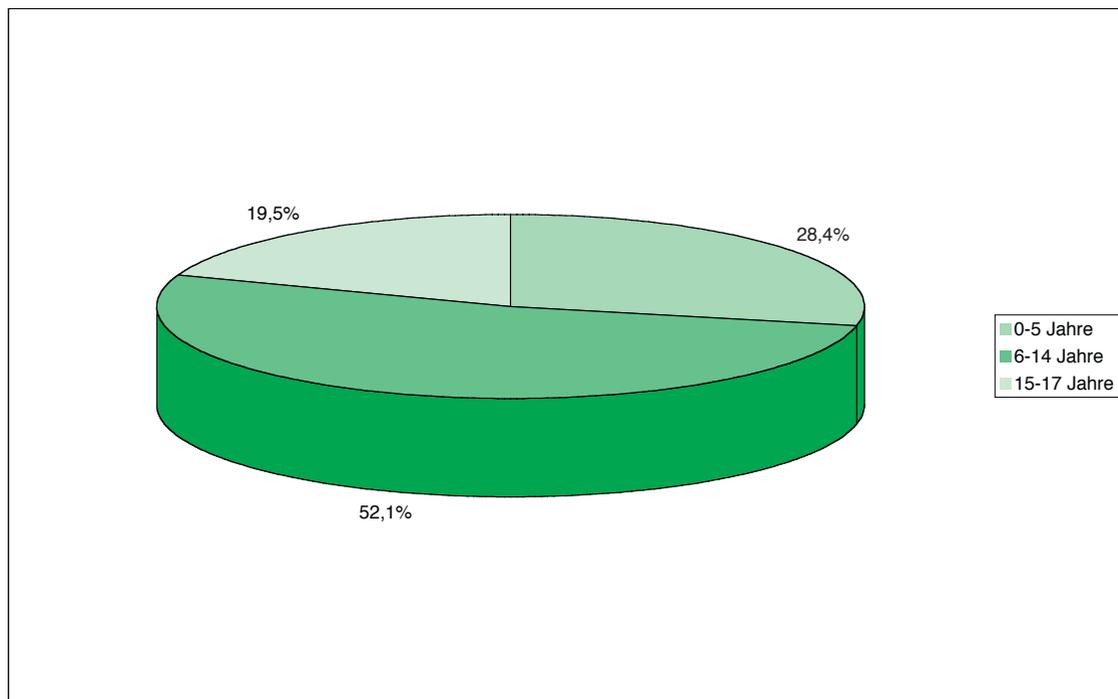
 Tabelle 1.10 **Betreute der Allgemeinen Sozialdienste nach Geschlecht und Altersklassen - 2000**
 (Prozentwerte in Zeilen)

	0-5	6-14	15-17	>18	Gesamt
Männlich	21,1	39,8	16,6	22,5	100,0
Weiblich	19,8	35,3	11,5	33,3	100,0
Gesamt	20,5	37,5	14,0	28,0	100,0

Quelle: Datenauswertung LISYS - 2001

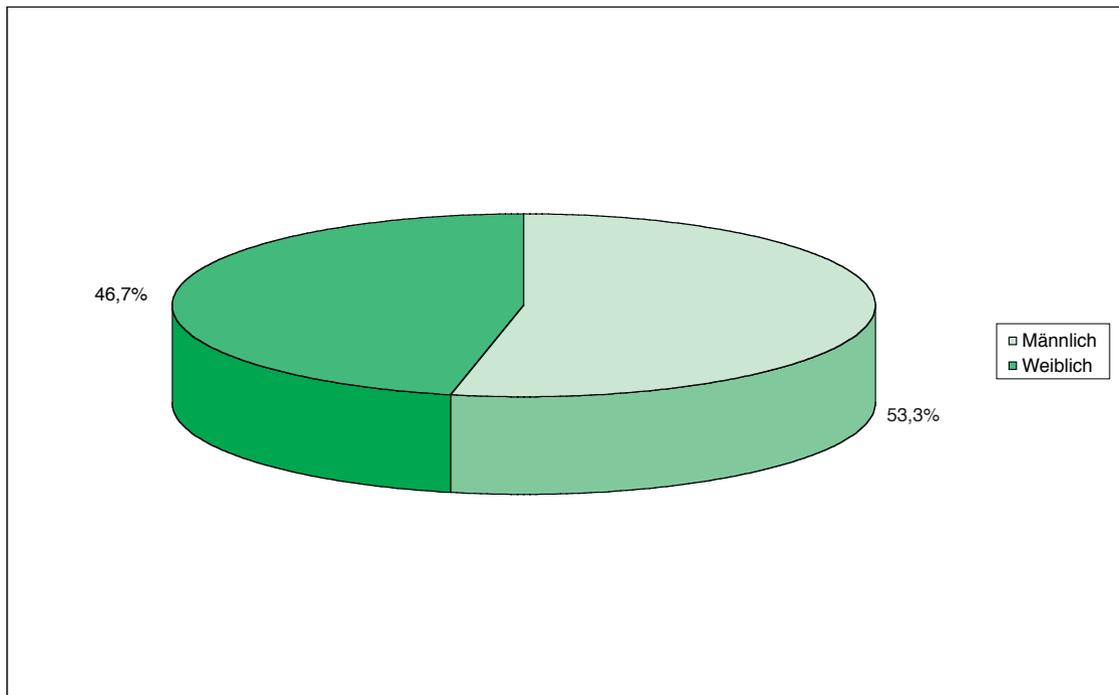
Man kann auf jeden Fall feststellen, dass in allen Altersklassen der unter 18-Jährigen im Jahr 2000 die männlichen Betreuten überwiegen, wobei der Anteil der männlichen Jugend vor allem in der Altersgruppe zwischen 15 – 17 besonders hoch ist, während bei den über 18-Jährigen dieses Verhältnis genau umgekehrt ist (39,9 % männliche Betreute; 60,1% weibliche Betreute). Auch wenn aufgrund der verfügbaren Daten kein genauer Vergleich dieser Daten mit denen für die gesamte Wohnbevölkerung in Südtirol möglich ist, da die vom LISYS verwendeten Altersklassen nicht vollständig mit denen übereinstimmen, die für die Klassifizierung der Wohnbevölkerung verwendet werden, so kann man auf jeden Fall bestimmte Unterschiede feststellen: Während die in Südtirol wohnhafte männliche Jugend im Alter zwischen 0-19 Jahren 51,3% der Wohnbevölkerung dieser Altersklasse ausmacht, liegt der Anteil der männlichen Betreuten im Alter zwischen 0 und 18 Jahren im Vergleich zur Gesamtzahl dieser Altersklasse bei 53,3%. Vergleicht man außerdem die Zahl der männlichen Betreuten in der Altersklasse 15-17 mit der Gesamtzahl der männlichen Jugend der Altersklasse 15 – 19 Jahre in Südtirol, stellt man fest, dass - bezogen auf die Verteilung nach Geschlecht - der Anteil der männlichen Betreuten bei 57,3% der Gesamtzahl liegt, während die männliche Jugend nur 51,3% der Gesamtbevölkerung dieser Altersklasse stellt.

Grafik 1.4 Vom Allgemeinen Sozialdienst betreute Minderjährige nach Altersklassen



Quelle: Datenauswertung LISYS 2000

Grafik 1.5 Vom Allgemeinen Sozialdienst betreute Minderjährige nach Geschlecht



Quelle: Datenauswertung LISYS 2000

Die einzigen verfügbaren Daten über die von den Allgemeinen Sozialdiensten betreuten Minderjährigen aus Nicht-EU-Ländern betreffen deren Anzahl. Die von den zwanzig Allgemeinen Sozialdiensten betreuten Jugendlichen aus Nicht-EU-Ländern machen 14% der minderjährigen Betreuten insgesamt aus, während den Daten in den Meldeamtsregistern der Südtiroler Gemeinden zufolge der Anteil der 0- bis 19-Jährigen aus Nicht-EU-Ländern nur 2,1% der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe (vergl. Tabelle 1.11) ausmacht.

Tabelle 1.11 **Von den Allgemeinen Sozialdiensten betreute Ausländer aus Nicht-EU-Ländern - 2000**
(absolute Werte und prozentuelle Anteile)

	EU-Bürger		Nicht-EU-Bürger		Gesamt	
	a.W.	%	a.W.	%	a.W.	%
Wohnbevölkerung 0-19 Jahre	103207	97,9	2162	2,1	105369	100,0
Minderjährige Betreute der Allgemeinen Sozialdienste*	1777	85,7	296	14,3	2073	100,0

*Einschließlich der volljährigen Jugendlichen, die im Rahmen des "Jahresprogramms für Kinder- und Jugendbetreuung" betreut werden.

Quelle: Datenauswertung LISYS -2001

Der Anteil der betreuten minderjährigen Ausländer variiert sehr stark in den einzelnen Sozialsprengeln; an der Spitze liegt die Landeshauptstadt mit 34,3%, gefolgt von den angrenzenden Sprengeln Salten – Sarntal – Ritten (21,7%) und Leifers – Branzoll-Pfatten (14,0%), während die anderen Sprengel weit unter dem südtirolweiten Gesamtprozentsatz von 14,3% liegen. Fast 86% der 296 minderjährigen Ausländer, die 2000 von den zwanzig Allgemeinen Sozialdiensten betreut wurden, entfallen auf die oben genannten drei Sprengel (vergl. Tab. 1.12).

Tabelle1.12 **Betreute minderjährige Ausländer nach Bezirksgemeinschaften - 2000**
(absolute Werte und prozentuelle Anteile)

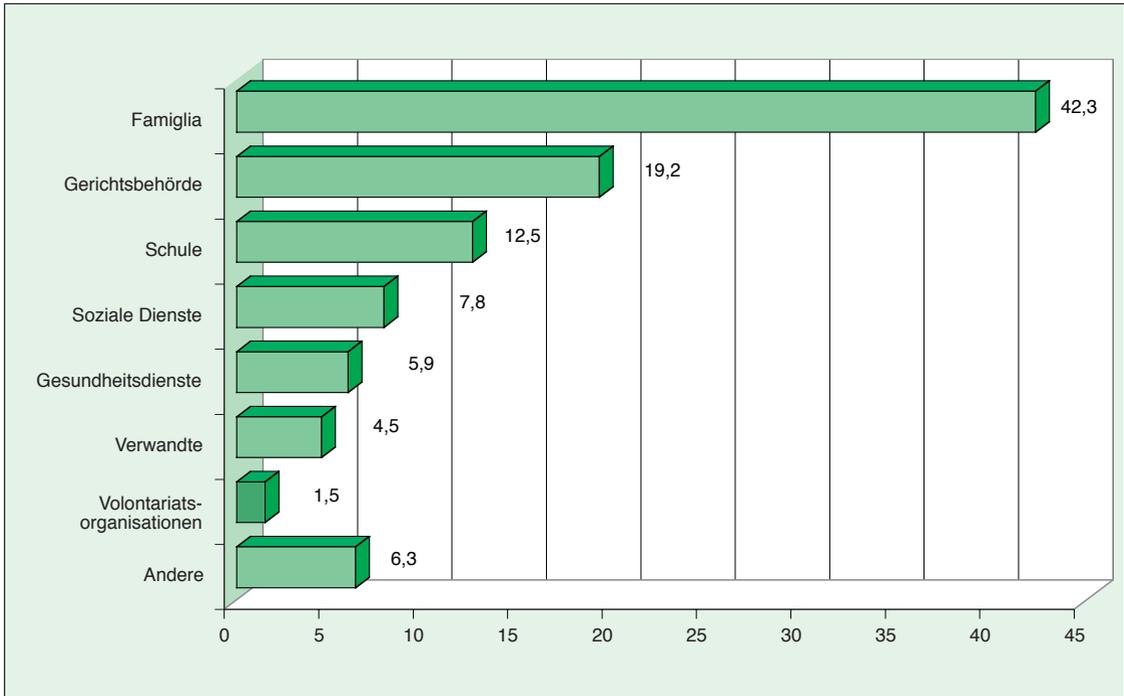
Bezirksgemeinschaft	Betreute Minderjährige*	davon Ausländer*	
		a.W.	%
Vinschgau	131	10	7,6
Burggrafenamt	335	11	3,3
Überetsch - Unterland	256	18	7,0
Bozen	659	226	34,3
Salten-Schlern	145	11	7,6
Eisacktal	211	7	3,3
Wipptal	117	5	4,3
Pustertal	219	8	3,7
Südtirol Insgesamt	2073	296	14,3

*Einschließlich der volljährigen Jugendlichen, die im Rahmen des "Jahresprogramms für Kinder- und Jugendbetreuung" betreut werden.

Quelle: Datenauswertung LISYS -2001

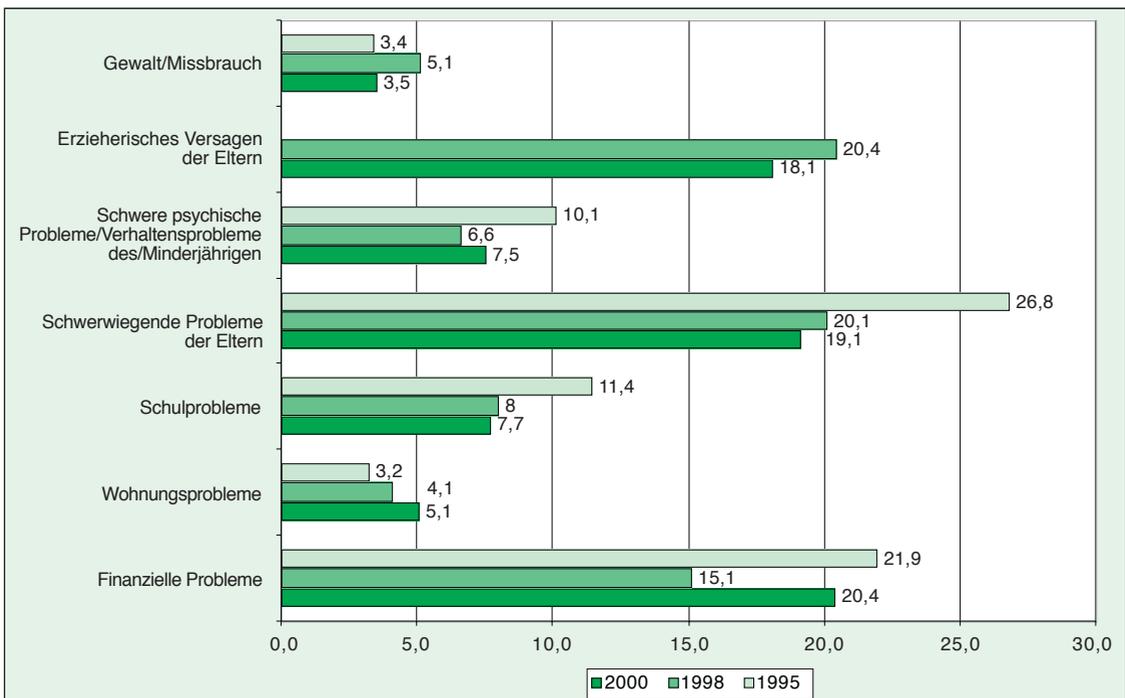
Die LISYS-Daten geben auch Aufschluss über die Form der Kontaktaufnahme mit den Diensten und über die behandelten Probleme.

Grafik 1.6 **Meldungen bei den Allgemeinen Sozialdiensten nach den Stellen, die die Meldung vornehmen– 2000 (%)**



Quelle: Datenauswertung LISYS -2001

Grafik 1.7 **Vom Allgemeinen Sozialdienst betreute Minderjährige nach Hauptproblem (Trend 1995-1998-2000)**



Quelle: Auswertung der Daten des Sozialberichts 1995, 1998 und der LISYS-Daten 2001

In 51% der Fälle meldet die Familie selbst den Handlungsbedarf beim Allgemeinen Sozialdienst; an zweiter Stelle liegen die Meldungen von Seiten der Gerichtsbehörde. Außer diesen jeweils am entgegengesetzten Ende des sozialen Gefüges angesiedelten Instanzen – die Familie, die ziemlich selbstbestimmt Hilfe beantragt, und das Gericht, das sich als Kontrollinstanz einschaltet – sorgen in weit geringerem Maß vor allem die Schulen und die Gesundheitsdienste für die Meldung von Problemfällen beim Sozialdienst (vergl. Grafik 1.6).

Eine Analyse der Hauptursachen für die meisten Betreuungsfälle ergab in den einzelnen Sprengeln ein breit gefächertes Spektrum; auffallend sind jedoch der große Anteil der elternbedingten Probleme, die in 37% der Fälle zu einer kritischen Situation für das Kind führten, sowie die hohe Anzahl von Familien mit finanziellen Schwierigkeiten (vergl. Grafik 1.7 und Tabelle 1.13).

Tabelle 1.13 Hauptursachen der Betreuungsfälle bei den Allgemeinen Sozialdiensten nach Sprengeln

Sprengel	finanzielle Probleme	Wohnungsprobleme	Schulische Probleme	Schwere Probleme der Eltern	Schwere psychische/Verhaltensprobleme des Kindes	Erzieherisches Versagen der Eltern	Gewalt/Missbrauch	Sonstiges	Gesamt %	Gesamt a.W.
Obervinschgau	21,2	6,1	27,3	15,2	6,1	24,2	0,0	0,0	100	33
Mittelvinschgau	19,4	4,1	8,2	28,6	5,1	10,2	6,1	18,4	100	98
Naturns -Umgebung	23,8	0,0	0,0	33,3	11,9	16,7	0,0	14,3	100	42
Lana – Umgebung	10,5	0,9	12,3	19,3	7,9	20,2	8,8	20,2	100	114
Meran – Umgebung	26,6	14,7	14,0	18,9	13,3	7,0	2,1	3,5	100	143
Passeiertal	0,0	8,3	16,7	22,2	8,3	27,8	5,6	11,1	100	36
Überetsch	11,0	0,0	5,5	7,7	5,5	47,3	1,1	22,0	100	91
Leifers – Branzoll – Pfatten	24,7	10,8	6,5	22,6	5,4	20,4	3,2	6,5	100	93
Unterland	25,0	2,8	0,0	26,4	11,1	6,9	4,2	23,7	100	72
Bozen	18,4	7,6	7,1	18,1	4,9	17,6	1,2	25,2	100	659
Gröden	0,0	0,0	12,5	29,2	0,0	33,3	0,0	25,0	100	24
Eggental – Schlern	12,0	2,7	10,7	30,7	1,3	21,3	12,0	9,3	100	75
Salten – Sarntal – Ritten	19,6	19,6	2,2	17,4	19,6	6,5	2,2	13,0	100	46
Brixen – Umgebung	21,9	0,6	2,6	21,3	6,5	22,6	11,0	13,5	100	155
Klausen – Umgebung	28,6	0,0	12,5	14,3	10,7	19,6	3,6	10,7	100	56
Wipptal	27,4	0,0	14,5	9,4	12,0	10,3	3,4	23,0	100	117
Sand i. Taufers - Ahrntal	26,0	0,0	0,0	28,0	14,0	0,0	0,0	32,0	100	50
Bruneck – Umgebung	35,3	0,0	3,4	16,0	10,9	15,1	3,4	15,9	100	119
Hochpustertal	15,9	0,0	0,0	2,3	6,8	43,2	0,0	31,8	100	44
Gadertal	33,3	0,0	0,0	33,3	0,0	33,3	0,0	0,0	100	6
SÜDTIROL INSGESAMT	20,4	5,1	7,7	19,1	7,5	18,1	3,5	7,9	100	2073

Quelle: Datenauswertung LISYS 2001

 Häufigste Erstleistung

 Häufigste Zweitleistung

Die wichtigste Leistung, die im Jahr 2000 von den Allgemeinen Sozialdiensten der zwanzig Sprengel erbracht wurde, betraf wie 1998 die soziale Beratung/Unterstützung, gefolgt von der Teilzeit-Pflegeanvertrauung und den finanziellen Leistungen. Bei einem Vergleich der in den einzelnen Sozialsprengeln erbrachten Leistungen kann man vor allem bei den Nebenleistungen, aber auch beim Anteil dieser Leistungen im Vergleich zur Gesamtzahl der von den betreffenden Diensten erbrachten Leistungen einige Unterschiede feststellen (vergl. Tabelle 1.14).

Tabelle 1.14 Die von den Allgemeinen Sozialdiensten der Sozialsprengel erbrachten Leistungen – 2000 (%)

Sprengel	Vollzeit-Pflegeanvertrauung	Teilzeit-Pflegeanvertrauung	Vollzeit-Heimunterbringung	Teilzeit-Heimunterbringung	Finanzielle Leistungen	Soziale Beratung/Unterstützung	Anvertrauung an Großeltern	Gesamt %	Gesamt a.W.
Obervinschgau	5,7	28,6	5,7	0,0	8,6	37,1	14,3	100	35
Mittelvinschgau	9,3	21,2	8,5	16,9	20,3	21,2	2,5	100	118
Naturns -Umgebung	6,1	10,2	20,4	0,0	10,2	51,0	2,0	100	49
Lana - Umgebung	7,9	21,9	7,0	5,3	8,8	46,5	2,6	100	114
Meran - Umgebung	23,1	11,2	14,0	36,4	8,4	3,5	3,5	100	143
Passeiertal	15,4	30,8	2,6	0,0	7,7	35,9	7,7	100	39
Überetsch	9,1	19,1	5,5	4,5	20,0	41,8	0,0	100	110
Leifers – Branzoll - Pfatten	18,5	17,7	9,2	7,7	33,1	13,1	0,8	100	130
Unterland	4,4	10,5	3,5	0,0	24,6	52,6	4,4	100	114
Bozen	6,4	15,3	14,6	6,5	18,1	37,0	2,2	100	740
Gröden	4,2	8,3	20,8	12,5	16,7	33,3	4,2	100	24
Eggental - Schlern	5,6	10,1	9,0	1,1	6,7	67,4	0,0	100	89
Salten – Sarntal - Ritten	5,6	27,8	3,7	0,0	24,1	31,5	7,4	100	54
Brixen - Umgebung	4,3	26,6	9,2	7,1	15,8	34,2	2,7	100	184
Klausen - Umgebung	10,3	37,2	9,0	1,3	12,8	29,5	0,0	100	78
Wipptal	5,8	32,3	3,9	5,2	14,2	36,1	2,6	100	155
Sand i. Taufers - Ahrntal	2,9	17,6	2,9	0,0	19,1	57,4	0,0	100	68
Bruneck - Umgebung	3,8	30,0	10,0	0,0	6,9	48,5	0,8	100	130
Hochpustertal	13,6	15,9	9,1	0,0	0,0	56,8	4,5	100	44
Gadertal	0,0	16,7	0,0	0,0	0,0	83,3	0,0	100	6
SÜDTIROL INSGESAMT	8,1	19,6	10,1	6,9	16,1	36,8	2,4	100	2424

Quelle: Datenauswertung LISYS 2001

	Häufigste Erstleistung
	Häufigste Zweitleistung

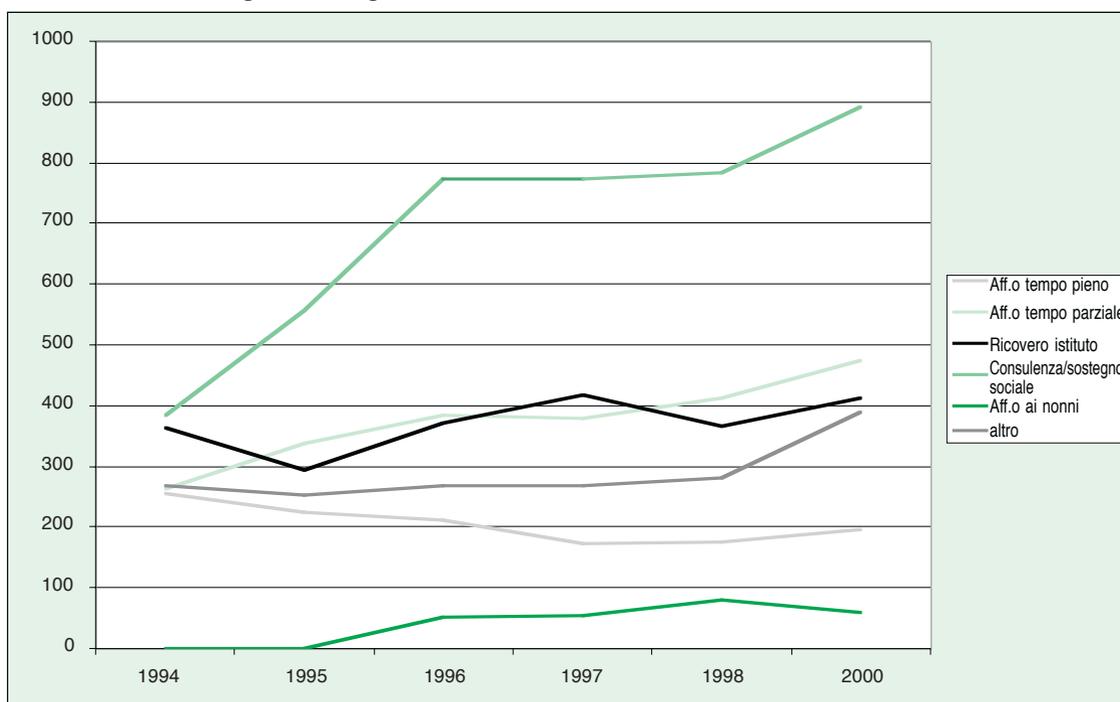
Im Vergleich zu den Vorjahren kann man eine erhebliche Zunahme der sozialen Beratungs- und Unterstützungsleistungen und einen Rückgang der Maßnahmen feststellen, bei denen die Kinder/Jugendlichen von ihrer Herkunftsfamilie getrennt werden. Die Zahl der Vollzeit-Pflegeanvertrauungen ist zugunsten der Teilzeit-Pflegeanvertrauung stark gesunken, die als *Unterstützung* der Herkunftsfamilie in ihrer Erziehungsaufgabe verstanden wird (vergl. Tabelle 1.15 und Grafik 1.8).

Tabelle 1.15 Leistungen der Allgemeinen Sozialdienste nach Art und Jahr – 1994-2000

	Vollzeit-Pflegeanvertrauung	Teilzeit-Pflegeanvertrauung	Heimunterbringung	Soziale Beratung/Unterstützung	Anvertrauung an Großeltern	Sonstiges	Gesamt
1994	255	264	363	384	n.e.	268	1534
1995	224	337	294	556	n.e.	252	1663
1996	211	383	371	773	52	268	2058
1997	172	378	418	774	55	267	2064
1998	176	412	367	784	80	282	2101
2000	197	475	412	891	59	390	2424

Quelle: Sozialbericht 1995, 1996/97, 1998, Daten LISYS 2001

Grafik 1.8 Leistungen der Allgemeinen Sozialdienste – Trend 1994 - 2000



Quelle: Sozialbericht 1995, 1996/97, 1998, Daten LISYS 2001

Das in den Allgemeinen Sozialdiensten beschäftigte Personal bestand Ende 2000 aus 79 Mitarbeitern, davon waren drei Viertel Sozialassistenten; unterstützt werden sie vom Verwaltungspersonal und von Sozialwissenschaftlern. Aufgrund dieses Personalzuwachses in den Allgemeinen Sozialdiensten und der nicht ganz so starken Zunahme der Betreuten ist das Verhältnis zwischen den effektiv im Dienst stehenden äquivalenten Sozialassistenten (42) und den Betreuten (2776) in den vergangenen zwei Jahren eindeutig gesunken und liegt nun bei durchschnittlich 66 betreuten Personen pro Mitarbeiter.

Tabelle 1.16 **Betreute der Allgemeinen Sozialdienste pro äquivalenten Mitarbeiter - 2000**

Bezirksgemeinschaft	Betreute	Effekt. äquiv. Sozialassistenten	Betreute pro effekt.äquiv. Sozialass.
Vinschgau	218	2,0	109
Burggrafenamt	567	4,9	116
Überetsch – Unterland	266	5,2	51
Bozen	872	17,7	49
Salten – Schlern	153	3,7	41
Eisacktal	243	4,9	50
Wipptal	130	0,7	130
Pustertal	327	2,9	113
SÜDTIROL INSGESAMT	2776	42	66

Quelle: Ausarbeitung anhand von Daten des Sozialberichts 2000

Auffallend sind die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirksgemeinschaften, deren Daten teilweise auch weit über dem südtirolweiten Durchschnitt liegen. Im Übrigen ist man vom im Landessozialplan angestrebten Ziel von insgesamt 100 effektiv im Dienst stehenden äquivalenten Sozialassistenten in den Sozialsprengeln Südtirols (vergl. Tabelle 1.16) noch sehr weit entfernt.

Die von den Erziehungsdiensten der Sprengel direktbetreuten Personen (insgesamt 728 Personen im Jahr 2000) waren fast zur Hälfte unter 14 Jahre alt. Die relativ geringe Anzahl der Direktbetreuten kann mit dem anders konzipierten Auftrag des Erziehungsdienstes begründet werden; während die Tätigkeit des Allgemeinen Sozialdienstes nämlich direkt, wenn nicht ausschließlich für die einzelnen Leistungsempfänger (und ihre Familien) bestimmt ist, kommt eine direkte Übernahme von einzelnen Betreuungsfällen durch die Erziehungsdienste des Sprengels weit seltener vor, denn Schwerpunkt der Tätigkeit der Erziehungsdienste ist vielmehr die Gruppen- und Gemeinschaftsarbeit. Dennoch gibt es auch einige Ausnahmen, so versorgte z.B. die Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt im Jahr 2000 allein 68% aller Direktbetreuten in ganz Südtirol, dieser Prozentsatz steigt für die unter 14-Jährigen sogar auf 78,4%.

Insgesamt kann man im Vergleich zu 1998 eine starke Zunahme der Zahl der Erziehungsdienste (von 10 auf 17 Dienststellen) sowie der Zahl der Direktbetreuten feststellen; die Zahl der Direktbetreuten lag im Jahr 1998 bei 473, davon waren 236 unter 14 Jahre alt (vergl. Tabelle 1.17).

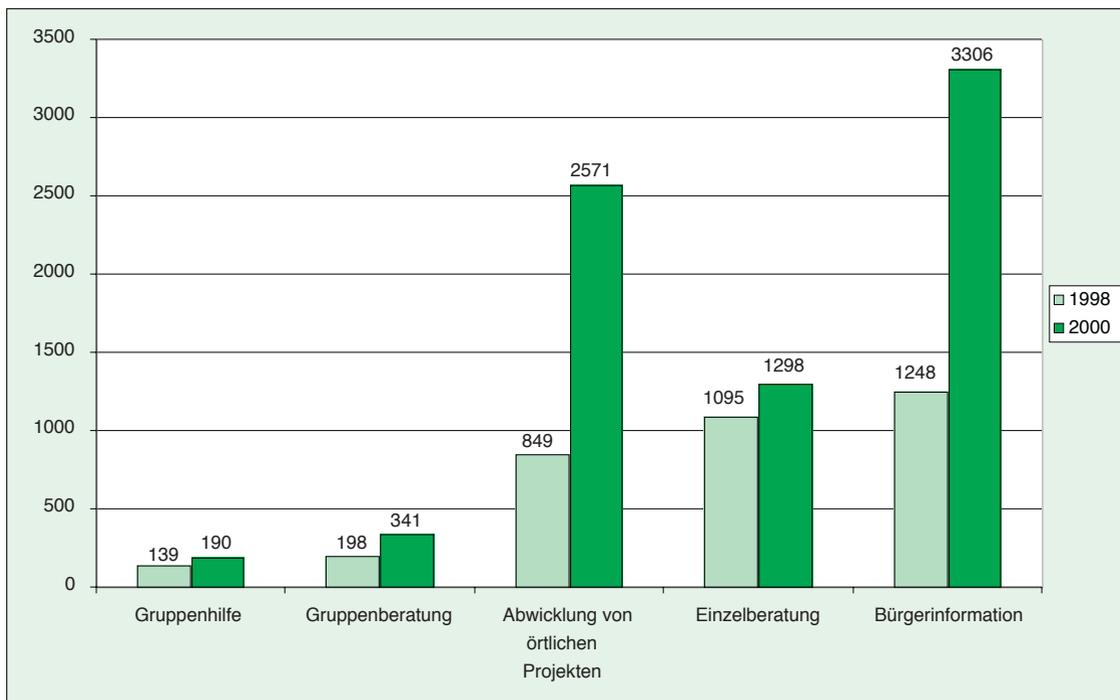
Tabelle 1.17 **Betreute der Erziehungsdienste nach Bezirksgemeinschaften und Altersklassen**
Vergleich 1998-2000

Bezirksgemeinschaft	1998		2000	
	Direkt- betreute	davon Kinder unter 14 Jahren	Direkt- betreute	davon Kinder unter 14 Jahren
Burggrafenamt	347	200	495	277
Überetsch - Unterland	24	16	15	7
Bozen (Betrieb für Sozialdienste)	0	0	11	0
Salten Schlern	38	9	86	18
Eisacktal	64	11	40	2
Wipptal	0	0	15	11
Pustertal	0	0	66	38
GESAMT	473	236	728	353

Quelle: Sozialbericht 1998, 2000

Der Großteil der Tätigkeit der Erziehungsdienste entfällt zweifelsohne auf die Gruppen- und Gemeinschaftsarbeit; im Rahmen dieser Tätigkeit werden relativ große Zielgruppen angesprochen, deren genaue Quantifizierung etwas schwieriger ist als die Erhebung der individuellen Betreuungsfälle. Zu den wichtigsten Leistungen der Erziehungsdienste zählten im Jahr 2000 daher die Informationsarbeit (3306 Beratungsleistungen für Bürger) und die Abwicklung von örtlichen Projekten (Beteiligung von 2571 Personen); in diesen beiden Bereichen wurde eine starke Zunahme der Tätigkeit verzeichnet (vergl. Grafik 1.9).

Grafik 1.9 **Erziehungsdienste: Leistungen nach Anzahl der Betreuten: Vergleich 1998-2000**



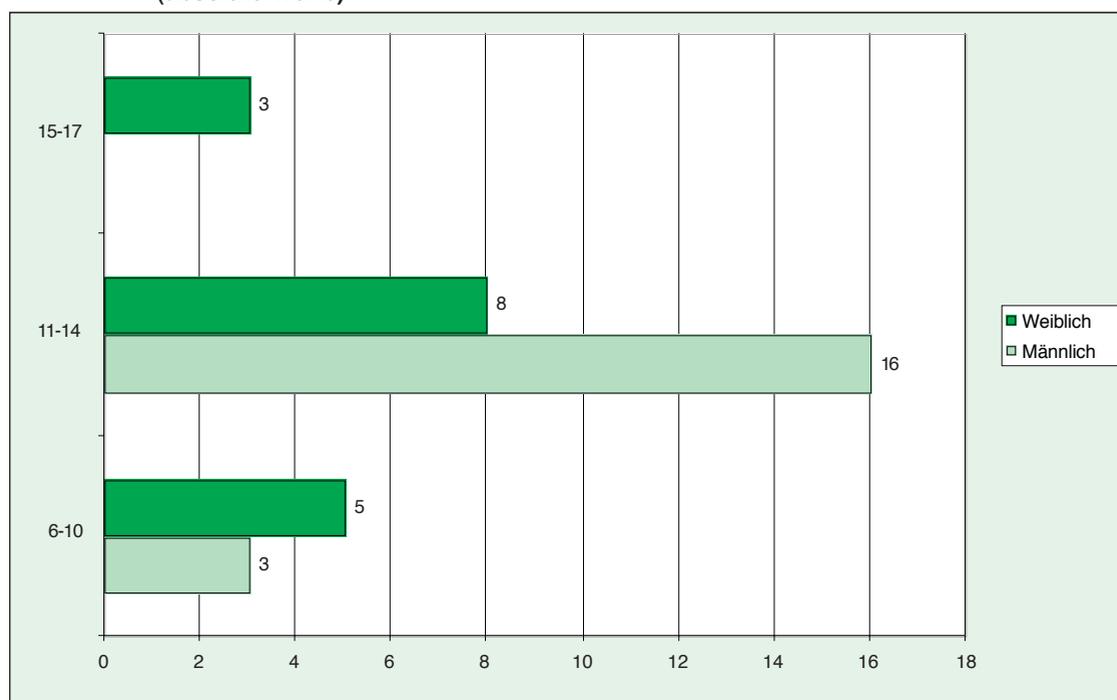
Quelle: Sozialbericht 1998, 2000

Die Zahl der Mitarbeiter der Erziehungsdienste stieg von 22 im Jahr 1998 auf 36 im Jahr 2000, das entspricht 30 effektiv im Dienst stehenden äquivalenten Arbeitskräften (19,2 im Jahr 1998). Da der Zuwachs an internen Ressourcen ungefähr Schritt hält mit der steigenden Nachfrage, ist die Zahl der Betreuten pro Mitarbeiter in etwa gleich geblieben (25 Betreute pro Mitarbeiter).

2.2. Die Tagesstätten

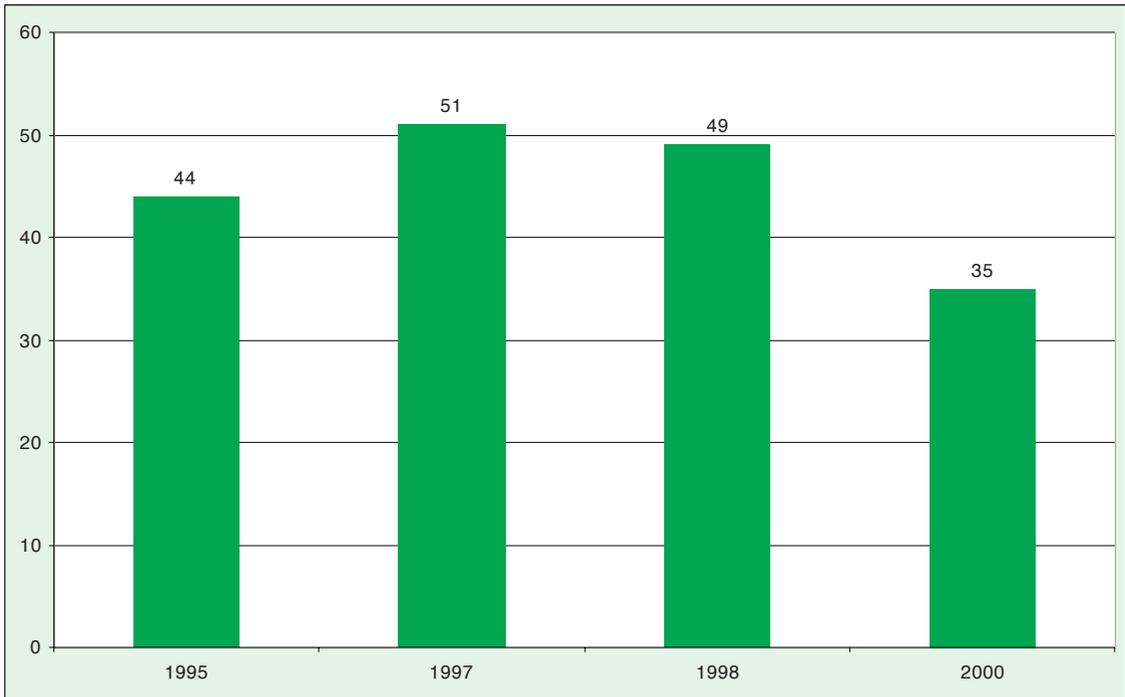
Im Hinblick auf eine Betreuung der Minderjährigen unter möglichst normalen und alltagsähnlichen Umständen, vor allem in den Fällen, in denen das Familienleben nicht so problematisch ist, dass eine Trennung des Kindes von der Herkunftsfamilie erforderlich ist, stellen die Tagesstätten sicherlich ein wichtiges Lösungskonzept dar, das aber derzeit nur beschränkt angeboten wird. Die drei Tagesstätten befinden sich in Meran, Bozen und Leifers und verfügen insgesamt über 41 Plätze, die aber im Jahr 2000 nicht voll ausgelastet waren.

Grafik 1.10 In Tagesstätten betreute Minderjährige nach Altersklassen und Geschlecht - 2000 (absolute Werte)



Quelle: Daten LISYS 2001

Der Großteil der 35 Betreuten (19 davon männlich) war zwischen 11 und 14 Jahren (24) alt, weit geringer hingegen war die Zahl der Jugendlichen (insgesamt 3 Mädchen) im Alter zwischen 15 und 17 Jahren (vergl. Abb. 10). Im Laufe der letzten Jahre sind sowohl die Zahl der Einrichtungen (bis 1998 gab es vier Tagesstätten) als auch die Zahl der betreuten Minderjährigen gesunken (51 Betreute im Jahr 1997, derzeit 35 Betreute - vergl. Grafik 1.11).

Grafik 1.11 **Betreute in Tagesstätten: Trend 1995-2000 (absolute Werte)**

Quelle: Auswertung anhand der Daten des Sozialberichts 1995, 1996/97, 1998 und der LISYS Daten 2001

Die in den Tagesstätten im Rahmen eines sozialpädagogischen Programms angebotenen Tätigkeiten liegen im Bereich der Spiel- und Freizeitgestaltung und von sportlichen Aktivitäten; die Tagesstätten sorgen auch dafür, dass nicht nur die Familie, sondern auch andere Kinder und Jugendliche und die örtliche Gemeinschaft in ihre Tätigkeiten einbezogen werden.

Im Jahr 2000 waren in den Tagesstätten 18 MitarbeiterInnen, die Hälfte davon ErzieherInnen, beschäftigt, die in ihrer Arbeit auch von einer relativ hohen Anzahl von freiwilligen Helfern (8) unterstützt wurden, die eine Arbeitsleistung im Ausmaß von insgesamt 840 Stunden erbrachten. Bemerkenswert ist nicht zuletzt wegen der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden der Beitrag der drei Zivildienen (je einer pro Tagesstätte), die im Jahr 2000 insgesamt 3850 Stunden in den Tagesstätten anwesend waren.

2.3. Die Wohneinrichtungen

Für Kinder und Jugendliche, die sich aus unterschiedlichen Gründen in einer derart kritischen Lage befinden, dass sie vorübergehend von ihrer Herkunftsfamilie getrennt werden müssen, gibt es drei Arten von Wohneinrichtungen: Im Jahr 2000 gab es in Südtirol verteilt auf fünf der acht Bezirksgemeinschaften eine Fürsorgeeinrichtung, neun Wohngemeinschaften und sechs familienähnliche Einrichtungen, wobei ein Großteil der Einrichtungen auf das Burggrafenamt und auf das Eisacktal konzentriert ist. Insgesamt waren im Jahr 2000 in den Wohneinrichtungen in Südtirol 125 Plätze belegt (vergl. Tabelle 1.18).

Tabelle 1.18 Wohneinrichtungen in Südtirol - 2000

Bezirksgemeinschaft	Fürsorgeeinrichtungen		Wohngemeinschaften		Familienähnliche Einrichtungen		Gesamt	
	Einrichtungen	Betreute	Einrichtungen	Betreute	Einrichtungen	Betreute	Einrichtungen	Betreute
Burggrafenamt	1	26	4	30			5	56
Überetsch - Unterland					2	6	2	6
Bozen			2	19			2	19
Eisacktal			2	17	4	20	6	37
Pustertal			1	7			1	7
SÜDTIROL INSGESAMT	1	26	9	73	6	26	16	125

Quelle: Datenauswertung LISYS 2001

Mit Ausnahme der Landesjugendwohngemeinschaft in Bozen handelt es sich jeweils um private Einrichtungen, die von Vereinen, Genossenschaften oder von kirchlichen Organisationen geführt werden und eine Konvention mit den Bezirksgemeinschaften bzw. mit dem Betrieb für Sozialdienste Bozen abgeschlossen haben. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von strukturellen Änderungen vorgenommen, die wichtigste betrifft die Erhöhung der Zahl der Einrichtungen von 9 im Zeitraum 1995 – 1998 auf 16 Einrichtungen im Jahr 2000. Das Angebot an Wohneinrichtungen konnte durch die Umwandlung eines Teils der Erziehungs-/Fürsorgeeinrichtungen in eine Reihe von kleinen Wohngemeinschaften erweitert werden. In den letzten Jahren ist allerdings die Zahl der Plätze in diesen Einrichtungen von 243 im Jahr 1997 auf derzeit 159 gesunken; diese Tatsache wirkt sich – wenn auch nicht in linearer Form - auch auf den Sättigungskoeffizienten aus; auf den starken Anstieg zwischen 1997 (54,3%²) und 1998 (80,3%) folgte ein Rückgang im Jahr 2000 (78,6%).

In diesen Wohneinrichtungen werden Kinder und Jugendliche auch nur tagsüber betreut, weshalb bei der Berechnung des Sättigungskoeffizienten der Einrichtungen zwischen diesen zwei Betreuungsformen unterschieden wurde. Denn die angegebenen Kapazitätswerte stehen für die Bettenplätze, während der Sozialbericht keine Angaben über die Kapazitäten dieser Einrichtungen für die Tagesbetreuung von Kindern und Jugendlichen enthält (vergl. Tabelle 1.19).

Was die Unterbringung in den verschiedenen Einrichtungsformen anbelangt, stellt man auch in Südtirol einen Trend in Richtung Wohngemeinschaft fest; während die Zahl der Heimunterbringungen stark rückläufig ist, steigt die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Wohngemeinschaften und in familienähnlichen Einrichtungen betreut werden, wo im Jahr 2000 fast 80% aller stationär betreuten Minderjährigen untergebracht waren. Damit hat sich die Form der stationären Betreuung von Minderjährigen im Laufe von nur zwei Jahren radikal verändert (vergl. Grafik 1.12).

² Dieser niedrige Index ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass drei Wohngemeinschaften mit Übernachtungsmöglichkeit in der Praxis aber nur den Betreuungsdienst tagsüber angeboten haben.

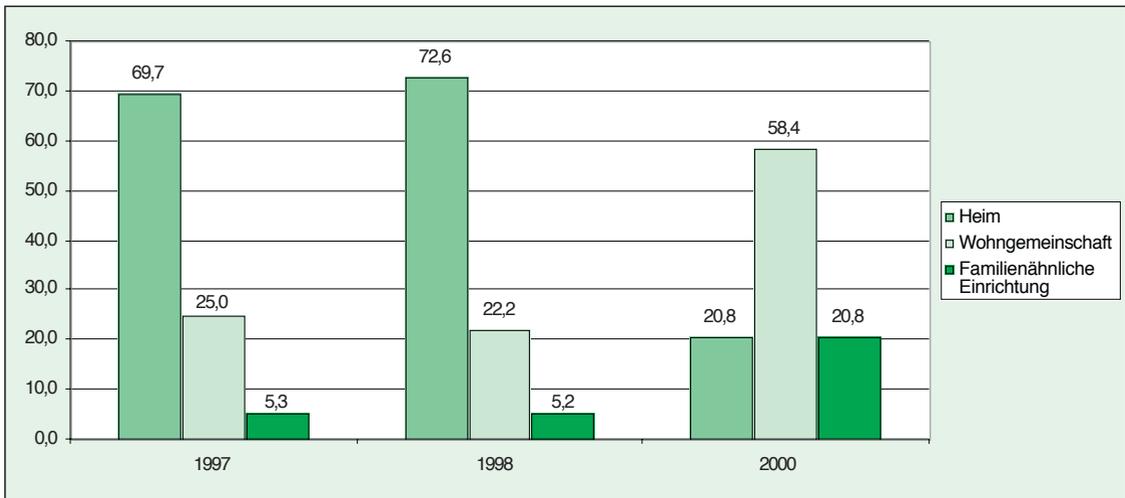
Tabelle 1.19 **Wohneinrichtungen: Anzahl, Kapazitäten, Anzahl der Betreuten, Sättigungskoeffizient - Trend 1996-2000**

	1995				1997			
	Einrichtungen	Kapazität	Betreute	Sättigungskoeffizient	Einrichtungen	Kapazität	Betreute	Sättigungskoeffizient
Fürsorgeeinrichtungen	4	61	111		3	154	92	
Wohngemeinschaften	3	29	22		4	81	33	
Familienähnliche Einrichtungen	2	8	8		2	8	7	
Gesamt	9	116	141	121,5	9	243	132	54,3
davon stationär Betreute			89	76,7			109	44,8

	1998				2000			
	Einrichtungen	Kapazität	Betreute	Sättigungskoeffizient	Einrichtungen	Kapazität	Betreute	Sättigungskoeffizient
Fürsorgeeinrichtungen	3	124	98		1	34	26	
Wohngemeinschaften	4	36	30		9	90	73	
Familienähnliche Einrichtungen	2	8	7		6	35	26	
Gesamt	9	168	135	80,3	16	159	125	78,6
davon stationär Betreute			119	70,8		131	97	74,0

Quelle: Datenauswertung LISYS 2001

Grafik 1.12 **Prozentuelle Verteilung der Betreuten auf die verschiedenen Wohneinrichtungen (1997, 1998, 2000)**



Quelle: Auswertung der Daten der Sozialberichte 1996/97, 1998, LISYS Daten 2000

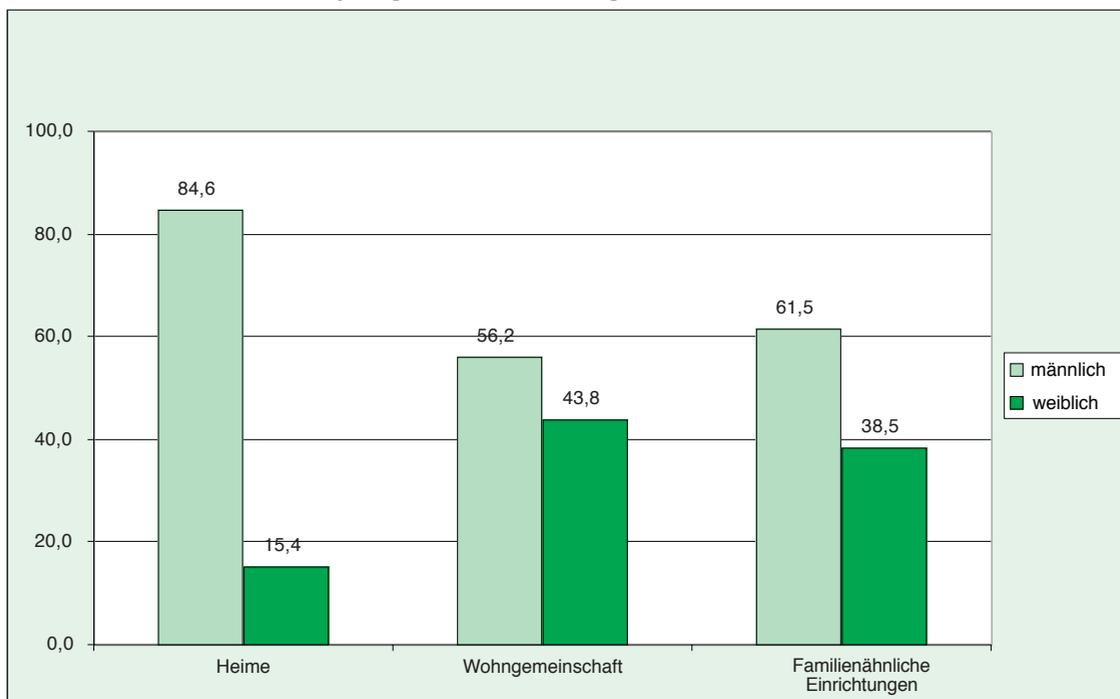
Auch in den stationären Einrichtungen überwiegt wie bei den Allgemeinen Sozialdiensten und den Tagesstätten wiederum die Zahl der männlichen Betreuten (63,2% der Gesamtzahl; vergl. Grafik 1.13), wobei es allerdings Unterschiede zwischen den einzelnen Einrichtungsformen und Altersklassen gibt. Besonders ausgeprägt war diese ungleiche Geschlechterverteilung im Jahr 2000 bei den Bewohnern der Fürsorgeeinrichtung mit 85% männlichen Betreuten, davon die Hälfte im Schulalter. Etwas homogener war hingegen die Situation in den Wohngemeinschaften und in den Familienähnlichen Einrichtungen, wo 56% bzw. 62% der Betreuten männlich waren (vergl. Tabelle 1.20).

Tabelle 1.20 In Wohneinrichtungen betreute Minderjährige nach Geschlecht - 2000

	männlich		weiblich		Gesamt a.W.
	a.W.	%	a.W.	%	
Fürsorgeeinrichtungen	22	27,8	4	8,7	26
Wohngemeinschaften	41	51,9	32	69,6	73
Familienähnliche Einrichtungen	16	20,3	10	21,7	26
Gesamt	79	100,0	46	100,0	125

Quelle: Auswertung Daten LISYS 2000

Grafik 1.13 Betreute Minderjährige nach Einrichtungsart und Geschlecht

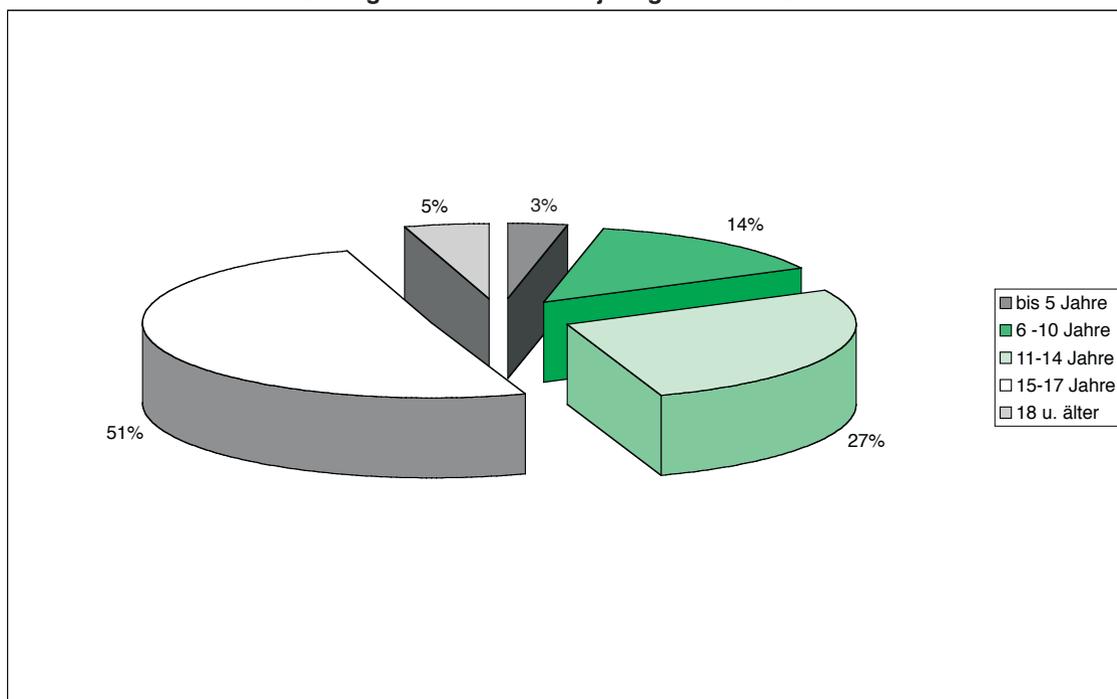


Quelle: Auswertung Daten LISYS 2000

Bei den Altersklassen fällt auf, dass die 15- bis 17-Jährigen 51% der Gesamtzahl der Betreuten ausmachen (1998 betrug ihr Anteil nur 38%), der Anteil der Alterklasse 11-14 Jahre liegt bei 27% (vergl. Grafik 1.14).

Insgesamt hat sich die altersgruppenmäßige Zusammensetzung der Betreuten im Zeitraum 1998 bis 2000 geändert; allgemein ist eine Zunahme der Anzahl der etwas älteren Jugendlichen festzustellen. (Auch die Zahl der über 18-jährigen Bewohner ist von 1% im Jahr 1998 auf 4,8% im Jahr 2000 gestiegen.) Abgesehen von den Familienähnlichen Einrichtungen sind die 15- bis 17-jährigen männlichen Jugendlichen am stärksten in allen Einrichtungsarten vertreten; dabei ist allerdings zu beachten, dass es zwischen den einzelnen Betreuungsformen auch erhebliche Unterschiede gibt. Einige Einrichtungen haben sich auch mehr oder weniger auf eine bestimmte Zielgruppe (Wohngemeinschaft für eine bestimmte Altersklasse oder ein bestimmtes Geschlecht) spezialisiert (vergl. Tabelle 1.21).

Grafik 1.14 In Wohneinrichtungen betreute Minderjährige nach Geschlecht



Quelle: Auswertung Daten LISYS 2000

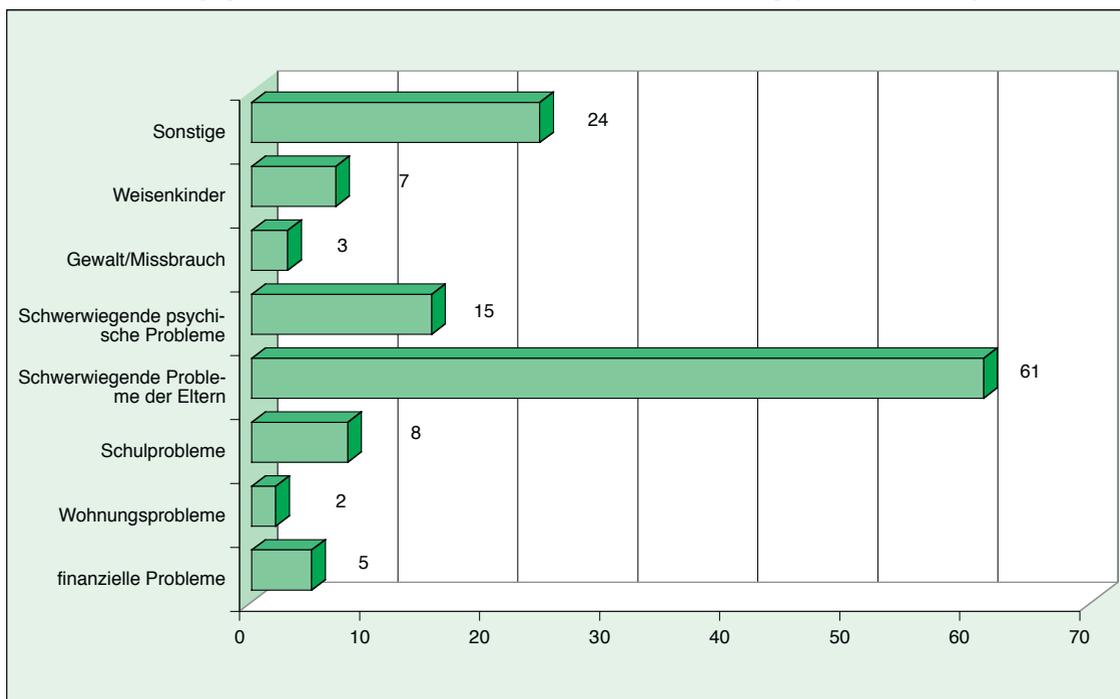
Tabelle 1.21 Betreute Minderjährige nach Einrichtungsart, Altersklasse und Geschlecht - 2000 (absolute Zahlen)

	Fürsorgeeinrichtungen			Wohngemeinschaften			Familienähnliche Einrichtungen		
	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt
bis 5 Jahre	0	0	0	1	0	1	2	1	3
6 - 10 Jahre	4	0	4	5	3	8	3	3	6
11-14 Jahre	7	3	10	7	8	15	6	3	9
15-17 Jahre	11	1	12	26	18	44	4	3	7
18 und älter	0	0	0	2	3	5	1	0	1
Gesamt	22	4	26	41	32	73	16	10	26

Quelle: Auswertung Daten LISYS 2000

Als Hauptgrund für die Aufnahme in eine Wohneinrichtung wird wie in den vergangenen Jahren hauptsächlich der Faktor "schwerwiegende familiäre Probleme der Eltern" (oder eines Elternteils) genannt; dies bestätigt somit die Tatsache, dass Kinder oder Jugendliche hauptsächlich dann von ihrer Herkunftsfamilie getrennt werden, wenn die erzieherischen Fähigkeiten der Eltern stark beeinträchtigt sind. Nicht unterschätzt werden darf die an zweiter Stelle liegende Zahl der Fälle, in denen psychische Probleme oder Verhaltensstörungen der Minderjährigen die Sozialpädagogische Grundbetreuung zur Überweisung der betreffenden Fälle in eine Wohneinrichtung veranlassen. Bemerkenswert ist schließlich die Tatsache, dass die Wohngemeinschaften sich kaum auf bestimmte Problemarten bei der Aufnahme der Minderjährigen spezialisiert haben, während die Fürsorgeeinrichtungen und die Familienähnlichen Einrichtungen ihr Betreuungsangebot anscheinend auf bestimmte Problemfälle beschränken (vergl. Grafik 1.15).

Grafik 1.15 Hauptgrund für die Aufnahme in eine Wohneinrichtung (absolute Werte)



Quelle: Auswertung Daten LISYS 2000

Im Jahr 2000 waren insgesamt 165 MitarbeiterInnen in den Wohneinrichtungen beschäftigt, 69 davon waren ErzieherInnen oder AnimatorInnen. In äquivalenten Arbeitskräften ausgedrückt lag die Gesamtzahl bei 103,9, während bei den Erziehern und Animatoren 59 äquivalente Arbeitskräfte verzeichnet wurden. Bei einem Vergleich dieser Daten mit der Zahl der Betreuten pro Wohneinrichtung erkennt man für die Mitarbeiter der Fürsorgeeinrichtung eine wesentlich höhere Belastungsquote als in den anderen Wohneinrichtungen (vergl. Tabelle 1.22). Dies hängt wahrscheinlich auch mit dem unterschiedlichen Betreuungsangebot der einzelnen Einrichtungen zusammen.

Bei einem Vergleich der Daten des Jahres 2000 mit denen für 1998 stellt man fest, dass eine beträchtliche Verlagerung der äquivalenten Arbeitskräfte von den Fürsorgeeinrichtungen zu den Wohngemeinschaften stattgefunden hat, wo das Verhältnis Betreute pro Mitarbeiter sich gegenüber 1998 von 1,4 auf 1,2 im Jahr 2000 verbessert hat (vergl. Tabelle 1.23).

Tabelle 1.22 Äquivalente ErzieherInnen und AnimatorInnen und jeweilige Betreuzahl in den Wohneinrichtungen

	Betreute	Äquivalente Erzieher u. Animatoren	Betreute je Erzieher und Animator
Fürsorgeeinrichtung	26	7	3,7
Wohngemeinschaften	73	39,5	1,8
Familienähnliche Einrichtungen	26	12,5	2,1
GESAMT	125	59	2,1

Quelle: Sozialbericht 2000

Tabelle 1.23 **Prozentuelle Verteilung der effektiv im Dienst stehenden äquivalenten Arbeitskräfte auf die einzelnen Wohneinrichtungen Vergleich 1998-2000**

	1998	2000
Fürsorgeeinrichtung	74%	15%
Wohngemeinschaften	23%	45%
Familienähnliche Einrichtungen	3%	40%
GESAMT	100% (a.W. 97,7)	100% (a.W. 103,9)

Quelle: Auswertung der Daten der Sozialberichte 2000 und 1998

2.4. Die Beratungsstellen

In Südtirol gibt es 6 Dienste mit 14 Familienberatungsstellen. Die Beratungsstellen werden von privaten Trägern geführt, die im Rahmen von Abkommen und Konventionen mit den öffentlichen Diensten zusammenarbeiten. Im Jahr 2000 wandten sich 8.206 Personen an die Beratungsstellen, was einer Zunahme von fast 25% im Vergleich zum Jahr 1998 (6.574 Betreute) entspricht.

Die territoriale Verteilung der Dienste ist sehr unterschiedlich; die meisten Beratungsstellen sind auf die großen Gemeinden konzentriert; als multizonale Dienste können diese Stellen aber nicht nur von Personen des eigenen Sprengels, sondern auch von Personen von außerhalb in Anspruch genommen werden. Vor allem die Beratungsstellen in Bozen und auch die von Meran und Brixen verzeichnen eine hohe Anzahl von Betreuten aus anderen Sprengeln. Dennoch wirkt sich die Zahl der Beratungsstellen zusammen mit anderen Faktoren anscheinend auf den Durchdringungsgrad auf Bezirksebene aus; den Daten des Sozialberichts 2000 zufolge ist der Durchdringungsgrad im Burggrafenamt, in Bozen und in der Bezirksgemeinschaft Unterland-Überetsch besonders hoch. Der höchste Wert wurde in der Stadt Bozen erhoben; 46% aller Klienten der Südtiroler Familienberatungsstellen kommen nämlich aus der Landeshauptstadt, für die ein Durchdringungsgrad von 3,9% ermittelt wurde.

 Tabelle 1.24 **Die Beratungsstellen: territoriale Verteilung und Betreute**

Bezirksgemeinschaft	Sitz	Anz. Beratungsstellen	Anz. Betreute	davon < 18 Jahre
Vinschgau	Schlanders	1	92	8
Burggrafenamt	Meran	3	2421	466
Überetsch - Unterland	Leifers	1	132	18
	Neumarkt	1	54	0
Bozen	Bozen	5	4768	584
Salten Schlern	St. Ulrich	1	22	0
Eisacktal	Brixen	1	307	38
Wipptal	-	-	-	-
Pustertal	Bruneck	1	410	15
GESAMT		14	8206	1129

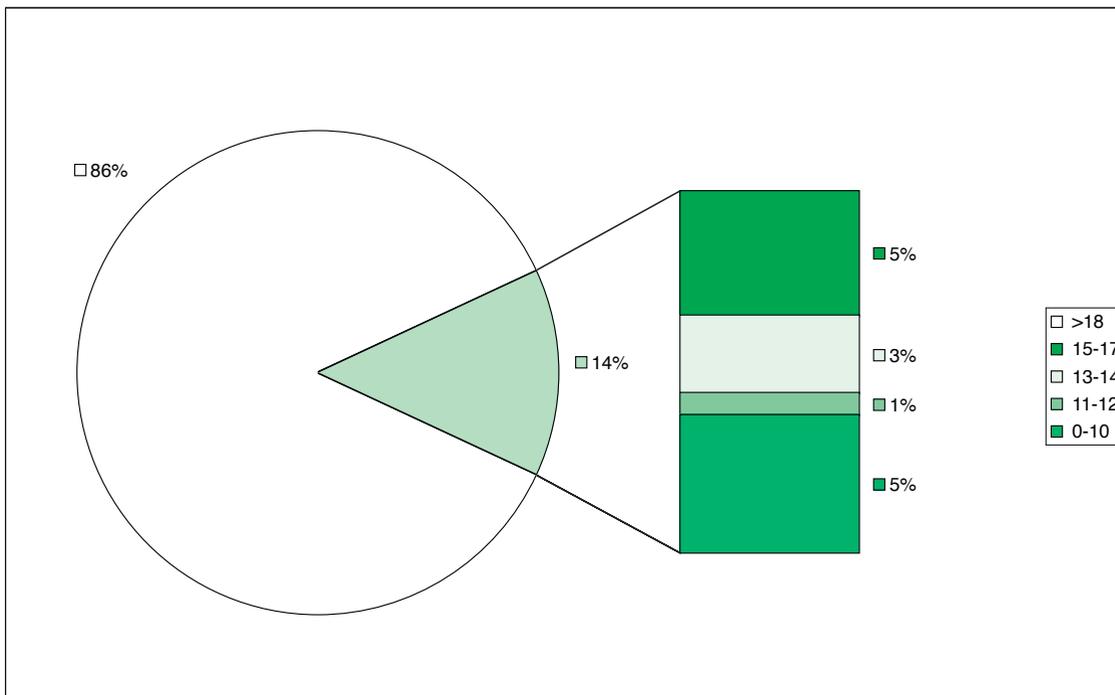
Quelle: Datenauswertung LISYS 2001

Betrachtet man die Altersklassen, stellt man den geringen Anteil der unter 18-Jährigen (vergl. Grafik 1.16) fest, die nur 14% der Klienten insgesamt ausmachen (über die Hälfte davon sind zwischen 13 und 17 Jahre alt).

Der Anteil der Betreuten unter 14 Jahren ist jedoch in den letzten Jahren ständig gestiegen und lag 2000 bei 9%. Im Vergleich zu 1998 ist der Anteil dieser Altersklasse daher um 124% gestiegen, während die Zahl der Betreuten insgesamt um 25% zugenommen hat (vergl. Grafik 1.17).

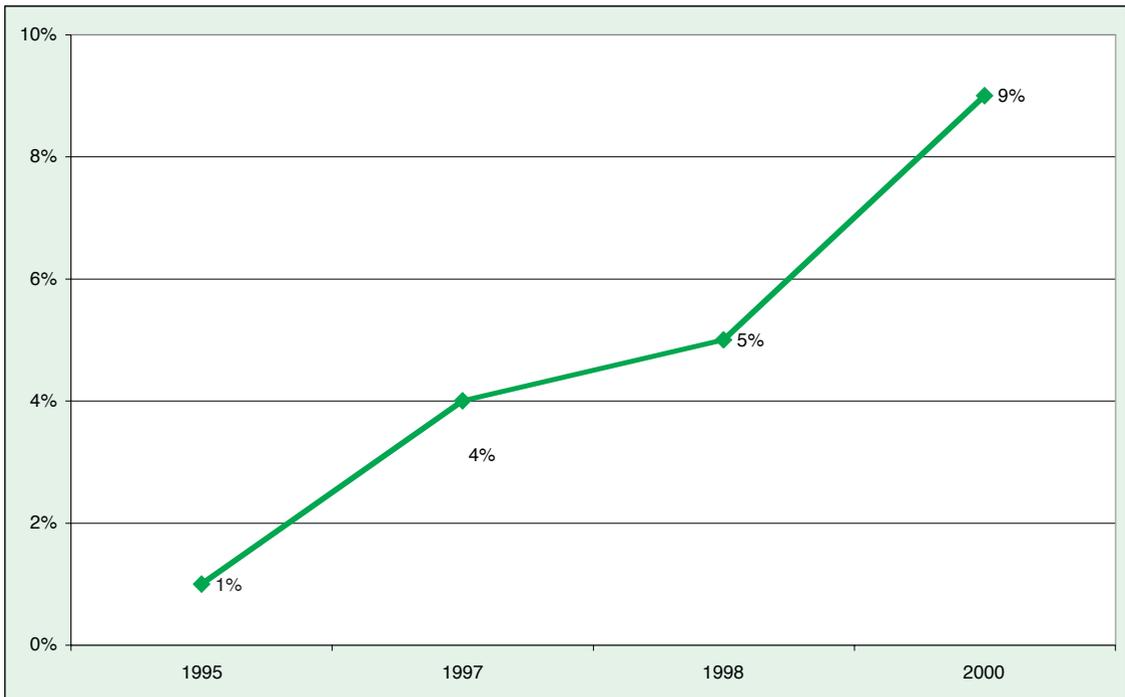
Betrachtet man die geschlechtsmäßige Zusammensetzung der Klienten der Beratungsstellen erkennt man, dass die männlichen und weiblichen Betreuten in den einzelnen Altersklassen unterschiedlich stark vertreten sind (vergl. Grafik 1.18): 80% der Gesamtzahl der Klienten sind weiblich, auch wenn der Anteil der männlichen Betreuten in den letzten Jahren gestiegen ist; das Verhältnis männlich-weiblich ändert sich hingegen bei den Minderjährigen. Die Mädchen sind zwar immer noch in der Überzahl, aber der Anteil der männlichen Jugend an der Gesamtzahl der Betreuten unter 18 Jahren liegt bei 38,5%; in der Altersklasse der 0- bis 10-Jährigen ist der Anteil der Buben mit 55% sogar höher als der der Mädchen. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ändert sich grundlegend in der Altersklasse 15 – 17 Jahre (85% Mädchen).

Grafik 1.16 **Betreute der Familienberatungsstellen nach Altersklassen**



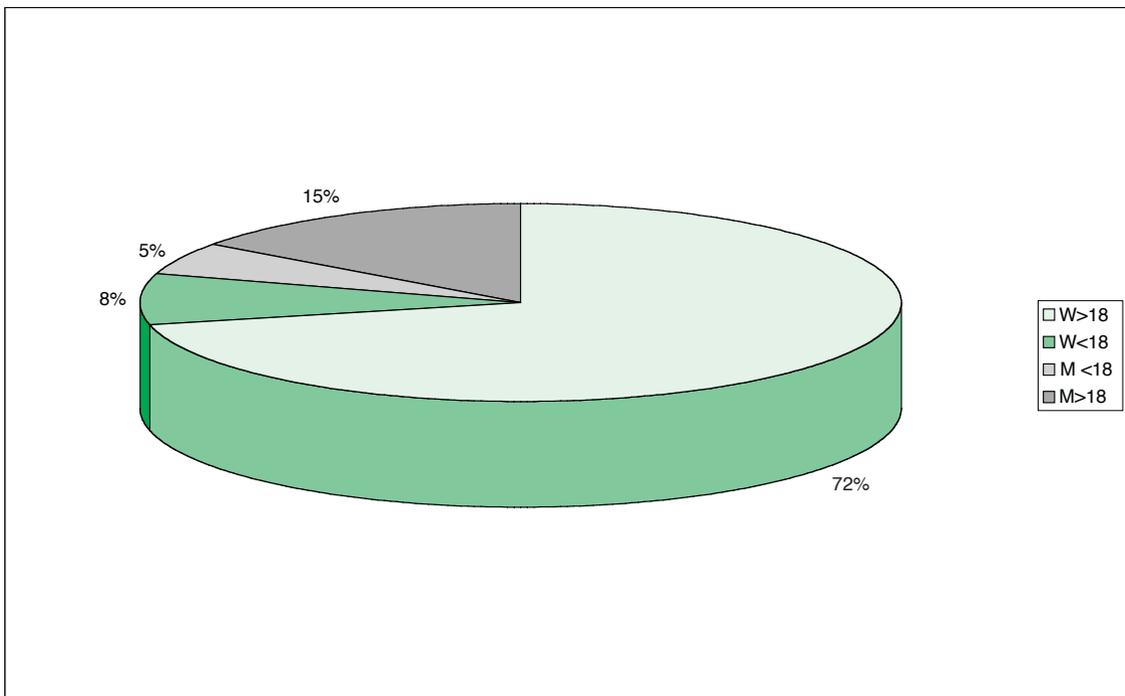
Quelle: Datenauswertung LISYS 2000

Grafik 1.17 Anteil der Betreuten unter 14 Jahren: Trend 1995-2000



Quelle: Auswertung der Daten der Sozialberichte 1996/97, 1998 und der LISYS Daten 2000

Grafik 1.18 Betreute der Familienberatungsstellen nach Geschlecht und Alterklassen



Quelle: Datenauswertung LISYS 2000

Das Leistungsangebot der Beratungsstellen gliedert sich in fünf Bereiche:

- Gesundheitsleistungen;
- sozialpsychologische Beratung für Kinder und Jugendliche
- Sozialberatung
- Rechtsberatung
- psychologische Gespräche

Wie schon in den Jahren zuvor überwogen auch im Jahr 2000 (vergl. Tabelle 1.25) die psycho-sozialen Leistungen gegenüber den Gesundheitsleistungen; von den insgesamt 14 Beratungsstellen boten 8 Zentren, die 27% der Gesamtzahl der Klienten betreuten, ausschließlich psycho-soziale Leistungen an.

Tabelle 1.25 Von den Familienberatungsstellen erbrachte Leistungen 1997 – 2000

	Gesundheitsleistungen ³	Psychologische Gespräche	Rechtsberatung	Sozialpsychologische Beratung für Kinder und Jugendliche	Sozialberatung
1997	15421	16965	733	179	382
1998	13730	17757	900	249	382
2000	15659	19646	744	294	598

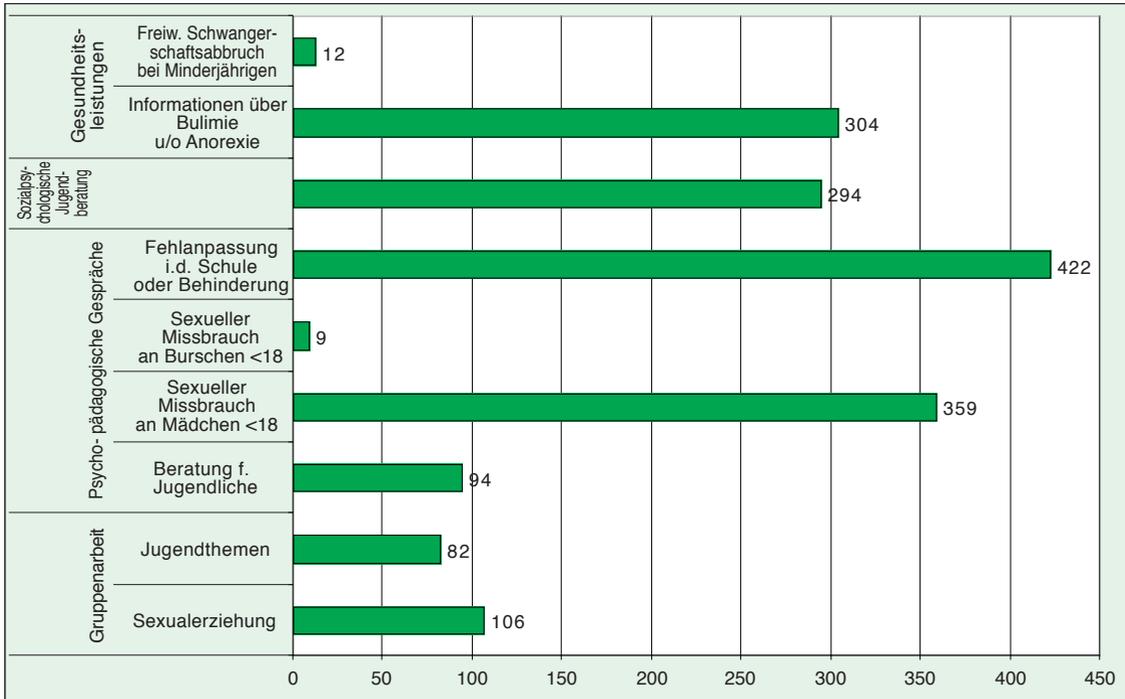
Quelle: Sozialbericht 1996/97, 1998 und 2000

Obwohl die Daten des LISYS nur ungenauen Aufschluss über alle Leistungen geben, die für Minderjährige im Allgemeinen und für Jugendliche im Besonderen erbracht wurden, kann dennoch ein Überblick vermittelt werden; dazu wurden jene Leistungen ausgewählt, die unzweifelhaft für Minderjährige bestimmt sind, und solche, die mit großer Wahrscheinlichkeit größtenteils für Personen unter 18 Jahren erbracht wurden (vergl. Grafik 1.19). So gesehen war die 2000 am häufigsten erbrachte Leistung die psychologische Beratung bei schulischen Problemen und für minderjährige Opfer von sexuellem Missbrauch; es folgen Informationsleistungen zu Bulimie und/oder Anorexie; die zuletzt genannte Beratungsleistung wurde aber wahrscheinlich nicht nur für Minderjährige erbracht.

Die Gruppenarbeit, die aber nur einen geringen Anteil ausmacht, wenn man die insgesamt in den Familienberatungsstellen erbrachten Leistungen betrachtet, spielt hingegen eine größere Rolle in der Jugendarbeit mit 106 Treffen zum Thema Sexualekunde im Jahr 2000; weitere 82 Gruppentreffen waren für Jugendliche bestimmt, wenn auch teilweise indirekt, da es sich um Gruppen zur Unterstützung von Eltern mit heranwachsenden Kindern handelte. Zu diesen Leistungen kommt noch der "Raum für die Jugend" hinzu, den eine der Familienberatungsstellen in Bozen anbietet, der im Jahr 2000 94 Einzelleistungen erbracht hat. Bemerkenswert ist schließlich die Tatsache, dass über 70% dieser Leistungen von vier Beratungsstellen (zwei in Bozen und zwei in Meran) erbracht werden.

³ In Wirklichkeit liegt die Zahl der Gesundheitsleistungen im engeren Sinne des Wortes wahrscheinlich unter der hier genannten Zahl, da hier auch alle Erstgespräche inbegriffen sind, die sich im Jahr 2000 auf 5758 beliefen.

Grafik 1.19 Leistungen der Familienberatungsstellen für Minderjährige



Quelle: Auswertung Daten LISYS 2000

Im Jahr 2000 waren 119 MitarbeiterInnen in den Familienberatungsstellen beschäftigt, von denen die meisten im psycho-sozialpädagogischen Bereich (53,8%) tätig waren; an zweiter Stelle folgt das ärztliche, paramedizinische und sozialfürsorgliche Personal (21%); zur Belegschaft gehören weiters das Fachpersonal für Rechts- oder Familienberatung (10,9%) und andere Hilfskräfte (14,2%). In effektiv Dienst leistenden äquivalenten Arbeitskräften ausgedrückt sinkt die Zahl der Mitarbeiter aber auf nur 39 Personaleinheiten, da ein Großteil der MitarbeiterInnen nur stundenweise in den Beratungsstellen arbeitet.

Entsprechend dem Leistungsangebot der Familienberatungsstellen ist die Berufsgruppe der PsychologInnen (20,3 äquivalente MitarbeiterInnen im Jahr 2000) am stärksten vertreten; jede/r Psychologe/in war ausgehend von der Gesamtzahl der im Jahr 2000 verzeichneten Betreuten (8.206) für 404 Personen zuständig. Diese Zahl sinkt auf 210 Betreute pro Mitarbeiter, wenn man die Gesamtzahl der effektiv im Dienst stehenden äquivalenten Mitarbeiter betrachtet.

2.5. Der Psychologische Dienst

Von allen auf Sprengelzebene angebotenen Gesundheitsdiensten ist der Psychologische Dienst der wichtigste Ansprechpartner für die Allgemeinen Sozialdienste, wenn es um die Bewältigung einer Krisensituation bei Kindern oder Jugendlichen geht. Von den 2073 Minderjährigen, die 2000 von den Allgemeinen Sozialdiensten betreut wur-

den, waren 6% von den Gesundheitsdiensten gemeldet worden (wobei es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sprengeln gibt, da die Werte zwischen 0 und 15% variieren); man darf annehmen, dass ein Großteil dieser Fälle tatsächlich von den Psychologischen Diensten gemeldet wurde. Aus den Daten des LISYS für 2000 geht hervor, dass mit Ausnahme eines Sprengels alle Allgemeinen Sozialdienste mit den Psychologischen Diensten zusammengearbeitet haben.

Der Psychologische Dienst in Südtirol untersteht den vier Sanitätsbetrieben und erbringt seine Leistungen jeweils am Sitz der Sanitätsbetriebe sowie in fünfzehn Gesundheitssprengeln. Ein Großteil der Betreuten wird jedoch direkt von den Diensten der Sanitätsbetriebe versorgt, nur 34,5% der Gesamtzahl der Betreuten wurden von den Sprengeln versorgt (vergl. Tabelle 1.26).

Tabelle 1.26 **Betreute der Psychologischen Dienste der Sanitätsbetriebe**

	Bozen	Meran	Brixen	Bruneck	Gesamt
Betreute insgesamt	2.377	1.262	985	1.051	5.675
Betreute in den Sprengeln	916 (38,5%)	324 (25,6%)	318 (32,2%)	405 (38,5%)	1.963 (34,5%)

Quelle: Auswertung anhand der Daten des Landesgesundheitsberichts 2000

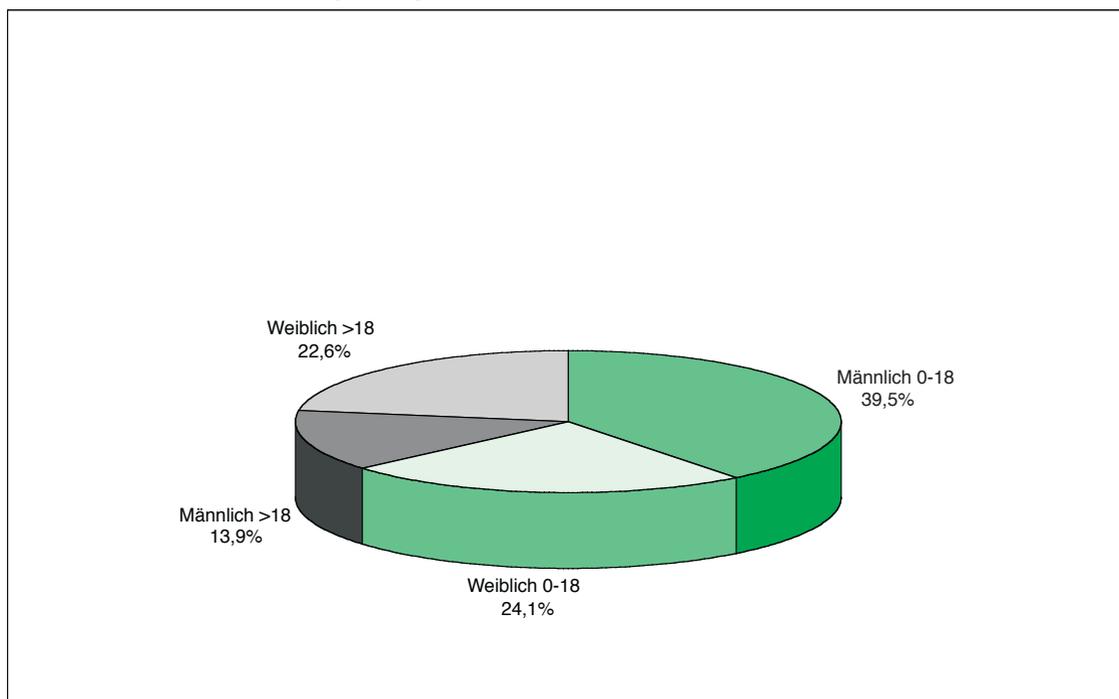
Im Jahr 2001 belief sich die Zahl der Betreuten insgesamt auf 6.189 Personen (Zunahme um 9% gegenüber 2000); 63,5% der Betreuten waren zwischen 0 und 18 Jahre alt, 62,1% davon waren männlich, wohingegen der Anteil der männlichen Betreuten an der Gesamtzahl der Betreuten mit 53% niedriger ist und sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert hat. In der Gruppe der über 18-Jährigen überwiegen hingegen die weiblichen Klienten, die fast 62% der Gesamtzahl ausmachen (vergl. Tabelle 1.27).

Tabelle 1.27 **Betreute der Psychologischen Dienste der Sanitätsbetriebe nach Altersklassen -2001**

	Bozen	Meran	Brixen	Bruneck	Gesamt
Männlich 0-18	917	597	505	424	2443
Männlich > 18	368	247	105	138	858
Weiblich 0-18	536	434	280	239	1489
Weiblich >18	588	366	193	252	1399
GESAMT	2409	1644	1083	1053	6189

Quelle: Abteilung Gesundheitswesen der Autonomen Provinz Bozen - 2002

Bei den im Jahr 2000 von den Psychologischen Diensten erbrachten Leistungen überwiegen die diagnostische Auswertung und die psychologische Beratung gegenüber der Psychotherapie. Der Bereich des Assessments und die 2000 durchgeführten Betreuungsmaßnahmen machen fast 76% der insgesamt erbrachten Leistungen aus, während auf Präventionsarbeit nur 8,2% entfallen (vergl. Tabelle 1.28).

Grafik 1.20 **Betreute der Psychologischen Dienste nach Geschlecht und Altersklassen**


Quelle: Abteilung Gesundheitswesen der Autonomen Provinz Bozen - 2002

 Tabelle 1.28 **Erbrachte Leistungen nach Leistungsart und Dienststelle - 2000**

	Bozen	Meran	Brixen	Bruneck	Gesamt
Diagnostische Auswertung	4739	3133	2755	2479	13106
Psychologische Beratung	6763	4664	3030	2303	16760
Psychotherapie	5550	2223	1571	1589	10933
Treffen mit anderen Fachkräften zwecks Fallbesprechung	3570	1989	1312	1815	8686
Prävention	1035	1406	943	1010	4394

Quelle: Landesgesundheitsbericht 2000

Das effektiv im Dienst stehende äquivalente Personal der Psychologischen Dienste setzte sich 2000 aus 43,85 PsychologInnen und 5,75 Personaleinheiten in der Verwaltung zusammen; im Schnitt betreute ein Psychologe/eine Psychologin 129 Patienten, wobei die Werte zwischen 117 im Sanitätsbetrieb Meran und 140 im Sanitätsbetrieb Bruneck schwanken (vergl. Tabelle 1.29).

 Tabelle 1.29 **Effektiv Dienst leistende äquivalente MitarbeiterInnen nach Qualifikation und Sanitätsbetrieb**

	Bozen	Meran	Brixen	Bruneck	Gesamt
Psychologen	18,25	10,77	7,33	7,50	43,85
Verwaltungspersonal	2,00	1,75	1,00	1,00	5,75
Gesamt	20,25	12,52	8,33	8,50	49,60

Quelle: Landesgesundheitsbericht 2000

3. DAS BILDUNGSANGEBOT

Aus dem vom LISYS gelieferten Datenmaterial geht hervor, dass alle Allgemeinen Sozialdienste im Laufe des Jahres 2000 Kontakte zu den Schulen hatten.

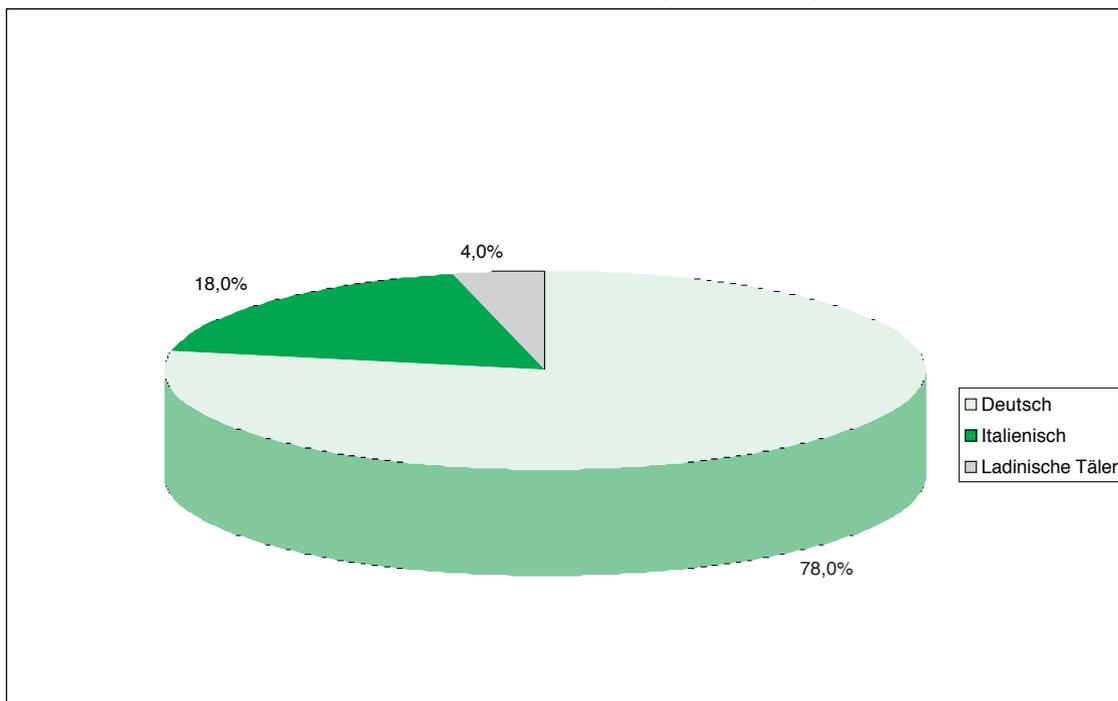
In 12,5% der Fälle haben die Schulen (die damit nach der Familie und der Justizbehörde an dritter Stelle liegen) Problemfälle den Allgemeinen Sozialdiensten gemeldet; dieser Prozentsatz ist vermutlich noch höher, wenn man die "indirekten Meldungen" mitberücksichtigt, die sich über die Psychologischen Dienste ergeben, die zunächst von den Schulen kontaktiert werden und die dann zu einem späteren Zeitpunkt die betreffenden Fälle den Allgemeinen Sozialdiensten melden. Bei der Umsetzung von Projekten zur Früherkennung von Problemfällen bei Schülern wählen die Allgemeinen Sozialdienste sehr oft die Schulen als Partner, die sie aktiv in ihre Netzwerkarbeit miteinbeziehen. Vor allem der zuletzt genannte Aspekt zeigt, wie wichtig es ist, die Schule, also den Ort, an dem die Probleme vielleicht frühzeitig erkannt werden können, in die Sozialarbeit mit einzubeziehen, damit nicht nur im Bedarfsfall Hilfestellung angeboten, sondern auch sinnvolle Präventionsarbeit geleistet werden kann.

Aufschluss über die Situation der männlichen und weiblichen Jugend im Alter zwischen 11 und 17 Jahren geben vor allem die Daten über die Mittelschulen und die ersten Klassen der Oberschulen und der Berufsschulen.

3.1. Die Mittelschulen

Im Schuljahr 2000/01 waren an den Südtiroler Mittelschulen 8.187 Schüler und 7.577 Schülerinnen eingeschrieben. Über 78% der 15.764 SchülerInnen besuchten eine deutsche Mittelschule, fast 18% eine italienische Mittelschule, die restlichen 4 % waren in den Mittelschulen der ladinischen Täler eingeschrieben (vergl. Grafik 1.21). Die Verteilung der Mittelschulen nach Sprachen ist in Südtirol sehr unterschiedlich: Während die deutschen Schulen einheitlich auf ganz Südtirol verteilt sind, konzentrieren sich die italienischen Mittelschulen auf die (relativ) großen Gemeinden mit einer mehr oder weniger ausreichenden Zahl an italienischsprachigen Schülern. An den Mittelschulen in den ladinischen Tälern erfolgt der Unterricht sowohl in deutscher als auch in italienischer Sprache mit zusätzlich zwei Wochenstunden Ladinisch.

Grafik 1.21 Schüler der Mittelschulen nach Unterrichtssprache Schuljahr 2000/01



Quelle: Auswertung Statistisches Jahrbuch 2001

Die Zahl der ausländischen SchülerInnen an den Südtiroler Schulen ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen, dies gilt vor allem für die Schulen mit italienischer Unterrichtssprache, wo im Schuljahr 2001/02 64,9% aller SchülerInnen nicht die italienische Staatsbürgerschaft besaßen, während der Vergleichswert an den Schulen mit deutscher und ladinischer Unterrichtssprache * bei 12,2% lag (vergl. Tabelle 1.30). Betrachtet man nur die Mittelschulen, stellt man fest, dass der Anteil der ausländischen SchülerInnen im Schuljahr 2001/02 bei 22,8% lag, während dieser Anteil im Schuljahr 1994/95 gerade mal 4,8 ausländische SchülerInnen auf 1000 eingeschriebene SchülerInnen betrug (vergl. Grafik 1.22). Trotz des stark ansteigenden Trends ist die Zahl der Schüler mit nichtitalienischer Staatsbürgerschaft auch in absoluten Werten aber immer noch ziemlich gering; denn von den über 15.000 Mittelschülern in Südtirol waren im Schuljahr 2001/02 nur 369 AusländerInnen.

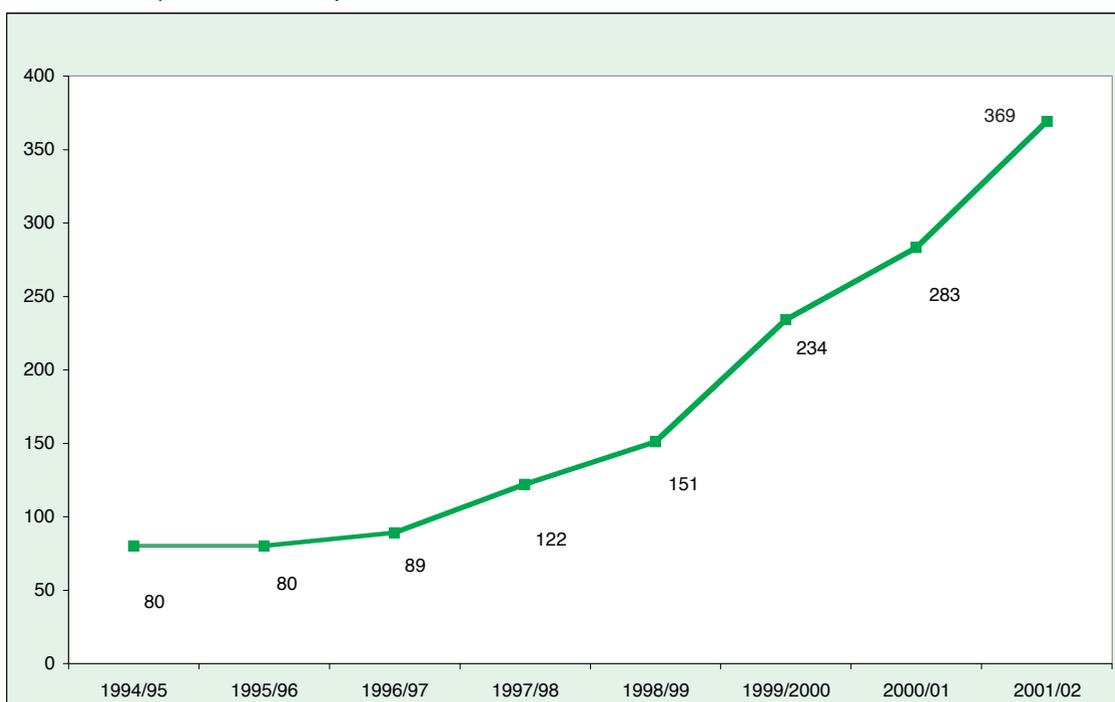
* Diese Daten beziehen sich auf alle Schulstufen vom Kindergarten bis zu den Oberschulen.

Tabelle 1.30 **Ausländische SchülerInnen an den Südtiroler Schulen nach Schuljahr und Unterrichtssprache – Schuljahre 1996/97-2001/02**

Schuljahr	Deutsche und ladinische Schulen		Italienische Schulen	
	a.W.	von 1.000 Schülern	a.W.	von 1.000 Schülern
1996/97	230	4,1	321	22,5
1997/98	265	4,7	398	27,8
1998/99	327	5,8	481	33,3
1999/00	491	8,6	644	43,8
2000/01	607	10,6	817	54,3
2001/02	709	12,2	995	64,9

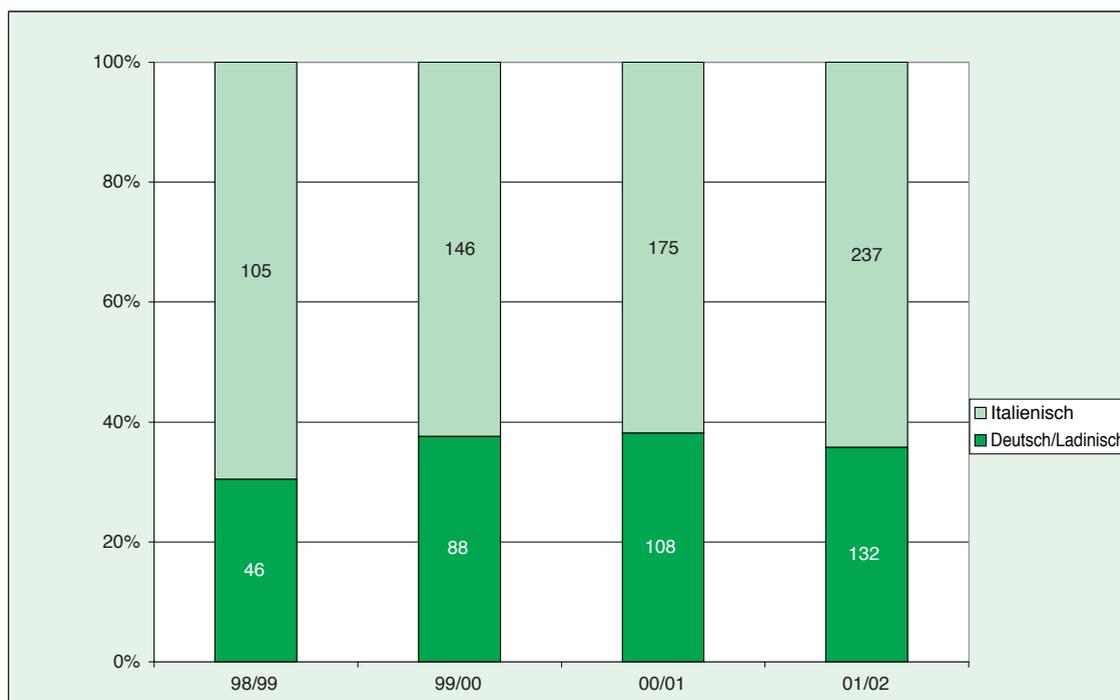
Quelle: Astat Informationen 16/2002: Daten für alle Schulstufen

Grafik 1.22 **Ausländische SchülerInnen an den Mittelschulen: Trend 1994/95 – 2001/02 (absolute Werte)**



Quelle: Südtirols Schule in Zahlen, ASTAT, Bozen 2000; Astat Informationen 16/2002

Wenn man berücksichtigt, dass die Mittelschule aufgrund der Unterrichtssprache gewählt wird, fällt auf, dass die ausländischen Familien überwiegend der italienischen Schule den Vorzug geben, an der im Schuljahr 2001/02 über 64% aller SchülerInnen mit nichtitalienischer Staatsbürgerschaft eingeschrieben waren (vergl. Grafik 1.23).

Grafik 1.23 **Ausländische Schüler an den Mittelschulen nach Unterrichtssprache Schuljahre 1998/99 – 2001/02**


Quelle: ASTAT, 2002

Ein Großteil, nämlich 66,9% der ausländischen SchülerInnen, stammt aus einem europäischen Land, 9,8% kommen aus einem EU-Land, die restlichen 57,1% aus einem europäischen Nicht-EU-Land. Im Laufe der letzten zehn Jahre konnte man einen ständigen Rückgang des Anteils der Schüler aus dem europäischen Ausland, insbesondere aus EU-Ländern feststellen; die stärkste Zunahme wurde hingegen bei SchülerInnen aus asiatischen Ländern verzeichnet (vergl. Tabelle 1.31).

 Tabelle 1.31 **Ausländische Schüler nach Staatsbürgerschaft – Schuljahre 1994/95-2001/02**

Staatsbürgerschaft	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02
Europa	79,9	81,3	79,5	73,5	72,9	71,8	71,6	66,9
davon EU	18,8	19,5	19,4	16,3	13,0	11,1	10,8	9,8
Nicht-EU	61,2	61,8	60,1	57,2	59,9	60,7	60,9	57,1
Afrika	12,7	10,8	11,4	12,5	12,5	14,2	13,4	15,3
Asien	3,0	4,3	5,6	8,1	10,1	10,6	11,1	14,0
Amerika, Australien, Ozeanien, Staatenlose	4,3	3,5	3,4	5,9	4,5	3,4	3,9	3,9
Gesamt	100							

Quelle: Astat Informationen 16/2002

Als aufschlussreiche Hinweise auf nicht nur rein schulische, sondern vielleicht auch soziale Schwierigkeiten können die Daten über Nichtversetzungen und Schulabbruch betrachtet werden, während die Zahl der Verstöße gegen die Schulpflicht in Südtirol praktisch irrelevant ist.

Insgesamt lag im Schuljahr 2000/01 der Anteil der Repetenten bei 4,6% der Gesamtzahl der eingeschriebenen Mittelschüler; bei mindestens vier Variablen wurden allerdings erhebliche Unterschiede festgestellt.

- Der Anteil der männlichen Schüler unter den Repetenten liegt bei 6,3% (Schülerinnen 2,7%).
- Bei Betrachtung nach Unterrichtssprachen stellt man einen geringfügig höheren Anteil an Repetenten an den italienischen Schulen (5,2%) gegenüber 4,5% an den deutschen Mittelschulen fest, während der Anteil der Repetenten an den ladinischen Schulen bei 3,1% von 637 Schülern lag.
- In der ersten Klasse wird die höchste Zahl von Repetenten (5,4% der Schüler) verzeichnet, dieser Anteil sinkt auf 4,2% in der zweiten und dritten Mittelschulklasse.
- Im Fünfjahreszeitraum 1996/97-2000/01 wurden 16% der ausländischen Schüler nicht versetzt, während der Anteil der Nichtversetzungen bei den Schülern mit italienischer Staatsbürgerschaft nur 5,2% ausmachte. (ASTAT Informationen 16/2002; vergl. Tabelle 1.32)

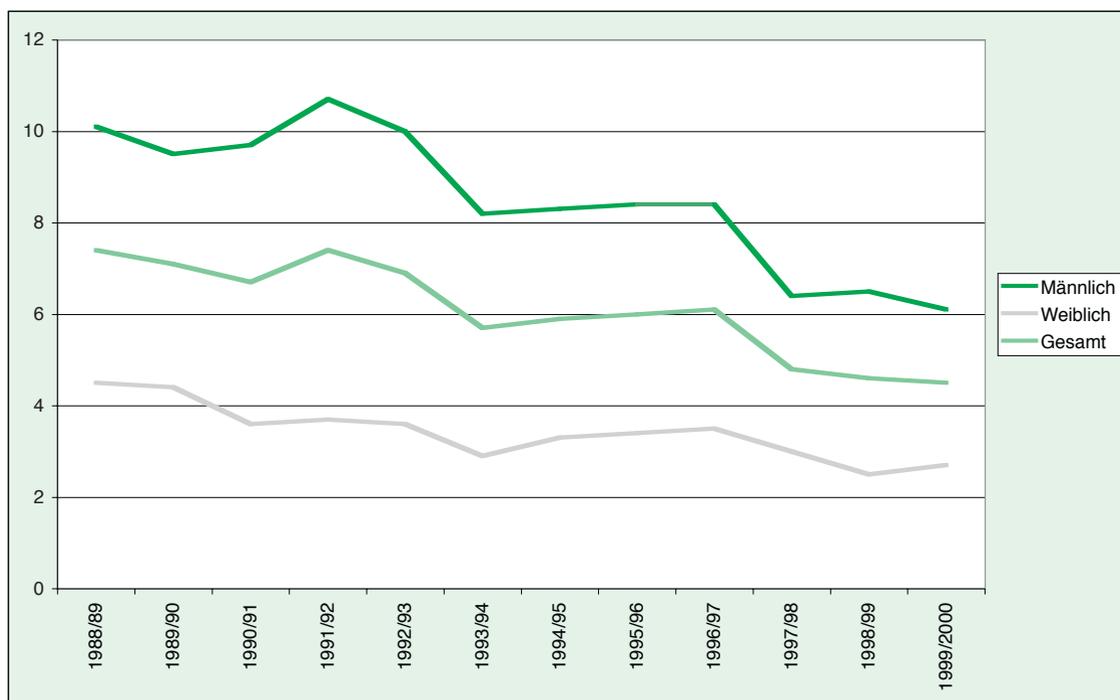
Bei Betrachtung der Daten der letzten zehn Jahre fällt die eindeutig rückläufige Zahl der Nichtversetzungen (vergl. Grafik 1.24 und Tabelle 1.33) auf; während im Schuljahr 1988/89 noch 10,1% der Schüler und 4,5% der Schülerinnen nicht versetzt wurden, ist diese Zahl im Schuljahr 2000/2001 auf 6,3 % bzw. 2,7% gesunken.

Tabelle 1.32 **Mittelschulen: Schulklassen, eingeschriebene Schüler und Repetenten nach Unterrichtssprache – Schuljahr 2000/01**

Klassen	Schul- klassen	Eingeschriebene Schüler			Repetentenquote (%)		
		Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
DEUTSCH							
1	220	2226	2018	4244	7,3	2,8	5,2
2	215	2133	1969	4102	5,8	2,3	4,1
3	211	2055	1930	3985	5,9	2,3	4,2
GESAMT	646	6414	5917	12331	6,4	2,5	4,5
ITALIENISCH							
1	53	524	471	995	8,0	4,9	6,5
2	55	494	463	957	4,5	4,1	4,3
3	49	425	419	844	6,8	2,4	4,6
GESAMT	157	1443	1353	2796	6,4	3,8	5,2
LADINISCHE TÄLER							
1	12	102	116	218	5,9	1,7	3,7
2	12	110	94	204	5,5	2,1	3,9
3	12	118	97	215	3,4	0	1,9
GESAMT	36	330	307	637	4,8	1,3	3,1
GESAMT							
1	285	2852	2605	5457	7,4	3,1	5,4
2	282	2737	2526	5263	5,6	2,7	4,2
3	272	2598	2446	5044	6	2,2	4,2
GESAMT	839	8187	7577	15764	6,3	2,7	4,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2001

Graphik 1.24 **Anteil der Nichtversetzungen an den Mittelschulen: Trend 1989/90 -1999/00**



Quelle: Auswertung der Daten des Statistischen Jahrbuchs für Südtirol, 2000, 2001 und Südtirols Schule in Zahlen, ASTAT, Bozen 2000

Tabelle 1.33 Anteil der Repetenten an den Mittelschulen nach Unterrichtssprache und Geschlecht: Trend 1988/89 -1999/00

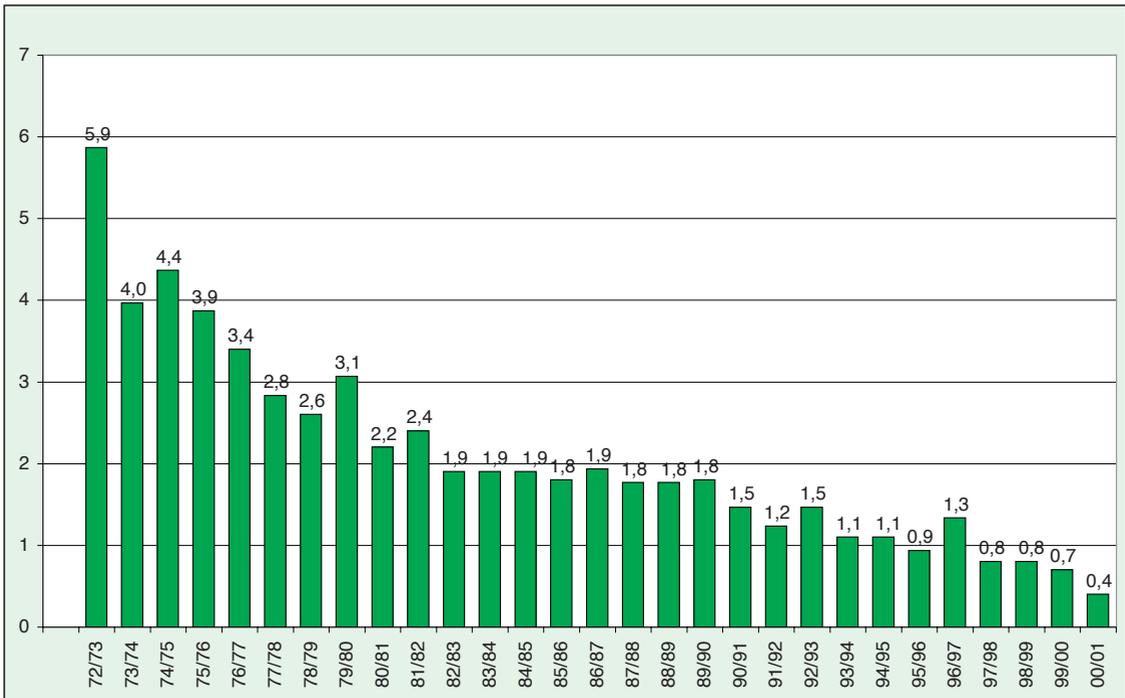
Schuljahr	Unterrichtssprache			Geschlecht		Gesamt
	Deutsch	Italienisch	Ladinisch	männlich	weiblich	
1988/89	7,7	7,0	5,3	10,1	4,5	7,4
1989/90	6,9	8,6	3,8	9,5	4,4	7,1
1990/91	6,7	7,7	3,6	9,7	3,6	6,7
1991/92	7,5	7,6	4,8	10,7	3,7	7,4
1992/93	6,8	7,8	5,2	10,0	3,6	6,9
1993/94	5,7	6,0	3,9	8,2	2,9	5,7
1994/95	6,2	5,3	2,8	8,3	3,3	5,9
1995/96	5,8	7,3	3,3	8,4	3,4	6,0
1996/97	5,9	7,5	4,1	8,4	3,5	6,1
1997/98	4,8	5,6	2,8	6,4	3,0	4,8
1998/99	4,6	5,0	3,3	6,5	2,5	4,6
1999/2000	4,5	4,9	2,8	6,1	2,7	4,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2000, 2001; und Südtirols Schule in Zahlen, ASTAT, Bozen 2000

Ein zweites wichtiges Phänomen zur Erfassung von Krisensituationen bei Jugendlichen ist der Schulabbruch. Die für Südtirol vorliegenden Daten wurden in der jüngst erschienenen Publikation des ASTAT "Südtirols Schule in Zahlen" zusammengefasst; diese Informationen basieren zum Teil auf direkten Erhebungen und zum Teil auf Schätzungen und auf der Auswertung von sekundären Daten. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, dass die Zahl der Schulabbrecher in den letzten 30 Jahren stark gesunken ist. Während 1972/73 noch 1350 Schüler die Schule ohne Mittelschulabschluss verließen, brachen im Schuljahr 2000/01 nur 74 Schüler ihre Ausbildung ab; in der ersten Hälfte der 90er Jahre gingen hingegen im Schnitt noch fast 200 Schüler im Jahr ohne Mittelschulabschluss von der Pflichtschule ab (vergl. Grafik 1.25).

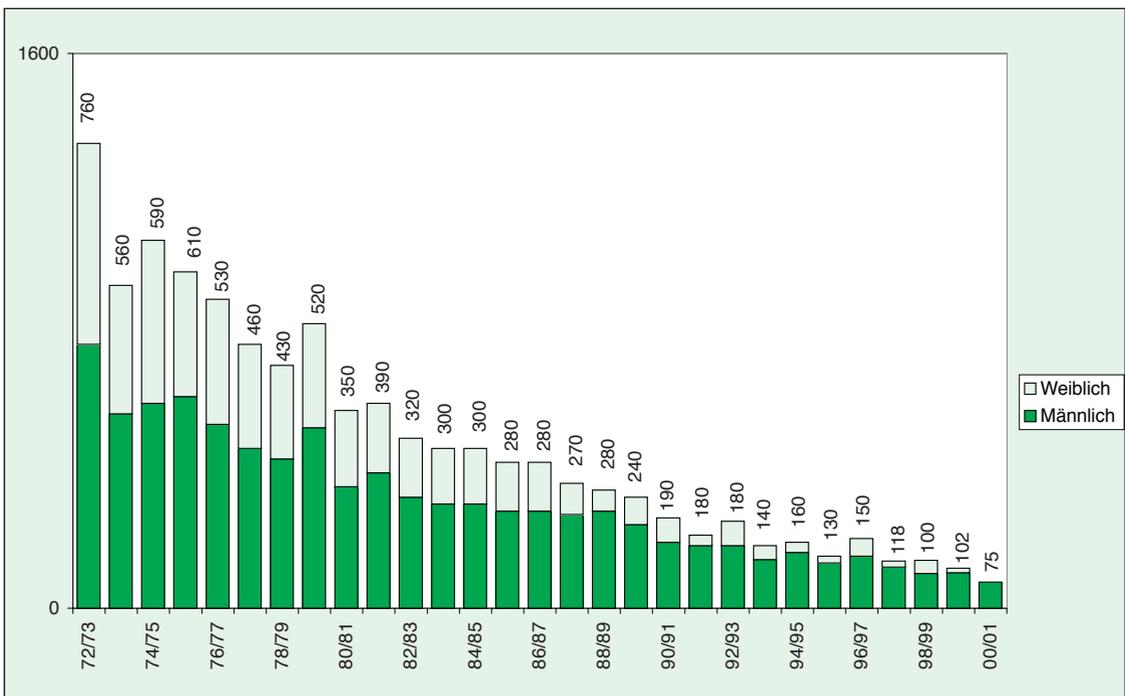
Das Phänomen Schulabbruch betrifft seit jeher vorwiegend die männliche Jugend; mit der Zeit wurde es zu einem fast ausschließlich männlichen Problem, da nur wenige oder gar keine Mädchen vorzeitig die Schule verlassen (vergl. Grafik 1.26).

Grafik 1.25 Anteil der Schulabbrecher in der Mittelschule:
Trend 1972/73 -2000/01



Quelle: Ausarbeitung anhand der Daten der Publikation "Südtirols Schule in Zahlen", 2000; Statistisches Jahrbuch 2001; Daten Astat 2002

Grafik 1.26 Schulabbrecher in der Mittelschule nach Geschlecht:
Trend 1972/73 -2000/01



Quelle: Südtirols Schule in Zahlen, ASTAT, Bozen 2000; Daten Astat 2002

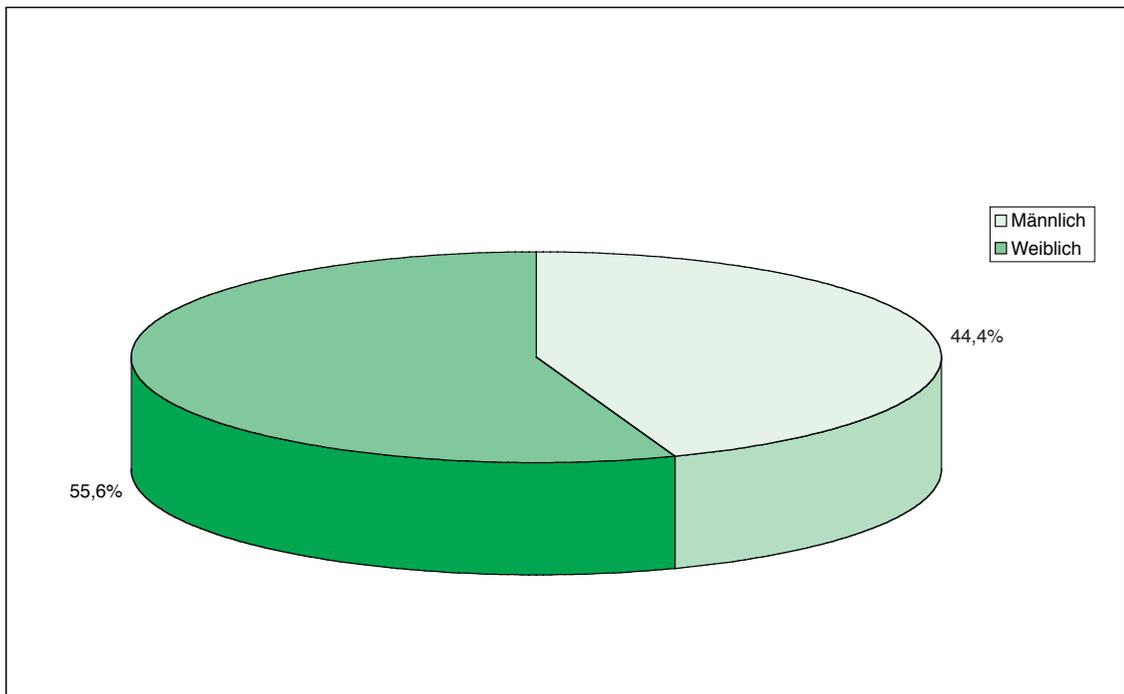
3.2. Die Oberschulen und die Berufsausbildung

Im Schuljahr 2000/01 waren an den Südtiroler Oberschulen 7202 Schüler und 9027 Schülerinnen (insgesamt 16.229 SchülerInnen) eingeschrieben. 73% dieser SchülerInnen besuchten eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache, 25,3% eine Schule mit italienischer Unterrichtssprache, die übrigen 1,7% besuchten eine der drei Oberschulen in den ladinischen Tälern.

Bei den Daten für die Oberschulen gibt es erhebliche Abweichungen von den Zahlen für die Mittelschulen. Bei der Verteilung nach Geschlecht ist das Verhältnis nämlich genau umgekehrt; der Anteil der Schülerinnen an den Oberschulen überwiegt; in der Pflichtschule entspricht das Verhältnis zwischen den Geschlechtern natürlich dem der Wohnbevölkerung, wo die männliche Bevölkerung leicht überwiegt (vergl. Grafik 1.27).

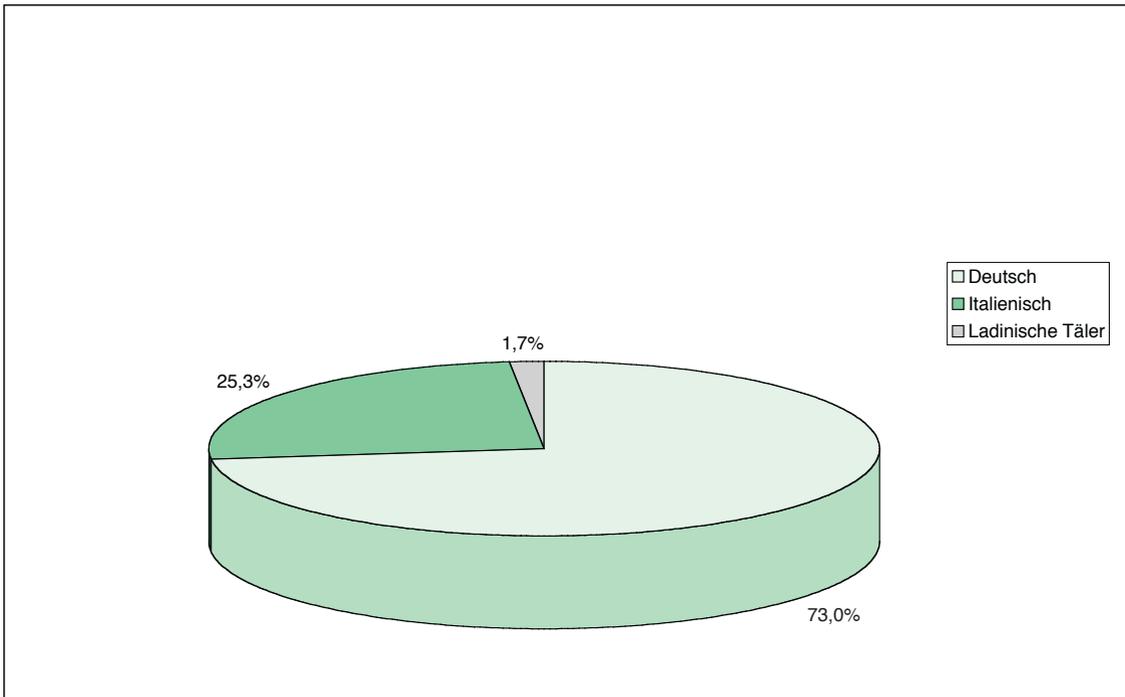
Auch bei der Unterrichtssprache kann man einen wesentlichen Unterschied zu den Daten für die Mittelschulen feststellen (vergl. Grafik 1.28): Der Anteil der Schüler und Schülerinnen an den italienischen Oberschulen ist nämlich um 6% höher als an den italienischen Mittelschulen, während der Prozentsatz der Schüler an den deutschen Oberschulen und an denen in den ladinischen Tälern sinkt. (Die geringe Anzahl der Schüler an den ladinischen Oberschulen ist auch auf das geringe Schulangebot in den ladinischen Tälern zurückzuführen.)

Grafik 1.27 **Oberschüler nach Geschlecht**



Quelle: Auswertung Statistisches Jahrbuch 2001

Grafik 1.28 **Oberschüler nach Unterrichtssprache**



Quelle: Auswertung Statistisches Jahrbuch 2001

Im Rahmen der Berufsbildung gibt es zwei Ausbildungsmöglichkeiten: Die Vollzeit-Berufsbildungskurse werden in schulähnlicher Form mit fünf Unterrichtstagen in der Woche angeboten und sind für Jugendliche ohne Arbeitsvertrag bestimmt; die Kurse für Jugendliche mit einem Lehrlingsvertrag finden an einem Tag pro Woche während des gesamten Schuljahres oder in Form von Blockunterricht für die Dauer von zwei Monaten statt.

Im Ausbildungsjahr 1999/2000 waren über 90% der 4656 Jugendlichen, die eine Lehre absolvierten, an der Berufsschule mit deutscher Unterrichtssprache eingeschrieben; fast 60% dieser Schüler besuchten Kurse der Fachrichtung Handwerk und Industrie. Die Vollzeit-Berufsbildungskurse wurden im Schuljahr 1999/2000 von 3540 Schülern besucht, wobei in diesem Fall die Differenz zwischen den Schülerzahlen an den Schulen der beiden Unterrichtssprachen nicht so ausgeprägt ist wie bei der Lehrlingsausbildung: Fast 30% der SchülerInnen besuchen eine Berufsschule mit italienischer Unterrichtssprache.

In den letzten fünfundzwanzig Jahren ist die Zahl der Jugendlichen, die nach dem Mittelschulabschluss die Schulbildung fortgesetzt haben, insgesamt gestiegen. Während Mitte der 70er Jahre nur 55-60% der Jugendlichen sich an einer Oberschule einschrieben, besuchten 1997 83% der Mädchen und 60% der Burschen eine Oberschule; insgesamt setzen 71% ihre schulische Ausbildung fort. Rechnet man die Zahl der SchülerInnen hinzu, die 1997 die Vollzeit-Berufsbildungskurse besucht haben, erhält man einen Prozentsatz von knapp unter 90%.

Mit der Erhöhung der Schulpflicht hat sich der Anteil der Schüler geändert, die ihre Schulbildung nach der Mittelschule fortsetzen (auch wenn die Änderung nicht unbedingt in der erwarteten Form eintrat, wie an anderer Stelle noch näher beschrieben wird). Denn wer sich nicht für den Besuch einer Oberschule entscheidet, muss auf jeden Fall ein Jahr lang einen Vollzeitkurs in den Berufsschulzentren besuchen.

Aus dem Statistischen Jahrbuch 2001 geht hervor, dass im Schuljahr 2000/01 3.835 SchülerInnen in den ersten Klassen der Südtiroler Oberschulen eingeschrieben waren; zieht man von dieser Zahl den Anteil der Repetenten (7,5%) ab und vergleicht diese Zahl mit der Zahl der Schüler, die im Vorjahr die Mittelschule abgeschlossen haben (4982), liegt der Anteil der Schüler, die von der Mittelschule an die Oberschule wechseln bei 71%⁴. Die Anhebung der Schulpflicht hat sich daher anscheinend nicht nachhaltig auf die Zahl der Einschreibungen an der Oberschule ausgewirkt, denn die Daten für 2000/01 entsprechen denen von 1997.

Im Schuljahr 1999/2000 waren 58,5% der Vierzehnjährigen an einer Oberschule eingeschrieben, 20,5% besuchten einen Vollzeit-Berufsbildungskurs, während 21% noch an der Mittelschule waren. Betrachtet man hingegen die Altersgruppe der Fünfzehnjährigen, die also bereits zum Großteil die Pflichtschule abgeschlossen haben und bereits ihr zehntes Schuljahr absolvieren, stellt man fest, dass nur 60% eine Oberschule besuchen; 17% sind bereits berufstätig und besuchen die Kurse im Rahmen der Lehrlingsausbildung. Diese zuletzt genannte Zahl ist wahrscheinlich noch höher, wenn man bedenkt, dass fast 5% aller Fünfzehnjährigen definitiv aus den Schul- und Bildungseinrichtungen ausgeschieden sind (vergl. Tabelle 1.34).

Tabelle 1.34 **Eingeschriebene Schüler nach Schulstufe und Altersklasse – Schuljahr 1999/2000**
Absolute Werte und Prozentsatz der Wohnbevölkerung

Alter	Schulstufe								Geschlecht				Gesamt	
	Mittelschule		Oberschule		Berufsbildung				Männl.		Weibl.			
	v.a.	%	v.a.	%	Vollzeit-Kurse		Kurse für Lehrlinge		v.a.	%	v.a.	%		
14	1062	21,0	2954	58,5	1036	20,5	-	-	2631	100,7	2433	99,8	5064*	100,3*
15	210	4,2	3025	60,0	695	13,8	878	17,4	2554	95,5	2254	95,3	4808	95,4
16	26	0,5	3122	60,6	432	8,4	1215	23,6	2437	93,2	2358	93,0	4795	93,1
17	-	-	3060	56,5	290	5,4	1196	22,1	2267	82,6	2279	85,3	4546	84,0

*In diesen Zahlen werden auch 12 (bzw. 0,2%) Vierzehnjährige berücksichtigt, die noch die Grundschule besuchen.
Quelle: Statistisches Jahrbuch 2001

⁴ In diesen Daten wurden die Migrationen und Todesfälle nicht berücksichtigt.

4. Das Kultur- und Freizeitangebot

Im Rahmen der Südtiroler Landesverwaltung sind zwei Ämter für die Jugendarbeit zuständig, eines untersteht der Abteilung für deutsche und ladinische Kultur und das andere der Abteilung für italienische Kultur.

Neben der direkten Organisation von Veranstaltungen und von Aktivitäten im Rahmen der Jugendhilfe besteht die Hauptaufgabe der beiden Ämter darin, die Jugendarbeit sowohl durch direkte Zahlungen als auch durch Bildungs-, Informations- und Beratungsangebote zu unterstützen. Beide Ämter haben daher keine Außenstellen, sondern fungieren vielmehr als Ansprechpartner für eine Vielzahl von Organisationen, Vereinen und Jugendgruppen, die sich je nach Sprachgruppenzugehörigkeit an den einen oder anderen Dienst (wahrscheinlich selten an beide) wenden.

Diese Organisationen, Vereine und Gruppen zeichnen sich - sowohl was formelle Aspekte als auch was die Inhalte anbelangt - durch eine große Vielfalt aus, weshalb eine Beschreibung ihres Tätigkeitsfelds nur schwer möglich ist. Anhand von einigen Publikationen der zwei genannten Landesämter kann man jedoch einen groben Überblick über die Art des Kultur- und Freizeitangebots für Jugendliche gewinnen.

In den Veröffentlichungen des Amts für Jugendarbeit der Abteilung **Deutsche und Ladinische Kultur** wird zunächst zwischen folgenden Einrichtungen unterschieden:

- Jugendorganisationen
- Jugendhäuser
- Jugenddienste
- Jugendzentren
- Jugendtreffs
- Jugendgruppen

Die **Jugendorganisationen** werden in den Publikationen der Abteilung Deutsche Kultur als auf Landesebene organisierte Gemeinschaften von Jugendlichen definiert, die genau festgelegte Ziele und den Schutz bestimmter Wertvorstellungen anstreben; dazu gehören die Jugendsektionen von auf lokaler Ebene relativ wichtigen Vereinen (*AVS, Bauernbund*) sowie Jugendvereine wie die *Katholische Jungschar Südtirols* oder *Südtirols Katholische Jugend*, Dachorganisationen wie der *Südtiroler Jugendring*, in dem unter anderem alle oben genannten Organisationen sowie die Jugendsektion der *Südtiroler Volkspartei* oder die *Südtiroler Pfadfinderschaft* zusammengeschlossen sind. Sowohl was die Inhalte als auch was die Zielgruppe im engeren Sinne des Begriffs anbelangt, gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen diesen Organisationen, so dass abgesehen von der Tatsache, dass alle Organisationen sich mehr oder weniger direkt an Kinder und/oder Jugendliche wenden, ein genau definierter gemeinsamer

Nenner nur schwer erkennbar ist. Die vielleicht wichtigste Organisation im Umgang mit Krisensituationen bei Jugendlichen ist der *Südtiroler Jugendring*, dessen Tätigkeit sich in fünf Bereiche gliedert: Jugendarbeit, Volontariat, Jugendpolitik, Beratungsdienst für den Zivildienst und Telefonseelsorge "Young + Direct" (Beratung auch brieflich/über E-Mail oder in persönlichen Gesprächen). Vor allem der Telefonseelsorgedienst ist von besonderem Interesse, da er Jugendlichen in Krisensituationen eine sofortige, anonyme und kostenlose Beratung anbietet; dieser niederschwellige Dienst ist im Übrigen für alle Jugendlichen, unabhängig von ihrer Sprachgruppe, zugänglich.

Die **Jugendhäuser** sind Einrichtungen von privaten Vereinen oder Organisationen, in denen Veranstaltungen und Seminare stattfinden; diese Einrichtungen werden gleichzeitig auch als Jugendgästehäuser genutzt oder haben in manchen Fällen (z.B. *Jugendhaus Kassianeum*) auch die Funktion eines Jugendzentrums.

Die **Jugenddienste** sind eine Besonderheit der deutschen Sprachgruppe in Südtirol. In den 70er Jahren wurden als "weltliche" Reaktion der katholischen Welt auf den Rückgang der jungen Priester, die traditionsgemäß für die Jugendarbeit in den Pfarreien gesorgt hatten, die Jugenddienste gegründet, die nun flächendeckend in ganz Südtirol (19 Dienste) tätig sind. Während der Jugenddienst früher mehr oder weniger direkt vom Dekanat betrieben wurde, versuchen die Jugenddienste heute als Vereine aufzutreten, die auch Gebietskörperschaften wie die Bezirksgemeinschaften und die Gemeinden involvieren. Die Jugenddienste werden in der Regel von mindestens einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin mit Festanstellung geführt, der/die von Freiwilligen unterstützt wird; sie fungieren als lokale Dachorganisation für kleine Jugendgruppen, leisten eine Erstberatung für Kinder und Jugendliche und leiten Jugendtreffs und Jugendgruppen.

Nellm Adressenverzeichnis, das vom Amt für Jugendarbeit der Abteilung Deutsche und Ladinische Kultur 2001 veröffentlicht wurde, sind 12 sehr ungleichmäßig auf ganz Südtirol verteilte **Jugendzentren** angegeben. Außer in den größeren Gemeinden sind diese Zentren hauptsächlich auf das Pustertal (4 Jugendzentren) konzentriert, während im Unterland, im Vinschgau oder im Wipptal diese Einrichtungen ganz fehlen. Was die Jugendzentren in der Klassifizierung des Amts für Jugendarbeit von den einfacheren Jugendtreffs unterscheidet, ist die Größe, die regelmäßigen Öffnungszeiten und das relativ umfangreiche Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot, das unter anderem durch die Anwesenheit von fest angestellten Mitarbeitern mit entsprechender pädagogischer Ausbildung ermöglicht wird. In der Regel werden diese Jugendzentren von Vereinen geführt, in denen wiederum andere Jugend- und/oder Sozialvereine, Jugenddienste und lokale Organisationen zusammengeschlossen sind. Einige Jugendzentren werden mehr oder weniger direkt von den Jugenddiensten geführt. Vor allem die größeren Jugendzentren wie die in Bozen, Brixen und Bruneck scheinen in den letzten Jahren nicht nur Anlaufstellen für Jugendliche deutscher Muttersprache, sondern auch für italienischsprachige Jugendliche geworden zu sein, da das Kulturangebot nicht nur auf eine Sprachgruppe beschränkt ist.

Die **Jugendtreffpunkte** und die **Jugendgruppen** sind hingegen ganz anders strukturiert; es handelt sich um viel kleinere Strukturen, deren Tätigkeit auf die örtlichen Bedürfnisse und Ressourcen ausgerichtet ist. In der Regel gibt es keine festangestellten MitarbeiterInnen, diese Einrichtungen arbeiten meist mit freiwilligen Helfern/Helferinnen, die in manchen Fällen von den MitarbeiterInnen der Jugenddienste unterstützt werden. Im genannten Adressenverzeichnis werden fast 90 Jugendgruppen und Jugendtreffpunkte verteilt auf ganz Südtirol genannt; eine qualitative Beurteilung dieser Einrichtungen ist allerdings schwierig. Man darf auf jeden Fall annehmen, dass es große Unterschiede gibt, was die Regelmäßigkeit, Kontinuität und die Rahmenbedingungen des Angebots anbelangt.

Bei Betrachtung der Arbeitsorganisation des Amts für Jugendarbeit der Abteilung **Italienische Kultur** stellt man gleich einen wesentlichen Unterschied zur Jugendarbeit für die deutsche Sprachgruppe fest; die öffentliche Verwaltung ist nämlich viel direkter in die Jugendarbeit, vor allem bei der Einrichtung von Jugendzentren eingebunden; dies hängt wahrscheinlich mit der Tatsache zusammen, dass es für die italienische Sprachgruppe kein Gegenstück zu den Jugenddiensten gibt. Diese **Jugendzentren** und **Jugendtreffs**, die nach dem Willen des Amts für Jugendarbeit den "traditionellen Treffpunkt an der Ecke ersetzen" sollen, werden größtenteils von Jugendvereinen geleitet, die oft mehr oder weniger direkt einer Pfarrei unterstehen. Die territoriale Verteilung dieser Jugendzentren entspricht natürlich der Verteilung der italienischsprachigen Jugend in Südtirol, weshalb diese Zentren auf die großen Gemeinden, mit einem besonderen Schwerpunkt in Bozen, konzentriert sind. In der Landeshauptstadt befinden sich auch die meisten Kultur- und Freizeitvereine für die BürgerInnen italienischer Sprache; dazu gehören Arci Ragazzi, Azione Cattolica sowie rein örtliche Vereine oder die Jugendsektionen des italienischen Alpenvereins CAI und des italienischen Bauernbunds.

Beratungs- und Informationsleistungen werden sowohl in Bozen als auch in Meran in entsprechenden Zentren angeboten, die von Vereinen geführt werden.

Am Rande sei noch erwähnt, dass die meisten dieser Organisationen, Vereine und Jugendgruppen sich nicht aufgrund ihrer Satzung ausschließlich an die eine oder andere Sprachgruppe wenden; dass diese Organisationen in der Praxis allerdings oft (aber nicht immer) einsprachig sind, hängt vielmehr mit der besonderen politischen, sozialen und kulturellen Situation in Südtirol zusammen.

Darüber hinaus gibt es aber noch auch andere Jugendangebote, die sich ausdrücklich an beide Sprachgruppen wenden oder nicht auf Anhieb als Initiative für nur eine Sprachgruppe erkennbar sind; dazu gehören etwa der Dienst "*Young + Direct*" oder das Jugendinformationszentrum "Jugend-Info-Giovani" in Bozen. Außerdem gibt es in kleineren Gemeinden mit einer ausgewogenen Verteilung der beiden Sprachgruppen neben den einsprachigen Angeboten auch Jugendzentren, die ausdrücklich für alle zugänglich sind.

5. Das soziale Umfeld der Südtiroler Jugend

Zum Abschluss dieser Bestandsaufnahme der in der Jugendhilfe tätigen Einrichtungen werden in diesem letzten Abschnitt die Ergebnisse von einigen vor kurzem in Südtirol durchgeführten Studien zusammengefasst. Damit soll ein Überblick über das soziale Umfeld der Südtiroler Jugend unter besonderer Berücksichtigung der kritischen Aspekte und der offensichtlichen Problemlagen geboten werden.

Die erste dieser Untersuchungen trägt den Titel *Jugendstudie* und wurde vom ASTAT 1999 veröffentlicht; Autoren der Studie sind Irene Ausserbrunner, Carlo Buzzi, Ingrid Kromer, Gabriele Pollini und Patrizia Venturelli. Die Studie wurde an einer Stichprobe von 800 Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren durchgeführt; in diesem Abschnitt hier werden hauptsächlich die Ergebnisse der Stichproben der Altersgruppen 14-16 Jahre (197 Befragte) und 17-19 Jahre (233 Befragte) dargestellt. Als Schwerpunkte für unsere Zusammenfassung haben wir die Themen Ausbildungswege, Beschäftigung, soziale Beziehungen und Neigung zu devianten Verhaltensweisen gewählt.

Die zweite Untersuchung betrifft eine 1999 von Barbara Ongari im Auftrag der Landesabteilung für Sozialwesen durchgeführte Studie über Südtiroler "Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz". Die Analyse basiert auf den Daten der beim Jugendsozialdienst des Justizministeriums hinterlegten Akten und betrifft 311 Fälle, die der Anzahl der Anzeigen gegen Minderjährige im Zeitraum 1994 bis 1997 entsprechen. Diese Untersuchung gibt Aufschluss über einige soziale und soziodemografische Merkmale der angezeigten Jugendlichen und über die Art der strafbaren Handlungen.

An dieser Stelle verweisen wir auch auf das Monitoring des Projekts "*.....Parliamone*" der Schuljahre 2000-01 und 2001-02 verwiesen, mit dem Carlo Buzzi und Francesca Sartori vom Schulamt beauftragt wurden. Dieses Projekt betrifft die versuchsweise Einrichtung eines psychologischen Beratungsschalters in den italienischen Kindergärten, Grundschulen und Mittelschulen. In der Folge werden einige für die Mittelschule ausgewertete Ergebnisse wieder gegeben.

5.1. Sekundäranalyse der Daten der Jugendstudie (ASTAT, 1999)

5.1.1. Die Schulbildung

Einige der Indikatoren, die aus der vom ASTAT durchgeführten Studie hervorgehen, weisen direkt oder indirekt auf schulische Probleme hin. In der Unterstichprobe der Jugendlichen der Altersgruppe 14 bis 16 Jahre waren 8,2% bereits definitiv aus dem Schul-/Bildungssystem ausgeschieden; dieser Prozentsatz steigt bei den 17- bis 19-Jährigen auf 27,8%. Diese Daten weisen auf eine - wenn auch kleine Gruppe - der Jugendbevölkerung hin, die nach Abschluss der Pflichtschule kaum Interesse an der Fortsetzung der schulischen Laufbahn zeigt. Dieses Phänomen wird bestätigt durch die geringe Anzahl von Jugendlichen mit Abschluss einer fünfjährigen Oberschule, deren Anteil in der Altersklasse der über 20-Jährigen bei 48-49% liegt.

Aufschluss über den Abbruch der Schulausbildung (vergl. Tabelle 1.35) geben die Zahlen über den vorzeitigen Abgang von der Oberschule ohne entsprechenden Abschluss: 3,4% der 14- bis 16-Jährigen und 2,7% der 17- bis 19-Jährigen hatten die Pflichtschule ohne Abschluss verlassen. Die Anzahl der Schulabbrecher ist zwar gering, aber dennoch signifikant. Wenn man jedoch den von den Jugendlichen erworbenen Bildungsgrad mit dem der Eltern vergleicht, stellt man auf jeden Fall große Fortschritte zwischen den zwei Generationen fest: 97% der über 17-jährigen Befragten hatten die Pflichtschule abgeschlossen, während in der Generation ihrer Eltern der Anteil der Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss bei 73% (Väter) bzw. bei 77% (Mütter) lag.

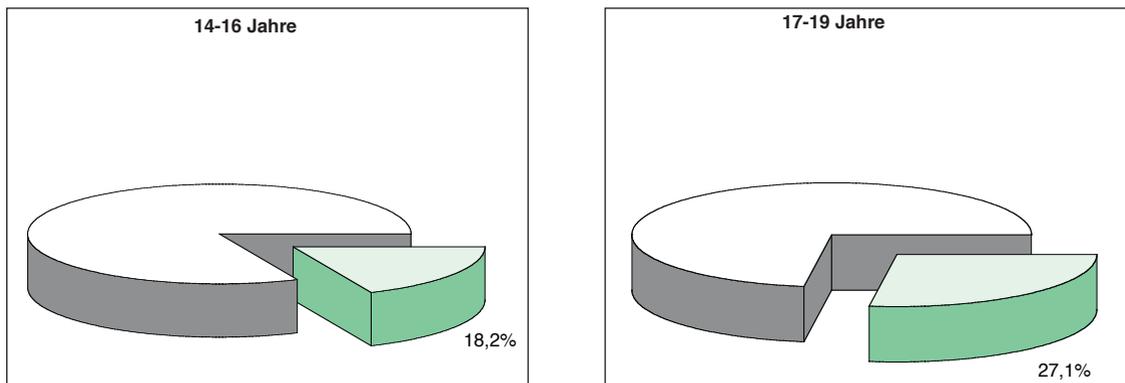
Tabelle 1.35 **Derzeitiger Stand bezüglich Schulbildung**

	14-16 Jahre	17-19 Jahre
• besuchen die Mittelschule	41,2	-
• sind von der Mittelschule abgegangen	3,4	2,7
• haben die Mittelschule abgeschlossen und sich nicht an einer Oberschule eingeschrieben	11,8	23,8
• besuchen derzeit die Oberschule	43,0	66,9
• sind von der Oberschule abgegangen	0,6	4,5
• haben die Oberschule abgeschlossen	-	2,1
GESAMT	100,0	100,0

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999

Ein wichtiger Aspekt ist die Kontinuität der schulischen Laufbahn. Die Daten der Untersuchung weisen auf eine Vielzahl von Jugendlichen mit nicht kontinuierlicher schulischer Laufbahn hin. In der Altersgruppe der 14- bis 16-Jährigen wurde fast jeder fünfte Schüler einmal nicht versetzt; in der Gruppe der 17- bis 19-Jährigen betraf die Nichtversetzung jeden vierten Schüler (vergl. Grafik 1.29). Die Zahl der Schüler, die ihre Schullaufbahn unterbrochen haben, ist zwar geringer, aber immer noch beachtlich. Bei den 17- bis 19-Jährigen beläuft sich die Zahl der Schüler, die ihre Schulausbildung für mindestens ein Jahr unterbrochen haben, auf fast 5%.

Grafik 1.29 **Anteil der 14- bis 16-jährigen und der 17- bis 19-jährigen Schüler, die ein Schuljahr wiederholt haben**



Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999

Bei einem Vergleich der Daten über die schulischen Misserfolge gibt es scheinbar keine Unterschiede zwischen den Sprachgruppen, während sich das Geschlecht als sehr wichtige Variable erweist. Auffallend ist, dass nicht nur die Zahl der SchülerInnen, die eine Oberschule besuchen, wesentlich höher ist als die der männlichen Altersgenossen; unter den Mädchen ist auch die Zahl derer, die ohne Pflichtschulabschluss die Schule verlassen, viel niedriger. Die Wahrscheinlichkeit einer Nichtversetzung ist bei Mädchen nur halb so hoch wie bei den Burschen.

Weitere Daten betreffen die Angaben der Schüler zu ihrer Zufriedenheit mit der schulischen Erfahrung, die sie entweder noch fortsetzen oder gerade abgeschlossen haben. Die Anzahl der Unzufriedenen liegt bei beiden Altersgruppen bei über 7,5%.

Tabelle 1.36 **Übersicht über die Indikatoren für schulische Probleme (in Prozentwerten)**

	Südtirol		Italien
	14-16 Jahre	17-19 Jahre	17-19 Jahre
• besuchen keine Schule mehr	8,2	27,8	13,4
• Schulabgang ohne Pflichtschulabschluss	3,4	2,7	0,7
• mindestens ein Schuljahr wiederholt	18,2	27,1	22,0
• Schulbildung mindestens ein Jahr lang unterbrochen	0,6	4,8	4,8
• unzufrieden mit der schulischen Erfahrung	7,6	7,9	16,0

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999; Institut IARD, 2000

5.1.2. Die Berufserfahrungen

Die Arbeitsmarktstruktur in Südtirol ermöglicht es den meisten Jugendlichen, die vorzeitig von der Schule abgehen, eine Beschäftigung zu finden. Den Großteil der erwerbstätigen Jugend stellen die Lehrlinge; sie machen 71% der 14- bis 16-jährigen und 47% der 17- bis 19-jährigen Schulabgänger aus (vergl. Tabelle 1.37). Die Arbeitslosenrate ist sehr niedrig, und insgesamt betrachtet ist auch die Zahl der Jugendlichen, die mit ihrer beruflichen Situation unzufrieden sind, eher niedrig (vergl. Tabelle 1.38).

Tabelle 1.37 **Derzeitiger Beschäftigungsstand (Angaben in Prozenten)**

	14-16 Jahre	17-19 Jahre
• lohnabhängige Arbeit mit unbefristetem Vertrag	1,1	12,6
• lohnabhängige Arbeit mit befristetem Vertrag	1,1	1,8
• Lehrlinge	5,8	13,0
• Arbeitslose oder auf der Suche nach der ersten Stelle	0,2	0,5
• Werkstudenten	1,3	5,4
• Vollzeitstudenten	90,5	66,8
GESAMT	100,0	100,0

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999

Tabelle 1.38 **Übersicht über die Indikatoren für berufliche Probleme (Angaben in Prozenten)**

	Südtirol		Italien
	14-16 Jahre	17-19 Jahre	17-19 Jahre
• Arbeitslose oder auf der Suche nach der ersten Stelle	0,2	0,5	5,6
• unzufrieden mit der beruflichen Situation	5,4	4,6	5,6

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999; Institut IARD, 2000

5.1.3. Die Familienbeziehungen

Diese Studie ist nicht der geeignete Rahmen für eine detaillierte Analyse der Eltern-Kind-Beziehung in den Südtiroler Familien, dennoch können dem hier genannten Jugendbericht einige Daten über die Familienstruktur entnommen werden, die auf potentielle schwierige Lebenslagen hindeuten; weitere qualitative Daten in diesem Bericht können als Hinweis auf offensichtliche Missstände in den familiären Beziehungen angesehen werden.

Wir können natürlich nicht a priori behaupten, dass eine zu große Familie oder das Fehlen eines Elternteils immer auch ein Anzeichen für familiäre Probleme ist. Der Sozialisierungsprozess wird auf jeden Fall ganz offensichtlich optimiert, wenn ein Kind in einer Familie mit beiden Elternteilen aufwächst und wenn die Familie aus nicht zu vielen Personen besteht. Aus der Jugendstudie geht hervor, dass ein Jugendlicher von fünf in einer Familie mit sieben und mehr Mitgliedern lebt und dass 8,6% der Kinder nur mit einem Elternteil leben.

Bei einer Analyse der Beziehungen innerhalb der Familie stellt man quantitative schwierige Lebenslagen (man spricht wenig und nicht besonders oft) und qualitative schwierige Lebenslagen (einige wichtige Dinge werden nicht angesprochen) bei den Gesprächsthemen fest, die von Kindern und Eltern diskutiert werden. In der Altersgruppe der 14- bis 16-Jährigen spricht man *sehr oft* über die Ereignisse in der Schule oder bei der Arbeit (33,5%) mit den Eltern, aber nur 17,6% diskutieren über ihre persönliche Zukunft und wichtige Entscheidungen. Affektive Probleme werden nur von 4,2% behandelt.

Ein eindeutiger Hinweis auf Schwierigkeiten in der Eltern-Kind-Beziehung ist auf jeden Fall die Zahl der Jugendlichen, die ihre Beziehung zum Vater (ca. 5 %) und die zur Mutter (ca. 3%) als schlecht bezeichnen (vergl. Tabelle 1.39).

 Tabelle 1.39 **Übersicht über die Indikatoren, die auf potentielle oder offensichtliche familiäre Probleme hinweisen (Angaben in Prozenten)**

	14-16 Jahre	17-19 Jahre
• leben in einer sehr großen Familie	17,9	23,1
• leben mit nur einem Elternteil	6,9	10,4
• schlechte Beziehung zum Vater	5,6	5,3
• schlechte Beziehung zur Mutter	4,0	2,3

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999

5.1.4. Neigung zu abweichenden Verhaltensweisen

In der Jugendstudie des ASTAT wurde das Phänomen der Grenzerfahrung und der Neigung der Jugendlichen zu „devianten“ Verhaltensweisen eingehend untersucht. Sehr ausschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Erhebung der Orte, die Jugendliche mit ihren Altersgenossen in der Freizeit besuchen; die Orte, an denen sich die Jugendlichen aufhalten, sind an und für sich noch keine Indikatoren für die Neigung zu devianten Verhaltensweisen, aber es ist bekannt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen die Wahrscheinlichkeit steigt, dass es zu bestimmten Handlungen, wie etwa zum Drogenkonsum, kommt. Der Besuch von Bars und Kneipen ist weit verbreitet und erfolgt bereits in frühen Jahren, während Diskotheken und Spielsäle etwas seltener besucht werden, der Besuch dieser Einrichtungen ist aber auf jeden Fall trotzdem recht verbreitet. An dieser Stelle sollen vor allem jene Fälle berücksichtigt werden, die diese Orte *sehr häufig besuchen*. Aufschluss darüber gibt die Tabelle 1.40.

Tabelle 1.40 Häufiger Besuch von potentiell gefährdeten Orten (Angaben in Prozenten)

	14-16 Jahre	17-19 Jahre
• mehrere Kneipenbesuche in der Woche	18,6	43,6
• mehrere Diskothekenbesuche in der Woche	6,8	15,1
• mehrere Besuche in Spielsälen in der Woche	5,8	4,0

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999

Auch wenn man davon ausgehen muss, dass die Jugendlichen ihre Antworten nach unten korrigiert haben, um gewisse Erfahrungen zu verschweigen, kann man beobachten, dass die Jugendlichen sehr stark Situationen ausgesetzt sind, in denen sie mit der Welt der Drogen leicht in Berührung kommen können. Sehr oft mit Personen sprechen, die Drogen nehmen, oder viele Personen kennen, die regelmäßig Drogen nahmen, gehört bei jedem vierten Jugendlichen zwischen 17 und 19 Jahren zum normalen Erfahrungshintergrund. Ein Jugendlicher von sechs gibt hingegen zu, sich häufig mit Personen zu treffen, die Drogen nehmen, oder häufig irgendeine Art von Drogen angeboten zu bekommen. Als direktester Indikator gilt der direkte Kontakt mit Drogen; einer von 10 Jugendlichen gibt zu, diese Erfahrung zumindest einmal gemacht zu haben. Damit liegen die Zahlen für Südtirol (vergl. Tabelle 1.41) auf jeden Fall unter dem Durchschnitt im übrigen Italien (26,8%).

Diese Daten zeigen, wie die Suchtkultur eine der charakteristischen Merkmale bestimmter Segmente der jugendlichen Bevölkerung ist. Dieses Phänomen scheint vor allem bei den heranwachsenden Jugendlichen besonders ausgeprägt zu sein.

Da es sicher nicht sinnvoll ist, die Befragten im Rahmen einer auf Fragebogen basierenden extensiven Untersuchung explizit zu fragen, ob sie bereits bestimmte deviante Handlungen begangen haben, wurden die Jugendlichen in der Jugendstudie gefragt, *ob es ihnen passieren könnte*, diese Handlungen zu begehen. Die Tabelle 1.42 gibt daher nicht Aufschluss über tatsächliches Fehlverhalten der Jugendlichen, sondern über die *Wahrscheinlichkeit*, dass sie bestimmte Handlungen begehen könnten.

Tabelle 1.41 Nähe zur Welt der Drogen: eigene Erfahrungen (Angaben in Prozenten)

	14-16 Jahre	17-19 Jahre
• Oft mit Personen reden, die Drogen nehmen	13,5	25,0
• Viele Personen kennen, die Drogen nehmen	12,4	23,8
• Oft jemanden gesehen, der gerade Drogen nahm	8,2	15,8
• Oft irgendeine Art von Drogen angeboten bekommen	5,0	15,8
• Irgendeine Art von Drogen in die Hand genommen	5,4	10,4

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999

Insbesondere das zuvor festgestellte Naheverhältnis zur Welt der Drogen wird noch einmal bestätigt durch die sehr hohe Anzahl von Jugendlichen (fast zwei Drittel der 17- bis 19-Jährigen), die es für möglich halten, dass sie sich im Freundeskreis betrinken; eine geringe, aber keineswegs zu vernachlässigende Anzahl von Jugendlichen gibt an, dass sie eventuell weiche Drogen nehmen oder im Zustand der Trunkenheit Auto fahren könnten.

Außerdem ist zu beachten, dass die Bereitschaft zu Gewalt unter Sportfans und zu Vandalenakten keineswegs zu vernachlässigen ist: Die Möglichkeit von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Fans einer gegnerischen Mannschaft wird von ca. 13% der Jugendlichen nicht ausgeschlossen, während ein geringerer Teil der Befragten unter Umständen dazu neigen könnte, öffentliches Gut zu beschädigen.

Ladendiebstahl wird als schwerwiegendes Fehlverhalten angesehen und von den meisten abgelehnt, aber ein Jugendlicher von 25 glaubt, dass er einen Ladendiebstahl begehen könnte.

Diese Daten weisen darauf hin, dass einige Fehlverhaltensweisen auf eine bestimmte Minderheit beschränkt sind, die große Schwierigkeiten hat, bestimmte soziale Regeln zu akzeptieren, während andere Verhaltensweisen wie der Genuss und der Missbrauch von Alkohol von der Jugend als normaler Teil der Jugendkultur angesehen werden. Ein Vergleich mit den Daten für das restliche Italien zeigt, dass vor dem Hintergrund eines insgesamt weniger von Regelverstößen gekennzeichneten Umfelds der Missbrauch von Alkohol (zusammen mit einer gewissen Gewaltneigung) in Südtirol allerdings weiter verbreitet ist.

Tabelle 1.42 Neigung der Jugendlichen zu devianten Verhaltensweisen (Angaben in Prozenten)

Folgende Verhaltensweisen könnten mir passieren:	Südtirol		ITALIEN
	14-16 Jahre	17-19 Jahre	17-19 Jahre
• sich im Freundeskreis betrinken	35,7	63,6	56,0
• Marihuana rauchen	8,3	11,8	29,2
• betrunken Auto fahren	4,4	7,8	15,6
• harte Drogen nehmen	1,2	0,6	5,6
• sich mit den Anhängern einer gegnerischen Mannschaft prügeln	12,8	14,1	11,2
• Ladendiebstahl	3,8	4,4	11,6
• Öffentliches Gut (Bänke, Telefonkabinen) beschädigen	5,5	1,6	8,4

Quelle: Jugendstudie, ASTAT, 1999; Institut IARD, 2000

5.2. Minderjährige im Konflikt mit dem Gesetz (Studie 1999)

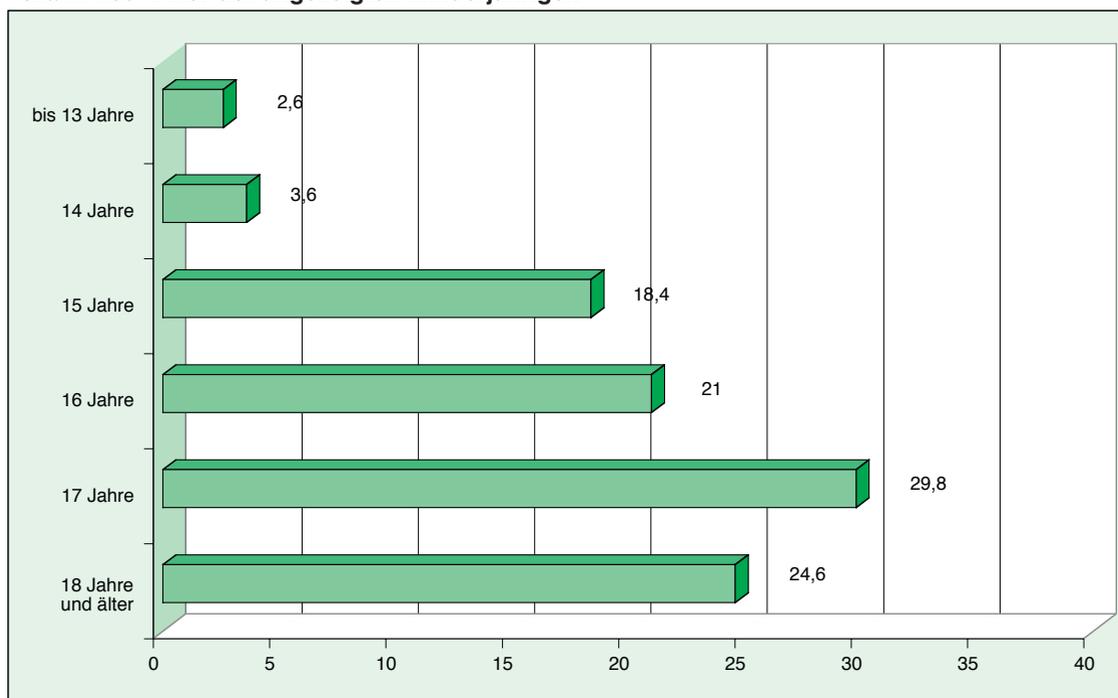
5.2.1. Soziodemografische Merkmale

Aus der Studie über die mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Minderjährigen kann eine Reihe von aufschlussreichen Hinweisen auf die soziodemografischen Merkmale der 311 Jugendlichen entnommen werden, die im Zeitraum 1994 bis 1997 angezeigt wurden.

a) Alter

Das durchschnittliche Alter der angezeigten Jugendlichen lag bei 16 Jahren und einigen Monaten. Rund 2,6% der Anzeigen betreffen unter 14 Jahre alte Jugendliche, während 24,6 % der straffälligen Jugendlichen bereits volljährig sind, aber noch in den Zuständigkeitsbereich des Jugendgerichts gehören. Überblick über die analytische Verteilung der Altersklassen

Grafik 1.30 Alter der angezeigten Minderjährigen

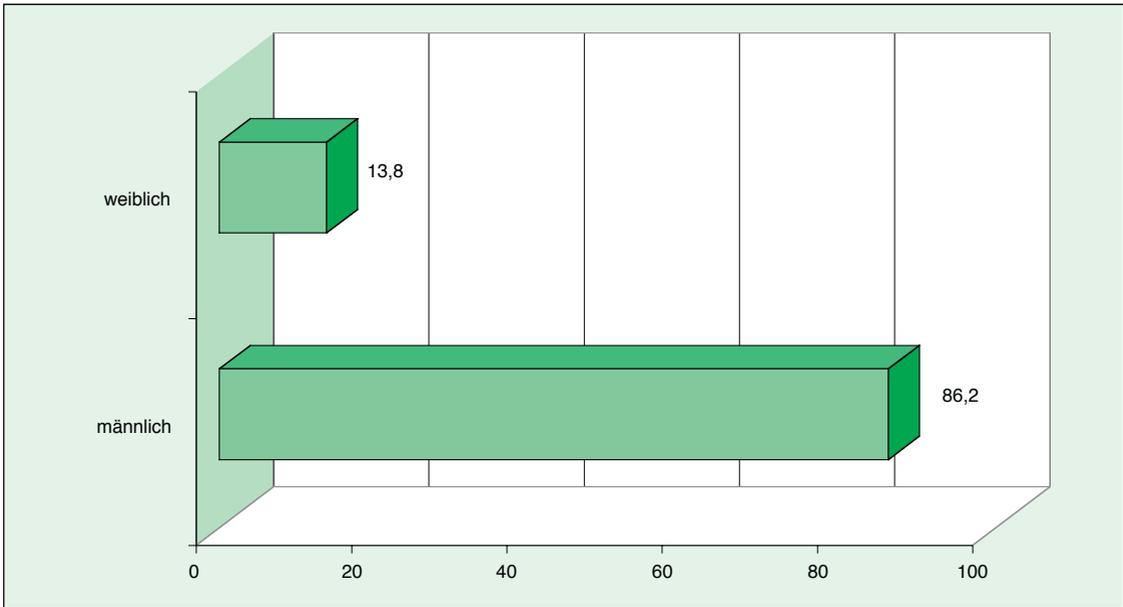


Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

b) Das Geschlecht

Die meisten der angezeigten Minderjährigen sind männlichen Geschlechts (das Verhältnis männlich-weiblich ist 7:1), wodurch die geringere Neigung von Mädchen zur Devianz zusätzlich bestätigt wird.

Grafik 1.31 **Geschlecht der angezeigten Jugendlichen**

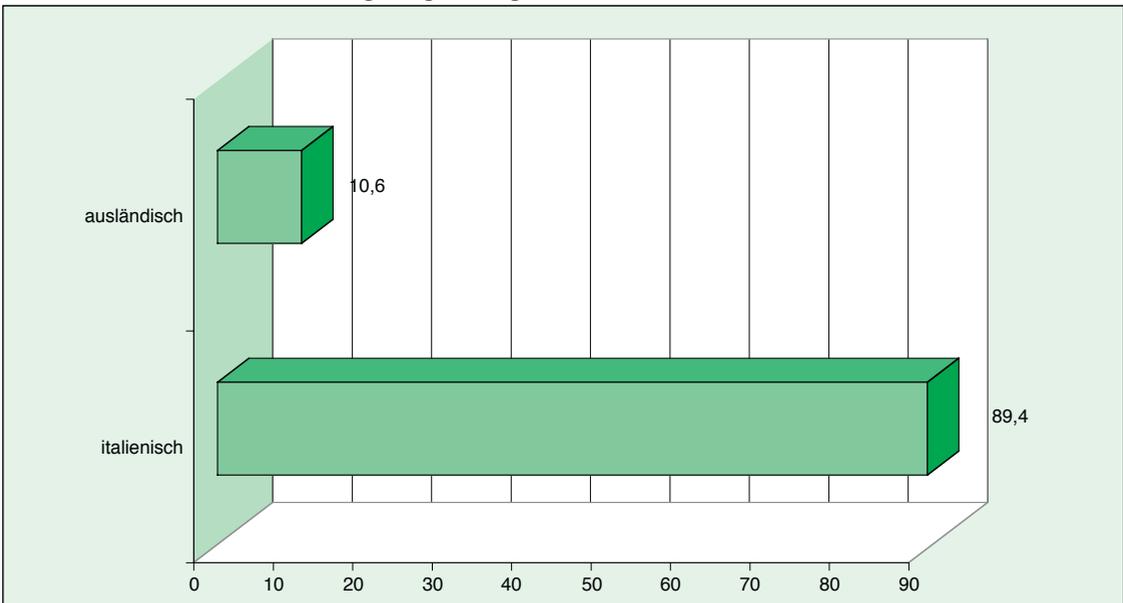


Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

c) Die Nationalität

Die meisten der angezeigten Jugendlichen haben die italienische Staatsbürgerschaft; auf zehn Anzeigen kommt eine Anzeige gegen einen ausländischen Jugendlichen. Die Zahl der Anzeigen gegen ausländische Jugendliche ist im Verhältnis auf jeden Fall höher als ihr Anteil an der Bevölkerung in den Jahren, in denen die Erhebung durchgeführt wurde.

Grafik 1.32 **Nationalität der angezeigten Jugendlichen**

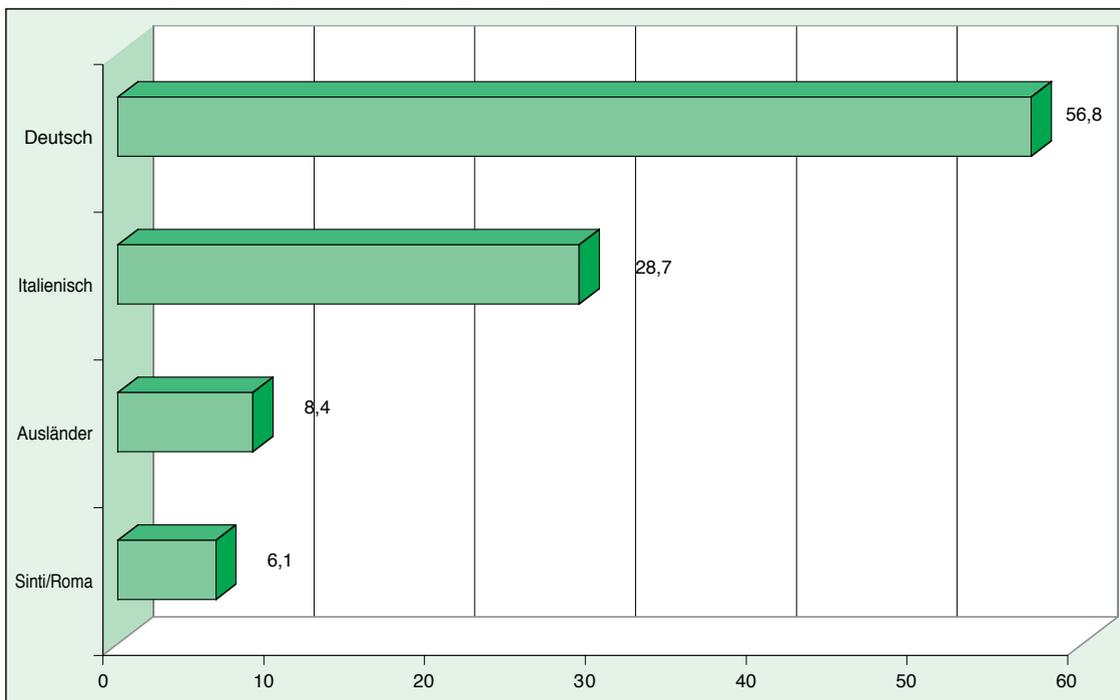


Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

d) Sprachgruppe

Unter den straffälligen Minderjährigen gibt es außer den Jugendlichen der deutschen und italienischen Sprachgruppe auch einen relativ hohen Anteil von anderssprachigen Personen (meist slawische Sprachen) und eine hohe Zahl von Sinti und Roma.

Grafik 1.33 Sprachgruppe der angezeigten Jugendlichen

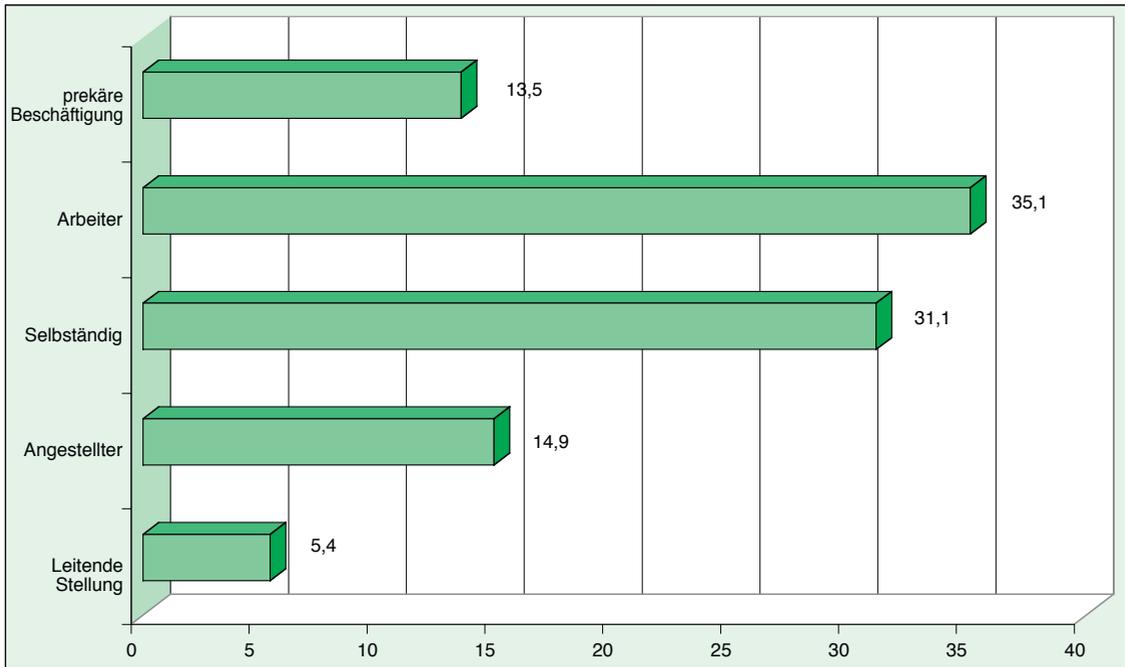


Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

e) Soziale Klasse

Für 192 Fälle, für die auch ein psychosozialer Bericht erstellt wurde, konnte teilweise die soziale Klasse ermittelt werden. Tendenziell kommen die meisten Jugendlichen (aber nicht ausschließlich) aus sozial schwachen Verhältnissen.

Grafik 1.34 **Beschäftigungsstand des Vaters der angezeigten Jugendlichen**

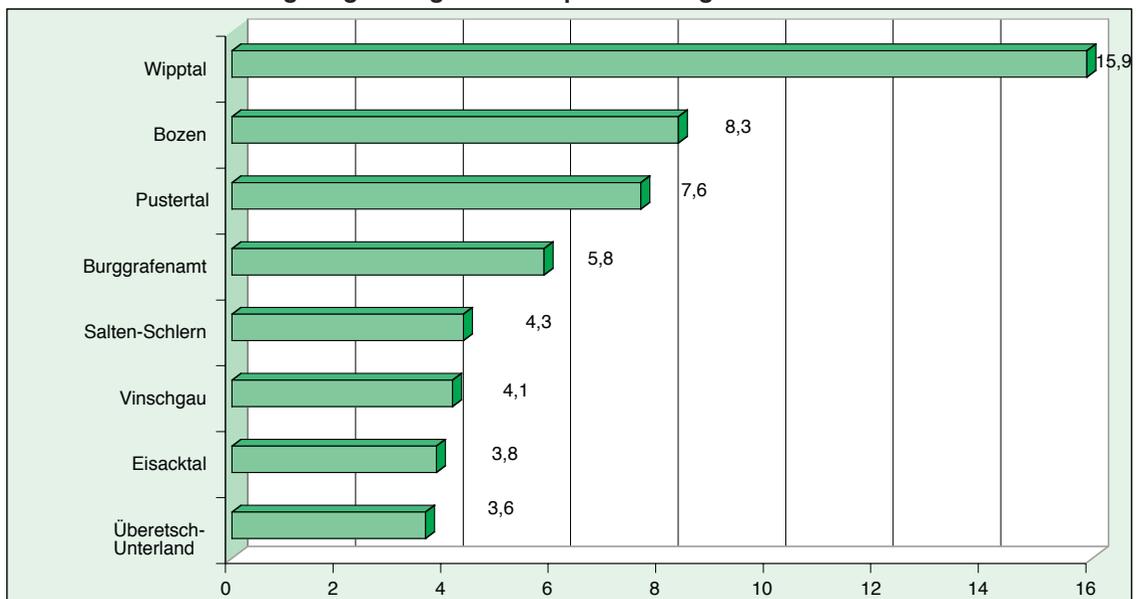


Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

f) Bezirksgemeinschaft / Betrieb für Sozialdienste Bozen

Die Verteilung der angezeigten Jugendlichen auf die gesamte Wohnbevölkerung nach Bezirksgemeinschaften ist sehr unterschiedlich; der südtirolweite Durchschnitt liegt bei 6,8 Anzeigen pro 1.000 Minderjährige im Alter zwischen 14 und 17 Jahren (Daten 1997), den niedrigsten Wert verzeichnet das Überetsch-Unterland mit 3,6 Anzeigen, den höchsten das Wipptal mit 15,9 Anzeigen.

Grafik 1.35 **Zahl der angezeigten Jugendlichen pro 1000 Jugendliche im Alter von 14 bis 17**



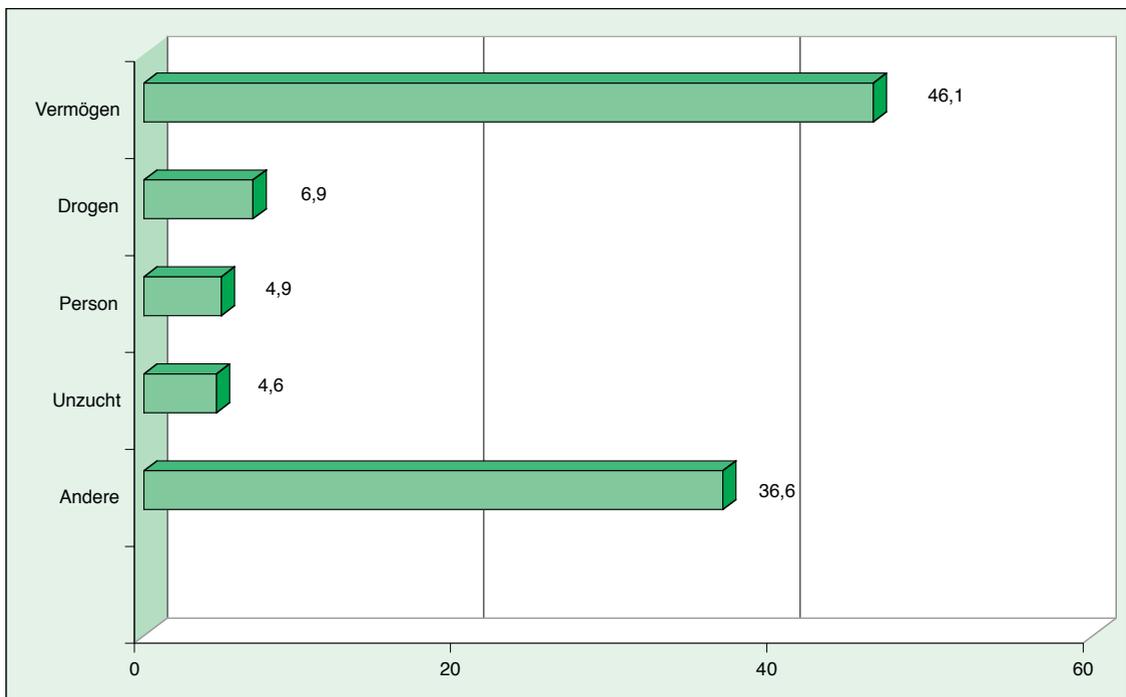
Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

5.2.2. Art der Straftaten

13,8% der angezeigten Minderjährigen haben zumindest eine weitere strafbare Handlung begangen, 4,2% mindestens zwei weitere Straftaten und 2,4% weitere drei; die Zahl der Wiederholungstäter ist daher eher beschränkt. Aufgrund der Verteilung der Anzeigen nach Art der Straftat (bei Wiederholungstätern wird die erste strafbare Handlung berücksichtigt) erkennt man, dass fast die Hälfte der Anzeigen Verbrechen gegen das Vermögen (Diebstähle, erschwerte Diebstähle, Wohnungsdiebstähle, versuchte Diebstähle) betreffen. Die zweite Kategorie betrifft eine ziemlich heterogene Gruppe von strafbaren Handlungen (Lenken ohne Führerschein, Betrunkenheit oder Lenken in angetrunkenem Zustand, Begünstigung, Waffenbesitz). Verbrechen gegen die Person, Nötigung zu sexuellen Handlungen und Drogenhandel kommen eher selten vor.

Fast die Hälfte der Jugendlichen hat die Straftat zusammen mit anderen Minderjährigen (in 47,3% der Fälle) begangen, etwas mehr als ein Drittel war bei seinem Verbrechen allein (37,6%), erwachsene Mittäter gibt es nur selten.

Grafik 1.36 **Übersicht über die Art der ersten Straftat**



Quelle : Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999

5.3. Monitoring des Psychologischen Dienstes an den italienischen Mittelschulen (Projekt: „Parliamone“, 2000/01-2001/02)

5.3.1. Inanspruchnahme des Psychologischen Dienstes durch Eltern und Schüler

Der psychologische Beratungsdienst, der vom italienischen Schulamt in Südtirol an den italienischen Mittelschulen eingerichtet wurde, wird sowohl von Seiten der Mittelschüler als auch von deren Eltern in hohem Maße in Anspruch genommen. In den zwei Jahren, in denen das Monitoring durchgeführt wurde, lag der Prozentsatz der Schüler, die sich an den psychologischen Beratungsschalter wandten, bei 16-17%, der Anteil der Eltern lag bei ca. 14,5%.

Den Daten der letzten Erhebung des Jahres 2002 zufolge haben Schüler vor allem wegen Schwierigkeiten mit den Mitschülern (42,9%), wegen persönlicher Probleme (41,2%), wegen Schwierigkeiten mit Freunden (23,5%), wegen familiärer Probleme (23,5%) und wegen Schwierigkeiten mit den Lehrern (22,9%) den Psychologischen Dienst aufgesucht. Eltern nahmen die Beratungsleistungen hauptsächlich in Anspruch, um ihr Kind (64,3%) besser zu verstehen, um über schulische Probleme (35,7%) und über familiäre Probleme (35,7%) zu sprechen.

Tabelle 1.43 **Inanspruchnahme des Psychologischen Dienstes durch Schüler und Eltern mit Kindern, die die Mittelschule besuchen, während des zweijährigen Projekts „..... Parliamone“ (Angaben in Prozenten)**

Inanspruchnahme des Dienstes	Schüler	Eltern
• Inanspruchnahme des Dienstes im Schuljahr 2001-2002 *	7,0	4,8
• Inanspruchnahme des Dienstes im Schuljahr 2000-2001 *	9,0	9,7
• Gesamtzahl der Benutzer im Schuljahr 2001-2002 *	16,0	14,5
• Gesamtzahl der Benutzer im Schuljahr 2000-2001 **	17,6	14,6

* Datenerhebung laut Angaben im Fragebogen, der im Schuljahr 2001-2002 ausgefüllt wurde.

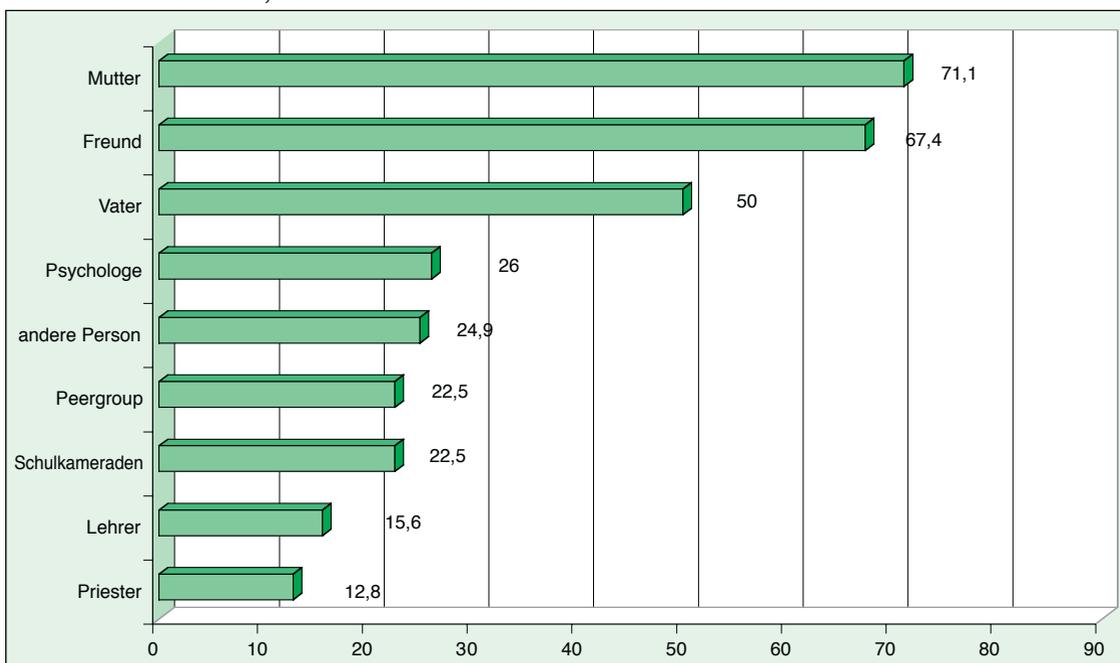
** Datenerhebung laut Angaben im Fragebogen, der im Schuljahr 2000-2001 ausgefüllt wurde.

Quelle: Monitoring des Pilotprojekts „Parliamone..“, Dritter Bericht, Italienisches Schulamt, 2002

5.3.2. Bereitschaft, Hilfe zu beantragen

Im Rahmen der Datenerhebung mussten die Befragten in dem an die Schüler verteilten Fragebogen - unabhängig davon, ob sie das Gespräch mit dem Psychologen gesucht hatten - die Personen angeben, denen sie etwaige affektive oder persönliche Probleme anvertrauen würden. Aufgrund dieser Informationen kann man feststellen, inwieweit die potentiellen jugendlichen Nutzer bereit sind, sich an einen psychologischen Beratungsdienst zu wenden.

Grafik 1.37 Personen, denen die Mittelschüler sich anvertrauen würden



Quelle: Monitoring des Pilotprojekts "Parliamone..", Dritter Bericht, Italienisches Schulamt, 2002

Die Mutter ist die Person, der sich die Mittelschüler am häufigsten (fast drei Viertel) anvertrauen oder anvertrauen würden; der Vater wird nur von der Hälfte der Befragten als bevorzugte Vertrauensperson genannt und liegt in der Tabelle an dritter Stelle. An zweiter Stelle liegt nämlich der beste Freund, der sich als wichtiger Ansprechpartner erweist. Eine Nebenrolle spielen in diesem Zusammenhang Lehrer und Priester, während der Psychologe immerhin das Vertrauen von mehr als einem Viertel der Stichprobe erhält; knapp dahinter liegen in der Rangordnung der Vertrauenspersonen der Freundeskreis und die Mitschüler. Die MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes sind also in der Lage, die Aufmerksamkeit der Schüler zu gewinnen, und erhalten auch das Vertrauen einer signifikanten Anzahl von Schülern.

Eine Aufschlüsselung nach Geschlechtern zeigt, dass Mädchen dialogbereiter sind und im Allgemeinen besser in der Lage sind, ihre Beziehungen zu pflegen. Sie suchen das Gespräch vor allem mit der "Busenfreundin" und mit den Altersgenossen im Allgemeinen, aber auch mit den Lehrern und mit dem Psychologen; die Burschen wenden sich im Vergleich zu den Mädchen öfter an den Vater und an den Priester. Die Mutter bleibt immer eine zentrale Bezugsperson für beide Geschlechter. Mit zunehmendem Alter nimmt die Vertrautheit mit der Mutter, vor allem aber das Vertrauensverhältnis zum Vater und zu den Erwachsenen im Allgemeinen ab, während die Altersgenossen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

5.3.3. Problemerkennung

Das Monitoring des Pilotprojekts umfasste auch eine Phase der Datenerhebung, die direkt von den Mitarbeitern des psychologischen Beratungsschalters durchgeführt wurde, die in einem eigenen Raster die Merkmale der erbrachten Beratungsleistungen eintrugen. In der folgenden Tabelle werden die im Laufe der Gespräche an den Mittelschulen festgestellten Probleme angeführt.

Wenn man diese Analyse als Überblick über die häufigsten Probleme der Jugend versteht, kann man feststellen, dass die Jugend mit einem breit gefächerten Spektrum an Schwierigkeiten konfrontiert ist; in vielen Fällen kann auch eine Häufung von Problemfällen beobachtet werden.

Die Beziehungsprobleme mit den Altersgenossen liegen zusammen mit rein schulischen Schwierigkeiten an erster Stelle, gefolgt von psychologischen Krisen, von Eltern-Kind-Konflikten und von Beziehungsschwierigkeiten mit den Lehrern; es folgen Probleme in Zusammenhang mit der Einhaltung von Regeln, Identitätsprobleme und mangelndes Selbstwertgefühl.

Es fehlen auch nicht andere Formen von schwierigen Lebenslagen, die zwar weniger verbreitet, aber darum nicht weniger wichtig sind. Auf der einen Seite stellen wir Probleme mit der Sexualität, psychosomatische Beschwerden, Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper fest, auf der anderen Seite gibt es auch aggressive Verhaltensformen und familieninterne Konflikte zwischen den Eltern.

In der Mittelschule wurden noch wenige Fälle von Ess-Störungen, von Drogenkonsum und von an und für sich gefährlichen Verhaltensweisen beobachtet.

Tabelle 1.44 **Übersicht über die bei den Gesprächen festgestellten Probleme der Mittelschüler (Angaben in Prozentwerten)**

Festgestellte Probleme	
• Beziehungsschwierigkeiten mit Altersgenossen	28,4
• Lern-/Konzentrationschwierigkeiten	25,6
• Psychologische Krise	15,6
• Eltern-Kind-Konflikte	14,7
• Beziehungsschwierigkeiten mit Lehrern	12,8
• Schwierigkeiten, Regeln einzuhalten	10,0
• Identitätskrise, geringes Selbstwertgefühl	10,0
• Beziehungsschwierigkeiten mit Erwachsenen	6,2
• Probleme mit der Sexualität	5,7
• Aggressives Verhalten	5,7
• Psychosomatische Beschwerden	4,7
• Konflikte zwischen den Eltern	4,7
• Konflikte zwischen Geschwistern	4,3
• Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper	3,8
• Folgen von traumatischen Ereignissen	1,4
• Umgang mit gefährdeten Personen	1,4
• Ess-Störungen	0,9
• Drogenkonsum	0,9
• Gefährliche Verhaltensweisen	0,5
• Sonstige Probleme	15,2

Quelle: Monitoring des Pilotprojekts "Parliamone..", Dritter Bericht, Italienisches Schularmt, 2002

QUELLEN

- ASTAT, Statistisches Jahrbuch für Südtirol, 2001
- Astat Informationen 16/2002
- ASTAT, Jugendstudie, Werthaltungen, Lebensformen und Lebensentwürfe der Südtiroler Jugend, ASTAT – Schriftenreihe Nr. 78, 1999
- ASTAT, Südtirols Schule in Zahlen – von den 70er Jahren bis zur Jahrtausendwende, 2000
- ASTAT, Die Bevölkerung in Südtirol - Eine Analyse auf Gemeindeebene 1940-2000, 2001
- ASTAT, Ausländer in Südtirol, ASTAT-Schriftenreihe Nr. 99, 2002
- Istituto IARD, Giovani del nuovo secolo (von C.Buzzi, A.Cavalli, A.de Lillo), Il Mulino, Bologna, 2002
- Autonome Provinz Bozen, Adressenverzeichnis Jugendorganisationen, Abteilung Deutsche und Ladinische Kultur, Amt für Jugendarbeit, 2001
- Autonome Provinz Bozen, Jugendorganisationen, Jugendhäuser, Jugenddienste, Jugendzentren, Jugendtreffs, Jugendgruppen in Südtirol, Jahrbuch 2000, Abteilung Deutsche und Ladinische Kultur, Amt für Jugendarbeit, 2000
- Autonome Provinz Bozen, Sozialführer Südtirol, Abteilung Sozialwesen, 2001
- Autonome Provinz Bozen, Guida alle associazioni e centri giovani in Alto Adige, Abteilung Italienische Kultur, Amt für Jugendarbeit, 2002
- Autonome Provinz Bozen, Minderjährige im Konflikt mit dem Strafgesetz, Abteilung Sozialwesen, 1999
- Autonome Provinz Bozen, Monitoring des Pilotprojekts “Parliamone..”, Dritter Bericht, Italienisches Schulamt, 2002
- Autonome Provinz Bozen, Landesgesundheitsplan 2000-2002, Abteilung Gesundheitswesen, 2000
- Autonome Provinz Bozen, Landessozialplan 2000-2002, Abteilung Sozialwesen, 2000
- Autonome Provinz Bozen, Programm zur Förderung der Jugendarbeit für die deutsche und ladinische Sprachgruppe, Abteilung Deutsche und Ladinische Schule und Kultur, Amt für Jugendarbeit, 1998
- Autonome Provinz Bozen, Landesgesundheitsbericht 2000, Abteilung Gesundheitswesen, 2001
- Autonome Provinz Bozen, Sozialbericht 1995, Abteilung Sozialwesen, 1996
- Autonome Provinz Bozen, Sozialbericht 1996/97, Abteilung Sozialwesen, 1998
- Autonome Provinz Bozen, Sozialbericht 1998, Abteilung Sozialwesen, 1999
- Autonome Provinz Bozen, Sozialbericht 2000, Abteilung Sozialwesen, 2001
- Autonome Provinz Bozen, LISYS Daten, Abteilung Sozialwesen, 2001

Kapitel 2

Der Verlauf der Betreuungsmaßnahmen



von Rino Fasol

1. Ziele und Methodik

In diesem Teil der Studie werden die Umstände rekonstruiert und analysiert, unter denen die Dienste und Leistungen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung der Sozialsprengel in Anspruch genommen werden und unter denen die Übernahme eines Falls durch den Dienst und die Behandlung erfolgen, außerdem werden die Ergebnisse der Betreuungsmaßnahmen näher untersucht.

Die Analyse basiert auf Daten, die aus den bei den Diensten archivierten Falldokumentationen herausgefiltert wurden, die wiederum mit Hilfe eines ad hoc entwickelten Erhebungsbogens (liegt als Anlage 1 bei) ausgewählt und verschlüsselt wurden; dieser Erhebungsbogen wurde von Experten validiert und in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Dienste getestet.

Die Erhebung wurde im Zeitraum Juni – Juli 2002 durchgeführt..

Insgesamt wurden 400 Falldokumentationen ausgesucht, die Auswahl erfolgte nach dem Zufallsprinzip unter Beachtung der folgenden Kriterien:

- Die Minderjährigen mussten (zum Erhebungszeitpunkt bzw. bei Abschluss der Maßnahme) zwischen 11 und 17 Jahre alt sein.
- Die Verteilung auf die Dienste der Bezirksgemeinschaften musste einer Gewichtung nach Quoten entsprechen.
- Die zum Zeitpunkt der Erhebung abgeschlossenen Fälle mussten ca. ein Viertel der in den einzelnen Diensten gesammelten Falldokumentationen ausmachen.

Die Einsicht in die Falldokumentationen und das Ausfüllen des Erhebungsbogens erfolgten in Zusammenarbeit mit einem Mitarbeiter des Dienstes, der den verschiedenen Dokumenten, aus denen sich eine Falldokumentation zusammensetzt, die einzelnen Informationen entnahm und gegebenenfalls mit dem Verfasser die konkrete Klassifizierung der darin enthaltenen Daten oder Informationen besprach. In 83,0% der Fälle wurde für die Einsicht in die Falldokumentation und das Ausfüllen des Erhebungsbogens derselbe Mitarbeiter gewählt, der auch den betreffenden Fall betreute (bzw. bei Abschluss betreut hatte).

Bei näherer Betrachtung der für die Auswahl der Falldokumentationen benutzten Kriterien erkennt man, dass die so gebildete Stichprobe statistisch nicht signifikant ist für die von den Diensten betreute Klientel; die gewählte Stichprobe ist aber zahlenmäßig ziemlich umfangreich, so dass eine ausreichend detaillierte Analyse der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen hier behandelten Aspekten möglich ist. Außerdem bietet die Stichprobe einen einigermaßen breiten Überblick, so dass die aus der Analyse resultierenden Erkenntnisse zwar nicht unmittelbar verallgemeinert werden können, aber auf jeden Fall als Hinweise auf Phänomene und Trends angesehen werden können, die bei einer Vielzahl von Betreuten und bei einem Großteil der von den Diensten angebotenen Tätigkeiten festgestellt werden können.

Die analysierten Falldokumentationen beziehen sich in 74,0% der Fälle auf Minderjährige, die zum Zeitpunkt der Erhebung noch von den Diensten betreut wurden. Die Gründe für die Beendigung des Betreuungsverhältnisses in den restlichen 26,0% der Fälle werden an anderer Stelle dargelegt.

In der Tabelle 2.1 wird die prozentuelle Verteilung der analysierten Fälle basierend auf dem Jahr, in dem der Erstkontakt zu den Diensten erfolgte, dargestellt⁵.

Tabelle 2.1 Fälle nach dem Jahr des Erstkontakts zu den Diensten (n=398)⁶

Jahr	Prozentwerte
vor 1990	6.3
zwischen 1990 und 1996	27.9
1997	10.1
1998	10.6
1999	12.1
2000	13.6
2001	15.6
2002 ⁷	4.0

Im Hinblick auf eine erste Beschreibung des soziodemografischen Profils der in der Studie berücksichtigten und in der Tabelle 2 dargestellten Fälle werden in der Tabelle 2.2 einige Merkmale der Minderjährigen angeführt, deren Falldokumentation hier analysiert wurde.

⁵ Soweit nicht anders angegeben, wird in diesem Kapitel mit der Abkürzung "SPG" die Tätigkeit der Sozialpädagogischen Grundbetreuung des Sozialsprengels bezeichnet.

⁶ Die Differenz zwischen der Basis, anhand der die Prozentsätze berechnet werden, und der Gesamtheit der Fälle (400) betrifft fachlich nicht dazugehörige Fälle oder Fälle, für die es keine Informationen gibt.

⁷ Die Erhebung wurde wie bereits erwähnt im Zeitraum Juni-Juli 2002 durchgeführt, die Auswahl erfolgte daher anhand einer geringeren Anzahl von Fällen.

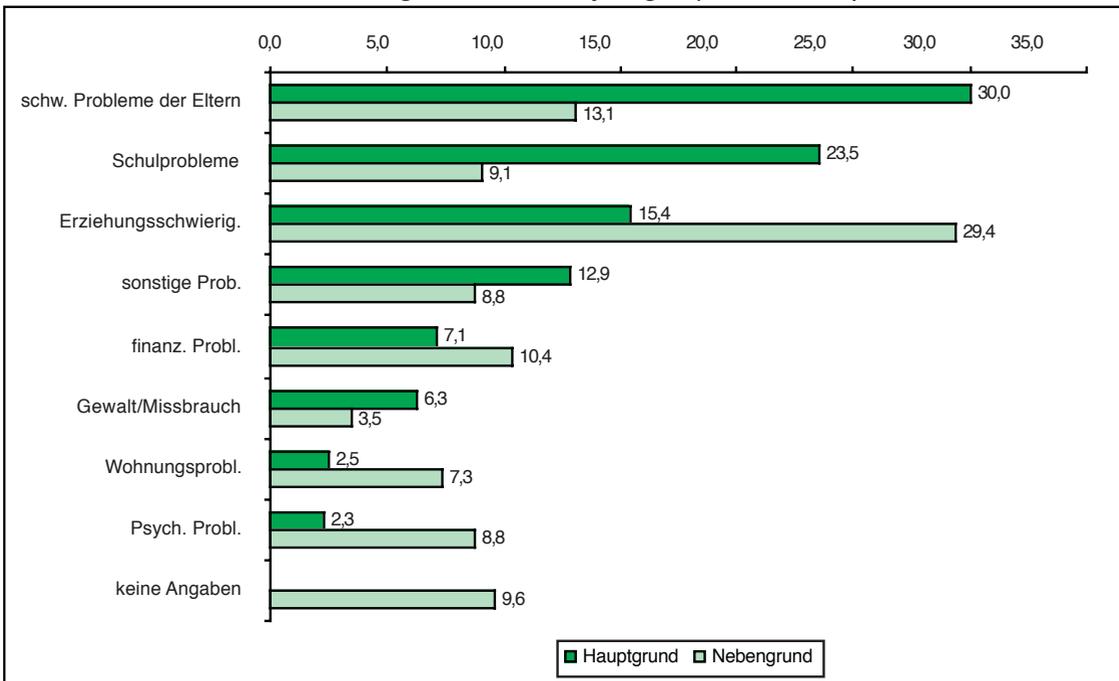
Tabelle 2.2 **Soziodemografische Merkmale der Minderjährigen zum Zeitpunkt des Erstkontakts zu den Diensten**

Merkmale	Prozentwerte
Geschlecht	
Männlich	42,7
Weiblich	57,3
Altersklasse	
Unter 6 Jahren	16,8
zwischen 6 und 10 Jahren	36,7
zwischen 11 und 14 Jahren	38,4
zwischen 15 und 17 Jahren	9,1
Sprachgruppe oder Herkunft	
Deutsch	65,6
Italienisch	23,2
Ladinisch	0,5
Gemischtsprachig	0,3
Ausländer	1,3
Nicht-EU-Bürger	7,6
Nomade	1,5
Bezirksgemeinschaft des Wohnsitzortes	
Bozen (Gemeinde)	23,0
Pustertal	11,1
Wipptal	6,3
Eisacktal	10,1
Salten-Schlern	7,6
Burggrafenamt	21,7
Vinschgau	7,6
Überetsch – Unterland	12,6
Zusammenleben mit der Familie	
lebt mit der Familie	88,7
lebt nicht mit der Familie	11,3
Zusammensetzung der Herkunftsfamilie	
Vater und Mutter	47,5
Vater fehlt	39,8
Mutter fehlt	9,6
Vater und Mutter fehlen	3,1
Einzelkinder	18,9
andere Verwandte leben in der Familie	20,5
Betreuung von Familienangehörigen durch Sozialdienste	
Vater und Mutter in Betreuung	18,9
Vater in Betreuung	2,7
Mutter in Betreuung	23,8
Weder Vater noch Mutter in Betreuung	54,6
Brüder/Schwestern in Betreuung	39,3
Andere Verwandte in Betreuung	7,6

2. Die Kontaktaufnahme und die Aufnahme zur Betreuung

In der Grafik 2.1 sind die Begründungen angeführt, aufgrund deren die Kinder und Jugendlichen dem Dienst gemeldet wurden; dabei wurde zwischen dem Haupt- und dem Nebengrund unterschieden. Wie aus der Grafik hervorgeht, waren in den meisten Fällen (30,1%) schwerwiegende Probleme der Eltern der Anlass für die Meldung bei den Diensten; Erziehungsschwierigkeiten bzw. –unfähigkeit wurde in 15,4% der Fälle als Hauptgrund und in 29,3% der Fälle als Nebengrund angegeben. Schulische Probleme waren bei fast einem Viertel der Kinder und Jugendlichen (23,5%) Anlass für die Meldung. Finanzielle Probleme (7,1%) oder Wohnungsprobleme (2,5%) spielen als Hauptgrund für die Meldung bei den Diensten eine viel geringere Rolle. Psychische Probleme waren nur in 2,3% der Fälle der Hauptgrund für die Kontaktaufnahme (Nebengrund in 8,8% der Fälle).

Grafik 2.1 Grund für die Meldung des/der Minderjährigen (Prozentwerte)

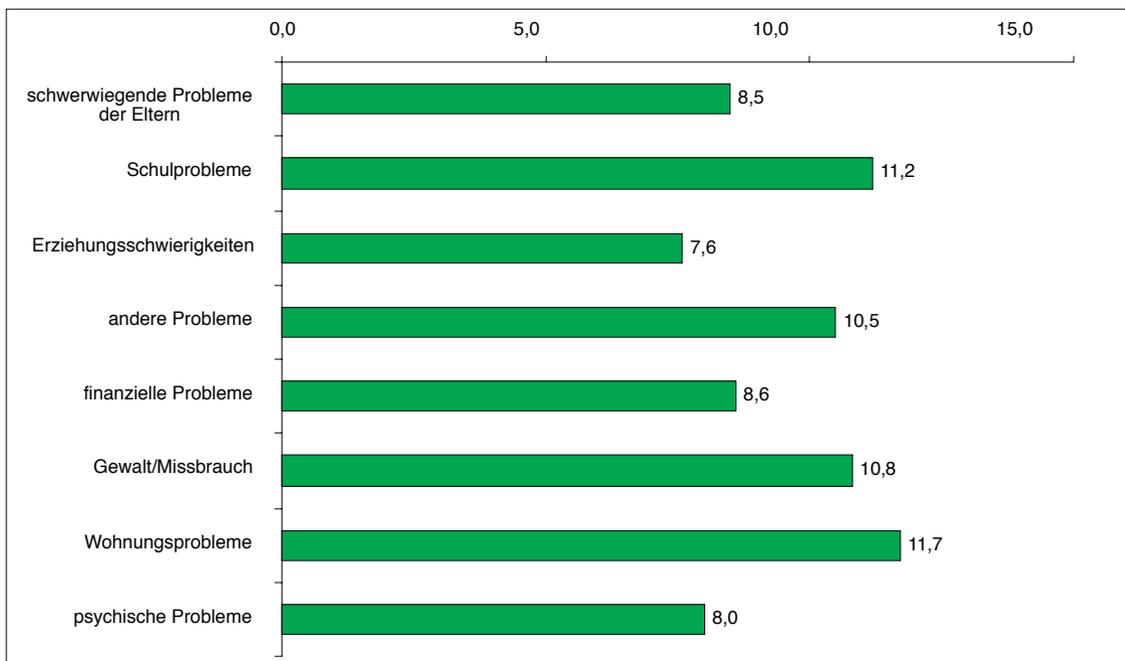


Wie aus der Grafik ersichtlich wird, gibt es in über 90% der Fälle neben dem Hauptgrund auch einen Nebengrund für die Meldung des Minderjährigen beim Dienst. In unserer Stichprobe waren fast alle Kombinationsmöglichkeiten zwischen Haupt- und Nebengrund vertreten, auch wenn die einzelnen Kombinationen meistens jeweils nur eine beschränkte Anzahl von Fällen betreffen. Relativ häufig vertreten sind nur Fälle, in denen zu den schwerwiegenden Problemen der Eltern auch noch Erziehungsschwierigkeiten/unfähigkeit (11,4% der Gesamtheit) hinzukommen, sowie die Fälle, wo schulische Probleme mit erzieherischem Versagen (9,6% der Gesamtheit) einhergehen.

Insgesamt wurde die Situation des Minderjährigen bei der ersten Kontaktaufnahme in fast einem Viertel der Fälle als sehr schwerwiegend und in zwei Vierteln der Fälle als schwerwiegend eingestuft; bei 21,6% wurde das Problem als eher geringfügig und bei den restlichen 3% als geringfügig eingestuft. Man kann feststellen, dass die Fälle, in denen Missbrauch/Gewalt oder Probleme der Eltern als Hauptursachen vorlagen, tendenziell öfter als sehr schwerwiegend und schwerwiegend eingestuft wurden; als weniger schwerwiegend wurden im Allgemeinen hingegen Fälle mit finanziellen Schwierigkeiten beurteilt.

Für die Klassifizierung der Probleme wurde der Raster verwendet, der auch vom Landesinformationssystem (LISYS) verwendet wird; die Grenzen und die Vieldeutigkeit von "Etikettierungssystemen" in der Diagnostik sind hinreichend bekannt. Beim nachfolgenden Vergleich der verschiedenen Gruppen von betreuten Personen muss man sich daher vor Augen halten, dass die Betreuten von mehreren Gruppen von Mitarbeitern/MitarbeiterInnen beurteilt wurden; daher kann man unter Umständen nicht erkennen, ob die unterschiedliche Klassifizierung auf die Wahl der diagnostischen Kriterien oder auf tatsächliche Unterschiede in den Problemlagen der Minderjährigen zurückzuführen ist.

Grafik 2.2 **Alter beim ersten Kontakt mit den Diensten, aufgeschlüsselt nach Problemen (Durchschnittswerte; N=272)**



Dies vorausgeschickt, müssen wir erkennen, dass die Verteilung der Fälle auf die verschiedenen Bezirksgemeinschaften und auf den Betrieb für Sozialdienste Bozen einige Besonderheiten aufweist. Erwartungsgemäß wurden in Bozen mehr Fälle mit "finanziellen Problemen" und "Wohnungsproblemen" verzeichnet. Ebenfalls in Bozen wurde eine höhere Anzahl von Minderjährigen verzeichnet, deren Eltern schwerwiegende Probleme haben. Im Vinschgau und im Unterland/Überetsch fällt die relativ hohe Zahl von Minderjährigen mit

"schulischen Problemen" auf, während im Burggrafenamt die Meldungen infolge von "Erziehungsschwierigkeiten/-unfähigkeit" über dem Durchschnitt der Stichprobe liegen⁸.

Das Alter der Minderjährigen bei der ersten Kontaktaufnahme zu den Diensten variiert natürlich je nach Problemlage, die ursächlich zur Meldung führte. Wenn man den Vergleich auf die Minderjährigen beschränkt, die zum ersten Mal in ihrem Leben einem Dienst gemeldet wurden, und daher diejenigen ausklammert, die – wie an anderer Stelle noch erklärt wird – schon bei anderen Diensten in irgendeiner Form betreut worden waren (vergl. Grafik 2.2), haben die Faktoren "Erziehungsschwierigkeiten/-unfähigkeit", "psychologische Probleme" und "schwerwiegende Probleme" im Vergleich zu anderen Ursachen im Schnitt zu einem früheren Zeitpunkt zur ersten Kontaktaufnahme geführt.

Die durchschnittlichen Werte in der Grafik 2.2 geben in Wirklichkeit nicht Aufschluss darüber, wie früh die Meldung an die Dienste erfolgt. Denn man muss bedenken, dass in 48,2% der Fälle das Problem wahrscheinlich schon vor der Meldung beim Dienst aufgetreten ist (betrifft nur Minderjährige, die zuvor noch keinen Kontakt zu anderen als den in dieser Studie erfassten Diensten hatten). Nur in etwas mehr als der Hälfte der Fälle stimmt das Jahr, in dem das Problem auftritt, mit dem Jahr des Erstkontakts überein. In 25,7% der Fälle liegen ein oder zwei Jahre Wartezeit oder eine Latenzzeit dazwischen. In 22,5% der Fälle vergehen sogar drei Jahre und mehr bis zur Erstmeldung.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass 23,2% der Minderjährigen zum Zeitpunkt der Meldung bei der Sozialpädagogischen Grundbetreuung wegen desselben Problems bereits bei anderen Diensten betreut wurden; hinzukommen noch jene 6,3%, die bei anderen Diensten wegen anderer Probleme als denen in Betreuung waren, die als Ursache für die Meldung bei der Sozialpädagogischen Grundbetreuung angegeben wurden. Die vorhergehende Betreuungszeit betrug bei 31,2% der bereits anderweitig betreuten Minderjährigen über vier Jahre; in 22% der Fälle lag sie zwischen zwei und vier Jahren. In einem von vier Fällen (25,7%) lief die Betreuung seit einem Jahr, in einem von fünf Fällen (21,1%) war die Betreuung im selben Jahr begonnen worden, in dem auch die Sozialpädagogische Grundbetreuung kontaktiert wurde. Die Art des Problems, wegen dem die Minderjährigen gemeldet werden, hat anscheinend keinen besonderen Einfluss auf das Bestehen oder Nichtbestehen von früheren Betreuungsmaßnahmen bei anderen Diensten.

Abgesehen von der Zeit, die zwischen dem Auftreten des Problems und der Meldung an den Dienst vergehen kann, wurde in 13,6% der Fälle in der Falldokumentation⁹ auch

⁸ Für fast alle Bezirksgemeinschaften ist die Grundlage für die Berechnung der Prozentsätze eher begrenzt; das ist ein weiterer Grund, warum das effektive Ausmaß und die Tragweite der festgestellten Unterschiede mit Vorsicht zu bewerten sind.

⁹ Dies ist ein gutes Beispiel für eine Information, deren Vermerk in der Dokumentation mehr von der Sorgfalt oder Sensibilität der MitarbeiterInnen als von der Wichtigkeit der Information selbst abhängt. Man darf daher nicht annehmen, dass es nur in den Fällen, in denen ein entsprechender Vermerk in der Dokumentation aufscheint, zu einer Verzögerung bei der Meldung gekommen ist.

eine Verzögerung der Meldung des Minderjährigen bei der Sozialpädagogischen Grundbetreuung ausgewiesen¹⁰. Für die Verzögerung wird in mehr als einem Drittel der Fälle die Schule und in einem Viertel der Fälle die Familie des Minderjährigen verantwortlich gemacht. Auch die Dienste der SPG haben in einigen Fällen eine Verzögerung verschuldet; dies trifft aber nur auf einen Fall von acht zu (entspricht weniger als 2% aller untersuchten Fälle). Erwähnenswert ist trotz der nicht allzu zahlreichen Verzögerungen die Tatsache, dass bei Gewalt oder Missbrauch der Anteil der Fälle mit verspäteter Kontaktaufnahme zum Dienst auf knapp ein Drittel (aller mit dieser Begründung gemeldeten Fälle) steigt; die Verspätung wird meist durch die Familie selbst verursacht. Auch schulische Probleme werden tendenziell später gemeldet als andere Fälle; fast ein/e Schüler/in von vier mit diesem Problem wird verspätet gemeldet, und die Verantwortung für drei Viertel dieser verspäteten Meldungen trägt anscheinend die Schule selbst.

Zusätzlich erschwert wird die rasche Inanspruchnahme der Leistungen der SPG möglicherweise noch dadurch, dass zwischen der Meldung und dem effektiven Kontakt des/der Minderjährigen (oder der Angehörigen) mit einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin des Dienstes ebenfalls wieder Zeit vergeht.

Die durchschnittliche Wartezeit zwischen der Meldung und der effektiven Kontaktaufnahme lag - bezogen auf alle in dieser Studie erfassten Fälle - bei ca. 17 Tagen, wobei diese Frist von Fall zu Fall stark variieren kann. Innerhalb von einer Woche ab der Meldung wurde über die Hälfte der Fälle (51,3%) kontaktiert, innerhalb der Monatsfrist kam es für rund 90% der Minderjährigen (oder Eltern) zu einem ersten Gespräch mit den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des Dienstes. Diese Daten über die Dauer der Wartezeit haben sich - bezogen auf das Jahr des Erstkontakts - im Laufe der Zeit geändert, aber nicht in linearer, eindeutiger Form, so dass daraus kein signifikanter Trend abgeleitet werden kann.

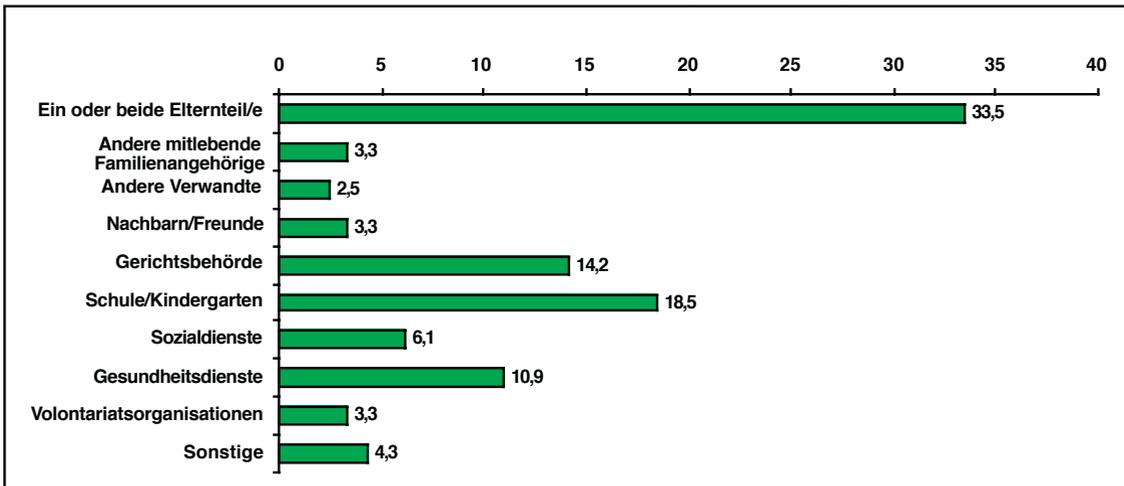
Vergleicht man die Probleme, die ursächlich zur Meldung geführt haben, stellt man ebenfalls Unterschiede bei den durchschnittlichen Wartezeiten fest, auch wenn diesen Unterschieden nicht allzu viel Bedeutung beigemessen werden darf. Bei einer Meldung mit der Begründung "finanzielle Schwierigkeiten" vergeht im Schnitt weniger als eine Woche bis zum Erstkontakt, bei Wohnungsproblemen liegt die Wartezeit bei fünf Tagen. Ganz andere Wartezeiten werden hingegen bei Fällen von Kindesmissbrauch/Gewalt verzeichnet, für die im Schnitt dreißig Tage Wartezeit erhoben wurden. Auch für Minderjährige mit psychischen Problemen lag die Wartefrist mit über 20 Tagen über dem Schnitt. Für diese zwei Problemtypen wurde aber auch die höchste Variabilität im Rahmen der individuellen Daten verzeichnet.

¹⁰ Auch wenn der Zeitraum, der zwischen dem Auftreten des Problems und der Kontaktaufnahme mit dem Dienst vergeht, nicht immer zur Gänze auf eine verspätete Meldung zurückgeführt werden kann, fällt dieser Zeitraum im Schnitt gerade in den Fällen, in denen eine Verzögerung vermerkt wird, etwas länger aus.

Erwähnenswert sind auch die erheblichen Unterschiede bei den durchschnittlichen Wartezeiten in den einzelnen Bezirksgemeinschaften; diese Spanne reicht von der niedrigsten durchschnittlichen Wartezeit von ca. 6 Tagen in einer Bezirksgemeinschaft bis zur höchsten Wartezeit von 36 Tagen. Die unterschiedliche Verteilung der gemeldeten Problemfälle auf die einzelnen Bezirksgemeinschaften reicht nicht aus als Erklärung für die unterschiedlichen Wartezeiten von der Meldung bis zum Erstkontakt.

Eine weitere in der Falldokumentation enthaltene Information betrifft die Stelle/Person, die den Fall der SPG gemeldet hat. In der Grafik 2.3 kann man erkennen, dass die meisten Meldungen bei der SPG vor allem durch die Familie selbst, besonders durch einen oder beide Elternteile, erfolgen.

Grafik 2.3 Stellen/Personen, die den Problemfall melden (Prozentwerte)



Natürlich wurden die Minderjährigen, die bereits wegen desselben oder wegen anderer Probleme von anderen Diensten betreut worden waren, größtenteils von den anderen Dienststellen, bei denen sie in Betreuung waren, gemeldet; in rund 20% der Fälle wurden die bereits von anderen Diensten betreuten Jugendlichen aber auch direkt von den Eltern gemeldet¹¹.

Wenn man die Probleme, aufgrund deren die Meldung erfolgt, und die Person/Stelle, die die Meldung vorgenommen hat, gegenüberstellt, erhält man für die relativ umfangreiche Stichprobe ein stark fragmentiertes Bild mit vielen kleinen Untergruppen, die nur eine sehr vorsichtige Bewertung der Ergebnisse ermöglichen. Dies vorausgeschickt, kann man auf jeden Fall feststellen, dass Eltern häufiger finanzielle Probleme, Erziehungsschwierigkeiten und Probleme mit ihrer Funktion als Eltern melden. Von den

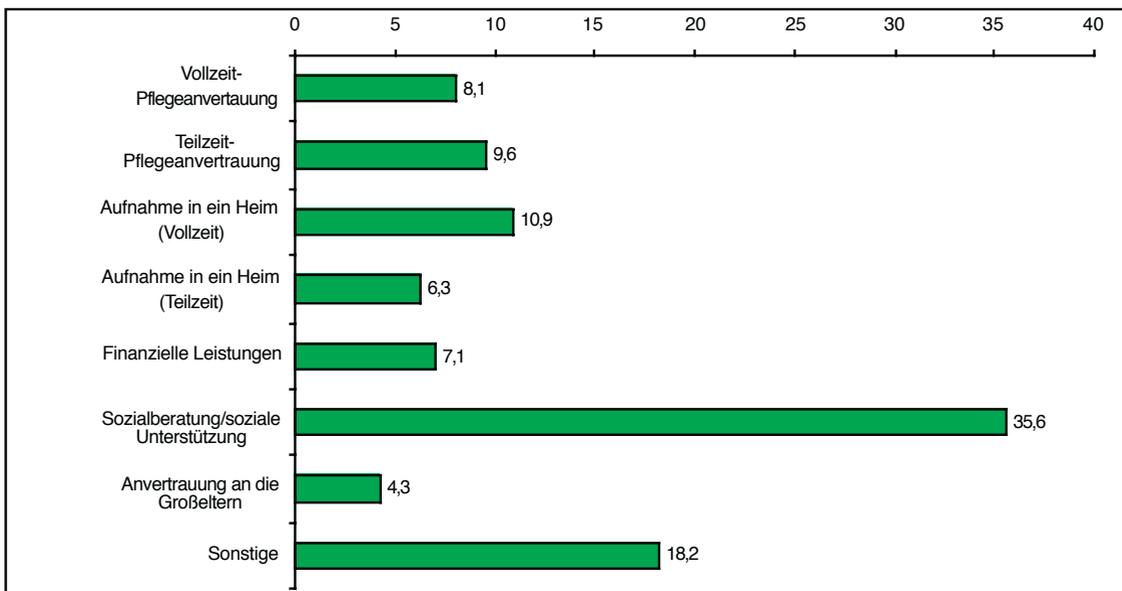
¹¹ Man kann nicht ausschließen, dass in einigen dieser Fälle die laufende Behandlung abgebrochen wurde und dass die Eltern dann beschlossen, einen anderen Dienst anstelle des bisher für die Betreuung zuständigen Dienstes zu kontaktieren.

Gerichtsbehörden kommen hingegen die meisten Meldungen über Gewalt/Missbrauch und schwerwiegende Probleme der Eltern¹². Die Schule meldet natürlich die höchste Anzahl von Minderjährigen mit schulischen Problemen, während die Sozialdienste vorwiegend finanzielle Problemen, Probleme der Eltern und Erziehungsschwierigkeiten melden. Man kann annehmen, dass sich im Laufe der Zeit eine Art Spezialisierung bei den Meldungen entwickelt hat, zumal den Daten zufolge die Schulen keinen Fall von psychischen Problemen und keinen Fall von finanziellen Problemen gemeldet haben.

3. Die Betreuungsformen

Bei Aufnahme des Minderjährigen wurden – wie aus der Grafik 2.4 hervorgeht - in einem von drei Fällen soziale Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen angeboten; in einem von fünf Fällen wurde hingegen die Aufnahme in ein Heim (Vollzeit oder Teilzeit) beschlossen.

Grafik 2.4 **Hauptleistung zum Zeitpunkt der Aufnahme (Prozentwerte)**



Mehr als ein Drittel der unter dem Punkt "Sonstige" erfassten Leistungen¹³ besteht aus außerschulischen Unterstützungsmaßnahmen. In 80% der Fälle wurde die Hauptleistung mit einer Nebenleistung meist in Form von sozialen Beratungs- und Unterstützungsleistungen (54,3%) oder finanziellen Leistungen (23,5%) kombiniert.

Die Wahl der Leistung hängt natürlich nicht nur von der Problemdefinition ab, mit der die Meldung begründet wird; daher gibt es keine engen eindeutigen Korrelationen zwischen

¹² Dabei ist zu beachten, dass das Gericht sich in 54,3% der Fälle erst einschaltete, als die Maßnahme bereits im Gange war.

¹³ Auch für die Leistungen wurde die Klassifizierung des Landesinformationssystems für das Sozialwesen verwendet, das aber für einen beträchtlichen Teil der Leistungen keine geeignete Einstufung ermöglicht.

den Problemlagen und den Maßnahmen. Auffallend ist jedoch, dass bei einigen Problemtypen bestimmte Leistungsarten (Hauptleistungen) überwiegen; bei finanziellen Problemen wird häufig finanzielle Hilfe angeboten, bei dieser Art von Problemfall wird aber auch überdurchschnittlich oft die Teilzeit-Pflegeanvertrauung beschlossen. Bei schwerwiegenden Problemen der Eltern wird ebenfalls recht häufig sowohl die Vollzeit- als auch die Teilzeit-Pflegeanvertrauung gewählt, überdurchschnittlich häufig wird auch eine Vollzeit-Unterbringung in einem Heim beschlossen. Soziale Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden hingegen überdurchschnittlich oft bei Fällen angewendet, in denen Erziehungsschwierigkeiten/unfähigkeit oder schulische Probleme festgestellt werden.

Würde man die Kombination aus Haupt- und Nebenleistung betrachten (bei den 80% der Fälle, in denen beide Leistungen in der Falldokumentation angeführt sind), ergäbe sich ein viel differenzierteres Bild, so dass eine Gegenüberstellung von Leistung und Problemfall nicht möglich wäre. Man braucht nur zu bedenken, dass die Stichprobe 31 verschiedene Kombinationsmöglichkeiten zwischen Haupt- und Nebenleistung aufweist¹⁴. Bei den zwei häufigsten Kombinationen – die ein Viertel aller Minderjährigen betreffen, für die sowohl eine Haupt- als auch eine Nebenleistung vorgesehen ist - werden soziale Beratungs- und Unterstützungsleistungen gleichzeitig mit einer als "Sonstige" klassifizierten Leistung angeboten (beide Leistungen entweder als Haupt- oder als Nebenleistung), weshalb diese Kombination als solche in der Praxis sehr differenziert angewendet wird.

Bei knapp 10% liegt die Zahl der Fälle, in denen die Vollzeit-Unterbringung in einem Heim als Hauptleistung durch eine soziale Unterstützung ergänzt wird, sowie die Zahl jener Fälle, in denen soziale Unterstützung mit finanziellen Leistungen kombiniert wird. Alle anderen Kombinationen betreffen nur eine geringe Anzahl von Minderjährigen.

Die Unterschiede zwischen den Bezirksgemeinschaften in der Wahl der Leistungsart bei der Aufnahme eines Falls dürfen daher nicht überbewertet werden, da sie nur Hinweis auf ein breites Leistungsspektrum sind, das als Ausdruck der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Maßnahmen an die komplexen Problemfälle und an die spezifischen Umstände verstanden werden muss, unter denen eine Maßnahme geplant wird.¹⁵

Von Flexibilität und Anpassungsfähigkeit muss man wahrscheinlich auch sprechen, wenn man die Form der Leistung (Haupt- und Nebenleistung) bei Aufnahme eines Falls

¹⁴ Eigentlich ist diese Zahl noch höher, da in der Kategorie "Sonstige" zahlreiche Leistungsarten erfasst sind.

¹⁵ Angesichts der aufgrund dieser Daten festgestellten Komplexität und Variabilität der Maßnahmen soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass eigentlich nur für die Hälfte der untersuchten Falldokumentationen ein Betreuungsprojekt verfasst worden war. Es gibt keinen wesentlichen Zusammenhang zwischen dem Bestehen eines solchen schriftlichen Projekts und Faktoren wie Schwere des Falls, Problemtyp, Dauer des Problems oder zu Beginn angewendete Leistungsart. Die Zahl der Fälle, für die ein Projekt in der Falldokumentation aufbewahrt wurde, variiert allerdings stark von Sprengel zu Sprengel.

mit der Leistung vergleicht, die zum Erhebungszeitpunkt (bzw. bei Abschluss der Maßnahme) gerade erbracht wurde. Wenn man hingegen nur die Fälle betrachtet, in denen mindestens ein Jahr zwischen Betreuungsbeginn und Erhebungszeitpunkt (bzw. Abschluss der Maßnahme) vergangen ist, wurde nur bei einem Drittel der Minderjährigen (31,8%) dieselbe Kombination aus Haupt- und Nebenleistung vom Betreuungsbeginn bis zum Erhebungszeitpunkt (bzw. bis zum etwaigen Abschluss) beibehalten.

In der Tat wurden nur bei wenigen Minderjährigen für die gesamte Betreuungsdauer dieselbe Leistung erbracht. (Nur bei wenigen wurde in der Falldokumentation sowohl zu Beginn des Betreuungsprojekts als auch zum Erhebungszeitpunkt bzw. bei Abschluss dieselbe Leistung angegeben¹⁶). So wurde z.B. eine Gruppe von Minderjährigen (4,6%¹⁷) festgestellt, die 'immer' Sozialberatung und -unterstützung bekamen, eine andere Gruppe (3,5%) war dauerhaft in Heimen (Vollzeit) untergebracht und erhielt zusätzlich soziale Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Bei einer weiteren Gruppe (2,7%) wurde die Teilzeit-Pflegeveranvertraung mit sozialer Unterstützung kombiniert. Alle anderen Kombinationen aus Haupt- und Nebenleistung, die jeweils zu den Erhebungszeitpunkten erbracht wurden, betrafen weniger als 10 Minderjährige, und zwar sowohl in den Fällen mit unveränderter Betreuungsmaßnahme als auch in den Fällen mit wechselnden Betreuungsleistungen¹⁸. Die Zahl und Vielfalt der Kombinationen aus Haupt- und Nebenleistung bei Betreuungsbeginn und der Leistungen zum Erhebungszeitpunkt sind so groß, dass die einzelnen Kombinationsmöglichkeiten für Gruppen von weniger als 10 Minderjährigen zutreffen¹⁹. Die Tabelle 2.3 gibt einen Überblick über die Hauptleistung bei Betreuungsbeginn und jene zum Erhebungszeitpunkt.

¹⁶ Man kann also nicht ausschließen, dass während der Betreuungszeit Änderungen eingetreten sind.

¹⁷ Die Berechnungsgrundlage dieser Prozentwerte entspricht 368 Minderjährigen, die zumindest ein Jahr lang betreut wurden.

¹⁸ Nicht berücksichtigt wurden jene Fälle, in denen in der Leistungskombination die Kategorie "sonstige Leistungen" aufschien, da darin eine Vielfalt von Maßnahmen enthalten ist; auch wenn diese Kategorie berücksichtigt worden wäre, hätte sich das Gesamtbild kaum verändert, denn nur eine kleine Gruppe von Minderjährigen (3,5%) verzeichnet eine konstant gleiche Betreuungsleistung in Form von sozialer Unterstützung gekoppelt mit einer "sonstigen" Maßnahme. Die Gruppe der Minderjährigen, die anfangs eine soziale Unterstützungsleistung zusammen mit einer "sonstigen" Leistung beziehen und dann zum Zeitpunkt der Erhebung bzw. bei Abschluss des Betreuungsprogramms nur noch die Unterstützungsleistung erhalten, macht 3% aus.

¹⁹ Fast 30% der Kombinationsmöglichkeiten betreffen nur einen einzigen Fall; weitere 25% werden gerade mal bei zwei Fällen angewendet.

Tabelle 2.3 Hauptleistung bei Betreuungsbeginn und zum Erhebungszeitpunkt (absolute Werte)

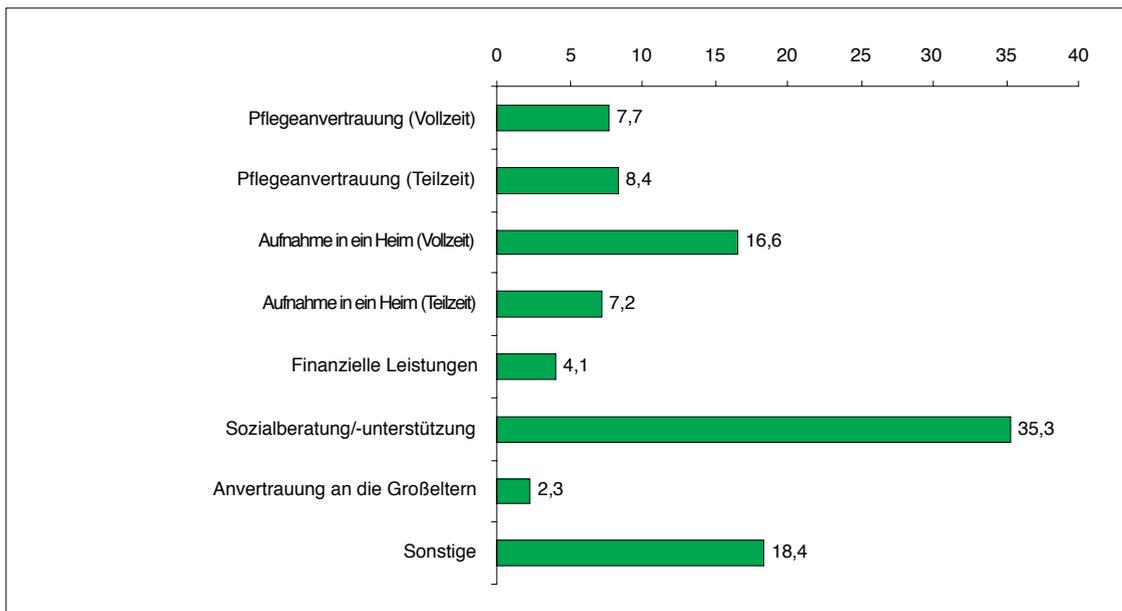
		Derzeitige Hauptleistung							
		Vollzeit-Pflegeanvertrauung	Teilzeit-Pflegeanvertrauung	Aufnahme in ein Heim (Vollzeit)	Aufnahme in ein Heim (Teilzeit)	finanzielle Leistungen	Sozialberatung/soziale Unterstützung	Anvertrauung an Großeltern	Sonstige
Hauptleistung zu Beginn	Vollzeit-Pflegeanvertrauung	12	1	5	1	2	8	3	
	Teilzeit-Pflegeanvertrauung	5	15	3	1	1	5	7	
	Aufnahme in ein Heim (Vollzeit)	2	1	23	2		9	6	
	Aufnahme in ein Heim (Teilzeit)		3	4	12		6		
	finanzielle Leistungen		3	2	10	7		5	
	Sozialberatung/ soziale Unterstützung	7	7	20	7	2	77	18	
	Anvertrauung an Großeltern	1				1	4	7	3
	Sonstige	3	6	7	3		22	1	30

Wenn man den Vergleich auf die Hauptleistung beschränkt (und somit die Nebenleistungen ausklammert), vereinfacht sich die Situation natürlich, aber nicht wesentlich, denn bei mehr als der Hälfte der mindestens ein Jahr lang betreuten Minderjährigen (55,7%) wird die Hauptleistung im Betreuungsverlauf geändert. Vermutlich unverändert bleibt die Betreuungsmaßnahme auch bei einer Gruppe von Minderjährigen (17,4%), die eine soziale Beratungs- und Unterstützungsleistung erhalten, sowie bei anderen kleineren Gruppen, für die die Aufnahme in ein Heim (Vollzeit / 6%; Teilzeit / 3%) oder die Pflegeanvertrauung (Teilzeit / 4,1%; Vollzeit / 3,3%) beschlossen wurde. Betrachtet man die Fälle, in denen die Leistungsart zu Betreuungsbeginn und zum Erhebungszeitpunkt nicht übereinstimmt, stellt man fest, dass der Umstieg von einer anfänglichen sozialen Beratungs- und Unterstützungsleistung zur Vollzeit-Heimunterbringung die einzige Form der Leistungsänderung ist, von der eine nennenswerte Gruppe von Jugendlichen betroffen ist (5,2% der mindestens ein Jahr lang betreuten Minderjährigen); ansonsten verzeichnen jeweils nur sehr

kleine Gruppen (unter 10 Subjekte) einen Wechsel zwischen denselben Leistungskategorien²⁰.

In der Grafik 2.5 werden auf jeden Fall die Leistungen dargestellt, die zum Erhebungszeitpunkt bzw. bei Beendigung des Betreuungsverhältnisses erbracht wurden.

Grafik 2.5 **Art der Hauptleistung zum Zeitpunkt der Erhebung (bzw. bei Beendigung des Betreuungsverhältnisses) (Prozentwerte)**



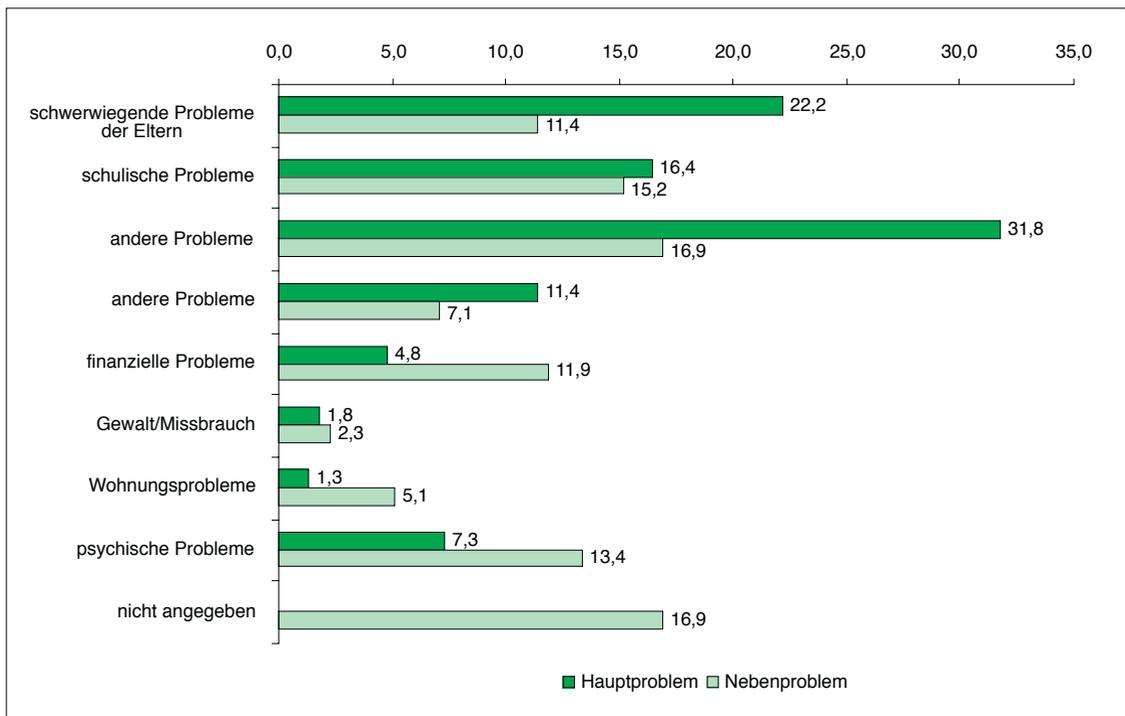
Bei drei Viertel der Minderjährigen wird eine Hauptleistung durch eine Nebenleistung ergänzt, die in mehr als der Hälfte der Fälle (60%) in Form einer sozialen Beratung/Unterstützung erbracht wird, während in ca. 21,3% der Fälle zusätzlich Geldleistungen angeboten werden.

Um die Veränderungen besser zu verstehen, die beim Vergleich der Leistungen zum Zeitpunkt der Aufnahme eines Falls und zum Erhebungszeitpunkt²¹ festgestellt wurden, müssen auch etwaige Veränderungen in der Beurteilung des Problems berücksichtigt werden, wegen dem die Minderjährigen betreut werden. Betrachtet man die Beurteilung des Hauptproblems zu den zwei Zeitpunkten (Erstkontakt und Erhebung), sieht man, dass in weniger als der Hälfte der Fälle (43,7%) diese Bewertung unverändert beibehalten wird; in allen anderen Fällen wird das Hauptproblem neu definiert. In der Grafik 2.6 wird die Verteilung der Haupt- und Nebenprobleme dargestellt, derentwegen die Minderjährigen zum Erhebungszeitpunkt betreut wurden.

²⁰ Auch in diesem Fall werden die Fälle nicht berücksichtigt, in denen die Leistung bei Betreuungsbeginn oder zum Zeitpunkt der Erhebung der Kategorie "Sonstige" zugeordnet wird; im Übrigen könnte man bei 5,7% der Fälle einen Wechsel von einer "sonstigen" Leistung zur sozialen Beratungs-/Unterstützungsleistung bzw. bei 4,6% einen Leistungswechsel in umgekehrter Richtung feststellen.

²¹ Von nun an wird vorausgeschickt, dass unter Erhebungszeitpunkt auch der Zeitpunkt der Beendigung des Betreuungsverhältnisses durch den Dienst zu verstehen ist.

Grafik 2.6 **Problem, wegen dem der Minderjährige zum Erhebungszeitpunkt betreut wurde (Prozentwerte)**



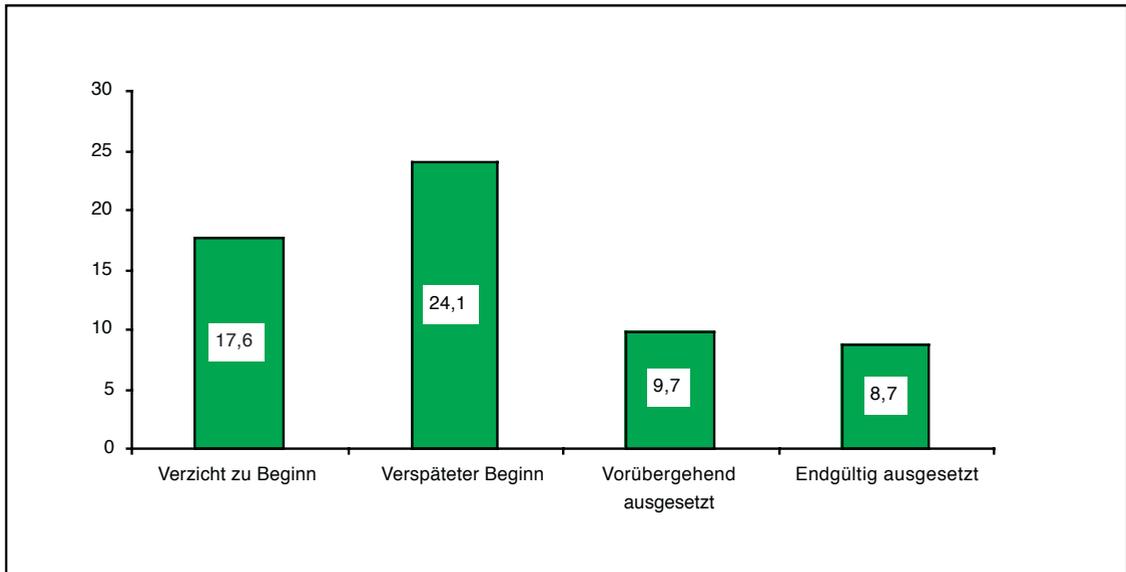
Alle Problemfelder verzeichnen ungefähr dieselbe Anzahl von Neudefinitionen der Hauptdiagnose; nur bei den Problemen "Gewalt/Missbrauch" und "Wohnungsprobleme" erfolgt in einer überdurchschnittlich hohen Anzahl von Fällen eine Neueinstufung; die Zahl dieser Fälle ist allerdings nicht allzu hoch.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass die relative Zunahme der Fälle von "Erziehungsschwierigkeiten" meist mit der Neu Beurteilung von Fällen zusammenhängt, in denen anfänglich "schwerwiegende Probleme der Eltern" oder "schulische Probleme" festgestellt worden waren.

Betrachtet man die Haupt- und Nebenprobleme gemeinsam, erfolgt in 72% der Fälle eine Neufestlegung der Diagnose oder eine Weiterentwicklung der Probleme; dies bestätigt wiederum die Vielschichtigkeit der Situationen, mit denen die Dienste konfrontiert werden, und die Notwendigkeit einer ständigen Überprüfung der Diagnose während des Betreuungsverlaufs; außerdem werden auf diese Art und Weise auch die unterschiedlichen Standpunkte und Kriterien in der Einstufung der Situationen ersichtlich, die die einzelnen MitarbeiterInnen bei der Bearbeitung eines Falles befolgen.

Beim Umgang mit den Problemen der Minderjährigen und deren Entwicklung im Laufe der Zeit ist zu beachten, dass die Wahl der anzuwendenden Leistungen nicht immer ganz frei von äußeren Zwängen erfolgt. Diese Einschränkung des Ermessensspielraums der Entscheidungsträger kann in nicht wenigen Fällen und unter ganz unterschiedlichen Umständen festgestellt werden.

Grafik 2.7 Schwierigkeiten bei der Anwendung der Maßnahmen (Prozentwerte)



In der Grafik 2.7 wurden die Folgen der Schwierigkeiten angeführt, mit denen die Dienste zu Beginn oder während der Durchführung der Maßnahmen konfrontiert werden, weil die erforderlichen Mittel für die Umsetzung einer geplanten Maßnahme fehlten oder weggefallen waren. Wie aus der Grafik hervorgeht, wurde in einem von vier Fällen die Maßnahme verspätet gestartet, in einem von sechs Fällen (17,6%) musste man von Anfang an auf die für den betreffenden Fall gewählte Maßnahme verzichten, weil die Voraussetzungen oder die Mittel für die Umsetzung fehlten. Die definitive Aussetzung von einigen Teilen der Maßnahme war in 8,7% der Fälle nicht zu vermeiden.

In 42,9% der analysierten Falldokumentationen wird mindestens eine der in der Grafik 2.7 genannten Schwierigkeiten angegeben²². Betrachtet man im Detail die Ursachen, die die Umsetzung oder die verzögerungs- oder unterbrechungsfreie Abwicklung einer geplanten Maßnahme verhindert haben, stellt man fest, dass diese Schwierigkeiten in nicht einmal der Hälfte dieser Fälle (in denen sich die Umsetzung der Maßnahmen als schwierig erwies) auf mangelnde finanzielle Mittel oder auf Personalmangel zurückzuführen waren. Schwierigkeiten gab es hingegen in vielen Fällen bei der Kooperationsbereitschaft der Familie oder des/der Minderjährigen selbst, also bei Faktoren, die von den Diensten nicht beeinflusst werden können.

Unvorhergesehene Unterbrechungen für längere Zeiten während des Betreuungsverhältnisses wurden bei 29% der geprüften Falldokumentationen festgestellt, in knapp einem Viertel der Fälle kam es auch zu wiederholten Unterbrechungen.

Die Entscheidung, die Maßnahme für längere Zeit zu unterbrechen, wurde in zwei Drittel der Fälle vom Minderjährigen selbst bzw. von seiner Familie getroffen; seltener

²² Im Detail: Eines der genannten Probleme trat in 31,8% der Fälle auf, in 11,1% der Fälle mussten zwei oder mehr der in der Grafik 2.7 genannten Schwierigkeiten überwunden werden.

wurde die Entscheidung in gemeinsamer Absprache mit der SPG (11,7% dieser Art von Unterbrechung) getroffen, während in den übrigen 20% der Fälle die MitarbeiterInnen der SPG die Aussetzung der Maßnahme beschlossen hatten.

Begründet wird die Unterbrechung in einigen Fällen mit der mangelnden Mitarbeit der Familie oder des/der Minderjährigen, während in anderen Fällen sich die Situation geändert hatte oder sich das Problem so entwickelt hatte, dass die Fortsetzung der Maßnahme nicht mehr erforderlich erschien.

Auch aus dieser Studie geht eindeutig hervor, dass man nicht immer leicht unterscheiden kann, ob der Abschluss der Maßnahme auf die Erreichung der Ziele, also auf die Lösung und Überwindung der Probleme zurückzuführen ist, derentwegen die Leistung beantragt wurde, oder ob die Beendigung erfolgt, weil die Maßnahme wegen dienstinterner Ursachen oder wegen fehlender Mitarbeit von Seiten des Betreuten und/oder seiner Familie abgebrochen werden muss.

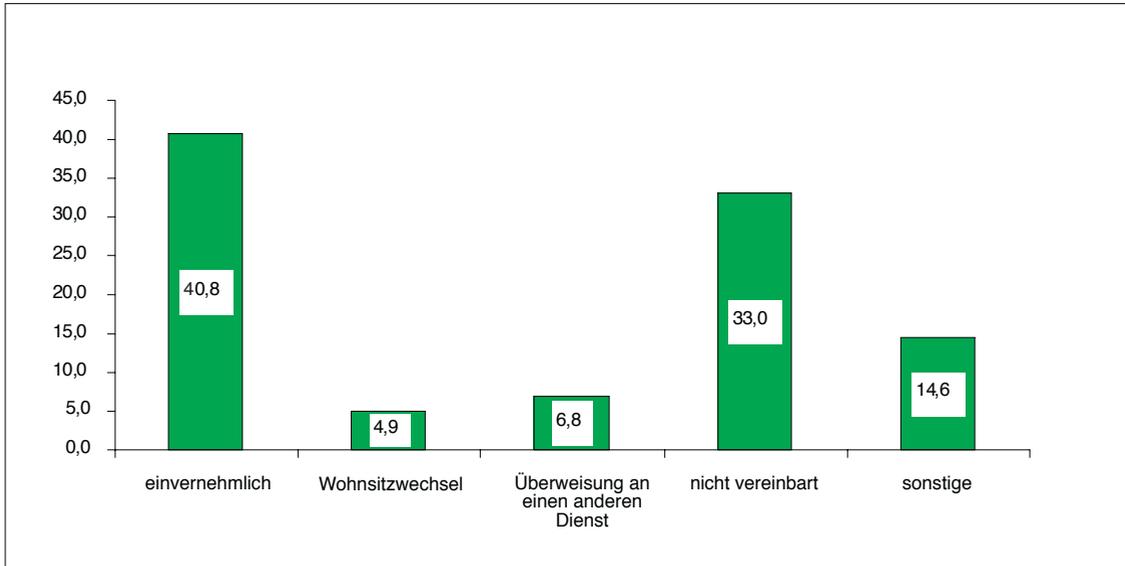
Ziemlich aufschlussreich sind allerdings die Daten in Grafik 8, aus der hervorgeht, dass die Zahl der nicht einvernehmlich beschlossenen Betreuungsabbrüche knapp ein Drittel (33%) der Gesamtzahl der zum Zeitpunkt der Erhebung nicht mehr betreuten Fälle ausmacht, die sich insgesamt auf 26% der in dieser Studie erfassten Fälle belaufen.

Die Umstände des Abbruchs des Betreuungsverhältnisses stehen in keinem Zusammenhang - weder zum Alter der Minderjährigen²³ beim Erstkontakt und zum Zeitpunkt der Beendigung noch zur Problemlage des Betreuten (laut neu definierter Diagnose); dabei ist allerdings zu beachten, dass es bei finanziellen oder Wohnungsproblemen in keinem einzigen Fall zu einer nicht einvernehmlichen Unterbrechung kommt. Auch die Tatsache, dass andere Familienangehörige von der Sozialpädagogischen Grundbetreuung oder von einem anderen Bereich betreut werden, hat keinen Einfluss auf die Beendigung des Verhältnisses.

Bei einem Vergleich der Daten der einzelnen Bezirksgemeinschaften fallen hingegen die Unterschiede in der Häufigkeit der Umstände auf, unter denen die Betreuung beendet wird. Bei Betrachtung der Höchst- bzw. Mindestwerte in der Grafik stellt man fest, dass nur in einer einzigen Bezirksgemeinschaft alle (in dieser Studie) berücksichtigten Fälle einvernehmlich abgeschlossen wurden; in einer anderen Bezirksgemeinschaft wurde nur bei einem Viertel der Fälle eine einvernehmliche Beendigung verzeichnet. Die Höchstwerte für einvernehmliche Unterbrechungen liegen in einer Bezirksgemeinschaft bei 50% der Fälle, andererseits wurden in zwei Bezirksgemeinschaften überhaupt keine einvernehmlichen Betreuungsabbrüche verzeichnet. Es handelt sich aber um einen Vergleich von wenigen Fällen, weshalb diese Aussagen mit besonderer Vorsicht zu behandeln sind.

²³ Es besteht nur ein gewisser Trend, Jugendliche, die bald volljährig werden, an andere Dienste zu verweisen; dies ist natürlich die Folge der Kompetenzverteilung auf die verschiedenen Betreuungseinrichtungen.

Grafik 2.8 Umstände, unter denen die Betreuung durch den Dienst beendet wird (Prozentwerte; N=103)

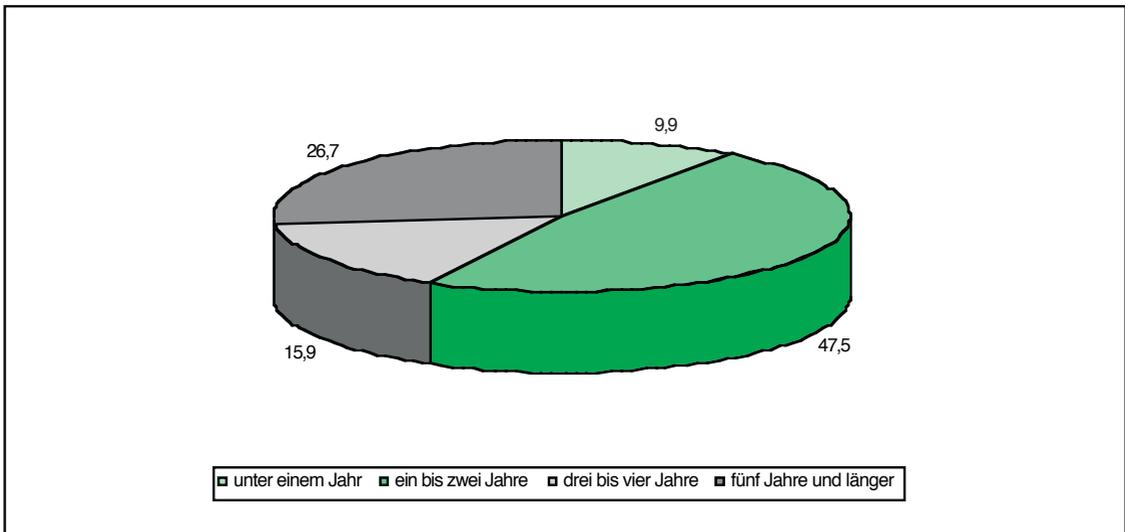


Aufschlussreicher ist hingegen der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Situation und den Umständen, unter denen das Betreuungsverhältnis beendet wird. In 83% der Fälle mit einer wesentlichen Verbesserung der Situation wurde die Beendigung einvernehmlich beschlossen; in 61,9% der Fälle, in denen es hingegen keine Verbesserung gab, wurde die Betreuung ohne Absprache mit dem Dienst abgebrochen. Es handelt sich um einen relativ logischen Zusammenhang; bleibt jedoch der Verdacht, dass ein gewisses Maß an Selbstbezogenheit vorliegt, ein Teil der Situationen könnte auch vor allem wegen der Qualität der Beziehung zum Dienst als "nicht verbessert" beurteilt worden sein, was wiederum die Ursache für den nicht einvernehmlich beschlossenen Abbruch des Betreuungsverhältnisses sein könnte.

Natürlich kann ein enger Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Verbesserung der Situation und dem Erreichen des Ziels festgestellt werden. In der Tat fällt das Urteil über die Erreichung der angestrebten Ziele (die weitgehend oder zumindest einigermaßen in 81,6% der Fälle erreicht wurden) positiver aus als die Einschätzung der Entwicklung der Situation (sehr verbessert oder eher verbessert in 63,9% der Fälle). Der Vergleich der zwei Einschätzungen bestätigt, dass man auch bei einer nur geringfügig verbesserten Situation die Ziele als erreicht ansehen kann; denn in manchen Fällen ist eine kleine Verbesserung oder die Vermeidung einer weiteren Verschlechterung ein Ergebnis, das sich die Mitarbeiter als Ziel setzen und das sie auch erreichen können.

Die Dauer der Maßnahme kann natürlich nur für die zum Erhebungszeitpunkt bereits abgeschlossenen Fälle erhoben werden (26% aller hier erfassten Fälle). In der Grafik 2.9 wurden die abgeschlossenen Fälle nach der Dauer der Maßnahme dargestellt.

Grafik 2.9 Dauer der abgeschlossenen Maßnahmen (Prozentwerte; N=103)



In den meisten Fällen dauerte die Maßnahme zwischen einem und zwei Jahren; bei einem Zehntel der Fälle wurde eine Betreuungsdauer bei der SPG von unter einem Jahr verzeichnet.

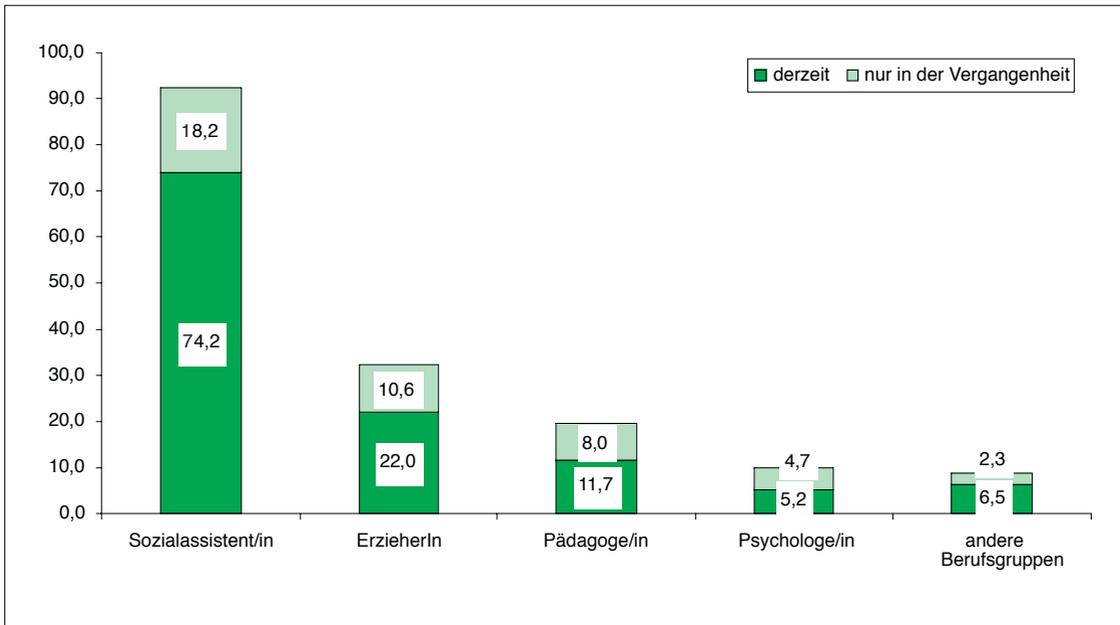
Die Dauer der Betreuung durch die SPG hängt in keiner Weise von der Art der Problemstellung, sondern vielmehr davon ab, wie schwerwiegend die Anfangssituation ist²⁴. Etwaige Unterbrechungen der Maßnahme wirken sich anscheinend nicht auf die Gesamtdauer aus.

4. Die Integration zwischen den Diensten und den Berufsgruppen

Innerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung spielen in den hier untersuchten Fällen die SozialassistentInnen eine Hauptrolle; wie aus der Grafik 2.10 hervorgeht, bearbeiten sie knapp drei Viertel der Fälle, während ErzieherInnen, PädagogInnen, PsychologInnen und die Vertreter anderer Berufsgruppen nur einen kleinen Teil der Fälle betreuen.

²⁴ Die einzigen zwei als "eher geringfügig" eingestuft und zum Zeitpunkt der Erhebung bereits abgeschlossenen Fälle waren drei bzw. sieben Jahre lang betreut worden.

Grafik 2.10 **Bearbeitung der Fälle durch die einzelnen Berufsgruppen (Prozentwerte)**



Auch bei Berücksichtigung der Zusammensetzung und der beruflichen Qualifikation des Personals der SPG fällt auf (siehe Grafik 2.11), dass ein Großteil der Fälle (81,7%) zum Erhebungszeitpunkt²⁵ von einem Mitarbeiter der SPG allein betreut wurde, während ein geringer Prozentsatz (15,8%) von Minderjährigen gleichzeitig von zwei Mitarbeitern und 2,6% von drei Mitarbeitern betreut wurden.

Zum Erhebungszeitpunkt begleiteten die SozialassistentInnen allein 60% der Minderjährigen, die ErzieherInnen waren alleine für 11,4% der Fälle, die PädagogInnen für 5,5%, die PsychologInnen²⁶ für 2,7% und andere Berufsgruppen für 2,1% der Betreuungsmaßnahmen verantwortlich. Für Betreuungsfälle, für die zum Erhebungszeitpunkt eine gemeinsame Bearbeitung durch mehrere Mitarbeiter mit unterschiedlicher Qualifikation²⁷ vorgesehen war und die mindestens 2,5% der Stichprobe²⁸ ausmachten, waren jeweils ein Sozialassistent und ein Erzieher (5,6%) zuständig; 3,4% solcher Maßnahmen wurden gemeinsam von einem Sozialassistenten und einem Mitarbeiter mit einer anderen in der Grafik nicht genau präzisierten Qualifikation (kein Erzieher, Pädagoge oder Psychologe) betreut.

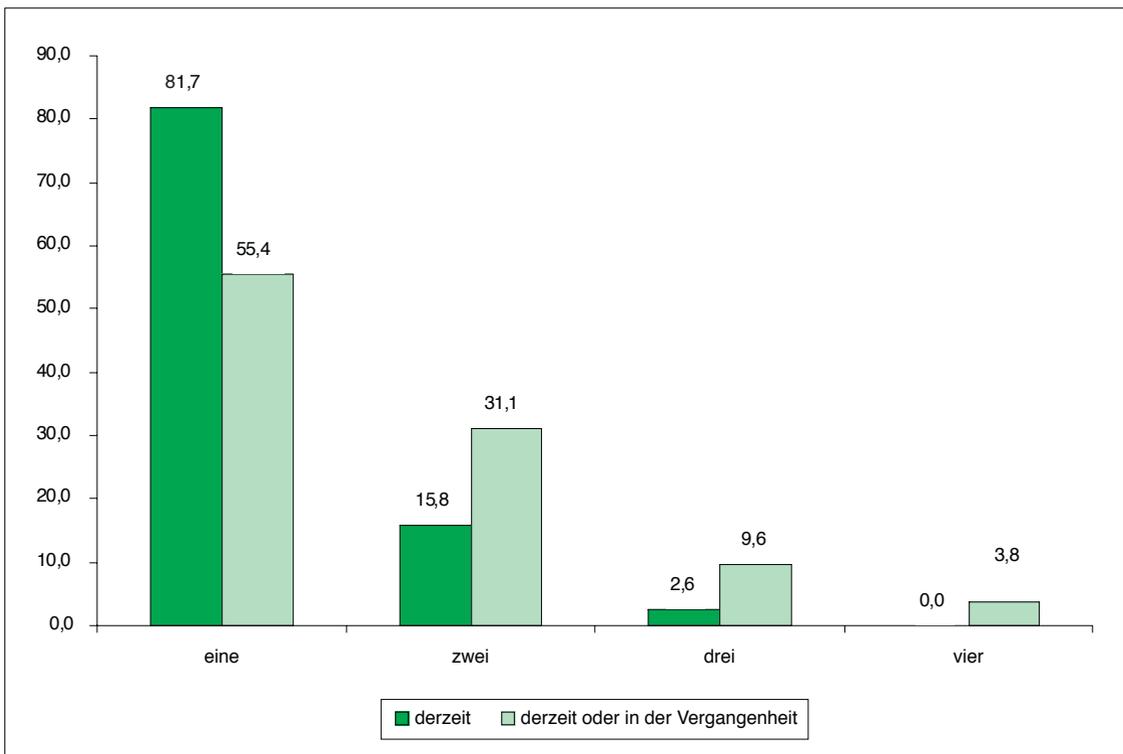
²⁵ Auch in diesem Fall wird sowohl auf den Erhebungszeitpunkt als auch auf den Zeitpunkt der Beendigung des Betreuungsverhältnisses bei den abgeschlossenen Fällen Bezug genommen.

²⁶ An dieser Stelle ist zu beachten, dass es sich laut Angaben in der Falldokumentation um PsychologInnen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung handelt, die zwanzig der in dieser Untersuchung erfassten Fälle behandeln; die letzten Kontakte hatten angeblich in den meisten Fällen in den zwölf Monaten vor der Erhebung stattgefunden. Diese Fälle sind auf neun Sprengel verteilt.

²⁷ Die Zahl der mit einem Fall befassten Berufsgruppen darf nicht mit der Zahl der Mitarbeiter verwechselt werden; es kann in der Tat nicht ausgeschlossen werden, dass mehrere MitarbeiterInnen mit derselben Qualifikation an ein und demselben Fall mitarbeiten.

²⁸ Dieser Schwellenwert, der 10 Minderjährigen (bezogen auf ganz Südtirol) entspricht, wurde vereinbarungsgemäß festgelegt.

Grafik 2.11 Anzahl der Berufsgruppen innerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung, die einen Fall betreuen (Prozentwerte)

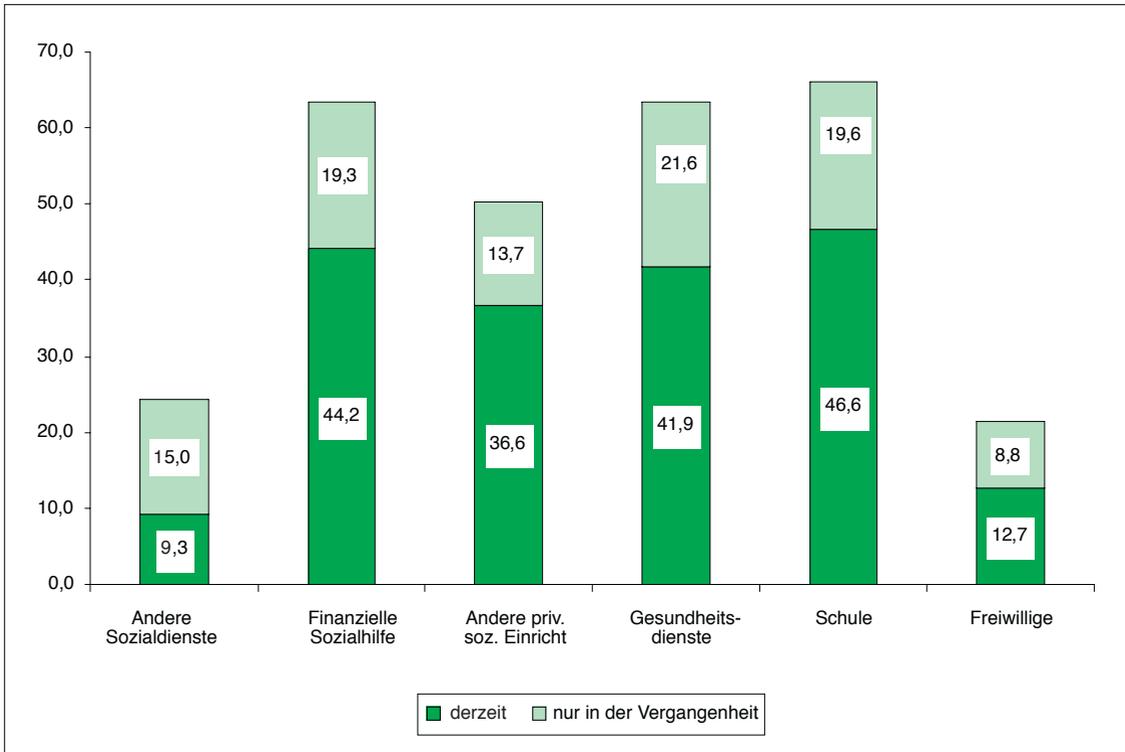


Etwas komplexer und weniger einheitlich präsentiert sich das Bild, wenn man auch die Berufsbilder berücksichtigt, die in der Vergangenheit einen Fall mitbetreut haben; Tatsache ist jedoch, dass die meisten Minderjährigen (55,4%) während der Dauer des Projekts nur von Vertretern einer Berufsgruppe betreut wurden und dass es sich in den meisten Fällen (50,5% aller Fälle) um eine/n Sozialassistenten/in handelte.

Betrachtet man die Zusammenarbeit zwischen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung und den anderen Diensten, präsentiert sich eine höchst vielschichtige Betreuungssituation. Zum Erhebungszeitpunkt wurden die meisten Minderjährigen (85,1%) nämlich auch noch von mindestens einem anderen Dienst begleitet. Um welche Dienste es sich hier handelt, geht aus der Grafik 2.12 hervor, in der der Anteil der von den verschiedenen Diensten betreuten Minderjährigen dargestellt ist. Eine besondere Rolle spielen zum Erhebungszeitpunkt die Schule, die bei fast der Hälfte der Fälle eingreift, sowie die Finanzielle Sozialhilfe, die in 44,2% der Fälle Unterstützung anbietet; die Gesundheitsdienste werden für 41,9% der Fälle hinzugezogen. Auch private Sozialeinrichtungen arbeiten mit (36,6%), während einzelne Freiwillige für 12,7% der Minderjährigen Hilfestellung²⁹⁾ anbieten.

²⁹⁾ Der Einfachheit der Darstellung wegen wurden diese Leistungen unter denen der Sozialdienste angeführt.

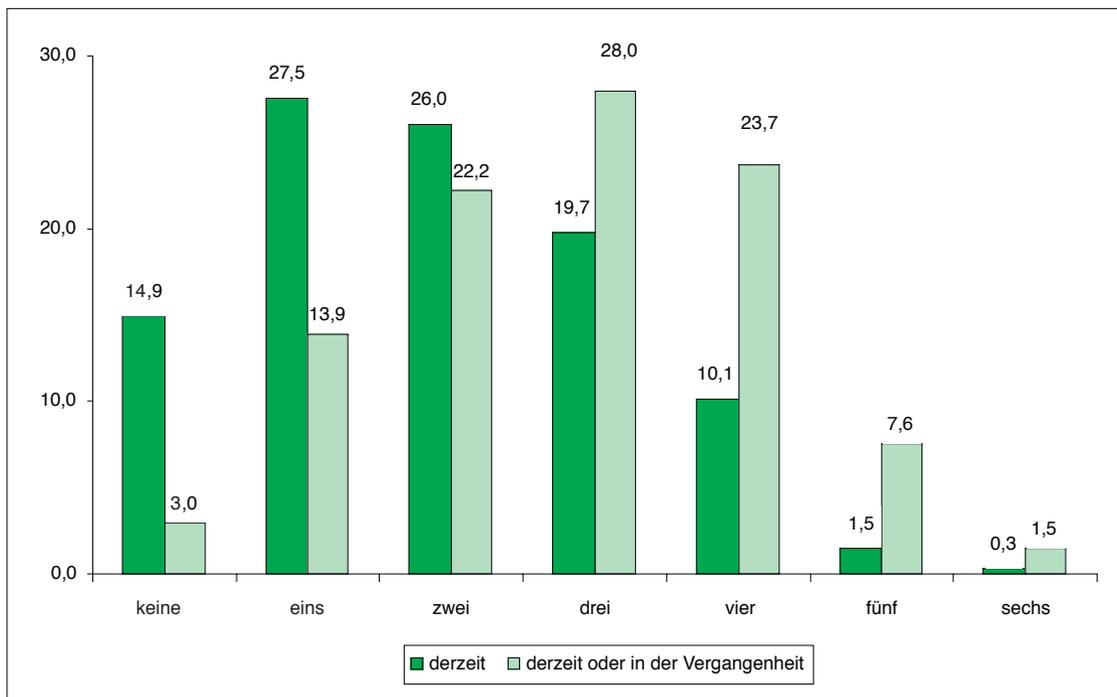
Grafik 2.12 **Mitwirkung von anderen Dienststellen (Prozentwerte)**



Bei Berücksichtigung der Gesamtdauer der Betreuungszeit müssen die Fälle dazu gerechnet werden, in denen die Dienste bereits in der Vergangenheit Betreuungsleistungen erbracht haben, auch wenn dies zum Erhebungszeitpunkt nicht mehr der Fall war³⁰. Der Anteil der Minderjährigen, die zumindest einmal die Leistungen eines anderen Dienstes in Anspruch genommen haben, steigt somit auf 97% aller Fälle. Wie aus der Grafik 2.13 hervorgeht, haben in den meisten Fällen mehrere Dienste aus unterschiedlichen Bereichen mitgearbeitet. Zum Erhebungszeitpunkt waren in 26% der Fälle zwei Dienste (neben denen der SPG), in 19,7% der Fälle drei Dienste und in 11,9% der Fälle vier und mehr Dienste beteiligt. Wenn man auch die Dienste einberechnet, die in der Vergangenheit am Fall mitgearbeitet und dann ihre Leistung eingestellt haben, wird ersichtlich, dass meistens drei und mehr Dienste mit einem Fall befasst waren.

³⁰ Man müsste allerdings die vor kurzem erfolgte institutionelle und organisatorische Neuordnung berücksichtigen, die zur Zusammenlegung von mehreren Diensten in der Sozialpädagogischen Grundbetreuung führte. In der Tat betreffen die Daten der hier besprochenen Grafik 2.12 größtenteils Bereiche außerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung.

Grafik 2.13 Anzahl der anderen Dienste, die mit einem Fall befasst sind (Prozentwerte)



Auch in diesem Fall führt die hohe Anzahl von Diensten, die an einem Fall mitarbeiten können, zu einer komplex strukturierten Betreuungssituation; praktisch werden alle Kombinationsformen für die Kooperation zwischen den verschiedenen Diensten genutzt, so dass jede Gruppe von Minderjährigen (der Stichprobe), die mit einer dieser spezifischen Kooperationsabsprachen betreut wird, jeweils sehr klein ist. In der Tabelle 2.4 sind die diversen Kooperationsformen zwischen den Diensten angeführt, die gemeinsam die hier vorgesehene Mindestzahl von Jugendlichen betreut haben. (Als Mindestzahl gilt der vereinbarte Schwellenwert von 2,5% der Gesamtzahl, das entspricht in absoluten Zahlen ausgedrückt 10 Minderjährigen).

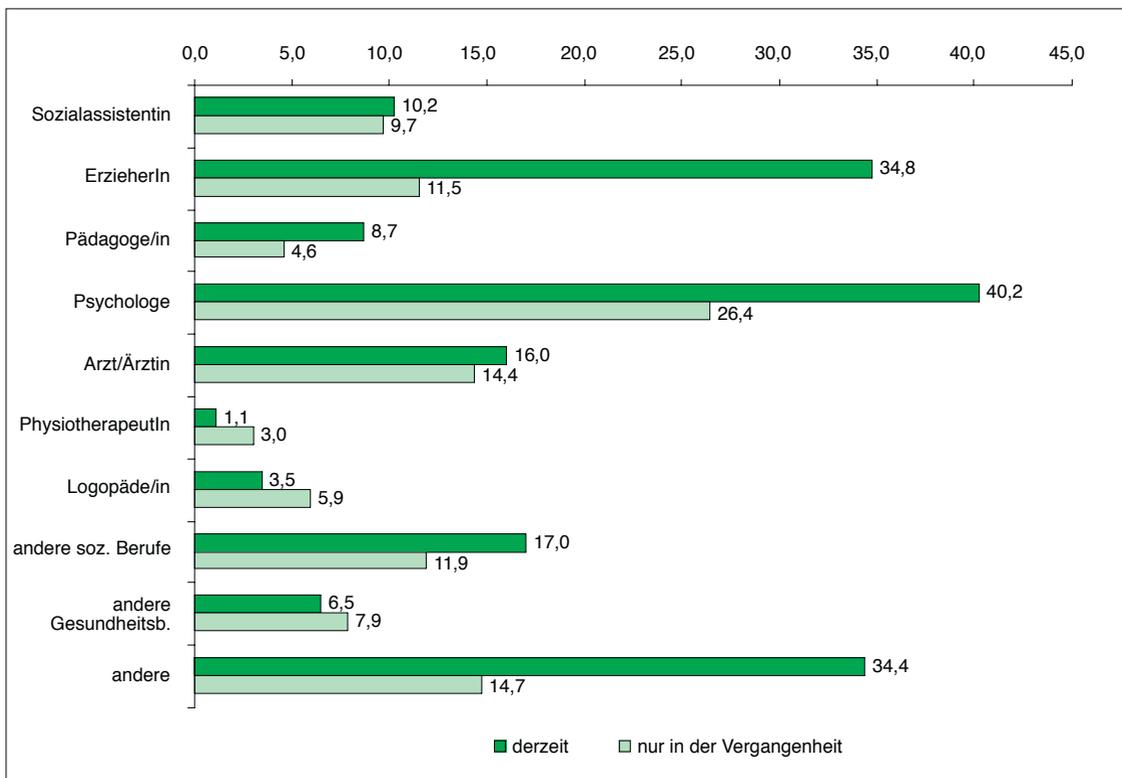
Tabelle 2.4 Integrierte Maßnahmen der Dienste, die einen Fall zusammen mit den Diensten der SPG (n= 396) betreuen.

Kombination	Betretete Minderjährige (Prozentwerte)
nur Gesundheitsdienste	4.0
nur Schule	3.4
Schule + Gesundheitsdienste	3.2
Finanzielle Sozialhilfe + Gesundheitsdienste + Schule	2.9
Finanzielle Sozialhilfe + priv.soz. Einrichtungen + Schule	2.6
Finanzielle Sozialhilfe + Schule	2.6
Finanzielle Sozialhilfe + Gesundheitsdienste + priv.soz. Einrichtungen + Schule	2.6

Eine in dieser Hinsicht homogene Struktur weist nur die Gruppe auf, die außer von der Sozialpädagogischen Grundbetreuung bisher noch von keinem anderen Dienst betreut worden war; diese Minderjährigen machen aber wie gesagt nur 3,2% der Stichprobe aus.

Innerhalb der Dienste, die mit denen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung zusammenarbeiten, sind natürlich MitarbeiterInnen mit unterschiedlicher Qualifikation tätig; die Grafik 2.14 gibt Aufschluss darüber, wie oft die "externen" Mitarbeiter für die hier analysierten Fälle hinzugezogen werden.

Grafik 2.14 **Qualifikation der Mitarbeiter aus anderen Diensten, die mit den Fällen befasst werden (Prozentwerte)**

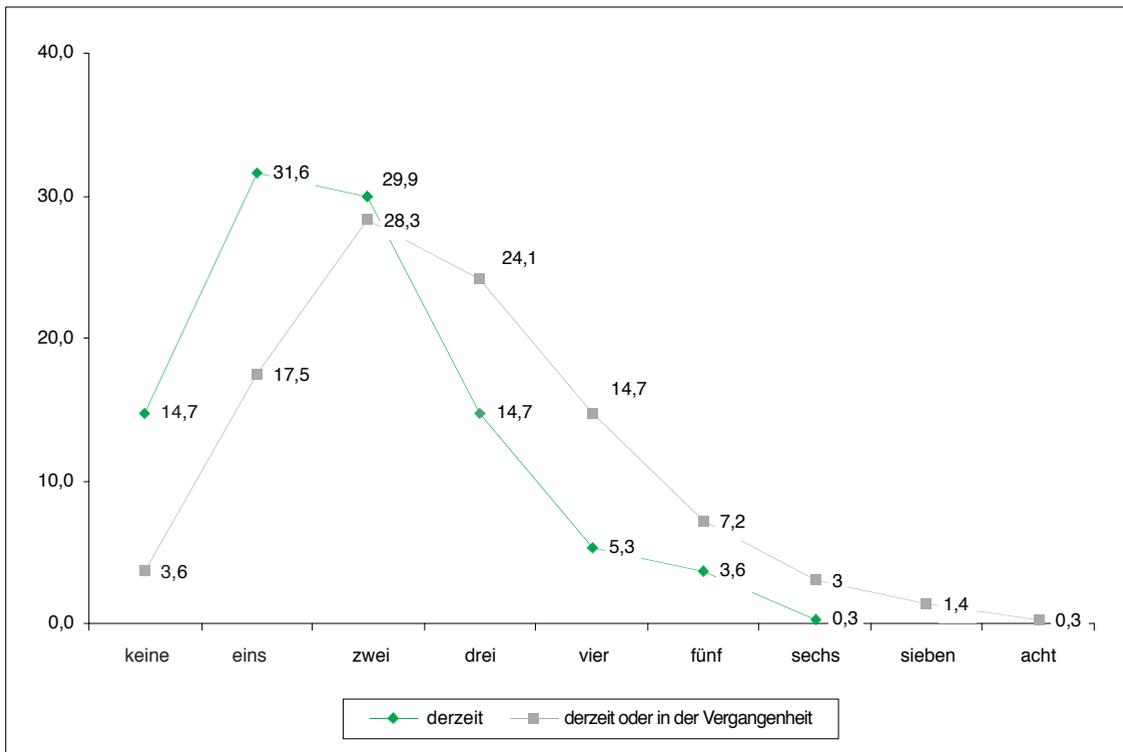


Man kann sehen, dass als externe Kräfte vor allem PsychologInnen und ErzieherInnen bei der Betreuung von Minderjährigen hinzugezogen werden.

Wie viele verschiedene Berufsgruppen³¹ aus Diensten außerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung bei der Betreuung der in der Stichprobe erfassten Minderjährigen mitgearbeitet haben, geht aus der Grafik 2.15 hervor, die auch Aufschluss über die Verwendung der MitarbeiterInnen gibt, die meistens gemeinsam dieselben Fälle bearbeiten.

³¹ Natürlich kann ein Fall von Vertretern derselben Berufsgruppe, die aber zu unterschiedlichen Diensten gehören, oder aber von mehreren Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen desselben Dienstes mit unterschiedlicher Qualifikation bearbeitet werden. Es gibt daher keine Übereinstimmung zwischen der Zahl der in der Betreuung kooperierenden Dienste und der Anzahl/Art der beteiligten Berufsgruppen.

Grafik 2.15 Anzahl der (extern hinzugezogenen) Berufsgruppen, die bei der Betreuung mitarbeiten (Prozentwerte)



Wenn man schließlich die Zahl der Berufsgruppen, die die Minderjährigen innerhalb der SPG betreuen, und die Berufsgruppen der anderen Dienste zusammenzählt, die mit denselben Fällen befasst sind, erhält man einen Gesamtüberblick (Grafik 2.16) über die internen und externen Fachkräfte, die mit der Betreuung beauftragt sind. Aus dieser Grafik geht z.B. hervor, dass nur 3,5 Fälle von 100 von Vertretern einer einzigen Berufsgruppe betreut wurden.

Angesichts einer so breit gefächerten und vielschichtigen Betreuungssituation, bei der Vertreter verschiedener Berufsgruppen und Dienste involviert sind, ist es auf jeden Fall beruhigend zu erfahren, dass es laut Angaben in den Falldokumentationen in mehr als drei Viertel der Fälle (77,9%) keine Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen den mit der Betreuung beauftragten Stellen gibt bzw. gegeben hat³².

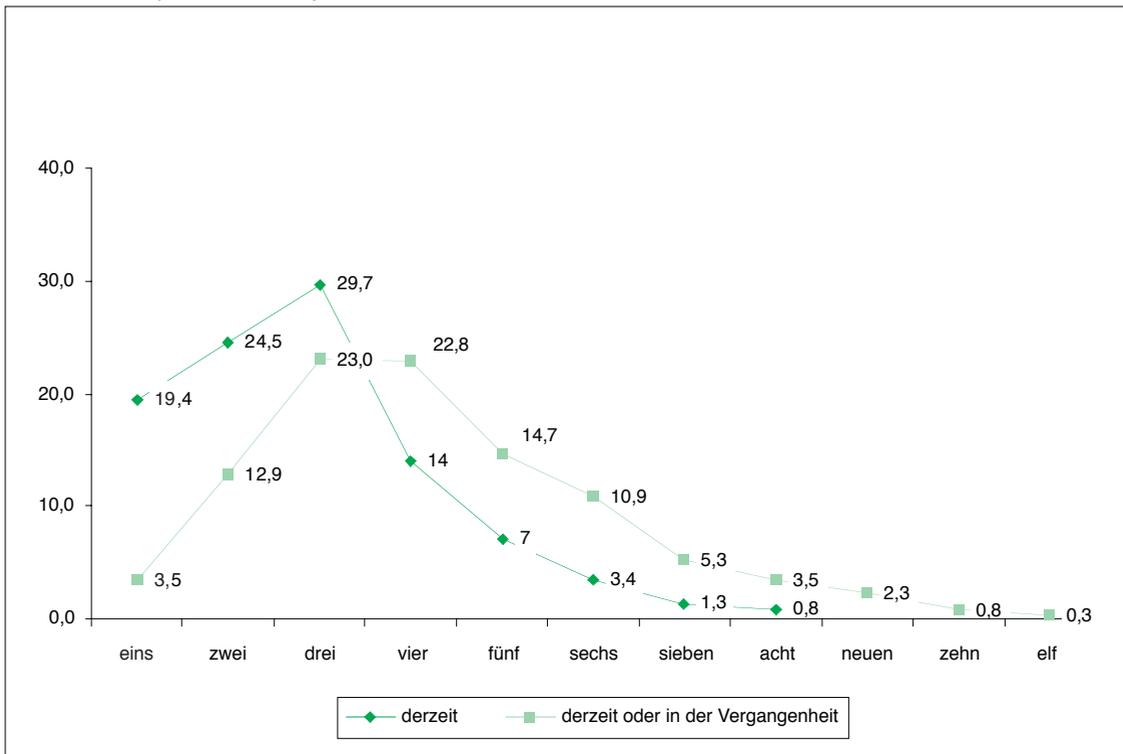
In der Falldokumentation³³ scheint auch die Zahl der "Kontakte" des/der Minderjährigen (oder der zusammen mit ihm/ihr betroffenen Personen) zur Sozialpädagogischen

³² Nur in 9,1% der Fälle traten erhebliche Schwierigkeiten auf, in 11,2% der Fälle gab es geringfügige Probleme. Natürlich berufen wir uns nur auf die Angaben in den Falldokumentationen, und wahrscheinlich bleiben bei dieser Berechnung Fälle unberücksichtigt, in denen kein schriftlicher Vermerk erfolgte (oder die den Mitarbeitern, die mit unseren Fachleuten die Fälle rekonstruiert haben, nicht besonders im Gedächtnis geblieben sind). Wir können aber davon ausgehen, dass ein schriftlicher Vermerk in der Falldokumentation aufscheinen würde, wenn die Schwierigkeiten die Qualität der Maßnahme und ihre Erfolgsaussichten beeinträchtigt hätten.

³³ In diesem Zusammenhang ist beachten, dass in 7,6% der Fälle diese Angaben nicht aus der Falldokumentation hervorgehen.

Grundbetreuung in den zwölf Monaten vor der Erhebung bzw. vor Abschluss der Maßnahme auf. Auch diese Zahlen geben Aufschluss über die Zahl der Fachkräfte, die mit der Betreuung eines Falls beauftragt sind. Aus der Literatur kennt man für viele Sozialbereiche die Unterscheidung zwischen den so genannten "schweren" und den "belastenden" Fällen; damit unterscheidet man zwischen Betreuten, die ohne eigentlichen Bedarf übermäßig häufig den Kontakt mit dem Dienst suchen, und jenen Betreuten, deren schwerwiegende Situation tatsächlich eine laufende Begleitung erfordern.

Grafik 2.16 **Anzahl der internen und externen Berufsgruppen, die mit den Fällen befasst sind (Prozentwerte)**

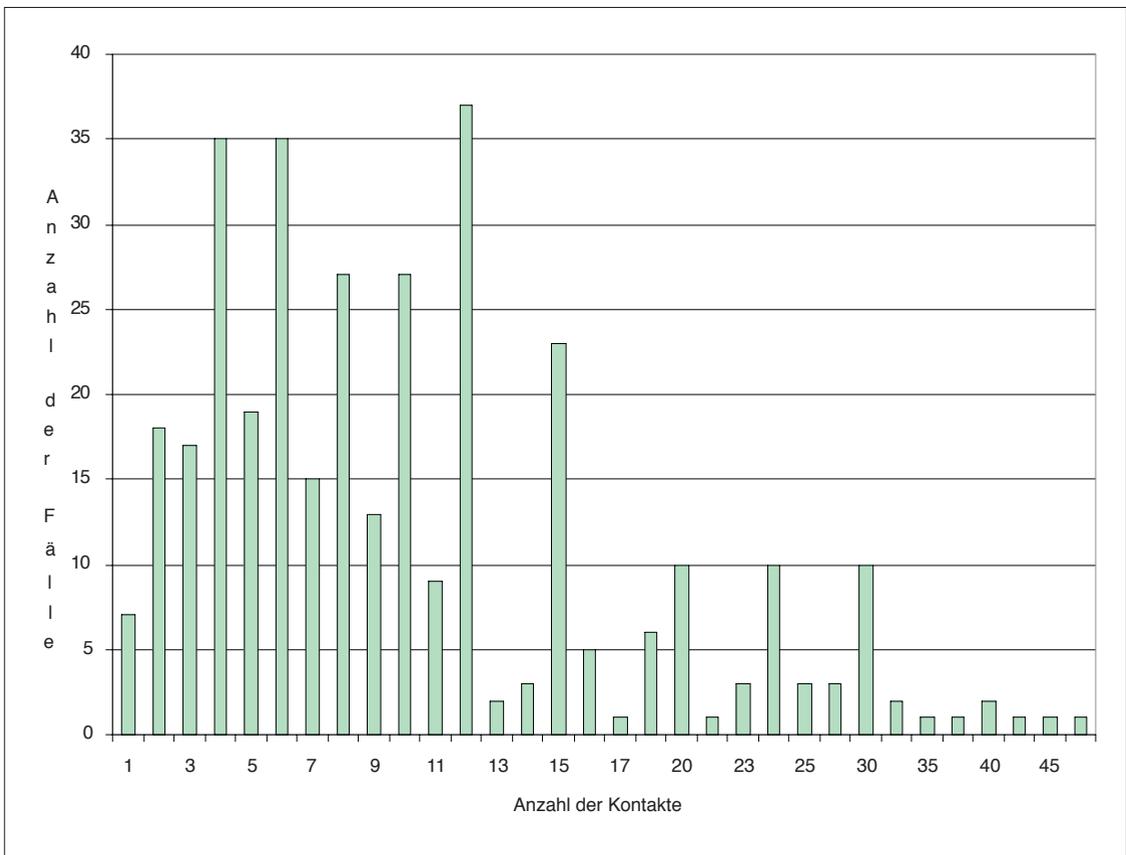


Im Schnitt wurden für die hier analysierten Fälle knapp 11 Kontakte in den 12 vorangegangenen Monaten verzeichnet; das bedeutet, dass knapp über ein Viertel der Minderjährigen (27,6%) ein bis fünf Mal mit dem Dienst in Kontakt war; ein Drittel der Minderjährigen hat sechs bis 10 Mal Kontakt aufgenommen. Etwas mehr als ein Viertel (27,6%) verzeichnete 11 bis 20 Kontakte mit dem Dienst; für die restlichen 11,2% wurden über 20 Kontakte erhoben. In der Grafik 2.17 ist die Verteilung der Fälle nach der Anzahl der Kontakte der Minderjährigen zu den Diensten in den vorangegangenen 12 Monaten dargestellt.

In diesem Zusammenhang müsste noch festgestellt werden, ob und in welchem Ausmaß das (Haupt)problem, wegen dem das Kind betreut wird (nicht laut Erstdefinition, sondern laut korrigierter Diagnose, also wegen des zum Erhebungszeitpunkt bestehenden Problems), im Verhältnis steht zur Quantität und zur Qualität der eingesetzten Ressourcen; darunter versteht man in diesem Fall die Anzahl der eingesetzten Fachkräfte und die Anzahl der Kontakte im Laufe der vergangenen zwölf Monate.

Die zu diesem Zweck gesammelten Daten lassen sich nicht auf Anhieb eindeutig interpretieren; die erkennbaren Konstanten scheinen aber nicht zufällig zu sein und legen den Schluss nahe, dass der Einsatz der internen Fachkräfte der SPG und der externen MitarbeiterInnen in keinem Zusammenhang steht mit der Art des Problems. Vor allem die wegen finanzieller Schwierigkeiten oder wegen Wohnungsproblemen betreuten Kinder und Jugendlichen werden sowohl innerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung als auch bei den anderen Diensten nur von Mitarbeitern einiger weniger Berufsgruppen betreut; auf jeden Fall ist in diesen Fällen die Zahl der eingeschalteten externen Dienste ebenso wie die Zahl der Kontakte zu den Diensten selbst geringer.

Grafik 2.17 Anzahl der Kontakte in den letzten zwölf Monaten



Minderjährige mit psychischen Problemen werden hingegen von einer höheren Anzahl von Diensten und von internen und externen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen betreut und verzeichnen auch eine höhere Anzahl von Kontakten als der Durchschnitt der Stichprobe. Bei Kindern und Jugendlichen, bei denen Erziehungsschwierigkeiten der Eltern festgestellt werden, wird ebenfalls ein höherer Aufwand an internen und externen Ressourcen mit Einschaltung mehrerer Berufsgruppen verzeichnet, auch wenn die Zahl der Leistungen dem allgemeinen Durchschnitt entspricht. Die durchschnittliche Zahl der Kontakte liegt bei Minderjährigen, deren Eltern schwerwiegende Probleme

haben, über dem allgemeinen Durchschnitt, während die Zahl der Berufsgruppen (sowohl interne als auch externe Fachkräfte), die solche Fälle bearbeiten, unter dem Durchschnitt liegt. Überdurchschnittlich viele Kontakte verzeichnen auch die Opfer von Missbrauch/Gewalt, bei denen auch eine höhere Zahl von externen Fachkräften anderer Berufsgruppen in die Betreuung miteinbezogen wird.

Anlage 1

Erhebungsbogen zur Erstaufnahme

Studie über das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe in schwierigen Lebenslagen

1. In welchem Jahr fand der Erstkontakt mit der Sozialpädagogischen Grundbetreuung (SPG) statt?

2. Haupt- und Nebenproblem weshalb der/die Minderjährige dem Dienst gemeldet wurde.

3. Haupt- und Nebenproblem weshalb der/die Minderjährige derzeit (bzw. zum Zeitpunkt der Beendigung des Betreuungsverhältnisses) vom Dienst betreut wird/wurde.

Frage 2

Frage 3

Problemlage bei der Erstmeldung	
Hauptproblem	Nebenproblem
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8

Derzeitige Problemlage	
Hauptproblem	Nebenproblem
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8

Finanzielle Probleme
Schwerwiegende Probleme der Eltern
Erziehungsschwierigkeiten bzw. -unfähigkeit
Schulprobleme
Psychische Probleme
Wohnprobleme
Gewalt/Missbrauch
Anderes Problem
welches? _____

4. Wann ist das Problem zum ersten Mal aufgetreten (ungefähr das Jahr angeben)? (siehe Anmerkung)

5. Wurde der/die Minderjährige für dieses oder weitere Probleme von anderen Diensten betreut, bevor er/sie von der SPG übernommen wurde?

- nein 1
- ja, für das selbe Problem 2) wann (Jahr angeben)?
- ja, für andere Probleme 3) →

6. Wieviel Tage sind zwischen der Erstmeldung an die SPG und dem Erstkontakt zwischen dem/der Minderjährigen (oder einem Familienmitglied) mit dem/der MitarbeiterIn des Dienstes vergangen?

DER VERLAUF DER BETREUUNGSMAßNAHMEN

7. Wurde im Akt (Falldokumentation) eine Verzögerung bei der Erstmeldung des Minderjährigen an die SPG vermerkt? (siehe Anmerkung)

- nein 1
- ja 2

[wenn ja] Worauf bzw. auf wen ist dies zurückzuführen?

8. Wer hat die Erstmeldung vorgenommen?

• Ein oder beide Elternteil/e	1
• Andere mitlebende Familienangehörige	2
• Andere Verwandte	3
• Nachbarn/Freunde	4
• Gerichtsbehörde	5
• Schule/Kindergarten	6
• Soziale Dienste	7
• Gesundheitsdienste	8
• Volontariatsorganisationen	9
• Andere	10

9. Wie "schwerwiegend" wurde das Problem bzw. der Fall von dem/der MitarbeiterIn eingeschätzt, der/die den Akt angelegt hat?

• Sehr schwerwiegend	1
• Eher schwerwiegend	2
• Eher geringfügig	3
• Geringfügig	4

10. Haupt- und Nebenleistung, die zum Zeitpunkt der Aufnahme des/der Minderjährigen erbracht wurden



Frage 10

Leistungen zum Zeitpunkt der Aufnahme	
Hauptproblem	Nebenproblem
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8

11. Haupt- und Nebenleistung, die derzeit (bzw. bei Abschluss des Betreuungsverhältnisses) für den/die Minderjährige erbracht werden bzw. wurden.



Frage 11

Derzeitige Leistungen	
Hauptproblem	Nebenproblem
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8

Pflegeanvertrauung (Vollzeit)
Pflegeanvertrauung (Teilzeit)
Aufnahme in ein Heim (Vollzeit)
Aufnahme in ein Heim (Teilzeit)
Finanzielle Leistungen
Sozialberatung/soziale Unterstützung
Anvertrauung an Großeltern
andere

DER VERLAUF DER BETREUUNGSMAßNAHMEN

12. Zeitpunkt der letzten Zusammenkunft des/der Minderjährigen (bzw. einer der betroffenen Personen) mit der SPG.

/ / /
T M Jahr

13. Wie viele Treffen erfolgten mit dem/der Minderjährigen (bzw. einer der betroffenen Personen) in den letzten zwölf Monaten?

| / |

14. Enthält der Akt ein schriftlich verfasstes Betreuungsprojekt für den/die Minderjährige/n?

- nein 1
- ja 2

[wenn ja] Wann wurde dieses Betreuungsprojekt zuletzt integriert bzw. modifiziert?

15. Mussten geplante Maßnahmen verschoben bzw. abgebrochen werden, weil die notwendigen Ressourcen fehlten?

Es war notwendig:

• von vornherein auf einige Maßnahmen zu verzichten	Ja	Nein
• die Umsetzung einiger Maßnahmen zu verzögern	Ja	Nein
• die Umsetzung bereits eingeleiteter Maßnahmen vorübergehend zu unterbrechen	Ja	Nein
• die Umsetzung einiger Maßnahmen definitiv abbrechen	Ja	Nein

Worin bestanden insbesondere die Schwierigkeiten?

16. Sind im Akt (Falldokumentation) wesentliche unvorhergesehene Unterbrechungen des Betreuungsprogramms vermerkt?

- Nein 1
- Ja, eine Unterbrechung 2
- Ja, mehr als eine Unterbrechung 3

[wenn ja] Wer hat dies entschieden?

• Der/die Minderjährige (und/oder die Familie)	1
• Der Dienst	2
• In beidseitigem Einverständnis	3

[wenn ja] Warum kam es zur Unterbrechung?

17. Gab es im Laufe der Betreuung eine Intervention der Gerichtsbehörde?

- nein 1
- ja 2

18. Welche MitarbeiterInnen der SPG betreuen derzeit den Fall bzw. haben diesen bei dessen Abschluss bearbeitet? Und wer von ihnen hat in der Vergangenheit den Fall (mit)betreut?

Berufsbild	Betreut derzeit den Fall*	Betreute den Fall in der Vergangenheit, aber nicht gegenwärtig	Hat den Fall nie betreut
• SozialassistentIn	1	2	3
• ErzieherIn	1	2	3
• Pädagoge/in	1	2	3
• Psychologe/in	1	2	3
• Andere	1	2	3

* bzw. hat den Fall bei dessen Abschluss bearbeitet

19. Welche anderen Dienste (neben der SPG) betreuen derzeit den Fall bzw. haben diesen bei dessen Abschluss bearbeitet? Und welche andere Dienste haben in der Vergangenheit am Fall (mit)gearbeitet?

Dienste	Betreut/en derzeit den Fall*	Betreute/n den Fall in der Vergangenheit, aber nicht gegenwärtig	Haben/hat den Fall nie betreut
• Andere Soziale Dienste	1	2	3
• Finanzielle Sozialhilfe	1	2	3
• Andere private soziale Einrichtungen	1	2	3
• Gesundheitsdienste	1	2	3
• Schule	1	2	3
• Gerichtsbehörde			
• Einzelne Freiwillige	1	2	3

* bzw. hat den Fall bei dessen Abschluss bearbeitet

20. [Falls andere Dienste (mit)arbeiten bzw. (mit)gearbeitet haben] Welche MitarbeiterInnen anderer Dienste betreuen derzeit den Fall bzw. haben diesen bei dessen Abschluss betreut? Und welche MitarbeiterInnen anderer Dienste haben in der Vergangenheit den Fall (mit)betreut?

Berufsbilder	Betreut derzeit den Fall *	Betreute den Fall in der Vergangenheit, aber nicht gegenwärtig	Hat den Fall nie betreut
• SozialassistentIn	1	2	3
• ErzieherIn	1	2	3
• Pädagoge/in	1	2	3
• Psychologe/in	1	2	3
• Arzt/Ärztin	1	2	3
• PhysiotherapeutIn	1	2	3
• Logopäde/in	1	2	3
• Andere Sozialberufe	1	2	3
• Andere Gesundheitsberufe	1	2	3
• Andere	1	2	3

* bzw. hat den Fall bei dessen Abschluss bearbeitet

21. [Falls andere Dienste (mit)arbeiten bzw. (mit)gearbeitet haben] Wurden in der Falldokumentation gegenwärtige oder vergangene Kooperationsschwierigkeiten zwischen den Diensten, die den Fall bearbeiten festgehalten?

• nein	1
• ja, schwerwiegende	2
• ja, geringfügige	3

[wenn ja] Welches waren diese Schwierigkeiten?

22. Wurden die angestrebten Ziele, soweit dies aus der Falldokumentation ersichtlich ist, bisher (bzw. bei Beendigung der Betreuung) erreicht?

• Ja, weitgehend	1
• Ja, begrenzt	2
• Nein, sie wurden nicht erreicht	3

23. Wie hat sich die Situation, soweit dies aus der Falldokumentation ersichtlich ist, bisher (bzw. bei Beendigung des Betreuungsverhältnisses), im Vergleich zum Beginn der Betreuung (siehe Frage 9), entwickelt?

• Sehr verbessert	1
• Eher verbessert	2
• Wenig verbessert	3
• Überhaupt nicht verbessert	4

24. [Falls die Betreuung bereits beendet wurde] Was war, soweit dies aus der Falldokumentation ersichtlich ist, der Grund für die Beendigung der Betreuung?

• Einvernehmliche Beendigung	1
• Volljährigkeit	2
• Wohnsitzwechsel	3
• Übergabe an andere Dienste	4
• Nicht einvernehmliche Beendigung	5
• Anderer Grund	6

25. [Falls die Betreuung nicht einvernehmlich beendet wurde] Welches sind, soweit dies aus der Falldokumentation ersichtlich ist, die Gründe für die nicht einvernehmliche Beendigung?

26. Geburtsjahr des/der Minderjährigen

--	--	--	--

27. Geschlecht des/der Minderjährigen

weiblich 1
 männlich 2

28. Sprache des/der Minderjährigen

• italienisch	1
• deutsch	2
• ladinisch	3
• multilingue	4
• Ausländer/in (EU-BürgerIn)	5
• Nicht-EU-BürgerIn	6
• Sinti/Roma	7

DER VERLAUF DER BETREUUNGSMABNAHMEN

29. Wo lebt der/die Minderjährige derzeit (bzw. wo lebte er/sie bei Beendigung des Betreuungsverhältnisses)?

• Bei der Herkunftsfamilie	1
• Bei der Pflegefamilie	2
• Bei der Adoptivfamilie	3
• Im Heim, in einer betreuten Wohngemeinschaft o.ä.	4
• Allein	5
• Anderes _____	6

30. Lebte der/die Minderjährige zu Beginn der Betreuung bei seiner Herkunftsfamilie?

- Nein 1
- Ja 2

[falls nein] Mit wem lebte er/sie?

31. Zusammensetzung der Herkunftsfamilie:

Verwandtschaftsgrad	anwesend	abwesend
• Vater	1	2
• Mutter	1	2
• Geschwister	1	2
• Andere Verwandte	1	2

N° di eventuali fratelli o sorelle conviventi _____

32. Wurden Angehörige der Herkunftsfamilie des/der Minderjährigen zu Beginn der Betreuung von diesem oder von anderen sozialen bzw. sozio-sanitären Diensten betreut? Wenn ja, von welchem/n?

Verwandtschaftsgrad	Von der SPG betreut	Von anderen Diensten betreut	Von keinem Dienst betreut
• Vater	1	2	3
• Mutter	1	2	3
• Geschwister	1	2	3
• Andere Verwandte	1	2	3

Dienst

Ort

Kennnummer Dienst

□ □ □ □

Kennnummer Interviewer

□ □ □ □

Wurde das Interview mit dem/der MitarbeiterIn geführt der/die den Fall derzeit betreut (bzw. bei dessen Abschluss betreut hat)?

- nein 1
- ja 2

Kapitel 3

Das Leistungsangebot der Dienste



von Rino Fasol

1. Ziele und Methodik

In diesem Kapitel werden die Stärken und Schwächen der Arbeitsweise und der Abläufe in den Diensten beschrieben, die in Südtirol den sozialpädagogischen Betreuungsbedarf von Kindern und Jugendlichen decken³⁴. Wir haben versucht, die Organisationsprozesse und die beruflichen Praktiken möglichst konkret darzustellen; zu diesem Zweck wollten wir das System aus der Sicht der in der Jugendhilfe tätigen Personen beschreiben. Wir haben uns also für die Beschreibung der "faktischen Ordnung" des Sozialsystems entschieden, das aus den in diesem Bereich tätigen Diensten und Einrichtungen besteht; viele andere Quellen, einschließlich Kapitel 1 dieses Berichts, ermöglichen ja bereits eine detaillierte Rekonstruktion der formellen Aspekte (der "normativen Struktur") des Systems und geben ausreichend Aufschluss über die Leistungsempfänger und die Tätigkeit der verschiedenen Dienste.

Natürlich können wir bei dieser Vorgangsweise nicht behaupten, dass wir eine "objektive" Beschreibung oder eine "unparteiische" Analyse der Arbeitsweise, der Probleme und der Merkmale des Sozialsystems ausgearbeitet haben. Wir haben vielmehr einige Akteure zu Wort kommen lassen und Meinungen, Analysen, Wahrnehmungen und "Erzählungen" dieser MitarbeiterInnen erfasst, die täglich aktiv den Betreuungsprozess gestalten, die Betreuungsprojekte ausarbeiten, Leistungen erbringen und somit konkrete Hilfestellung anbieten. Diese Methodik wurde nicht nur deshalb gewählt, weil das Vertrauen in die "neutralen" (und im Übrigen sehr aufwendigen) Methoden zur Beobachtung von komplexen und dynamischen Systemen wie dem hier beschriebenen Sozialsystem beschränkt ist, sondern vor allem auch aus der Überzeugung heraus, dass man sich vor der Umsetzung des aus diesem Bericht resultierenden Handlungsbedarfs auf jeden Fall mit den Wahrnehmungen, Meinungen und Werten der Akteure des Systems auseinandersetzen muss.

Als Instrument zur Erreichung des Informationsziels in dieser Phase wurde das teilstrukturierte Interview gewählt, deren Leitfaden zunächst mit einer Fachgruppe von Mitarbeitern und Führungskräften der Jugendhilfe besprochen wurde und dann bei eini-

³⁴ In diesem Bericht werden wir teilweise nur die männliche Form von Begriffen wie Minderjährige, Mitarbeiter und Bürger verwenden und damit von der Regel abweichen, die für die Schriftform sowohl die männliche als auch die weibliche Form vorschreibt. Wir unterstützen voll und ganz die Bedeutung dieser Regel; da deren konsequente Anwendung aber die Lesbarkeit dieses Textes erheblich beeinträchtigen würde, haben wir an manchen Stellen auf die gleichzeitige Anführung der männlichen und der weiblichen Form verzichtet. Wir bitten daher zu beachten, dass wir uns bei allen Angaben (mit Ausnahme der Fälle, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wird) auf beide Geschlechter beziehen.

gen Probeinterviews getestet wurde. Die endgültige Version des Leitfadens wurde ins Deutsche übersetzt, so dass die Interviews dank der Sprachkompetenz und des umfassenden Hintergrundwissens der kleinen Gruppe von Interviewern in der von den Befragten bevorzugten Sprache (deutsch oder italienisch) durchgeführt werden konnten. Zu diesem Thema wurden im Zeitraum September bis November 2002 in den in der Anlage genannten Einrichtungen 41 Interviews geführt. Die in der Anlage genannten Einrichtungen wurden in dieser Phase der Untersuchung aufgrund ihrer direkten Mitwirkung an der Bereitstellung von sozialen Betreuungsleistungen für Kinder und Jugendliche ausgewählt.

2. Die Merkmale der betreuten Personen und der Betreuungsnachfrage

Wie bereits erwähnt, wollten wir mit den Interviews nicht Daten über die Gesamtzahl der betreuten Personen und über ihre Erwartungen an die Dienste sammeln; vielmehr ging es uns um die Beschreibung der Leistungsempfänger als soziale, aggregierte Größe und somit als abstrakte Einheit, die als Planungsgrundlage dienen kann, wobei alle Facetten und Aspekte der Betreuten und ihre Entwicklung im Laufe der Zeit beleuchtet werden sollten. Bei den Interviews fällt die Diskrepanz zwischen der Analyseebene (also dem konkreten Bezugsrahmen) auf, der die betreuten Personen - verstanden als Individuen - zugeordnet werden, und der abstrakten Ebene auf, der ganz offensichtlich mit etwas Schwierigkeiten die Gesamtheit der betreuten Personen im Sinne von Klientel zugewiesen wird. Hier handelt es sich nicht um allgemeine Abstraktionsschwierigkeiten, das Problem ist vielmehr auf die Arbeitsmethode zurückzuführen; da sich die Betreuungsarbeit vorwiegend an der Einzelperson orientiert, fällt es den Befragten nicht leicht, ihre Erkenntnisse zu verallgemeinern und auf soziale Einheiten wie z.B. die Klientel oder das soziale Umfeld insgesamt zu übertragen. In einigen Interviews wird dies eindeutig zum Ausdruck gebracht, die Befragten verweisen nämlich auf die Besonderheit jedes einzelnen Falls und haben Bedenken gegen die Zuweisung zu abstrakten, allgemeinen Kategorien.

Unsere Jugendlichen haben viele unterschiedliche Probleme. Jede Geschichte verläuft anders, man kann sie aber auch in Kategorien zusammenfassen. (Int. 101)

Einige Gruppen von Befragten, vor allem die mit Führungs- oder Managementaufgaben beauftragten Personen, sind eher zu einer Beurteilung nach organisationstechnischen, systematischen Kriterien bereit. Auch die in den Bereichen Prävention oder Erziehung tätigen Befragten haben weniger Bedenken gegen die Anwendung von allgemeinen Kategorien und Parametern.

Da in den Interviews einige Beschränkungen, vor allem hinsichtlich der Altersklasse der Minderjährigen, vorgegeben waren, werden die Leistungsempfänger hauptsächlich

durch Angaben zu den Problemen der Minderjährigen beschrieben; definiert werden diese Problemlagen durch Aussagen über die Form, in der sich diese äußern (z.B. Aggressivität, Weigerung, in die Schule zu gehen) sowie durch Angaben zum Umfeld (z.B. Schule), in dem die Probleme in Erscheinung treten, und durch Hinweise auf die vermuteten Ursachen (z.B. Trennung der Eltern). In fast allen Fällen wird unweigerlich auf die Situation der Familie verwiesen, weshalb eine gewisse Überlagerung der Probleme der Familie und der der Minderjährigen festgestellt werden kann:

Der Grund, warum diese Jugendlichen bei uns sind, liegt meistens in der Herkunftsfamilie, sie selbst sind eigentlich nicht das Problem. (Int. 231)

Für einige Befragte (wahrscheinlich für die meisten) gibt es scheinbar eine klare Grenze zwischen Normalität und Devianz (im weiteren Sinne des Begriffs); für andere ist die Unterscheidung weniger eindeutig, mit einer gewissen Besorgtheit oder gar mit Unbehagen werden diese "Grenzen" und somit der eigene Auftragsbereich definiert, vor allem wenn es um die Erkennung einer Devianz oder um die Feststellung von pathologischen Situationen und schwierigen Lebenslagen geht.

Es fällt schwer zu sagen, in welchen Situationen eine Betreuungsmaßnahme erforderlich ist, es gibt viele Grenzsituationen, es ist immer eine Gratwanderung, der Sozialdienst muss immer darauf achten, dass die Grundbedürfnisse der Minderjährigen erfüllt sind, er muss erkennen, wenn die Eltern nicht mehr in der Lage sind, ihre Erziehungsaufgaben wahrzunehmen. (Int. 81)

Diese Haltung, die wir nicht als "Unsicherheit", sondern vielmehr als "Sorgfalt" bezeichnen wollen, wird auch noch verstärkt durch die Umbruchstimmung in der Gesellschaft und in der Sozialpolitik, wodurch sich auch die Bedürfnisse und die Nachfrage verändern, so dass die Zielsetzungen und Prioritäten der Maßnahmen in diesem Bereich neu definiert werden müssen.

Die Zielgruppe für unser Leistungsangebot hat sich [nach 1994] verändert, da der Dienst neu organisiert wurde. Zu Beginn gab es eine starke Nachfrage nach einer Hausaufgabenbetreuung für Schüler, wenn beide Eltern berufstätig waren. [...] Es gab daher keine sozialen Defizite im engeren Sinne des Wortes, es war nur ein leichtes Unbehagen. Danach hatte der Sozialdienst beschlossen, bei einfachen Anfragen mehr Informationsleistungen für Personen anzubieten, damit sich die Leute selbst organisieren können, weiters wurde die Einrichtung von normalen Treffpunkten gefördert. [...] Jetzt befassen wir uns mit schwerwiegenden Problemen, mit Familienkonflikten, mit jugendlicher Devianz, mit psychischen Problemen. (Int. 121)

Angesichts dieser Veränderungen und der relativ übereinstimmenden Grenzziehung zwischen Normalität und Devianz, zwischen "normalen" Schwierigkeiten und echten sozialen Schwierigkeiten, stellen einige Befragte einige Etikettierungen in Frage und verlagern das Interesse auf die Prozesse, auf die Entwicklung der Situationen und der Personen:

Wir betrachten es als normal, wenn Jugendliche Grenzerfahrungen machen wollen (Konsum von Drogen) oder mit ihren Handlungen gegen die üblichen Normen verstoßen. Wenn jemand besonders beharrlich immer wieder diese "Sache macht", ist dies ein Zeichen für den Verlust der Kontrolle, für die Entwicklung einer Gewohnheit, weshalb die Gefahr einer sozialen Rückentwicklung besteht. (Int. 341)

Aber es gibt auch eine andere Art der Beschreibung der Leistungsempfänger in den Interviews; manche Befragte verweisen auf die Kompetenzen und die formell zugewiesenen Funktionen. Funktionen und Aufgaben können z.B. durch die gesetzlichen Bestimmungen zugewiesen werden, die die Arbeit des öffentlichen Dienstes regeln:

Unsere Funktion [...] wird im Gesetz beschrieben und entspricht der einer öffentlichen Körperschaft. (Int. 391)

Oder aber die Dienste grenzen selbst ihre Funktionen ein:

Der Sozialdienst [...] ist für Situationen mit hohem sozialem Konfliktpotential zuständig, dieser Aufgabenbereich wird ganz eindeutig definiert und darüber gibt es keinen Zweifel. Dass wir so klare Vorstellungen haben, verdanken wir der intensiven Arbeit des gesamten Teams. Für mich ist ganz klar, wer was machen muss. (Int. 171)

Bei den privaten Einrichtungen kann die Wahl der Betreuungsfunktion von den Verträgen abhängen, die mit den öffentlichen Stellen abgeschlossen werden.

Die Überweisung von Fällen erfolgt jetzt ausschließlich durch die Sozialdienste oder mit der Zustimmung der Eltern oder im Auftrag des Jugendgerichts, es gibt jetzt keine anderen Wege mehr. In der Vergangenheit hatten wir unsere eigenen Kriterien und wir entschieden selbst, wen wir aufnehmen und wie, wir konnten alles selbst entscheiden, jetzt sind wir hingegen Teil eines Netzwerks. (Int. 211)

In manchen Fällen wird der Zweck der privaten Einrichtungen neu vereinbart:

Das ursprüngliche Projekt ("selbständiges Wohnen") sah die Bereitstellung von einigen Wohnungen für einheimische Kinder und Jugendliche vor. Dieses Projekt wurde geändert, um eine Anfrage der Sozialdienste

zu erfüllen: Nun sollen Einwandererkinder aus Nicht-EU-Ländern, die nicht von den Eltern begleitet werden, aufgenommen werden. Angesichts der Dringlichkeit dieses Problems wurde unser Projekt so zu sagen auf Eis gelegt, um diesen neuen Bedarf zu decken. (Int. 291)

Der Aufgabenbereich einer Einrichtung kann aber auch von den Regeln des Marktes diktiert werden, wie aus dieser Antwort eindeutig hervorgeht:

Die Tatsache, dass nur die Sozialdienste für die Überweisung von Fällen zuständig sind, ist nicht unsere Entscheidung, sondern hängt einfach mit der Tatsache zusammen, dass sie uns die Tagessätze zahlen. (Int. 231)

Bei den öffentlichen Diensten besteht daher ein direkter Zusammenhang zwischen den Merkmalen der Leistungsempfänger und dem institutionellen Auftrag der Dienste; dies wirft eine Frage auf, die uns bei der Analyse der Antworten der Befragten sehr oft beschäftigt. Diese Frage betrifft die zweifache Funktion der Dienste: Hilfestellung einerseits und Kontrollfunktion andererseits. Damit soll klargestellt werden, dass unabhängig vom "Auftrag" der Dienste und von der "Berufung" der Führungskräfte und der Mitarbeiter ein Teil der betreuten Personen - wie an einer anderen Stelle des Berichts deutlich wird - nicht aus einer freien Entscheidung heraus mit dem Dienst in Kontakt tritt, sondern aufgrund einer gerichtlichen Anordnung. Auch für viele Betreute, die "spontan" um Hilfe bitten, erweist sich ein Großteil der Dienstleistungen in diesem Bereich nicht als "niederschwelliges" Angebot oder als Angebot der ersten Stufe; denn die Leistungen können nur über Vermittlung und durch Überweisung durch eine andere Stelle in Anspruch genommen werden. Die Zusammensetzung der Leistungsempfänger und die unterschiedliche Verteilung der diversen Probleme, derentwegen Kinder und Jugendliche von den Diensten betreut werden, sind nicht das Resultat einer spontanen Zusammenführung von Betreuungsnachfrage und -angebot in einem bestimmten Einzugsbereich, sie ergeben sich vielmehr aus der Funktion und den Entscheidungen anderer Stellen, die eine Vorauswahl treffen, die Anfragen lenken oder den Zugang zu den Leistungen anordnen.

3. Der Zugang zu den Leistungen und die Übernahme zur Betreuung

Dieses Thema wird eingehend in Kapitel 4 "Netzwerk der Dienste" behandelt. In diesem Abschnitt wollen wir uns vor allem mit dienstinternen Aspekten befassen und versuchen, einige Schritte des Entscheidungsprozesses zu rekonstruieren, der ab der Kontaktaufnahme bzw. nach Eingang eines Antrags auf eine Betreuungsleistung in Gang gesetzt wird. Wie bereits erwähnt, handelt es sich größtenteils um Dienste der zweiten Ebene, die daher nicht aufgrund einer direkten Anfrage der Personen, die auf der Suche nach irgendeiner Form von Hilfestellung sind, sondern aufgrund einer

Meldung und über Vermittlung anderer Dienste oder Stellen eingreifen. Der Zugang zu ein und demselben Dienst kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen; wir müssen zwischen dem Zugang (des Betreuten) und der Aufnahme (durch den Dienst) unterscheiden, die das Ergebnis des dienstinternen Entscheidungsprozesses sein kann. Die Mechanismen der "Rekrutierung" der betreuten Personen sind nicht immer auf Anhieb eindeutig erkennbar, und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Diensten hängen von der Struktur und der Regelung der verschiedenen Phasen ab, die eine betreute Person innerhalb des Systems durchläuft (oder zumindest versucht zu durchlaufen).

Man darf allerdings einen besonderen Aspekt der Leistungsempfänger in diesem Bereich nicht vergessen: Da es sich um Kinder und Jugendliche handelt, kommt es (mit Ausnahme von einigen Diensten bzw. von einigen an anderer Stelle beschriebenen Projekten) nur sehr selten vor, dass der Kontakt auf Initiative des Minderjährigen selbst erfolgt; die wenigen in den Interviews erwähnten Ausnahmen sind derart außergewöhnlich, dass die MitarbeiterInnen sich genau daran erinnerten, auch wenn sie zeitlich schon lange zurücklagen³⁵:

Einmal ist es vorgekommen, dass ein Mädchen sich direkt an unseren Dienst wandte, sie war 13 Jahre alt, in ihrer Familie war sie der psychologischen Gewalt durch die Mutter ausgesetzt, daher wollte sie von zu Hause fort(Int. 10)

Als direkter, spontaner Zugang zu den Diensten sollte daher eher die Kontaktaufnahme durch die Familie oder noch häufiger durch die Mutter des/der Minderjährigen angesehen werden; in den anderen Fällen spricht man von Meldung oder Überweisung. Die einzelnen Dienste fordern unterschiedliche Formalitäten für die Meldung: sehr oft spricht man von einer schriftlichen Mitteilung, die immer gefordert wird; einstimmig abgelehnt werden anonyme Meldungen, die nicht berücksichtigt werden (auch wenn eine solche Meldung zumindest in einem Fall Anlass für die Einleitung von Ermittlungen war). Mehr oder weniger genau festgelegt ist die Vorgangsweise bei Eingang einer Meldung in einem Dienst (festgelegte Schalterzeiten, eigener Ansprechpartner für den Erstkontakt).

Der komplexe Zusammenhang zwischen der Situation, den Bedürfnissen des/der Minderjährigen und der Herkunftsfamilie ist den Befragten bewusst und wird in vielen Antworten genannt. In vielen Fällen, aber nicht immer bieten die Dienste und die MitarbeiterInnen ein Betreuungskonzept für die gesamte Familie an. Aber es gibt zahlreiche Schwierigkeiten, die von einigen Befragten, die die Grenzen ihrer Vorgangsweise erkennen, auch eindeutig angesprochen werden:

³⁵ Die Familie des/der Minderjährigen oder der/die Minderjährige selbst war in der Vergangenheit bereits unter verschiedenen Umständen kontaktiert worden: "Es kann vorkommen, dass sie sich spontan an uns wenden, wenn sie z.B. in der Vergangenheit bereits Kontakt zum Sozialassistenten hatten oder wenn das Betreuungsverhältnis positiv war, kommen sie bei einer Krise zurück". (Int. 11)

Die Familie wird immer einbezogen, als Ressource oder als Empfänger von Betreuungsleistungen. Die familiäre Situation ist immer sehr komplex und muss gründlich analysiert werden, bevor wirklich effektive Maßnahmen ergriffen werden können. Wichtig ist, die Situation genau zu erkennen, daher muss man auch die Familie betreuen, aber leider können wir die Familien nicht immer in der wünschenswerten Form begleiten. (Int. 151)

Meistens übernehmen wir die gesamte Familie zur Betreuung, aber manchmal erweisen sich die für die Eltern wirksamen Maßnahmen als sehr schwierig. Wenn z.B. die Eltern Schwierigkeiten im Umgang mit ihrem Kind haben, müsste man sich mit den Eltern statt mit dem Kind befassen, schlussendlich wird dann eine Maßnahme für das Kind ausgearbeitet, da wir mit den Eltern, die eigentlich die Ursache des Problems sind, nicht arbeiten können. (Int. 391)

Aufschlussreich sind die Methoden für die Prüfung der Anträge und die Verfahren, die bis zur Übernahme eines Falls durch den Dienst durchlaufen werden. Wenn das Jugendgericht die Bearbeitung eines Falls beantragt, ist das Verfahren vorgegeben, und die Einrichtungen haben praktisch kaum Ermessensspielraum. Hier handelt es sich um ein institutionelles Verhältnis, bei dem Pflichten und spezifische Aufgaben festgelegt sind (die dann natürlich in der Praxis mehr oder weniger genau nach dem Wortlaut der Bestimmungen ausgeführt werden können). Der Anteil der Meldungen durch das Jugendgericht an der Gesamtzahl der Meldungen in den Sprengeln ist in den einzelnen Bezirksgemeinschaften unterschiedlich hoch; in einer Bezirksgemeinschaft heißt es z.B.:

Die Meldungen erfolgen hauptsächlich durch die Grundschule, ich habe nie Meldungen durch Eltern verzeichnet, auch das Jugendgericht hat mich noch nie wegen eines Falles kontaktiert. (Int. 21)

In einem anderen Sprengel hingegen heißt es:

Die Meldungen kommen hauptsächlich vom Jugendgericht, in geringerem Maße auch von der Schule. (Int. 191)

Andererseits können auch die Dienste selbst das Jugendgericht einschalten und damit die Maßnahme auf die Ebene der formellen Kontrolle verlagern, um auf diese Art und Weise - wie an anderer Stelle noch ausdrücklich erklärt wird - ihre Vorgangsweise und den Bedarf an weiteren (effektiven und symbolischen) Ressourcen für ihre Maßnahme zu legitimieren³⁶.

³⁶ In einem Interview wird ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen, den Fall dem Jugendgericht zu melden und somit einer offiziellen Kontrolle zu unterziehen; diese Ankündigung wird als Drohung bei nicht besonders kooperationswilligen Familien angewendet. " Diese Angst vor dem Jugendgericht hilft uns gewissermaßen, denn die Eltern erkennen oft nicht die Probleme ihrer Kinder, daher ist eine Betreuung in einem kontrollierten Umfeld manchmal auch unbedingt erforderlich." (Int. 41)

Aufschlussreich ist auch die Einschätzung eines Befragten in einem weiteren Sprengel, der erklärt, dass auch die formalen, institutionellen Beziehungen zwischen Gerichtsbehörde und Diensten sich ändern und unterschiedlich interpretiert werden können, wenn sich das Arbeitsklima und die Qualität der Beziehungen zwischen den institutionellen Akteuren ändern:

Während früher das Jugendgericht eine weit entfernte Einrichtung in Trient war und sich nur um wirklich extreme Fälle kümmerte, ist die Lage heute ganz anders. Wir haben jetzt auch einen Jugendgerichtssitz in Bozen, und ich muss sagen, dass das Jugendgericht viel rascher eingeschaltet wird, denn die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Es ist nicht mehr so, dass eine Meldung unsererseits an das Jugendgericht der vollständigen Übertragung eines Falls an das Jugendgericht mit absolut ungewissem Ausgang entspricht. Nein, heute wird unsere Einschätzung der Lage, unser Bericht, den wir zusammen mit unseren Empfehlungen weiterleiten, berücksichtigt, denn der pädagogische und soziale Aspekt erhält immer mehr Bedeutung gegenüber der rein juristischen Betrachtung der Probleme dieser Familien. (Int. 41)

Unter ganz anderen Umständen erfolgt der Zugang zu den wenigen Diensten, die als niederschwellig und mit direktem Zugang bezeichnet werden können und die Beratungsleistungen anbieten (vor allem die Familienberatungsstellen). Aber auch in diesen Fällen gibt es "Vermittler" (z.B. Freunde) oder Faktoren, die diesen Kontakt begünstigen (z.B. Informationen in der Schule):

Die Jugendlichen kommen oft alleine, vor allem die über 15-Jährigen, manchmal werden sie von Freunden oder Freundinnen begleitet oder sie kennen unsere Einrichtungen, weil wir uns in den Schulen vorstellen. Manchmal werden uns die zu betreuenden Kinder und Jugendlichen auch von anderen Diensten zugewiesen, vor allem wenn sie noch ziemlich jung sind. Die älteren Jugendlichen, die alleine kommen, wollen gar nicht, dass die Eltern wissen, dass sie sich an uns wenden, wenn sie z.B. Informationen zu Verhütungsmitteln oder zu sexuellem Missbrauch oder zu Ess-Störungen einholen. (Int. 351)

Auch folgende Fälle kommen vor:

Vielfach begleiten die Eltern selbst die Kinder [zur Beratungsstelle]. Ein geringer Teil der Minderjährigen kommt aber auch ohne Eltern, sie bitten uns, die Eltern nicht zu informieren, weil sie auch mit den Eltern Beziehungsprobleme haben. (Int. 361)

Die Frage der Unterrichtung der Eltern der Minderjährigen ist sehr heikel, die Befragten verweisen auf ihre Bedenken und berichten von den Schwierigkeiten dieser Gratwanderung, denn einerseits muss auf die genaue Einhaltung der Vorschriften geachtet werden, andererseits muss man versuchen, das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen. In einer anderen Familienberatungsstelle erhalten wir folgende Antwort:

Es kommt praktisch nie vor, dass sie ganz alleine kommen. Das wäre unter anderem auch mit rechtlichen Problemen verbunden, da wir auf jeden Fall verpflichtet sind, die Eltern zu informieren, wenn sie unter 16 Jahre alt sind, und das bereitet uns natürlich einige Probleme. (Int. 381)

Einige dieser Dienste sehen in der Zustimmung zur Maßnahme und in der Transparenz die wichtigsten Voraussetzungen für das Vertrauen der Jugendlichen in die Mitarbeiter, und dieses Vertrauen muss geschützt werden, auch wenn die Kontaktaufnahme eigentlich vom Jugendgericht angeordnet wurde.

Wir wollen immer, dass die Jugendlichen selbst eine Maßnahme beantragen, sonst arbeiten wir nicht mit ihnen. Ausgenommen sind nur die Fälle, in denen wir zum Handeln verpflichtet sind, aber das kommt nicht oft vor. Dies gilt zum Beispiel für die Fälle, die vom Jugendgericht oder von den Sozialdiensten an uns verwiesen werden. Auf jeden Fall muss unsere Aufgabenstellung eindeutig definiert sein, nicht nur für uns, wir versuchen, das auch immer den betreuten Jugendlichen zu erklären, und informieren sie, wenn wir zur Erstellung eines Befunds verpflichtet sind. (Int. 351)

Die oben stehende Antwort legt den Schluss nahe, dass der Befragte "Partei für den Jugendlichen ergreift", wodurch ausgeschlossen wird, dass mit der Übernahme der von anderen Stellen zugewiesenen Aufgaben, auch bei einem institutionellen Auftrag, dem Jugendlichen ein Schaden zugefügt wird.

Genauso komplex und unterschiedlich ist das Verhalten der einzelnen Dienste bei der Übernahme der Fälle. Die Übernahme durch den Dienst erfolgt – wie bereits erwähnt – nach der Entscheidung, eine Maßnahme einzuleiten oder eine Leistung zu erbringen. Hier handelt es sich um eine Entscheidung aufgrund von fachlich-beruflichen, formellen und politischen Überlegungen. Die Verfahren, die jeweils zu dieser Entscheidung führen, variieren in den einzelnen Diensten, und manchmal gibt es auch innerhalb desselben Dienstes Unterschiede von Fall zu Fall. Die individuelle Kombination dieser Kriterien führt zur Anwendung von nicht einheitlichen und für die einzelnen Strukturen jeweils spezifischen Praktiken. Diese abweichenden Kriterien und Verhaltensweisen werden in einigen Antworten der Befragten angesprochen. Es gibt also Unterschiede zwischen den einzelnen Diensten, wie aus der folgenden Antwort ersichtlich wird:

Wir sind nicht so stark selektiv wie andere Dienste. Wenn ich z.B. an X denke, stelle ich fest, dass wir nicht so eine strenge Vorauswahl treffen wie sie, wir nehmen alle. (Int. 101)

Oder in dieser Antwort:

Es gibt große Unterschiede zwischen den Sprengeln. In X arbeitet man z.B. ganz anders, sie haben viel mehr Betreute; dort gibt es z.B. eine Sozialassistentin, die die Erstgespräche führt, die Sprengelkoordinatorin sorgt für die Zuweisung der Fälle. In anderen Sprengeln gibt es die Sprengelkoordinatoren, die selbst die ersten Gespräche führen und dann die Fälle zuweisen. Ich glaube, dass alle ihre eigene Vorgangsweise haben. (Int. 131)

Unterschiede kann es aber auch innerhalb ein und desselben Dienstes geben:

Es gibt einigen Ermessensspielraum, auch wenn es eigentlich ein Verfahren gibt [...], es kommt vor allem darauf an, wie ein Mitarbeiter den Fall dem Team präsentiert. (Int. 121)

Die Ausarbeitung der oben genannten Verfahren im Sinne einer genau festgelegten Abfolge von Schritten, die die einzelnen Entscheidungsträger befolgen müssen, kann als Versuch angesehen werden, angesichts der zunehmenden Komplexität der zu bearbeitenden Fälle mehr Konsequenz in die Vorgangsweise und mehr Gerechtigkeit und Einheitlichkeit in die Entscheidungen zu bringen.

Ein Fall gehört in unsere Zuständigkeit, wenn die Situation den in unserer Geschäftsordnung vorgesehenen Kriterien entspricht, daher haben wir in unserem Dienst nie Zweifel daran, wir wissen immer genau, ob ein Fall in unseren Zuständigkeitsbereich fällt oder nicht. (Int. 141)

Die "Zuständigkeit", wie sie in der oben stehenden Antwort erwähnt wird, ist ein formelles Kriterium, das typisch ist für bürokratische Organisationsmodelle; auf dieses Kriterium wird anscheinend oft mehr zur Absicherung verwiesen, in Wirklichkeit ist dieser Aspekt kaum von Nutzen angesichts der Vielfalt der konkreten Situationen, deren geschäftsmäßige Einordnung im Katalog der Problemfelder und deren Klassifizierung nach bekannten und behandelbaren Parametern sich ohnehin als schwierig erweist. In einigen Interviews wird mehr oder weniger bewusst versucht, diesen auf Regeln und formalisierten Entscheidungen gestützten Ansatz ein für alle Mal umzukehren:

Wir fragen nicht, ob ein Fall zu "uns" gehört oder nicht, wir fragen uns immer: was können wir für die betreffende Person tun? (Int. 51)

In Wirklichkeit hängt ein Teil dieser gegensätzlichen Aussagen mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Art "Rhetorik" zusammen, mit der die Befragten ihre Arbeit und ihre Organisation darstellen. Was konkret in den Diensten geschieht, wird durch viele Faktoren bestimmt, von denen wahrscheinlich nur ein Teil effektiv von den verschiedenen Akteuren kontrolliert wird. In den Diensten haben sich aber zweifelsohne Praktiken durchgesetzt, die zur Verhaltensregel für den Umgang mit bereits bekannten Situationen werden, da sich die Praktiken für die Bewältigung von komplexen Fällen als effektiv erwiesen haben oder weil sie von den meisten Akteuren anerkannt werden. So setzt sich in der Praxis eine gewisse Arbeitsweise durch, die sowohl das Verhalten der verschiedenen Akteure als auch ihre Beziehungen untereinander regelt.

4. Arbeitsweise und Organisationsmodelle

Auch beim Thema Arbeitsweise und Organisationsmodelle gehen wir davon aus, dass die in irgendeiner Form geregelten und institutionalisierten Aspekte bekannt sind; wir werden uns stattdessen mit der Umsetzung dieser Regeln und Modelle in praktische Verhaltensweisen und mit ihren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren befassen.

Auch in der konkreten Bearbeitung der Fälle können große Unterschiede zwischen den einzelnen Diensten festgestellt werden; die Befragten sind sich dieser Unterschiede sehr wohl bewusst, genauso wie sie die unterschiedlichen Kriterien bei der Übernahme eines Falls durch einen Dienst erkennen, auch wenn wir es hier eher mit der Ebene der "Eindrücke" zu tun haben, ohne dass man sich effektiv gegenseitig gründlich kennt.

Ich bin sicher, dass andere Dienste anders arbeiten. (Int. 141)

Andere Sprengel arbeiten anders. Dieses Arbeitsmodell wird innerhalb unseres Sprengels angewendet. (Int. 181)

Die Art und das Ausmaß der Kooperation zwischen den verschiedenen innerhalb eines Dienstes tätigen Berufsgruppen gehören zu den Aspekten, bei denen die Unterschiede zwischen den einzelnen Diensten anscheinend besonders ausgeprägt sind. Auch in diesem Fall steht ein Höchstmaß an Formalisierung einem Höchstmaß an spontaner Vorgangsweise gegenüber:

Es gibt eine klare Aufteilung zwischen uns, die jeweils von unserer spezifischen beruflichen Qualifikation abhängt. (Int. 351)

Da die Rollen [der verschiedenen Berufsgruppen] klar sind, gibt es keine Überschneidungen und keine Reibungsflächen. (Int. 191)

Offiziell gibt es unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche, in Wirklichkeit machen alle dieselbe Arbeit. (Int. 121)

In meinem Sprengel machen derzeit alle alles, das ist sicher etwas chaotisch, aber andererseits haben wir auch sehr viel Arbeit. Wir wollen aber die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Mitarbeiter genau festlegen[...] Obwohl wir viele Arbeiten gemeinsam machen, ohne dass klar zwischen dem Zuständigkeitsbereich der ErzieherInnen und der SozialassistentInnen unterschieden wird, bedeutet das aber nicht, dass wir schlecht arbeiten. Im Gegenteil, auf diese Art und Weise werden große Konflikte vermieden, die in anderen Bezirkgemeinschaften auftreten, wo die Arbeit stärker polarisiert ist. (Int. 41)

Auch dort, wo die Zuständigkeitsbereiche der verschiedenen Berufsgruppen scheinbar genau definiert sind, variieren die Aufgabenstellungen und die Qualität der Beziehungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Berufsgruppe von Fall zu Fall. Vor allem die Aufgaben der SozialassistentInnen und der ErzieherInnen und die Besonderheit ihrer Rolle werden in den einzelnen Diensten unterschiedlich definiert. In einigen Interviews berichten die Befragten über ihre Schwierigkeiten bei der Unterscheidung der Fachkompetenz der verschiedenen Berufsgruppen:

Was die Unterschiede zwischen den verschiedenen Berufsgruppen anbelangt, fällt es schwer, die Unterschiede zwischen Erziehern und Sozialassistenten zu definieren. (Int. 91)³⁷

Meiner Meinung nach ist das Berufsbild der Sozialassistenten genau definiert, sie arbeiten seit vielen Jahren mit einer bewährten Ausbildung im Dienst mit, während ich für die Rolle der Erzieher keine genaue Definition erkennen kann. (Int. 81)³⁸

Was die Rolle des Erziehers anbelangt, erstaunt mich sehr, dass er nicht in die Fallarbeit miteinbezogen wird, es ist vorteilhaft, wenn die Projekte gemeinsam durchgeführt werden, aber es braucht auch die Arbeit an den einzelnen Fällen, mit den Familien. (Int. 201)

³⁷ Die Befragte, die einen Sprengel koordiniert und von ihrer Ausbildung weder Sozialassistentin noch Erzieherin ist, fährt fort: "Ich weiß nicht, wer die bessere Ausbildung hat, ich glaube jedoch, dass die Sozialassistenten mit den rechtlichen Hintergründen besser vertraut sind und das qualifiziert sie meiner Ansicht nach mehr für die Jugendarbeit, da dafür eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendgericht, mit der Staatsanwaltschaft und mit Rechtsanwälten erforderlich ist, weshalb man für diese Arbeit nicht nur Kenntnisse im Sozialbereich, sondern auch Rechtskenntnisse braucht; bei den Erwachsenen geht es viel mehr um erzieherische Begleitmaßnahmen, um die berufliche Wiedereingliederung dieser Personen usw.; diese Arbeit können auch die Erzieher übernehmen."

³⁸ Die Befragte, die selbst Sozialassistentin ist, fährt wie folgt fort: "In unserem Sprengel hat sich diese Situation im Vergleich zu vor ein paar Jahren aber stark verbessert. Unsere Erzieherin hat nämlich einen eigenen Zuständigkeitsbereich, und im Unterschied zu früher setzen wir Sozialassistenten nicht mehr hohe Erwartungen in sie, die sie nicht erfüllen kann, weil diese Tätigkeit nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt; es kommt aber auch nicht mehr vor, dass sie in unseren Zuständigkeitsbereich eingreift. Jetzt befasst sich die Erzieherin mit der sozialpädagogischen Betreuung von Familien, während die Sozialassistentinnen sich um das Case Management im Allgemeinen kümmern; die Aufgabenbereiche der beiden Berufsgruppen sind somit genau festgelegt."

In anderen Fällen ergeben sich die Unterschiede durch die Fakten, durch Entscheidungen, durch Praktiken, die sich im Laufe der Zeit durchgesetzt haben, oder durch die besonderen Umstände eines Falls:

Diese Bezirksgemeinschaft ist eine der wenigen Stellen, wo die Pädagogen und Erzieher Fallarbeit leisten. (Int. 21)³⁹

In diesem Dienst gibt es Erzieher und Sozialassistenten und zwischen diesen Berufsgruppen gibt es klare Unterschiede. Die Sozialassistenten sorgen für die Beratung, während die Erzieher Erziehungsarbeit leisten. (Int. 151)

Für die Aufteilung der Arbeit zwischen mir (Sozialassistentin) und dem Erzieher gibt es keine schriftlichen Regeln, aber wir haben uns darauf geeinigt, dass der Erzieher sich eher mit den für größere Gruppen konzipierten Projekten befasst, während ich die Fallarbeit verfolge, auch wenn der Erzieher sich dann um die konkrete Umsetzung einiger Maßnahmen innerhalb eines Projekts für einen einzelnen Fall kümmert. Auf jeden Fall übernehme ich fast immer alleine die Bearbeitung eines Falls und die Planung der Maßnahmen usw. (Int. 51)

In unserem Sprengel haben wir einige Sozialassistenten und nur einen Erzieher. Die beiden Aufgabenbereiche sind ganz unterschiedlich; der Erzieher ist eher für das vernetzte Arbeiten, also für die Zusammenarbeit nach außen, mit dem Umfeld, mit der Gesellschaft zuständig. Während wir Sozialassistenten uns mehr mit internen Dingen befassen, unser Arbeitsplatz ist ein Zimmer. (Int. 11)

Aber auch bei anderen Berufsgruppen, vor allem bei einer Zusammenarbeit zwischen mehreren Diensten, gibt es Zweifelsfälle oder gar echte Konflikte bei der Zuweisung der Aufgabenbereiche:

Es kann vorkommen [...], dass die Mitarbeiterinnen des Hauspflegedienstes glauben, dass sie auch Erziehungsarbeit leisten können, wozu sie allerdings nicht in der Lage sind, weshalb es zu Konflikten mit den Erzieherinnen oder den Sozialassistentinnen kommen kann. (Int. 131)

³⁹ In diesem Fall arbeitet die Befragte als Pädagogin und antwortet wie folgt: "Meiner Meinung nach sollte die Aufteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen eher folgendermaßen erfolgen: Die Pädagogen und die Erzieher sollten direkt mit den Kindern arbeiten, während es Aufgabe der Sozialassistenten sein sollte, mit den Erwachsenen zu arbeiten. Wenn die Zuständigkeiten nicht klar abgegrenzt sind, versteht man nicht genau, wo der eigene Kompetenzbereich endet, und so kommt es vor, dass wir Pädagogen in der Fallarbeit in Bereiche vordringen, die eigentlich nur den Sozialassistenten vorbehalten sind."

Interessant ist die Beobachtung, dass im Organisationskonzept eines Dienstes die Aufgabenteilung auf die MitarbeiterInnen mit genau definierten Rollen vorgesehen ist und dass darin auch die heikle Frage des Verhältnisses zwischen Hilfs- und Kontrollfunktionen geklärt wird.

Als [Sozialassistentin] werde ich eher als Kontrollfigur [...] angesehen. Diese Aufgabenteilung innerhalb des Sprengels ist daher oft nützlich, um effektiv arbeiten zu können: Ich bin die Böse, aber es gibt immer noch die Erzieherin, mit der man eine positive Beziehung aufbauen kann und die einem Hilfe anbietet. (Int. 81)

Ideal ist meiner Meinung nach eine Situation, in der man die Arbeit auf zwei Personen aufteilt, vor allem bei den schwierigen Fällen, wo Kontrolle erforderlich ist, wo auch das Jugendgericht involviert ist, dort wäre die Betreuung durch ein Paar, durch einen Mann und eine Frau, besser, um sich in der Rolle des Helfenden und des Kontrollierenden abwechseln zu können. (Int. 51)⁴⁰

Die Neuorganisation der Sozialdienste in Südtirol mit der Einrichtung der Sozialpädagogischen Grundbetreuung hat zweifelsohne beträchtliche Auswirkungen auf die Organisationsmodelle und auf die formelle Definition der Aufgabenbereiche der verschiedenen Berufsgruppen. Die Befragten geben in den Interviews zu erkennen, dass der Prozess noch nicht abgeschlossen ist und dass sie die Schwierigkeiten und die Spannung wahrnehmen, die teilweise noch vorhanden sind:

Der Sozialdienst in Südtirol hat einige Jahre lang nach einem bestimmten Schema gearbeitet, die Sozialassistentinnen sind dieser Kultur verhaftet, der Sprengel versucht nun, eine andere Arbeitsweise einzuführen. Jeder Mitarbeiter bringt die Erfahrung und die Arbeitsweise mit, die er sich in den Jahren angewöhnt hat, ich z.B. komme aus einem Basisdienst und habe meine Berufserfahrung in einem bestimmten Umfeld und unter bestimmten Umständen gesammelt. Die Vernetzung des sozialen und des pädagogischen Bereichs durch neue Berufsbilder wie den Erzieher ist eine vor kurzem eingeführte Neuerung, weshalb sich diese Arbeitsweise erst entwickeln muss. Die Zusammenarbeit muss erst aufgebaut werden, muss sich erst entwickeln. (Int. 391)

Als in diesem traditionsgemäß den Sozialassistenten vorbehaltenen Aufgabenbereich zum ersten Mal die Pädagogen auftraten, kam es zu einer großen Krise unter den Sozialassistenten, die sich fragten, was

⁴⁰ Der Befragte führt als weiteres Argument für seinen Vorschlag die 'Einsamkeit' der MitarbeiterInnen an. (Dieses Thema wird an anderer Stelle noch einmal aufgegriffen.) "Die Belastung durch diese Fälle kann auf diese Art und Weise besser verteilt werden, vor allem kann man sich austauschen, man kann mit jemandem über den Fall sprechen."

die anderen wohl besser machen würden als sie selbst. Dann haben wir im Rahmen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung versucht zu verstehen, wer welche Aufgaben abdecken muss, und haben uns bemüht, eine Arbeitskultur zu entwickeln.[...] Dies wird nun alles erneut in Frage gestellt, denn die Sozialpädagogische Grundbetreuung wurde nun aufgeteilt in die Bereiche Minderjährige und Erwachsene. (Int. 61)

In einem Teil der in den Sprengeln geführten Interviews wird ausdrücklich auf das Case Management als Fachmodell für die Organisation der Betreuungsarbeit verwiesen, von dem man sich mehr Effizienz in der Fallarbeit und in der Gestaltung der Arbeit und der Beziehungen zwischen den verschiedenen MitarbeiterInnen erwartet; diese Hoffnungen wurden teilweise auch bereits erfüllt. In einigen Fällen ist allerdings klar, dass die Anwendung dieser Methode noch auf einige wenige Fälle beschränkt ist und dass dieser Ansatz noch nicht zum Standardmodell für die gesamte Tätigkeit des Dienstes gehört:

Das Case Management wird häufiger bei Miteinbeziehung von sprengelexternen Diensten als bei der Arbeit mit sprengelinternen Diensten angewendet. (Int. 131)

Manchmal bemühen wir uns um ein Case Management, aber ich muss sagen, dass das eher eine Ausnahme ist, vernetzte Arbeitsmethoden sind nicht sehr verbreitet, wir arbeiten eher alleine. (Int. 141)

Auch die traditionelle Teamarbeit wird oft erwähnt und scheint sich ziemlich bewährt zu haben⁴¹ in den verschiedenen öffentlichen und konventionierten Diensten; aber alleine arbeiten zu müssen scheint noch immer das Schicksal vieler MitarbeiterInnen zu sein, eine Notwendigkeit, die die Befragten manchmal belastet.

Man ist alleine und muss oft in kürzester Zeit ohne Rücksprache mit anderen Entscheidungen treffen, denn man sieht sich nur alle zwei Wochen bei den Teambesprechungen. (Int. 301)⁴²

Einsamkeit ist nicht notwendigerweise gleichzusetzen mit Isolierung, aber es gibt Momente im organisatorischen Ablauf und einige Abschnitte im Betreuungsprozess, in denen die Mitwirkung, die Zusammenarbeit mehrerer Akteure den entscheidenden Unterschied ausmachen können. Zu diesen Aspekten gehört auch die Festlegung von Zielen.

⁴¹ Tatsächlich gibt es genügend Befragte, die aussagen, man habe erst vor kurzem mit der Teamarbeit begonnen; es gibt auch Beispiele, in denen die Teamarbeit auf einige wenige Fälle beschränkt wird. "Wir sehen uns regelmäßig im Team, aber selten zur Fallbesprechung, das machen wir nur bei den schweren Fällen, sonst geht nichts weiter". (Int. 141)

⁴² Die befragte Person bezieht sich in diesem Fall auf die Arbeit der ErzieherInnen in betreuten Wohnungen.

5. Festlegung von Zielen

In den Interviews haben wir uns eingehend mit diesem Aspekt auseinandergesetzt, um eine konkrete Rekonstruktion der Arbeit der Befragten zu ermöglichen und um diesen auf jeden Fall kritischen Abschnitt des Betreuungsprozesses näher zu beleuchten. Auch in diesem Fall gibt es unterschiedliche Methoden für die Festlegung von Zielen und Prioritäten, außerdem variiert auch die Bedeutung, die diesen Entscheidungen beigemessen wird, von Dienst zu Dienst.

In einigen Interviews wird wieder das Thema "Einsamkeit" des Mitarbeiters während dieses besonders anspruchsvollen Verfahrensabschnitts angesprochen:

Der Sozialassistent, der in unserem Sprengel das Betreuungskonzept ausarbeitet, hat keine Möglichkeit zur Rücksprache mit den Vertretern der anderen Berufsgruppen. Er muss das alleine machen. (Int. 181)

In anderen Interviews wird die kollegiale Entscheidungsfindung betont; diese Vorgangsweise hängt hauptsächlich mit der Art der Fallbearbeitung zusammen, die auf der Zusammenarbeit von mehreren MitarbeiterInnen desselben Dienstes (Vernetzung der Berufsgruppen) oder auf der Kooperation von verschiedenen Diensten (organisatorische Vernetzung) basiert:

Ich versuche immer, auch die anderen Mitglieder unseres Netzwerkes in die Definition der Zielsetzungen miteinzubeziehen. Aufgrund der spezifischen Situation, mit der ich es zu tun habe, werden die betroffenen Dienste miteinbezogen, praktisch arbeiten wir nie allein, sondern innerhalb eines Netzwerkes, weshalb die Ziele einer Maßnahme immer zusammen mit den anderen festgelegt werden. (Int. 41)

Bekanntlich gehören die Fachkompetenz, das Wertesystem, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation neben anderen Aspekten zu jenen Faktoren, die die Wahrnehmung von Bedürfnissen, die Vorliebe für eine bestimmte Methode und die Bewertung der Erfolgsaussichten usw. entscheidend beeinflussen. Die verschiedenen mit der Zieldefinition befassten Akteure vertreten dabei unter Umständen unterschiedliche Standpunkte und gegensätzliche Meinungen. Das ist für einige Befragte ziemlich natürlich und bereitet ihnen keine Schwierigkeiten:

Dieses Problem [der unterschiedlichen Auslegung der Bedürfnisse durch die verschiedenen Berufsgruppen] besteht tatsächlich. Vieles hängt von der eigenen Ausbildung und der der anderen ab. (Int. 11)

Bei der Formulierung der Ziele können Konflikte auftreten, aber es gibt nie wirklich krasse Gegensätze, bisher haben wir uns immer geeinigt. (Int. 231)

In anderen Fällen hingegen sind die Gegensätze so stark, dass der Verdacht nahe liegt, dass sie zu einer radikalen Änderung der Arbeitsweise geführt haben, um die scheinbar unüberwindlichen Konflikte zu vermeiden: :

Jeder Mitarbeiter bestimmt seine Ziele für sich [...], manchmal gibt es auch Konflikte zwischen den Mitarbeitern bei der Bedarfsermittlung, aber jetzt nicht mehr, denn die Übernahme eines Falls durch den Dienst erfolgt nun nicht mehr gemeinsam durch den Sozialassistenten und die Erzieher. (Int. 121)

Einige für die Zieldefinition nützliche Instrumente werden mit Absicht so eingesetzt, dass das Konfliktpotential zwischen den Entscheidungsträgern und der freie Ermessensspielraum eingeschränkt werden:

Die schwierigsten, komplexen Fälle werden von einem multidisziplinären Team begleitet, das aus Vertretern verschiedener Berufsgruppen besteht. Wir haben eigene Instrumente zur Bedarfserhebung, Raster mit Tabellen und Indikatoren, die uns als Richtlinie bei der Festlegung der Ziele dienen. Wir wenden eine Methode an, bei der das Projekt, der Eingriffsbereich, die Anfangsanalyse, das Endziel [...] genau definiert werden; nach der Genehmigung des Bewertungsrasters wird die Arbeit fortgesetzt, ohne dass man jedes Mal die Instrumente und Kriterien für die Zielformulierung in Frage stellen muss. (Int. 191)⁴³

Der Grad der "Wissenschaftlichkeit" einiger Methoden scheint manchmal sehr hoch, auch wenn die "Rationalität" der daraus resultierenden Entscheidungen oft mehr Schein als Wirklichkeit ist.

Wir bewerten die Machbarkeit und die Bedeutung des Ziels [...], diese Ziele werden mit 0 bis 5 - sowohl was die Bedeutung als auch was die Machbarkeit anbelangt - bewertet. Nach der Berechnung der algebraischen Summen fahren wir mit den konkreteren Zielen fort. (Int. 341)⁴⁴

Das Problem liegt nach Ansicht von einigen Befragten noch vor der Festlegung der Ziele; in manchen Fällen fehlt nämlich jegliche Bedarfsanalyse:

Es fehlen klare, genau definierte Kriterien für den Begriff Bedarf. Die Bedarfsbewertung erfolgt daher ohne wissenschaftliche Grundlagen. (Int. 201)

⁴³ Die Befragte fügt ziemlich pragmatisch hinzu: "Wir wenden diese Methode mit der erforderlichen Flexibilität an."

⁴⁴ Das Problem sind die Kriterien, mit denen die Ziele unterschiedlich gewichtet werden und die uns ganz und gar subjektiv erscheinen. Bleibt die Tatsache, dass die Entscheidungen nicht nur auf der Anwendung des (im Übrigen) vagen Kriteriums der Wichtigkeit basieren können; in der Tat führt der Befragte im Interview weiter aus: "Manchmal können wir uns um die Ziele, die uns am wichtigsten erscheinen, nicht sofort kümmern."

Unabhängig von der mehr oder weniger starken Formalisierung der Verfahren, die für die Prüfung von Bedarf und Nachfrage und für die Zieldefinition vorgesehen werden, gehört das schriftliche Festhalten der Entscheidungen zu den vielleicht banalen, aber durchaus sehr konkreten Merkmalen des Arbeitsstils. Es ist nämlich gar nicht selbstverständlich, dass die vereinbarten Ziele auch schriftlich aufgezeichnet werden:

Die Ziele können von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein, denn jeder Fall präsentiert sich anders. Ein schriftliches Dokument der Ziele wird nur bei einer Pflegeanvertrauung an Familienangehörige oder bei Überweisungen in Heime angefertigt; in den anderen Fällen sprechen wir gelegentlich unter uns über den Fall. (Int. 141)

Die Ziele hängen jeweils vom Fall ab und werden zusammen mit meinen Kollegen festgelegt [...], aber nicht immer werden die Ziele auch schriftlich festgehalten, während der Rest der Arbeit immer mit Dokumenten belegt wird. (Int. 21)⁴⁵

Aus verschiedenen Gründen, auf die wir zum Teil noch zurückkommen werden, kommt es auch vor, dass für bestimmte Maßnahmen nicht einmal ausdrücklich Zielsetzungen festgelegt werden:

Die Festlegung von Zielen ist derzeit noch Ermessenssache und wird dem einzelnen Mitarbeiter überlassen, der im Übrigen diese Zielvorgaben nicht in einer später überprüfbaren Form festhalten muss. (Int. 201)⁴⁶

Die schriftliche Festlegung der Ziele wäre sicher wünschenswert, um auch mit mehr System zu arbeiten. In der Tat gibt es verschiedene Verfahren für die Zieldefinition [...], diese ergeben sich auch manchmal aus der täglichen Arbeit. (Int. 51)

Es gibt Ziele, die uns vom Gesetz vorgeschrieben werden, und das sind die langfristigen Ziele, aber dann gibt es auch kurzfristige Ziele, die ich zusammen mit anderen Diensten und mit den Eltern bestimme. Diese Ziele werden dann auch schriftlich festgehalten, es wird ein Zeitrahmen beschlossen, in dem die verschiedenen Maßnahmen durchgeführt werden. Selbstverständlich können wir in der Sozialarbeit nicht alles vorweg planen, aber wichtig sind klare Richtlinien. (Int. 101)

⁴⁵ Die schriftliche Aufzeichnung der Entscheidung ist selbstverständlich eine empfehlenswerte Praxis bei problematischen Beziehungen, wie sie eben zwischen den Mitarbeitern des Sozialbereichs und den Betreuten bestehen: "Alles schriftlich niederschreiben und die Unterlagen über den gesamten Prozess aufzuwahren, ist nicht zuletzt für unseren eigenen Schutz wichtig." (Int. 101)

⁴⁶ Der Befragte fährt fort und äußert sich negativ über die Qualität der Ziele (und somit über die Qualität der Maßnahmen) der Mitarbeiter des Dienstes, den er leitet: "In dieser Phase habe ich den Eindruck, dass man sich mehr um eine rasche Bearbeitung von dringenden Fällen als um die Festlegung von Zielen bemüht."

Ich glaube, dass die Formulierung von klaren Zielen nicht gerade unsere Stärke ist. Unsere Arbeit ist aber auch so gestaltet, dass eine echte Definition des Problems erst nach längerer Zeit möglich ist, erst dann wenn ich die Situation gründlich kenne, kann ich wirklich alles erkennen, was nicht funktioniert, auch das, was zu Beginn in Ordnung zu sein schien. Mit der Zeit sammeln wir viele Informationen, der Arbeitsansatz kann gegenüber dem ursprünglichen Konzept geändert werden, wir brauchen daher manchmal viel Zeit, um das Ziel einer Maßnahme genau zu definieren. (Int. 31)

Bevor die Diskussion dieser Frage abgeschlossen wird, wollen wir die Bedeutung des in diesem Abschnitt verwendeten Begriffs "Projekt" erläutern; in diesem Kontext versteht man darunter nur Betreuungsprojekte, Maßnahmen für einzelne Fälle. Wie wir im Abschnitt über den Abschluss der Maßnahmen noch näher erläutern werden, beschränkt sich die Projektarbeit nur auf diese Ebene und wirkt sich – abgesehen von einigen Ausnahmen - nicht auf die Organisations- oder Systemebene aus; wir wollen damit nicht behaupten, dass die befragten Personen nicht in die Planung von Maßnahmen einbezogen werden, die für die Gemeinschaft, für die gesamte Klientel oder für den Dienst als Gesamtheit bestimmt sind. Wir stellen nur fest, dass die Planungsdiskussion selten über die Ebene der einzelnen Mitarbeiter (oder des Teams) und der einzelnen Fälle hinausgeht.

Die Zieldefinition ist ein kritischer Moment, ein für die Tätigkeit der Dienste maßgeblicher Aspekt; für die Zwecke dieser Untersuchung ist aber auch der Zeitpunkt der Beendigung eines Betreuungsverhältnisses von besonderer Bedeutung. Hier handelt es sich um einen weiteren Entscheidungsprozess, dessen Analyse Aufschluss über einige Besonderheiten der konkreten Arbeitsweise der Dienste geben kann.

6. Abschluss der Betreuungsmaßnahmen

In der Frage der Beendigung der Betreuungsmaßnahmen wollten wir nicht auf die Effektivität der Maßnahmen eingehen, sondern – wie oben erwähnt – die Befragten zum Nachdenken über einen für ihre konkrete Arbeitsweise wichtigen und klar definierten Verfahrensabschnitt anregen.

Nach Aussage einiger Befragter muss zunächst zwischen der Beendigung des Betreuungsverhältnisses und der Überwindung oder der Lösung des Problems unterschieden werden, das ursächlich zur Anwendung einer Betreuungsmaßnahme geführt hatte. Hier handelt es sich nicht nur um eine begriffliche Unterscheidung, sondern um einen wesentlichen Unterschied, denn alle (oder fast alle) Betreuungsverhältnisse enden irgendwann, wohingegen die Probleme viel seltener verschwinden.

Man muss zunächst zwischen einer echten Lösung eines Problems und der Beendigung des Betreuungsverhältnisses unterscheiden. [...] ich kann schwer beurteilen, ob in den letzten Jahren Fälle tatsächlich gelöst wurden, ehrlich gesagt fällt mir keiner ein. (Int. 91)

Der Abschluss eines Falls kommt fast nie vor, das geschieht dann, wenn eine Familie umzieht und somit an den Sozialdienst des neuen Wohnortes verwiesen wird; ein Fall wird geschlossen, wenn die Familie sich nicht mehr blicken lässt, aber ein echter Abschluss eines Falls, bei dem sich alle einig sind, das ist eher die Ausnahme. (Int. 31)

Warum dieser Unterscheidung in diesem Bereich so viel Bedeutung beigemessen wird, ist verständlich; da es sich um in der Jugendhilfe tätige Dienste handelt, stellt sich die Frage der "Übergabe eines Falles an einen Dienst für Erwachsene" und die Frage der "Kontinuität" im Betreuungsprozess, auch wenn mit Erreichen der Volljährigkeit die Betreuung nicht automatisch endet und danach der betreute Jugendliche nicht zwangsläufig entlassen werden muss⁴⁷. Aber es ist nicht nur das; die Probleme, die Situationen, mit denen man sich in diesem Bereich auseinandersetzen muss, sind oft so gestaltet, dass die volle, endgültige Überwindung des Problems oft unwahrscheinlich ist:

Der Fall endet für uns, wenn der Jugendliche 18 Jahre alt wird, aber es besteht auch die Möglichkeit, dass er je nach Stand der Finanzmittel im Rahmen des Jahresprogramms für Kinder- und Jugendbetreuung auch noch darüber hinaus betreut wird. (Int.241)⁴⁸

Der Standardgrund für die Auflösung des Betreuungsverhältnisses ist die Volljährigkeit. Für mich kann der Fall auch abgeschlossen sein, aber nach einiger Zeit tritt die Situation wieder auf, es lässt sich daher nicht leicht sagen, wann ein Fall tatsächlich abgeschlossen ist. (Int. 51)

Dies [der Abschluss eines Falls] kommt praktisch überhaupt nicht vor, außer dann, wenn die Jugendlichen volljährig werden. (Int. 21)

Die Fälle sind nie abgeschlossen, außer dann, wenn die Jugendlichen volljährig werden. Wir machen immer Projekte mit einer Laufzeit von zwei bis drei Jahren, schlussendlich dauern sie aber immer länger. (Int. 141)

⁴⁷ Nur in einem Interview mit einem Mitarbeiter einer konventionierten Einrichtung wurde diese Frage ganz eindeutig beantwortet. "Früher einmal sagte man, sobald der Jugendliche seinen Wehrdienst absolviert, sind wir nicht mehr verpflichtet, uns um ihn zu kümmern; dann hieß es, sobald er 18 Jahre alt ist, zahlt der Sozialdienst nicht mehr für ihn und damit ist für uns der Fall abgeschlossen". (Int. 231)

⁴⁸ Der Befragte, der in einer Wohngemeinschaft arbeitet, fährt fort und nennt weitere Gründe für die Auflösung eines Betreuungsverhältnisses, so etwa die Überweisung an eine andere Einrichtung seiner Organisation, aber auch die Erreichung der Ziele.

Den Befragten ist durchaus bewusst, dass sie mit äußerst komplexen Situationen konfrontiert werden, in denen eine vollständige, definitive Lösung eher unwahrscheinlich ist, daher werden Teilziele formuliert, so dass der Sozialarbeit eine andere Bedeutung beigemessen wird:

Ziel ist die Selbständigkeit, aber bis dort hin sind viele kleine Teilziele zu erreichen [...], auch wenn Zwischenziele erreicht wurden, kann man sagen, dass das Problem gelöst wurde. Sicher, ein Fall endet nie, er entwickelt sich ein Leben lang weiter, aber die Ziele sind keine unerreichbaren Grenzen, man muss konkrete Ziele festsetzen, die für das Kind und die Familie erreichbar sind. (Int. 181)

Der im oben stehenden Absatz geäußerte Standpunkt klingt zwar "vernünftig" und pragmatisch, aber es besteht die Gefahr, dass sich dahinter eine Einstellung verbirgt, die mehr oder weniger bewusst und absichtlich die (von einigen Soziologen vorgegebene) Definition bekräftigt, wonach die Zielsetzungen der Sozialorganisationen und ihrer Akteure als abstraktes Machwerk angesehen werden, das unter anderem dazu dient, im Nachhinein die getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen zur rechtfertigen:

Das kommt darauf an ... es fällt schwer von der Lösung eines Problems zu sprechen [...]. Es hängt auch von den Zielen ab, die jemand sich setzt. (Int. 191)

Abgesehen von den seltenen Fällen, in denen das Problem mehr oder weniger effektiv gelöst wird, gibt es auch andere Umstände, unter denen das Betreuungsverhältnis beendet wird. Der Kontakt zum Dienst kann unter mehr oder weniger konfliktbehafteten Umständen von den Betreuten selbst abgebrochen werden.

Zum Teil sind es die Betreuten selbst, die beschließen, dass ihr Problem gelöst ist, dies geschieht in den Fällen, in denen man sich über die Ziele einig ist. (Int. 81)

Fälle werden – auch nur zeitweilig – geschlossen, wenn die emotionale Situation keine Therapie erlaubt, [...] dies müssen wir respektieren; dann kommt es vor, dass die Leute nach einiger Zeit, wenn für sie der richtige Zeitpunkt gekommen ist, wieder zurückkommen. (Int. 351)⁴⁹

Der Fall gilt als abgeschlossen [...], wenn wir eine Zeitlang nichts mehr hören. In diesem Fall halten wir die Falldokumentation noch sechs Monate lang offen, und in dieser Zeit versuchen wir, mit den Betreuten Kontakt aufzunehmen, aber danach wird der Fall archiviert. (Int. 131)⁵⁰

⁴⁹ Man muss festhalten, dass der Befragte sich auf die Leistungen der Familienberatungsstelle bezieht, an die sich die Leistungsempfänger freiwillig, aus freier Entscheidung, wenden.

⁵⁰ In anderen Interviews ist von Problemen die Rede, die auch nach der Beendigung des Betreuungsverhältnisses immer noch latent vorhanden sind, aber offensichtlich in einer anderen Form als sie hier für die Festlegung der Frist maßgeblich ist, ab der ein Fall vom Dienst nicht mehr bearbeitet wird.

Es kommt anscheinend nur selten vor, dass die MitarbeiterInnen die Unterbrechung des Verhältnisses vor Erreichung der festgesetzten Ziele beschließen, weil die Umstände für die Fortsetzung der Maßnahmen nicht mehr gegeben sind; manchmal wird diese Möglichkeit angedeutet, aber nur in einem Interview (mit einem Koordinator einer Wohneinrichtung) wird dies ausdrücklich erwähnt:

Ein weiterer Grund für die Schließung eines Falls liegt vor, wenn der Jugendliche keine Motivation mehr zeigt; unter diesen Umständen kann keine Therapie durchgeführt werden. (Int. 351)⁵¹

Es gibt aber auch Situationen, in denen wir beschließen, Jugendliche raus zu werfen, es gibt Umstände, unter denen diese Entscheidung erforderlich ist, um sowohl die anderen Jugendlichen als auch meine Mitarbeiter zu schützen. Diese drastischen Entscheidungen treffe ich, dafür übernehme ich auch die volle Verantwortung. [...] Dies kommt nicht oft vor, im Gegenteil, ganz selten, und ich übernehme die Verantwortung dafür und ich bin mir natürlich bewusst, mit welchen Risiken diese Entscheidung für die künftige Entwicklung des Jugendlichen verbunden ist. (Int. 231)

Die Überweisung an andere Dienste, ein formell beschlossener Wechsel zu einem anderen Dienst (und tendenziell auch zu einer anderen Leistungsart) scheint nicht sehr häufig vorzukommen. In einigen Interviews spricht man ziemlich offen von dieser Möglichkeit, falls von Anfang an klar ist, dass die Bedürfnisse im betreffenden Fall von einem anderen Dienst erfüllt werden können. In den Interviews in den stationären und teilstationären Einrichtungen wird erwähnt, dass für einige Fälle ein mittel- bis langfristiges Betreuungskonzept ausgearbeitet wird, das diverse Phasen und den Wechsel von einem Dienst zu einem anderen vorsieht, um der Weiterentwicklung der Situation Rechnung zu tragen. Diese Form der Betreuungsplanung kann auch für Fälle von Pflegeanvertraung vorgesehen sein. In den meisten Fällen wird allerdings der gesamte Betreuungsprozess innerhalb eines einzigen Dienstes abgewickelt, wobei im Laufe der Zeit mehr oder weniger differenzierte Ressourcen eingesetzt werden. Eher unklar ist - wie bereits festgestellt - wie die Dienste vorgehen, sobald die Jugendlichen volljährig werden, und wie und von wem in der Folge, wenn auch nicht unmittelbar automatisch die Beendigung des Betreuungsverhältnisses veranlasst wird. Ausgehend von einem klassischen Bewertungskriterium könnte man anhand der Aussagen in den Interviews behaupten, dass es nicht klar ist, ob und inwieweit das System (mit seiner Politik und mit seiner Form der Vernetzung des Leistungsangebots) die "Kontinuität der Betreuung" garantiert; darunter versteht man die ausreichende Verknüpfung der verschiedenen Abschnitte des Systems, die die Betreuten - je nach dem, wie sich ihr Problemfall entwickelt und wie sich ihr Leben in den einzelnen Phasen verändert - durchlaufen sollten.

⁵¹ Man muss festhalten, dass der Befragte sich auf die Leistungen der Familienberatungsstelle bezieht, an die sich die Leistungsempfänger freiwillig, aus freier Entscheidung, wenden.

⁵² In einigen Interviews wird z.B. die Altersgrenze auf 21 Jahre festgelegt, in anderen wird auf die gesetzlichen Bestimmungen verwiesen, die in einigen Fällen eine Fortsetzung der Maßnahme über die Volljährigkeit hinaus vorsehen.

7. Praktiken der Ergebnisevaluation

Das Thema der Qualitätsbewertung ist äußerst komplex; die Bedeutung dieses Begriffes, der genaue Anwendungsbereich, aber auch die verschiedenen technischen Möglichkeiten, die Methoden, die seit einiger Zeit nun auch für die Evaluation in der Sozialarbeit angewendet werden, sind daher Gegenstand ausführlicher und gründlicher Diskussionen. Es wäre müßig, hier die Inhalte dieser Debatte zu wiederholen; wir beschränken uns daher auf den Hinweis, dass die Anwendung der traditionellen Methoden der Qualitätsevaluation auf die Arbeit und Leistungen im Sozialbereich, die hauptsächlich auf Beziehungsaspekten beruhen, sehr komplex (und umstritten) ist⁵³. Darüber hinaus darf man auf keinen Fall vergessen, dass eine Qualitätsbeurteilung in diesem Bereich immer vage ist, zumal die Urteile von verschiedenen "Richtern" gefällt werden, die sich wiederum auf Standpunkte, Präferenzen und Interessen berufen, die zwangsläufig sehr unterschiedlich sind.

In den Interviews wurde dieses Thema auch im Rahmen der Rekonstruktion der konkreten Arbeitsabläufe behandelt, um festzustellen, wie und ob für die verschiedenen Situationen gleichbleibende Qualitätsbewertungsmethoden entwickelt wurden. Die Qualitätswahrnehmung durch die Befragten war nicht der eigentliche Gegenstand des Interviews; indirekt wurde diese Wahrnehmung im folgenden Abschnitt 9 erfasst, in dem die Befragten sich zum Image der verschiedenen Einrichtungen äußerten.

Aufgrund der Aussagen in den Interviews kann man nicht auf echte Evaluationsmethoden schließen; allgemein hat man den Eindruck, dass die Bedeutung und Notwendigkeit einer Qualitätsevaluation von vielen MitarbeiterInnen erkannt wird. Diese Erkenntnis führt aber zur Anwendung von Praktiken, die oft an die traditionellen, "intuitiven" oder informellen Kontrollmethoden erinnern und meist kein fachlich adäquates Qualitätsniveau erreichen. Scheinbar überwiegen spontane, nicht systematische Methoden mit der Gefahr einer unsachlichen Selbstbeurteilung. Mit der Wiedergabe einiger Interviewantworten sollen die mehr oder weniger impliziten Kriterien aufgezeigt werden, die den Bewertungen zugrunde liegen, gleichzeitig sollen aber auch die Schwierigkeiten nachgewiesen werden, die kaum eine andere Vorgangsweise ermöglichen.

Zunächst darf man nicht übersehen, dass einige Befragte in aller Offenheit zugeben, dass überhaupt keine Evaluation vorgenommen wird. Dieser Umstand wird auf die fehlende Zeit, aber auch auf fehlende Instrumente zurückgeführt.

Es gibt keine Bewertung der Fälle mehr, wir haben keine Zeit mehr, früher haben wir das gemacht, aber jetzt wird wenig Wert auf die Bewertung der Erreichung der Ziele gelegt, das wäre aber sehr wich-

⁵³ Getrennt zu behandeln wären natürlich alle in diesem Bereich angebotenen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen, bei denen die "materielle" Komponente (aber gleichzeitig auch der Beziehungsaspekt) dieser Leistungen im Vergleich zu anderen Anwendungsbereichen wahrscheinlich einige Besonderheiten mit sich bringt. In dieser Arbeit wurde aber der Aspekt der finanziellen Leistungen für die Familien nur beiläufig (und in hinlänglich bekannter und erwarteter Form) erwähnt.

tig. Die Bewertung erfolgt nur individuell, es gibt keine Instrumente oder Methoden, jeder Mitarbeiter geht nach Gutdünken vor. (Int. 121)

Ich mache keine Schlussbewertung meiner Arbeit, wir haben gar keine Instrumente dafür. (Int. 51)

Eigentlich machen wir keine Bewertung, wir haben keine richtige Methode, wir haben keine grundlegenden Kriterien, auf die wir uns beziehen können, wir haben nicht einmal die Instrumente dafür. (Int. 131)

Einige Befragte geben auch ganz offen zu, dass sie kein Interesse an einer Bewertung haben, da dies als unnütze Verschwendung von Zeit und finanziellen Mitteln angesehen wird.

Ich muss zugeben, dass wir uns damit noch nicht besonders befasst haben, denn wir arbeiten mehr im Bereich der Prävention, daher erscheint uns die Evaluation nicht besonders wichtig. Weiters bringt so eine Bewertung meiner Ansicht nach nur noch mehr Bürokratie, wir haben ohnehin wenig Geld und Zeit, daher bringt die Bewertung meiner Meinung nach keinen Nutzen. (Int. 371)⁵⁴

In anderen Interviews erzählen die Befragten mehr oder weniger überzeugt von einer informellen Bewertung, von einer Art Selbstbetrachtung ohne besondere Struktur, die die einzelnen MitarbeiterInnen einzeln oder gemeinsam im Team durchführen und die mehr oder weniger explizit mit einer Supervision verbunden ist.

Es gibt kein standardisiertes Verfahren, es gibt keine schriftlichen Dokumente. Für meine Fälle, die ich in X betreue, mache ich die Bewertung für mich oder ich nehme die Fälle mit in die Supervision. (Int. 21)

Die Bewertung ist "hausgemacht", es fehlt der Vergleich, wir haben keine spezifischen Instrumente für die Evaluation. Die Bewertung ist die Kehrseite, die wir im Verhalten des Kindes feststellen. Es gibt Fälle, in denen die Arbeit zusammen mit anderen Diensten durchgeführt wurde, damals wurde die Bewertung gemeinsam durchgeführt, aber nur mündlich, nicht schriftlich. (Int. 181)

Die Bewertung unserer Arbeit machen wir unter uns bei der Supervision oder im Rahmen von Fallbesprechungen in den Teamsitzungen. Die Bewertung erfolgt informell, manchmal auch sehr emotional [...]. Ja wir versuchen zu verstehen, was in einem Fall gemacht oder nicht gemacht wurde, das wird aber alles individuell gemacht. (Int. 301)⁵⁵

⁵⁴ Die Befragte leitet eine Familienberatungsstelle.

⁵⁵ Der Befragte, der in einer Wohneinrichtung arbeitet, führt folgendes Beispiel für eine emotionale Bewertung an: "Ein Erzieher erlebt es als persönliches Versagen, wenn ein Jugendlicher vor der Zeit geht."

Es gibt kein vorab festgelegtes Verfahren, wir treffen uns in regelmäßigen Abständen mit den Betreuten, um den Verlauf einer Maßnahme zu prüfen usw., das Ergebnis dieser Treffen wird schriftlich festgehalten. (Int. 101)

In anderen Interviews erwähnen die Befragten Fragebogen, tägliche Aufzeichnungen und andere mehr oder weniger unvollständige Teilinstrumente oder Versuche, eine systematische Erhebung einiger Qualitätsaspekte durch die Kombination verschiedener Ansätze und Techniken durchzuführen:

Wir haben Indikatoren, Tabellen, wo wir die bisherige Entwicklung, die erreichten Ziele überprüfen. Wir haben monatliche Treffen mit dem Sozialassistenten, auch Gespräche mit den Jugendlichen selbst, bei denen wir eine Standortbestimmung vornehmen. (Int. 291)⁵⁶

Einige Befragte sind sich der Grenzen ihrer Bewertungsmethoden bewusst, erklären aber, dass man sich weiterhin um eine stärkere Formalisierung dieser Praktiken und um die Entwicklung einer systematischen und zuverlässigen Methode bemühe.

Es gibt auch Grenzen, unsere Bewertung entspricht vielleicht nicht immer Standards und Kriterien, die von allen für gut befunden werden, oft fehlt uns auch ganz einfach die Zeit für eine Bewertung. Wir arbeiten aber im Rahmen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung an einer Art Leitfaden, in dem die Bewertungskriterien schriftlich festgehalten werden sollen, die bisher nur mündlich abgesprochen worden waren. (Int. 71)⁵⁷

Die Befragten vermischen in ihren Antworten auf die Frage nach etwaigen Evaluationsmethoden anscheinend die Bewertung der Qualität der Fallarbeit einerseits und die Angaben zur Arbeitsweise des Dienstes, also zur Erreichung von umfassenderen Organisationszielen andererseits. Diese "Vermischung" hängt nicht unbedingt mit der Funktion der Befragten zusammen: Hinweise auf eine solche Vermischung gibt es auch in den Interviews mit den Leitern der Dienste, auch wenn in manchen dieser Gespräche ein stärker strukturierter Managementstil erkennbar wird.

Wir nehmen verschiedene Bewertungen vor: Auf Sprengelebene haben wir ein detailliertes Jahresprogramm für jeden Bereich, zum Jahresende wird bei Erstellung des Jahresberichts überprüft, ob und wie das Programm erfüllt wurde, ob die Vorgaben umgesetzt wurden. Dann gibt es eine vergleichende Bewertung zwischen den drei

⁵⁶ Der Hinweis auf den Sozialassistenten in dieser Antwort erklärt sich durch die Tatsache, dass es sich um eine konventionierte Einrichtung handelt.

⁵⁷ Im Interview heißt es weiter, dass eine gute Qualität der Beziehungen innerhalb des Dienstes eine wichtige Voraussetzung für die Erfolgsaussichten einer systematischen Qualitätsevaluation sei. *"Diese Arbeit geht gut voran, weil wir ein gutes Arbeitsklima haben, daher können wir Kolleginnen unter uns bei der Festlegung dieser Kriterien und Standards auf eine gute Basis vertrauen.*

Sprengeln der Bezirksgemeinschaft [...]. Für die Bewertung in meinem Sprengel sehe ich regelmäßige Gespräche mit jedem Mitarbeiter vor, um die Erreichung der zu Jahresbeginn festgesetzten Ziele zu prüfen. Wir bewerten auch, inwieweit die für die einzelnen Fälle gesetzten Ziele erreicht wurden. Dieses Verfahren wird nicht nur von mir angewendet, sondern gilt für alle drei Sprengel unserer Bezirksgemeinschaft. (Int. 91)

Wir haben auch ein Prämiensystem, es gibt daher auch ein Bewertungssystem in diesem Sinne: Wir beurteilen die Mitarbeiter anhand von Standardfähigkeiten, die mehr oder weniger zufrieden stellend sein können, z.B. Organisationsvermögen, Beharrlichkeit [...]. Bei uns gibt es keine Bewertung des Dienstes als solches, wir bewerten nur die Arbeit der einzelnen Mitarbeiter. (Int. 201)

Es gibt anscheinend keinen Unterschied zwischen dem Qualitätsansatz der öffentlichen Einrichtungen und dem der privaten Einrichtungen; bei privaten Einrichtungen kann die Einhaltung von "Vertragspflichten" dazu führen, dass formelle Kontrollen durchgeführt werden, die allerdings in vager Form an eine "echte" Bewertung der Qualität der Ergebnisse und der Betreuungsprozesse gekoppelt sind.

Wir haben auch eine detaillierte Dokumentation über den ganzen Prozess und die Bewertungssitzungen mit den Sozialdiensten, es handelt sich aber um qualitative Gespräche, für die es keine systematische Vorgangsweise gibt. (Int. 231)

Wie bereits erwähnt, ging es in den Gesprächen um das Problem der Qualitätsevaluation in den Diensten, nicht um das von ihnen erreichte Qualitätsniveau. In den Interviews haben wir aber auch die Faktoren angesprochen, die als Hemmnis für die Erreichung der festgesetzten Ziele und von besseren Ergebnissen angesehen werden.

8. Wahrnehmung von Hemmnissen, die die Erreichung der angestrebten Ergebnisse und den optimalen Betrieb der Dienste beeinträchtigen

Man muss vorausschicken, dass man in den Interviews allgemein den Eindruck gewinnt, dass das System der Sozialdienste durch keine besonderen Mängel beeinträchtigt wird. Weder hinsichtlich der Ressourcenausstattung noch hinsichtlich der Beziehungen innerhalb der Organisationen und der Organisationen untereinander können schwerwiegende soziale Schwierigkeiten festgestellt werden. Weiters wird öfters

darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahren Probleme gelöst oder wesentlich entschärft wurden; dies gilt vor allem für die Bereitstellung von Ressourcen und deren Qualität⁵⁸. Das bedeutet nicht, dass nicht auch kritische Aspekte genannt werden, die zumindest die volle Ausschöpfung des Potentials des Systems insgesamt und der einzelnen Teile einschränken. Wir werden nun versuchen, die verschiedenen Schwierigkeiten aufzuzeigen, die von den Befragten angegeben werden.

An erster Stelle werden wir die Schwierigkeiten behandeln, die infolge mangelnder Ressourcen und infolge von praktischen und konkreten Mängeln in der Sozialarbeit in diesem Bereich auftreten. Wie bereits erwähnt, werden fehlende finanzielle und personelle Ressourcen nur selten beanstandet, trotzdem gibt es auch einige kritische Anmerkungen:

Unser größtes Problem ist sicher der Geldmangel und somit das fehlende Personal. (Int. 381)

Zum ersten Mal haben wir nun in diesem Dienst eine Warteliste, aber auch andere haben eine solche Liste [...]. Unsere Situation ist besonders problematisch, es fehlt an Personal, sonst müsste man nicht so lange warten. (Int. 151)

Unser Dienst hat nicht ausreichend Ressourcen, wir bräuchten mehr Personal, wir sind alle sehr überlastet. (Int. 71)

Im zuletzt angeführten Interview wird der Personalmangel mit der Warteliste in Verbindung gebracht, die die Festlegung einer Rangordnung nach bestimmten Kriterien erfordert und somit weitere Probleme bereitet. Diese Schwierigkeit wird auch in anderen Interviews angesprochen, in denen auf andere Gefahren einer nicht effektiven Regelung des Zugangs zu den Leistungen hingewiesen wird.

Wir haben eine Warteliste, manchmal gibt es aber Schwierigkeiten, vor allem bei Personalmangel. In diesen Situationen könnte man sich besser organisieren, wenn es Prioritäten gäbe, aber wenn man mitten in einem Fall steckt, fällt es schwer zu sagen: gut, diesen Fall lass ich jetzt liegen, es gibt andere wichtigere Situationen, dann muss man auch zugeben, dass wir uns hauptsächlich um die Fälle kümmern, die sich am meisten beklagen. (Int. 61)⁵⁹

⁵⁸ In einem Interview heißt es z.B., dass "es Zeiten gab, in denen wir viel zu viel Arbeit und zu wenig Personal hatten, damals wäre eine Warteliste notwendig gewesen, aber wir hatten keine. Derzeit sind wir in einer wirklich glücklichen Lage, wir haben ausreichend Personal, es gibt absolut keine Wartezeiten. (Int. 131)

⁵⁹ An anderer Stelle im Interview werden die Schwierigkeiten bei der Anwendung von formalen Kriterien für die Erstellung der Randordnung genannt: "Je mehr Probleme sie dir bereiten, je mehr Druck manche Betreute auf dich ausüben, um so schwieriger wird es, sie zu ignorieren und statt dessen festgesetzte Auswahlkriterien anzuwenden".

Manchmal beanstanden die Befragten Mängel, wollen damit aber eigentlich die Entscheidungen der Landesverwaltung, z.B. die Ausgaben für Bauten oder die Beschränkungen für die Aufnahme in Wohngemeinschaften, kritisieren; dabei geht es also mehr um eine Kritik an der Zweckbestimmung der Mittel als am Umfang der Ressourcen.

Ein weiteres Hindernis im Hinblick auf die Erreichung der Ziele sind auch die Geldmittel, es wird viel Geld für neue Sprengleinrichtungen ausgegeben, aber jede Unterbringung eines Jugendlichen in einer sozialpädagogischen Gemeinschaft ist ungeheuer aufwendig und mit vielen Diskussionen verbunden. (Int. 51)⁶⁰

Das wichtigste Hindernis ist der Personalmangel. Was ich mir am meisten wünsche sind weniger Investitionen in Einrichtungen und mehr Investitionen für Personal. Mit dieser Meinung entspreche ich aber nicht dem derzeitigen Trend, der Leiter der Sozialdienste unserer Bezirksgemeinschaft ist da anderer Meinung. Meiner Meinung nach wäre ein Schlüssel von 1 Sozialassistenten pro 10.000 Einwohner ideal. Auf diese Art und Weise könnten wir qualitativ gut arbeiten. Stattdessen werden nur Unsummen für den Bau von Tempeln ausgegeben. Die Sprengelsitze sind oft nichts Anderes als leere, überflüssige Tempel, weil das nötige Personal nicht eingestellt wird. (Int. 41)

Meiner Meinung nach müssten die Sozialdienste endlich verstehen, dass es auch in Südtirol Jugendliche gibt, die Hilfe brauchen, und dass man auch für sie und nicht nur für die Ausländer Geld ausgeben muss. Es ist nicht richtig, dass Einrichtungen wie die unsere nicht für Südtiroler verwendet werden, weil sie zu teuer sind. (Int. 301)

Die Personalprobleme sind scheinbar nicht so sehr auf einen allgemeinen Mangel zurückzuführen, der im Übrigen als weniger gravierend beurteilt wird als früher⁶¹, sondern viel mehr auf eine hohe Fluktuation, die als ein Hinweis auf eine besonders hohe Belastung in manchen Aufgabenbereichen angesehen wird. Die Auswirkungen eines häufigen Personalwechsels auf die Qualität der Maßnahmen und auf die Beziehungen zu den Betreuten und den anderen Diensten sind vielen Befragten eindeutig bewusst; zu dieser Erkenntnis sind sowohl die MitarbeiterInnen von Diensten mit einer hohen Fluktuationsrate als auch die MitarbeiterInnen gelangt, die mit Diensten mit diesem Problem zusammenarbeiten müssen.

Ich würde sagen, dass die Beziehung [zur Sozialpädagogischen Grundbetreuung] gut ist. Bedenklich ist lediglich die Tatsache, dass

⁶⁰ Der Befragte ist Sozialassistent in einem Sprengel (kein Mitarbeiter einer Wohngemeinschaft).

⁶¹ In einem Interview heißt es z.B.: "Ein Hindernis, das für viele Sozialdienste gilt und das bis vor kurzem auch in unserem Fall zutraf, ist der Personalmangel; aber derzeit ist unser Personalstand in Ordnung." (Int. 131)

sehr oft nach dem Aufbau einer guten Zusammenarbeit mit dem Sozialassistenten dieser aufgrund des hohen Personalwechsels oder aus anderen Gründen in einen anderen Sprengel wechselt, so dass man wieder von vorne anfangen muss. (Int. 272)

Die Situation hängt anscheinend jeweils vom Umfeld ab; die Fluktuationsrate und der Personalmangel sind nach Ansicht einiger Befragter auf jeden Fall nicht so gravierend, als dass dadurch die Wirksamkeit der Maßnahmen beeinträchtigt würde:

[Fluktuation und Personalmangel] sind nicht die Hauptursachen für die Nichterreichung der gesetzten Ziele. Diese Probleme sind vorhanden, aber sie sind nicht entscheidend. (Int. 11)

In einigen Fällen wird vielmehr das Fehlen eines Vertreters einer bestimmten Berufsgruppe (z.B. das Fehlen eines Psychologen) beklagt, aber in diesem Fall ist diese Situation auf eine Entscheidung auf Landes- oder Bezirksgemeinschaftsebene zurückzuführen und hängt mit der Arbeitsweise des Netzwerks zusammen, das in Kapitel 4 eingehend besprochen wird:

Wir haben Schwierigkeiten, weil uns bestimmte Berufsbilder fehlen, daher fehlt uns die Teamarbeit. Die Zusammenarbeit mit anderen Diensten wird für jene Fälle angebahnt, in denen dies erforderlich ist; Teamarbeit wird nur für den betreffenden Fall angewendet, sonst ist das nicht üblich. Die Sozialassistentin muss auf jeden Fall ihre Schwierigkeiten selbst lösen. (Int. 181)⁶²

Oft fehlen die nötigen Mittel, wie z.B. bei den Psychotherapien: Wenn ein Betreuer von uns eine Therapie braucht, sind wir auf jeden Fall verpflichtet, ihn an den öffentlichen Psychologischen Dienst oder an eine konventionierte Beratungsstelle zu verweisen, während in manchen Fällen ein Psychotherapeut mit einer spezifischen Ausbildung für spezifische Probleme hinzugezogen werden müsste, den es aber nur auf dem "freien Markt" gibt. (Int. 81)⁶³

Allgemein gesehen wird in einigen Fällen die fehlende oder unzureichende Bereitstellung von Mitteln für die im Netzwerk tätigen Dienste beanstandet.

⁶² In diesem Interview werden wieder in aller Deutlichkeit die Einsamkeit der MitarbeiterInnen und deren Auswirkungen auf die Stimmung thematisiert. "Die hohe emotionale Belastung der Arbeit bereitet Schwierigkeiten. Es ist nicht die viele Arbeit, es ist viel mehr die emotionale Einsamkeit, die man so schwer erträgt."

⁶³ Der weitere Inhalt des Interviews lautet: " In den öffentlichen Diensten wird nicht zwischen den einzelnen Problemen unterschieden, die konkret mit der Therapie zu behandeln wären, es gibt auch keine Möglichkeit, den Therapeuten auszuwählen, auch dann nicht, wenn es im öffentlichen Dienst die Person mit der betreffenden Ausbildung gäbe, die das Kind bräuchte."

Es fehlen einige Ressourcen, so z.B. eine Wohneinrichtung für Notfälle oder Pflegefamilien mit einer eigenen Ausbildung, die zu einer flexibleren Handhabung einer Pflegeanvertrauung bereit sind. (Int. 131)

Manchmal fehlen die Einrichtungen für die Unterbringung der Minderjährigen, daher fehlt es in mancher Hinsicht an den nötigen Mitteln. (Int. 121)

Ein weiteres Problem sind die Wohngemeinschaften. Es gibt nicht viele, dann gibt es noch das Sprachproblem. Es gibt italienische und deutsche Wohngemeinschaften. In unserem Einzugsbereich gibt es keine Wohngemeinschaften, weshalb wir uns an andere wenden müssen. Manchmal kann die Trennung der Kinder von den Eltern ein Vorteil sein, in anderen Fällen wird alles noch erschwert, die Belastung für Eltern und Kind nimmt zu. (Int. 182)

Die vom eigenen Arbeitsplatz weit entfernten Standorte einiger Facheinrichtungen und allgemein einiger Einrichtungen des Netzwerks werden auch in anderen Interviews als problematisch angesehen.

Einige Befragte nennen hingegen Schwierigkeiten ganz anderer Art, nämlich die Schwierigkeiten im Umgang mit den Betreuten; diese Probleme betreffen die Beziehung zu den Kindern selbst als auch zu ihren Familien, die mit ihrem Verhalten und ihrer Einstellung die Arbeit der MitarbeiterInnen beeinträchtigen und die Erreichung der festgesetzten Ziele verhindern. Auf der einen Seite kann man angesichts der ziemlich ausweglos erscheinenden Probleme eine gewisse Resignation beobachten.

Ein großes Hindernis bei dieser Arbeit ist die Tatsache, dass wir die Personen nicht ändern können. Die Leute sind wie sie sind, mit ihren Problemen, damit muss man leben lernen, damit muss man umgehen können. (Int. 281)

Andererseits äußern sich die Befragten auch sehr kritisch über die Familien:

Das Problem mit den Familien ist, dass die Herkunftsfamilien nie zugeben wollen, dass es ihre Schuld ist, wenn die Kinder Probleme haben, während wir, meine Mitarbeiterinnen und ich, genau wissen, dass es ihre Schuld ist. (Int. 141)⁶⁴

⁶⁴ Im gleichen Interview heißt es an anderer Stelle: "Die größten Hindernisse ergeben sich in der Herkunftsfamilie, die die Probleme immer anders sieht als wir. Aber wir können ihnen auch nicht sagen, wie die Situation wirklich ist, sonst arbeiten sie nicht mit und machen uns das Leben schwer. Probleme unsererseits gibt es sonst keine." Interessant ist auch, wie dieser Mitarbeiter die etwaige Einschaltung des Jugendgerichts sieht, dadurch dass er eine bewusste Nutzung der formellen Kontrollfunktion des Gerichts ins Auge fasst, eine Möglichkeit, die ihm eingeräumt wird, wenn die Bedingungen für die erfolgreiche Anwendung eines Hilfsangebots nicht gegeben sind. "Wir versuchen immer, ohne das Jugendgericht zu arbeiten, denn es ist nie angenehm, wenn das Gericht in einen Fall eingeschaltet wird; aber wenn es nicht möglich ist, ohne äußere Kontrollinstanz mit diesen Familien zu arbeiten, sind wir zu einer Meldung bei Gericht gezwungen."

In anderen Interviews wird die mangelnde Kooperation der Betreuten kritisiert; dieses Verhalten kann sich in Wohneinrichtungen etwa als offene Feindseligkeit oder bei den für Kinder und Jugendliche organisierten Initiativen als offenkundiges Desinteresse äußern:

Das häufigste Hindernis ist der Jugendliche selbst, aber das ist normal für einen Heranwachsenden, der immer auf Konfrontationskurs zu den Erwachsenen ist, die ganz andere Ziele haben als er. Aber das ist ganz normal. Die Jugendlichen sagen mir immer: Sobald ich 18 Jahre alt bin, gehe ich fort. In der Tat kommt es vor, dass sie am Tag nach dem 18. Geburtstag weg sind, auch wenn sie noch nicht in der Lage sind, ohne unsere Hilfe ihr Leben selbst zu gestalten, aber ich kann nichts machen. (Int. 2331)⁶⁵

Das größte Problem ist es, unsere Zielgruppe so zu motivieren, dass sie sich an uns wenden. Ich arbeite hauptsächlich im pädagogischen Bereich, ich leiste Jugendarbeit und kaum Fallarbeit. Im Sommer haben wir ein Freizeitprojekt geplant, aber die Jugendlichen sind nicht gekommen. (Int. 21)

Auf das zuletzt genannte Problem verweisen vielleicht auch einige allgemeine Interviewaussagen, in denen die kulturellen Mängel der Projekte und die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage beanstandet werden. Diese Frage wird noch eingehend in Kapitel 5 behandelt; an dieser Stelle soll lediglich ein Beispiel für diese Art von Kritik an der Betreuungspolitik der Dienste angeführt werden.

Es fehlt eine auf die Bedürfnisse der Jugend ausgerichtete Kultur bei der Wahl der Maßnahmen, der Sozialdienst hat sich bis vor kurzem nur mit den Kindern befasst, die Bedürfnisse der Jugend blieben lange ausgespart, sie brauchen aber spezifische, für ihr Alter geeignete Angebote. Die Bedürfnisse werden nicht richtig erkannt, es gelingt nicht, Methoden für diese spezifischen Bedürfnisse und für die Lebensumstände der Jugend zu entwickeln. (Int. 351)

Bevor die Diskussion zu diesem Thema abgeschlossen wird, soll eine andere Frage behandelt werden, die in einem Interview aufgeworfen wurde.

Es gibt zahlreiche finanzielle Probleme – es gibt aber auch die schlechte Gewohnheit, Geld ohne richtige Kriterien zu beantragen (und zu vergeben). Die Leute kommen zum Sozialdienst wie sie in den Supermarkt gehen, und hier erhalten sie vor allem finanzielle

⁶⁵ Der weitere Inhalt des Interviews lautet: "Abgesehen von diesen Hindernissen gibt es auch noch andere organisationstechnische interne Probleme, die von uns abhängen, aber davor fürchte ich mich nicht, diese Schwierigkeiten kann ich meistern, in diesem Bereich kann ich mich verbessern, aber ich kann nichts machen, wenn die Jugendlichen nicht mehr wieder kommen, da bin ich machtlos."

Leistungen anstelle von Betreuungsleistungen. Das ist nicht richtig. Die hohe Zahl der finanziellen Leistungen hängt auch mit den zahlreichen effektiv bestehenden wirtschaftlichen Problemen der Familien zusammen. Mir wäre lieber, ich wäre nicht für finanzielle Leistungen zuständig, damit sollten sich andere befassen. (Int. 121)

Auch in diesem Interviewauszug werden die Forderungen der Betreuten "kritisiert", in Frage gestellt wird aber auch die Maßnahmenpolitik der Dienste, deren Prioritäten nicht ganz gebilligt werden; unter anderem fürchtet man, dass diese Politik das Image der Dienste und die Wahrnehmung ihrer Funktion in der Öffentlichkeit beeinträchtigen könnte.

9. Das Image der Dienste

Auch in dieser Frage geht es nicht darum, wie die verschiedenen Einrichtungen effektiv von den Betreuten oder ganz allgemein von den Bürgern und von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Im Interview haben wir die Befragten vielmehr gebeten, das Image zu beschreiben, das die Dienste ihrer Ansicht nach in der Öffentlichkeit haben.

Auch wenn scheinbar nicht viele Befragte überzeugt sind, dass sie und ihr Dienst ein positives Image in der Gesellschaft und bei ihren Betreuten haben, gibt es einige positive Aussagen:

Ich glaube, dass sie ein positives Bild von uns haben. Wir haben eine ständige Zusammenarbeit mit den Bürgern aufgebaut. Wir haben Bürgerinformationen zu einigen Themen veranstaltet und haben das Interesse der Öffentlichkeit und ihre Handlungsbereitschaft und ihre Bereitschaft, Vorschläge zu machen und in irgendeiner Weise zu helfen, erlebt. (Int. 191)

Im Allgemeinen wird der Sozialdienst auf jeden Fall als Institution angesehen, die hilft, die Bevölkerung ist froh, dass es einen Sprengelsitz in [...] gibt. Im Allgemeinen sind sie natürlich nicht immer erfreut, wenn sie zu uns kommen, aber die Beziehung ist ziemlich gut. (Int. 51)⁶⁶

Ich glaube, dass die Bevölkerung insgesamt froh ist, dass es uns gibt, auch wenn es immer solche gibt, bei denen man nicht gut angesehen ist. Hier in X habe ich keine Probleme, man kennt mich, ich spreche immer offen über meine Arbeit, ich erkläre meine Aufgaben, unsere Ziele, die Probleme, die auftreten können. (Int. 301)

⁶⁶ Der Sozialassistent verweist auf die persönliche Komponente in der Beziehung zu den Betreuten und zur Gemeinschaft. "Der Bewohner des Tales X braucht die Person X, wenn sie ihm passt, gut, sonst, was die Leute wollen ist einen Ansprechpartner, unabhängig von seiner Funktion. Wenn du ihm etwas gibst, bist du ein guter Mensch, wenn du ihnen nichts gibst, bist du der Böse."

Das Image hat sich nach Ansicht von einigen Befragten im Laufe der Zeit geändert; manche meinen, die Öffentlichkeit habe nun ein genaueres Bild, andere meinen, sie hätte ein schlechteres Bild der Sozialdienste.

Man wird immer ein bisschen als Missionar angesehen. Wer uns allerdings besser kennt, schätzt unsere Arbeit, hält sie für sozial nützlich. Ich glaube, dass früher unsere Arbeit teilweise als Missionsdienst angesehen wurde. Heute hingegen präsentiert er sich stärker vernetzt, wie ein Dienst, der der Öffentlichkeit angeboten wird. (Int. 311)⁶⁷

In der Vergangenheit kamen die Leute zu mir, da ich für viele Probleme einen Ausweg anbieten konnte, jetzt haben sie vielfach Angst, sie sehen in mir den Sozialassistenten, der die Kinder wegnimmt. Dies gilt gewissermaßen auch für die anderen Dienste, vor allem für die Schule. Solange sie dich nicht kennen, versuchen sie, die Kontakte auf ein Minimum zu beschränken. (Int. 41)

Dieser Hinweis auf das stark überzeichnete Bild des "Sozialassistenten, der die Kinder wegnimmt", kommt in vielen Interviews vor und ist ein paradoxer Ausdruck dafür, wie die Funktion der sozialen Kontroll- und Regelinstanz erlebt wird, die nicht nur dem Sozialassistenten, sondern auch anderen in der Jugendhilfe tätigen Einrichtungen zugeschrieben wird. Die Hintergründe für die Entstehung dieses Images werden von einigen Befragten wie folgt erklärt:

Sicher ein gewisses Vorurteil haben wir auch, weil wir uns verantwortlich fühlen für den Schutz der Kinder. Die Leute haben ein gewissermaßen negatives Bild von unserer Arbeit, aber wir haben doch selbst auch das Gefühl, dass dem so ist. (Int. 181)

Im Bereich Minderjährige ist unser Image sicher nicht das beste, wir tragen zur Stigmatisierung der Betroffenen bei, weil wir eng mit dem Jugendgericht zusammenarbeiten. Auch die Schule hat nicht immer ein positives Bild von uns. (Int. 81)

Weit verbreitet ist auch die Ansicht, dass die Beziehung der Kinder und Jugendlichen (und der betreuten Personen im Allgemeinen) zu einigen dieser Dienste stigmatisierend sei, dass das ein Hindernis für einen direkten Kontakt oder Zugang zu den Diensten sei, ganz unabhängig von der Einschätzung der Qualität des Angebots:

Ich glaube, dass unser Image ziemlich gut ist, auch wenn man manchmal feststellen kann, dass vor allem Jugendliche Angst haben, als pathologisch bezeichnet zu werden und damit abgestempelt zu werden. (Int. 381)⁶⁸

⁶⁷ Dieses Interview bezieht sich auf eine Wohngemeinschaft.

⁶⁸ In diesem Fall ist zu beachten, dass diese Ansicht von einer Mitarbeiterin einer Beratungsstelle geäußert wurde.

Viele beklagen auf jeden Fall den geringen Bekanntheitsgrad der Dienste, deren Funktion nicht bekannt ist, so dass die Öffentlichkeit nur ein vages Bild hat.

Viele Leute wissen gar nicht, was der Sozialsprengel ist, vielen flößt die Einrichtung Angst ein, viele halten den Sprengel für eine Kontrollstelle, andere sehen in uns eine Stelle, die zusammen mit der Finanziellen Sozialhilfe Geld verteilt. (Int. 141)

Die Vielschichtigkeit der Zielsetzungen und die ungenaue Kenntnis der Aufgabenbereiche tragen zwangsläufig zu einer vagen Vorstellung der Öffentlichkeit von der Arbeit der Sozialdienste bei:

Ich glaube, dass unser Dienst mehr als Ordnungsinstanz denn als Hilfs-einrichtung angesehen wird, wir sind eine Behörde. Man erwartet sich Hilfe in Form von Geldzahlungen und nicht von Beratungsleistungen, diese Ansicht ist auch in der Gesellschaft insgesamt weit verbreitet. (Int. 61)

Für die geringe Bekanntheit der genauen Funktionsverteilung machen einige Befragte auch die Mitarbeiter und das leitende Personal der Dienste verantwortlich.

Es gefällt mir nicht, wenn jemand den Leuten sagt, wir sind ein ganzheitlicher Dienst, kommt zu uns, wir kümmern uns um eure Bedürfnisse, wo doch die Realität dann ganz anders ist. Denn wir haben weder die Ressourcen noch den Auftrag, das zu tun, was den Leuten versprochen wird. (Int. 81)

Manche Befragte glauben auch aus dem einen oder anderen Grund die Ursachen für die Verschlechterung des Images einiger Dienste zu kennen:

Sie hätten den Bereich Minderjährige aus den Sprengeldiensten ausklammern sollen, denn derzeit wirkt sich das negative Image dieses Bereichs auf alle anderen Dienste aus. (Int. 131)⁶⁹

Es wird sehr schwer sein, dieses schlechte Image zu verbessern, zumal wir ein strenges Dienstgeheimnis haben und wir uns daher nicht gegen eine negative Berichterstattung der Medien über unsere

⁶⁹ Der Befragte ist Koordinator eines Sprengels und erklärt seine radikale Einstellung wie folgt: "Aufgrund der Neuordnung der Leistungen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung entfällt ab dem nächsten Jahr der gesamte Bereich der Adoptionen, die nun auf Landesebene bearbeitet werden. Die Pflegeanvertrauungen werden in allen Phasen von der Schulung bis zur Begleitung der Pflegefamilien zentral auf der Ebene der Bezirksgemeinschaften koordiniert und abgewickelt. Der Sozialpädagogischen Grundbetreuung bleiben daher lediglich Kontrollaufgaben, so dass wir dann als die "Bösen" auftreten müssen, während die Bereiche, in denen wir Hilfe anbieten können und die uns etwas Befriedigung geben, wegfallen. So gesehen wäre es meiner Meinung nach vernünftiger gewesen, die gesamte Kontrollarbeit aus den Sprengeln auszulagern und sie zentral zu regeln. Auf diese Art und Weise wäre der Sprengel eindeutig eine Dienstleistungsstelle, die Hilfe anbietet und keinerlei Kontrollaufgaben hat. In der Tat ist es sehr schwierig, ein Vertrauensverhältnis zu den Betreuten aufzubauen, wenn immer die Gefahr besteht, dass das Kind ihnen von denselben Personen weggenommen wird, die ihnen ursprünglich Hilfe angeboten hatten."

Arbeit wehren können. Diese Arbeit müsste vielmehr der Leiter der Dienste leisten, er müsste unser Image und auch die Professionalität seiner Mitarbeiter schützen; aber das interessiert ihn nicht. (Int. 41)⁷⁰

10. Verunsicherung durch soziale Brennpunkte

Nach Ansicht der meisten Befragten sieht die Südtiroler Gesellschaft im Alkohol- und Drogenkonsum der Jugend sowie in der Zahl der Verkehrsunfälle und Selbstmorde von Jugendlichen die Hauptprobleme der Jugend.

Eng mit dem Thema Image der Sozialdienste hängt aber auch das Problem der Verunsicherung zusammen, die die Dienste mit ihrer Tätigkeit - vor allem wegen bestimmter Merkmale der betreuten Personen - in ihrem sozialen Umfeld auslösen. Hier handelt es sich um ein altbekanntes Thema, das mit der Kontrolle von abweichenden Verhaltensweisen in der Gesellschaft und mit der Art und Weise zusammenhängt, wie Klischees erzeugt und gefördert und wie Phänomene dargestellt werden, die als "von der Normalität abweichend" erlebt werden und für die daher einerseits Hilfsangebote, aber gleichzeitig auch Kontrollinstrumente erforderlich sind, da bei einer solchen Sichtweise diese Verhaltensauffälligkeiten als eine potenzielle Gefahr für die Gesellschaft gelten.

Einige der Befragten kritisieren die soziale Verunsicherung durch die Phänomene, mit denen sich die Dienste befassen, die Diskrepanz zwischen Realität und Vorurteilen, als unbegründet.

Ich glaube, dass die Verunsicherung der Gesellschaft nicht der Realität entspricht [...], bei einer ganzheitlichen Betrachtung versteht man, dass diese Panikmache keinen Sinn macht. (Int. 371)

Von dieser Warte aus gesehen, kann man durch eine vernünftige Darstellung der Sachlage zur Beruhigung der Gesellschaft beitragen, Klischees und Vorurteile müssen durch eine "objektivere" Kenntnis der Probleme, durch Information und direkte Erfahrung ersetzt werden. Die Bürger müssen erfahren, dass es Stellen gibt, die sich um diese Probleme kümmern; zu diesem Zweck können auch Informationstreffen mit den Diensten und den MitarbeiterInnen organisiert werden:

[Um die soziale Verunsicherung zu mindern], muss man die Leute im Stadtviertel darüber aufklären, dass es z.B. Streetworker gibt, die sich um die Jugendlichen und ihre Probleme kümmern. Man muss den

⁷⁰ Der weitere Inhalt des Interviews lautet: "Die einzige Person, die in dieser Richtung etwas unternimmt, ist hingegen die Präsidentin des Jugendgerichts Bozen, die die Arbeit der Sozialdienste verteidigt. Ich glaube aber, dass diese Arbeit von unserer Kammer geleistet werden müsste. Als Sozialassistenten stehen wir oft alleine da, was uns hilft, ist die Solidarität der Kollegen."

Leuten versichern, dass etwas unternommen wird, dass die sozialen Probleme erkannt werden. (Int. 361)

Um die Leute zu beruhigen, könnte man meiner Ansicht nach wieder einmal ein Informationstreffen mit der Bevölkerung organisieren, das haben wir am Anfang gemacht, jetzt ist viel Zeit vergangen, eine Wiederholung dieser Aktion wäre meiner Meinung nach nützlich. Ein Themenabend, bei dem über die Probleme der Jugend gesprochen wird, ein Gespräch am runden Tisch mit Experten, eine Diskussionsrunde wären ebenfalls sinnvoll. (Int. 241)⁷¹

Natürlich gibt es einige Arten von betreuten Personen und von Problemen, bei denen Spannungen fast nicht zu vermeiden sind; Misstrauen und Verdächtigungen können aber auch verallgemeinert und gegen alle Betreute einiger Dienste geäußert werden.

Hier in X gibt es soziale Verunsicherung, vor allem gegenüber meinen ausländischen Jugendlichen [...] Bevor all diese Albaner kamen, habe ich gut mit fünf Südtiroler Jugendlichen gearbeitet, aber die Arbeit war gar nicht so anders, wir hatten jede Menge Probleme mit ihnen, ein paar Mal war ich auch damals schon im Kommissariat. (Int. 301)

Für diese Situationen haben die MitarbeiterInnen eigene Verhaltensweisen und Maßnahmen entwickelt, die zum Abbau der sozialen Verunsicherung beitragen und ein gutes Kontrollniveau sichern, aber gleichzeitig auch die Bürger und die Ordnungskräfte in die "Überwachung" miteinbeziehen:

Wenn ich einen neuen Jugendlichen erhalte, gehe ich mit ihm sofort zur Polizei und stelle ihm den Polizisten vor, so dass die Lage von Anfang an geklärt ist. Die Polizei kennt ihn und behält ihn im Auge und weiß, dass sie sich bei etwaigen Problemen direkt an mich wenden kann [...]. Um den größten Ängsten entgegenzuwirken, stelle ich mich immer zusammen mit dem Jugendlichen den Nachbarn vor, erkläre die Situation, ich hinterlasse meine Telefonnummer, damit sie mich jederzeit anrufen können. (Int. 301)

Es war am Anfang schwierig mit den Bewohnern des Hauses, in dem die Jugendlichen wohnen. Ich musste sogar zu den Kondominiumsversammlungen gehen, es gab jedes Mal Diskussionen, man konnte spüren, dass sie Angst haben, die sie auf vielerlei Art und Weise begründeten: die Würde des Hauses, vier albanische Jugendliche, wer weiß,

⁷¹ Das Vertrauen des Befragten in einen so "positivistischen" Ansatz ist jedoch eher beschränkt; in seiner Antwort fährt er wie folgt fort: "Die Leute haben immer viel Fantasie, wenn es um unsere Arbeit geht, denn sie werden nie genug über uns wissen."

was da alles geschieht. Wir haben versucht, die Mitbewohner aufzuklären, wir haben sie über unsere Arbeit informiert und wir haben versucht, immer bei den Versammlungen anwesend zu sein und als zuverlässige Ansprechpartner aufzutreten, um so die Leute zu beruhigen. (Int. 291)

Die Stigmatisierung betrifft nicht nur die Betreuten bestimmter Dienste, sondern in einem gewissen Maß auch die Mitarbeiter, die dort arbeiten:

Vor den Leuten bist du diejenige, die einem Taugenichts hilft, du kümmerst dich um solche Leute, statt um andere, die mehr Aufmerksamkeit verdienen würden. (Int. 301)

Angesichts solcher Reaktionen der Gesellschaft wirken einige Befragte ziemlich resigniert:

Bestimmte Verhaltensweisen von Jugendlichen, die für Erwachsene schockierend sein mögen, sind meiner Meinung nach ziemlich normal. (Int. 381)

Oft können Erzieher und Eltern Situationen, die Ausdruck der jugendlichen Lebensweise sind, nicht akzeptieren. (Int. 351)

Eine andere Gruppe von Befragten erklärt die soziale Verunsicherung anders; sie machen die intolerante und verschlossene, auf Vorurteilen beharrende Gesellschaft dafür verantwortlich:

Verunsicherung gibt es, die Toleranzgrenze ist niedrig, schwach ausgeprägt. Schwierig ist die Vermittlung zwischen der Welt der Jugend und der der Erwachsenen [...]. Die Erwachsenen tendieren oft zur Verallgemeinerung. Die Jugendlichen sind alle gleich [...]. In den Augen der Erwachsenen nehmen alle Jugendliche Drogen, außer der eigene Sohn und Enkel. (Int. 341)

Den Sozialdiensten wird einerseits mit Vorurteilen und Intoleranz und andererseits mit Verdrängung begegnet:

[Die lokale Tageszeitung] ist keineswegs auf eine Skandalberichterstattung aus, im Gegenteil, sie schreiben ungern über gewisse Ereignisse, die die Bevölkerung beunruhigen könnten. Das ist einerseits positiv, so werden nämlich keine absurden Ängste gefördert. Andererseits müssen die Leute aber auch über gewisse Geschehnisse aufgeklärt werden, man darf nicht so tun, als ob wir in einem heiligen Land leben würden. Die Bevölkerung tendiert auf jeden Fall dazu, die Augen vor gewissen Problemen zu schließen. (Int. 32)

Einige Befragte warnen auch vor einer Instrumentalisierung der sozialen Verunsicherung und vor einer bewussten "Manipulation" der Realität:

Der Alkoholkonsum ist ein großes Problem, das die Leute stark beunruhigt. Das ist einerseits gerechtfertigt, andererseits wird das aber auch politisch ausgenutzt für Wahlzwecke [...], dadurch soll vermieden werden, dass noch größere Probleme, nämlich die Alkoholabhängigkeit der Erwachsenen, angesprochen werden. Auch die gesetzlichen Bestimmungen werden nicht erwähnt, die den Verkauf von Alkohol an unter 16-Jährige verbieten, stattdessen werden absurde Diskussionen geführt, in denen die Jugendlichen an Stelle der Erwachsenen im Allgemeinen und der Eltern im Besonderen beschuldigt werden. (Int. 61)

Manche Mitarbeiter weisen darauf hin, dass die Gesellschaft nur jene Jugendliche integrieren will, die die Regeln des sozialen Zusammenlebens vollständig akzeptieren:

Zu unseren Jugendlichen ist auch zu sagen, dass sie von der Gemeinschaft nicht einfach nur ausgegrenzt werden, sie erhalten auch ein Integrationsangebot, vorausgesetzt sie halten sich an die Spielregeln. (Int. 231)

Gleichzeitig wird auch darauf hingewiesen, dass es nicht immer so eindeutig ist, wer Recht und wer Unrecht hat:

Man muss auch zugeben, dass es unsere Nachbarn nicht leicht haben, unsere Jugendlichen beeinträchtigen ihre Privatsphäre: Wenn sie frustriert sind, kommt es vor, dass sie die Stereoanlage aufdrehen, die Nachbarn müssen sich dann eine halbe Stunde Hardcore anhören, natürlich gibt es darauf auch heftige Reaktionen. [Aber] diese Nachbarn können unseren Jugendlichen auch kein Vorbild sein: Wir sagen ihnen, dass sie nicht den ganzen Tag herumhängen und regelmäßig arbeiten sollen; andererseits sehen sie einen Jugendlichen in der Nachbarschaft, der den ganzen Tag in der Sonne liegt, oder einen anderen, der regelmäßig auf dem Balkon rumtorkelt und mit der Flasche in der Hand rumbrüllt. (Int. 231)⁷²

Interessant ist auch die Tatsache, dass die Ausübung einer sozialen Kontrollfunktion unter diesen Rahmenbedingungen einigen MitarbeiterInnen Schwierigkeiten bereiten kann, vor allem, wenn sie bei ihrer Arbeit eng mit den offiziellen Kontrollinstanzen zusammenarbeiten. Einerseits sind die Befragten überzeugt, dass:

⁷² Wie schwierig und unsicher in diesen Fällen das Verhältnis zwischen den Betreuten, den Betreuern und den Bürgern sein kann, kann man anhand einer Aussage eines Befragten im Interview erkennen: "Es kommt auch vor, dass uns Leute Sachen schenken, z.B. eine Kiste mit Äpfeln, in diesen Fällen frage ich mich immer, warum sie das machen und ob sie vielleicht ein schlechtes Gewissen haben."

die soziale Verunsicherung durch die Zusammenarbeit mit den Ordnungskräften abgebaut werden kann. (Int. 171)

Aber es gibt auch Befragte, die folgende Meinung vertreten:

Was die Zusammenarbeit mit den Ordnungskräften anbelangt, gibt es in diesem Dienst mehrere Standpunkte. Ich will nicht mit den Ordnungskräften arbeiten, da sie eine Kontrollinstanz sind und daher etwas anderes machen als wir. (Int. 151)

Manche der Mitarbeiter haben im Laufe der Jahre:

schlechte Erfahrungen mit den "Carabinieri" gemacht, die immer Informationen von uns wollen, die aber nicht verstanden haben, wie eine Zusammenarbeit funktioniert, denn sie geben uns nie Auskünfte. (Int. 101)

In einigen Fällen sind die MitarbeiterInnen um ihre eigene Sicherheit selbst besorgt, so dass sie ihre Beziehung zu den Ordnungskräften als Maßnahme zum Schutz ihrer Person verstehen:

Wir arbeiten [...] bei diesen Problemen nicht mit den Ordnungskräften zusammen, auch wenn ich der Meinung bin, dass die Polizei in Fällen von Gewaltanwendung in der Familie eine Hilfe sein könnte, da sie die Mitarbeiter des Dienstes schützen könnten. (Int. 201)

Natürlich gibt es auch viele Fälle, in denen seit Jahren eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei besteht:

[Wir sind in Kontakt] mit dem Jugendamt der Quästur, mit dem wir gut zusammenarbeiten. Auch mit der Quästur selbst. Es gelingt uns auch, Projekte gemeinsam auszuarbeiten. So haben wir z.B. ein Treffen mit den Polizisten des Stadtviertels organisiert. In dieser Zusammenarbeit geht es nicht nur um die Lösung von Problemen, sondern auch um Kontakte, um Gespräche im Hinblick auf eine erfolgreiche Präventionsarbeit. (Int. 12)

Andererseits darf man nicht übersehen, dass gerade die Angehörigen der Ordnungskräfte Interesse an diesen Themen äußerten und Kooperationsbereitschaft zeigten:

Wir als Jugendamt müssen aus unserem beschränkten Umfeld herauskommen und im Sozialbereich stärker präsent sein. (Int. 662)

Anlage 1

Liste der Dienste, in denen die Interviews für das Kapitel 3 zum Thema "Leistungsangebot der Dienste" geführt wurden. (Die Nummerierung entspricht nicht den Kennziffern, die den Interviews zugewiesen wurden.)

Sozialsprengel	1. Hochpustertal
	2. Obervinschgau
	3. Wipptal
	4. Unterland
	5. Brixen
	6. Bruneck
	7. Klausen
	8. Leifers – Branzoll - Pfatten
	9. Lana
	10. Mittelvinschgau
	11. Meran
	12. Naturns
	13. Überetsch
	14. Salten – Sarntal - Ritten
	15. Sand i. Taufers - Ahrntal
	16. Gadertal
	17. Eggental - Schlern
	18. Gröden
	19. Passeiertal
	20. Betrieb für Sozialdienste Bozen
Heime	21. Liebeswerk
	22. Pflegefamilie
Wohngemeinschaften	23. Jugendwohngemeinschaft
	24. SOS Kinderdorf
	25. San Nicolò
	26. Villa Winter
Familienähnliche Einrichtung	27. Kinderdorf
	28. Murialdo
Betreutes Wohnen	29. La Strada/Der Weg - Bozen
	30. S. Nicolò
	31. Villa Winter
Tagesstätten	32. Johann Lanz (Meran)
	33. Vittorio Veneto (Bozen)
Streetworker	34. Der Weg
	35. Ehe- und Erziehungsberatung (Bruneck)
Familienberatungsstellen	36. Kolbe (Brixen)
	37. L´Arca (BZ)
	38. Lilith (Meran)
Minderjährige Ausländer	39. Referent im Betrieb für Sozialdienste Bozen
	40. Erstaufnahmezentrum BZ (Verein Volontarius)
Jugendberatung	41. Young + Direct

Anlage 2

Leitfaden des Interviews über das Leistungsangebot der Dienste

- *Die Kriterien und der Definitionsrahmen der Begriffe 'Normalität' (was die Leute alleine lösen können - Stufe, ab der der Dienst oder andere Welfare-Einrichtungen eingreifen) und "Bedürfnis", wie sie überwiegend in der Organisationskultur des Dienstes (in den verschiedenen Welfare-Einrichtungen für Minderjährige) und von den verschiedenen Berufsgruppen verwendet werden.*
- *Kriterien für die Aufnahme eines Falls: Bestehen von mehr oder weniger genauen Kriterien, die im Rahmen des Dienstes vereinbart wurden und auf deren Grundlage Fälle angenommen und andere ausgeschlossen werden. Zum Beispiel: Quelle der Meldung: ja, wenn die Meldung von der Familie oder vom Gericht kommt und eine Leistung beantragt wird; keine Übernahme in den anderen Fällen; Bewertung der (Nicht)-Zuständigkeit des Dienstes für eine spezifische Situation usw.*
- *Was versteht man unter "Beschränkung der Kompetenzen" des Dienstes? Erfolgt die Beschränkung aufgrund von genauen in der Organisationskultur des Dienstes festgelegten Regeln, aufgrund von Gepflogenheiten, aufgrund der "Arbeitsteilung" zwischen den verschiedenen Diensten im Sozialsystem für Minderjährige oder ist sie das Ergebnis der Festlegung der Kompetenzen und der den anderen Stellen zugewiesenen Funktion usw.*
- *Bestehen von unterschiedlichen Kompetenzen für die verschiedenen Berufsgruppen innerhalb des Dienstes: Aufgabenverteilung oder mögliche Reibungspunkte durch Überlagerung von Zuständigkeiten; Meinung über die Fähigkeiten/Kompetenzen der verschiedenen Berufsgruppen erfassen.*
- *Wahrnehmung und Meinung zum Bestehen von eventuell unterschiedlichen Kriterien für die Übernahme eines Falls durch die sozialpädagogischen Einrichtungen in Südtirol: kritische Aspekte.*
- *Wer entscheidet über die Aufnahme eines Falls (Grad der Selbständigkeit des Mitarbeiters): immer selbständige Entscheidung des einzelnen Mitarbeiters; entscheidet der Mitarbeiter in Routinefällen, bei komplexeren Fällen in Absprache mit den anderen Mitarbeitern und/oder mit dem Leiter des Dienstes usw. Etwaige Probleme bei abweichenden Kriterien/Entscheidungen; institutionelle Auflagen.*
- *Wann wird die Entscheidung über die Aufnahme eines Falls getroffen: Zeitaufwand für die Ermittlungen in den einzelnen Fällen, Sammlung von Informationen usw.; Probleme mit zu großen Verzögerungen, Wartelisten usw.*
- *Probleme, wenn außer dem Kind auch die Familie zur Betreuung übernommen wird.*
- *Kriterien und Methoden für die Festlegung der Maßnahmenziele in der Fallarbeit sowie bei den für die Gemeinschaft bestimmten Aktionen: Wie werden die Ziele festgelegt, aufgrund von welchen Grundsätzen; Definition der echten oder zumindest der vorrangigen Bedürfnisse; etwaige Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung eines Falls durch die Berufsgruppen, die (in den verschiedenen Diensten oder Einrichtungen für einen Fall oder ein Kind (Familie) verantwortlich sind.*

- *Beispiele für den Verlauf von Fällen, in denen spezifische Probleme* bei der Zielformulierung, bei der Wahl des am besten geeigneten Betreuers, bei der Wahl des geeigneten Dienstes für den betreffenden Fall usw. aufgetreten sind.
- *Arbeitsmethode:* angeben, ob die einzelnen MitarbeiterInnen individuell und selbständig arbeiten, ob im Team gearbeitet wird, ob es Rücksprachen mit den verschiedenen MitarbeiterInnen innerhalb und außerhalb des Dienstes gibt; kritische Aspekte, etwaige Mängel sollen hervorgehoben werden, Vorschläge für Änderungen.
- *Was versteht man unter "Lösung des Problems":* Situationen, in denen ein Fall als gelöst betrachtet wird.
- *Methoden und Techniken und Instrumente der Ergebnisevaluation:* Wie viel Wert wird auf die Bewertung der Ergebnisse gelegt, Schwierigkeiten bei der Bewertung, inwieweit ist die Bewertung üblich, gibt es eine entsprechende Tradition; Mängel der Bewertungsinstrumente, fehlende Akzeptanz dieser Instrumente.
- *Etwaige organisatorische und operative Schwierigkeiten innerhalb des Dienstes:* Schwierigkeiten infolge der hohen Fluktuationsrate, durch die Unterschiede in der Organisationskultur der Dienste, aus denen die MitarbeiterInnen kommen, infolge eines allgemeinen Personalmangels oder durch den Mangel an Fachkräften einer bestimmten Berufsgruppe, durch interne Beziehungsprobleme usw.; Anmerkungen zu der vor kurzem erfolgten Zusammenlegung des Allgemeinen Sozialdienstes und des Erziehungsdienstes und Hinweise zu den eventuell damit verbundenen negativen Folgen oder spezifischen Problemen.
- *Ausmaß der Beunruhigung infolge von sozialen Brennpunkten (auf lokaler Ebene)* im Zusammenhang mit Problemen wie Verhaltensauffälligkeiten und Jugendkriminalität, Immigration, Nomaden; welche Relevanz und Bedeutung wird ihnen beigemessen, gibt es Stereotypen und Vorurteile seitens der MitarbeiterInnen.
- *Vorschläge für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung oder Vermeidung von Verunsicherung durch soziale Brennpunkte;* Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit.
- *Sammeln von Meinungen dazu, wie die Arbeit der Sozialdienste und die soziale Rolle der Sozialassistenten, Erzieher, Psychologen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Vorschläge für etwaige Maßnahmen zur Verbesserung des negativ erlebten Images.*

Kapitel 4

Das Netzwerk der Dienste



von Rino Fasol

1. Ziele und Methodik

Dieser Bericht untersucht die Beschaffenheit und die Funktionsweise des Netzwerks der Dienste und Einrichtungen, die sich in besonderer Weise um die sozialen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen kümmern. Wir erweitern also unser Blickfeld auf diejenigen, die mit eigenen Ressourcen und einem spezifischen institutionellen Auftrag in den verschiedenen Prozessphasen - von der Bedürfniserhebung bis zur Leistungserbringung - mitwirken. Die Metapher des Netzwerks beschreibt am besten das Bild der Kontakte und Austausche, welche die verschiedenen Abläufe begleiten und die einzelnen Knoten des Netzwerks miteinander verbinden.

Wir müssen uns natürlich lokale Netzwerke vorstellen, die aus einer variablen Anzahl von Knoten bestehen und langfristig mehr oder weniger stabil sind, aber die von Fall zu Fall aktiviert werden, wenn ein Projekt oder eine Maßnahme gebündelte Ressourcen und gemeinsame Aktionen erfordert. Dabei können auch neue Knoten oder Akteure einbezogen werden, um bestimmte Anforderungen zu erfüllen oder sich bietende Möglichkeiten zu nutzen. Es handelt sich also in den meisten Fällen um flexible Netzwerke, deren Beschaffenheit und Funktionsweise aus der Nähe, d.h. über die gegebenenfalls in formalen Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Netzwerkmitgliedern vorgesehenen oder vorgeschriebenen Muster und Modelle hinaus betrachtet und rekonstruiert werden müssen.

Aus Gründen, die bei der Lektüre dieses Berichtes deutlich werden, haben wir in die für diesen Teil der Studie durchgeführte empirische Analyse folgende Bereiche einbezogen:

- Dienste, die unmittelbar soziale Leistungen für Kinder und Jugendliche erbringen,
- Strukturen des Schulsystems
- und Dienste des Gesundheitswesens

Daneben wurden auch andere Einrichtungen berücksichtigt, die direkt involviert sind, wenn es um die sozialen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen geht, wie der Sozialdienst beim Jugendgericht, das Jugendamt der Quästur oder eine Jugendberatungsstelle. Die Liste der in diese Untersuchungsphase einbezogenen Dienste und Einrichtungen ist in der Anlage aufgeführt.

Auch in diesem Bericht haben wir versucht, ein möglichst realistisches Bild der Situation zu zeichnen. Dabei haben wir uns auf die Aussagen und Meinungen von Personen gestützt, die in den verschiedenen Einrichtungen des Netzwerks arbeiten, welches für die sozialen Maßnahmen zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen aktiviert werden kann. Als Erhebungsinstrument haben wir das teilstrukturierte Interview verwendet (dessen Leitfaden in der Anlage enthalten ist). Die Voraussetzungen und der Sinn dieser Methodenwahl sind dieselben, wie sie im zweiten Bericht beschrieben werden, auf den wir an dieser Stelle verweisen.

2. Wahrnehmungen und Meinungen über die Netzwerke

Bevor wir uns mit den verschiedenen, aus der Analyse der Interviews resultierenden Thematiken näher befassen, ist festzuhalten, dass die Beschaffenheit und die Funktionsweise der verschiedenen bestehenden Netzwerke insgesamt positiv bewertet werden. Wie wir sehen werden, gibt es auch kritische Anmerkungen und negative Äußerungen über einzelne Bereiche, aber diese stellen das positive Gesamturteil darüber, was im Sinne der Netzwerkarbeit zwischen Akteuren und zwischen Einrichtungen getan wurde und wird, nicht in Frage. Positiv bewertet wird vor allem die Erweiterung und Diversifizierung hinsichtlich der Zusammensetzung der Arbeitsteams der Sozialpädagogischen Grundbetreuung in den Sozialsprengeln:

Ich habe eine deutliche Verbesserung der Situation festgestellt, was auf die Einführung von Berufsbildern wie die Erzieher oder die Pädagogen zurückzuführen ist. Das ermöglicht eine Differenzierung der Rollen, die vor allem dann notwendig ist, wenn die Sozialassistentin einen Auftrag des Jugendgerichtes hat. In diesen Fällen ist es für sie schwierig, mit der Familie zu arbeiten und deshalb ist es gut, wenn es andere Personen gibt, mit denen man zusammenarbeiten kann (Int. 622)

Ich muss auch sagen, dass ich sehr froh war, als der Allgemeine Sozialdienst und der Erziehungsdienst in die Sozialpädagogische Grundbetreuung zusammengelegt wurden, einfach deshalb, weil es bedeutet, dass wir bei der Fallbearbeitung nicht mehr alleine sind, es gibt jemanden, der uns hilft, und so kann man besser arbeiten (Int. 51)

Die Neuordnung der Landesdienste wird also begrüßt, aber gleichzeitig wird auch auf die Notwendigkeit der Netzwerkarbeit mit den anderen territorialen Diensten hingewiesen:

Einer der Hauptpunkte des Sprengels ist die Netzwerkarbeit. Ohne Bezug zum Gebiet und den Wechselbeziehungen mit den territorialen Diensten ist die Arbeit heute nicht mehr möglich (Int. 12)

Es gibt jedoch auch gegenteilige Meinungen, die weniger die Qualität der Projekte zur Integration der Maßnahmen und Dienste auf den verschiedenen Ebenen als vielmehr den aktuellen Stand der Zusammenarbeit und Vernetzung in der Kinder- und Jugendhilfe generell betreffen:

In diesem Dienst wird immer noch nach Bereichen getrennt, im Mittelpunkt stehen die einzelnen Dienste und nicht der Sprengel (Int. 202)

Zwischen den Organisationen gibt es keinen Kontakt, weil der eine nicht weiß, dass es den anderen gibt. Es fehlt also die Verbindung zwischen den bestehenden Einrichtungen. Warum? Weil man nicht darüber spricht, weil der Dialog fehlt, weil es keine Austauschmöglichkeiten gibt (Int. 321)⁷³

Es gibt kein Netzwerk, weil wir eigentlich mit einer mehr oder weniger großen Anzahl von Fachleuten arbeiten, aber es gibt kein echtes Netzwerk, vor allem hier in X, ich habe den Eindruck, dass die Situation in X besser ist (Int. 251)⁷⁴

Trotz der Akzeptanz des Kultur- und Organisationskonzeptes zur Förderung der Netzwerkbildung und der integrierten Fallbearbeitung gibt es teilweise widersprüchliche Meinungen über die effektive praktische Umsetzung der Prinzipien und die Verwirklichung dieser Ziele. Bevor wir auf die in den Interviews geäußerten Zweifel und offene Kritik eingehen, sollten wir uns anschauen, worauf die Akzeptanz der Integrationsprinzipien beruht, d.h. welche Voraussetzungen laut den Befragten gegeben sein müssen, damit diese erfolgreich umgesetzt werden können.

3. Die Voraussetzungen für die Funktion der Netzwerke

Die Interviews ergaben ein sehr heterogenes und vielschichtiges Bild, auch im Hinblick auf die Vernetzung und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Einrichtungen, die in unterschiedlicher Form in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Wie bereits erwähnt, galt unser Interesse vor allem den Beziehungen und Kontakten zwischen Bildungs- und Sozialfürsorgeeinrichtungen, Gesundheitsdiensten und amtlichen Kontrollstellen.

Die Integration der Politiken und Aktionen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen (also auch für Kinder und Jugendliche) hat sich seit geraumer Zeit als Leitprinzip und

⁷³ Der Befragte koordiniert eine Tagesstätte

⁷⁴ Der Befragte leitet eine Wohngemeinschaft

vorrangiges Kriterium bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen durchgesetzt. Insofern gehört sie wie die Metapher des Netzwerks inzwischen zur Rhetorik in den verschiedenen öffentlichen und privaten Gesprächen derjenigen, die auch in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Wie schon im zweiten Bericht bemerkt wurde, stößt die praktische Umsetzung dieses Prinzips natürlich auf Hindernisse und Beeinträchtigungen, die sich entsprechend auf den Erfolg auswirken.

Die Befragten befürworteten nahezu einstimmig das Integrationsprinzip, aber gleichzeitig sind sie sich auch der Schwierigkeiten bewusst, auf die sie in der Praxis tagtäglich stoßen. Als Ausgangspunkt für die Analyse der Meinungen und konkreten Erfahrungen der Befragten kann die Aussage eines Befragten dienen, der im Psychologischen Dienst eines Sanitätsbetriebes arbeitet:

Diese Grenze [zwischen 'Pathologie' und 'Normalität'] ist insofern sehr subjektiv, als sie vom Charakter der Person, die mit diesem Kind zu tun hat, abhängt. Da sind die Lehrer, die auch mit sehr problematischen Situationen gut umzugehen wissen, die keine externe Unterstützung benötigen, weil für sie viele Dinge in Bereichen liegen, die sie alleine bewältigen können (Int. 632)

Es gibt implizite Kriterien und ungeschriebene Regeln, die gewissermaßen die Grenze festlegen zwischen der normalen Tätigkeit, die - in diesem Sinne - Aufgabe der einzelnen Mitarbeiterin oder des einzelnen Mitarbeiters und der jeweiligen Einrichtung ist, und der Tätigkeit, die hingegen die Intervention und die Mitwirkung eines anderen Akteurs bzw. eines anderen Dienstes erfordert. Eine der Voraussetzungen für die Aktivierung eines Netzwerkes ist also die Wahrnehmung eines Bedarfs an externer Unterstützung, die allerdings auch die Wahrnehmung, die Kenntnis (und die Wertschätzung) desjenigen, der diese Unterstützung geben kann, voraussetzt.

Diese Wahrnehmungen sind zum Teil von der Vollständigkeit und Klarheit der Informationen abhängig, über die die verschiedenen Akteure verfügen; in einigen (vermutlich seltenen) Fällen scheint diese nicht ganz ausreichend zu sein:

Die Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten ist sehr positiv, etwas weniger vielleicht mit den Erziehern, weil man noch nicht so recht versteht, welche Funktion sie haben, was man von ihnen erwarten kann; dasselbe gilt für die Pädagogen; mit den Sozialassistenten hingegen sind die Dinge klar, es besteht eine lange Tradition und deshalb funktioniert es ganz gut (Int. 602)

Es bedarf jedoch auch einer Grundeinstellung, einer Bereitschaft und einer unvoreingenommenen Öffnung gegenüber den "anderen":

Was hingegen die Oberschulen betrifft, habe ich festgestellt, dass sie gewöhnlich nicht um Hilfe bitten, das heißt, sie sind es nicht gewohnt, sich an einen Dienst wie diesen zu wenden, es kommt nur sehr selten vor, dass mich der Rektor einer Oberschule anruft, das ist nur dann der Fall, wenn jemand die Schule verlassen will (Int. 552)⁷⁵

Die Zusammenarbeit mit den anderen Diensten ist mühsam, weil eine Dialogkultur zwischen den verschiedenen Diensten fehlt, jeder verteidigt seinen eigenen Bereich und blickt nicht darüber hinaus (Int. 181)

Aus dieser Sicht scheint die Integration zwischen Akteuren und Diensten in unserem Fall zum Teil auf erhebliche Hindernisse zu stoßen.

4. Die Hindernisse für die Zusammenarbeit zwischen Berufsgruppen und zwischen Einrichtungen

In einem Gesamtkontext, in dem - wie bereits gesagt - der Grad und die Qualität der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und zwischen den einzelnen Diensten und Einrichtungen von den Befragten im Wesentlichen positiv bewertet werden, gibt es hier und da auch Grund zur Unzufriedenheit und Sorge. In einigen Fällen und auf einzelne Situationen bezogen wird in den Interviews auf die Schwierigkeit hingewiesen, Kooperationsbeziehungen aufzubauen und diese mit einem angemessenen Effizienz- und Wirkungsgrad aufrechtzuerhalten.

In einigen Fällen wird die Bitte um Mitarbeit an einem Fall als Versuch verstanden, die Last auf andere abzuwälzen, wenn eine Maßnahme zu aufwändig bzw. zu komplex ist oder wenn daran Erwartungen geknüpft werden oder unüberwindbare Spannungen entstanden sind:

Zu Konflikten kommt es vor allem mit den anderen Diensten, zum Beispiel mit den Sozialdiensten, die häufig Erwartungen an uns stellen. Die Sozialassistenten stehen häufig unter großem Druck, ohne dass sie über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, aber sie befinden sich oftmals in einer sehr schwierigen Lage und versuchen verständlicherweise, das Problem auf jemand anderen, zum Beispiel auf uns abzuwälzen. Inzwischen haben sie jedoch verstanden, dass man so nicht arbeiten kann und dass wir nur bestimmte Dinge tun und andere nicht (Int. 371)⁷⁶

⁷⁵ Dieses Interview wurde in der Dienststelle für Gesundheitserziehung eines Schulumtes geführt

⁷⁶ Der Befragte koordiniert eine Familienberatungsstelle

Was in dem Kooperationsverhältnis zwischen MitarbeiterInnen und zwischen Diensten nicht toleriert werden kann, ist der mehr oder weniger absichtliche Versuch, einen Fall an andere zu delegieren oder sich der Verantwortung für die Lösung des Problems zu entziehen:

Nicht mit allen kann man gleich gut arbeiten, es kommt sehr auf die einzelnen Personen an. Wir stellen insofern große Unterschiede zwischen den verschiedenen Diensten des Sozialwesens fest, als einige versuchen, alles zu delegieren, sie bringen uns den Minderjährigen und wollen nichts mehr davon wissen, während andere sehr kooperativ sind (Int. 242)⁷⁷

Wir mögen es nicht, wenn bestimmte Betreute zu uns geschickt werden, weil sie mit den Psychologen des Psychologischen Dienstes nicht klar kommen, das gefällt uns nicht (Int. 371)

Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeiten bei der Integration der Maßnahmen ist der Unterschied zwischen der Zusammenarbeit mehrerer Dienste des selben Sektors und der Zusammenarbeit von Diensten verschiedener Sektoren:

Worin der Unterschied zwischen einem "Sozialfall" und einem "Normalfall" besteht, ist nicht einfach zu sagen, aber es gibt eine Art Skala: Der "normalste Normalfall" ist, wenn der Klient sich selbst freiwillig an den Dienst wendet (das gilt in Wirklichkeit eher für Erwachsene und kommt bei Kindern und Jugendlichen nie vor) und man mit der Einzelperson arbeiten kann; der zweite "Normalfall" ist die Übergabe durch andere Dienste, hier wird es schon schwieriger, weil es darum geht, mit anderen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, aber dabei handelt es sich meistens um andere Gesundheitsdienste und das ist nicht sehr problematisch, weil man hauptsächlich mit Erwachsenen arbeitet. Wenn die Übergabe jedoch durch die Schule, die Sozialpädagogische Grundbetreuung oder das Jugendgericht erfolgt, wird die Sache sehr kompliziert, weil man nicht nur mit dem Betreuten, sondern auch mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet. Das schlimmste Szenario ist, wenn die Schule, die Sozialpädagogische Grundbetreuung und das Jugendgericht beteiligt sind, dann sind Probleme vorprogrammiert und es ist ziemlich offensichtlich, dass meine Mitarbeiter keine große Lust haben, sich um diese Fälle zu kümmern (Int. 612)⁷⁸

In der obigen Aussage ist klar zu erkennen, dass die Zusammenarbeit zwischen Diensten als Verhandlungssache und Konflikt zwischen Akteuren mit unterschiedlichen

⁷⁷ Der Befragte arbeitet in einer Wohngemeinschaft

⁷⁸ Das Interview wurde im Psychologischen Dienst eines Sanitätsbetriebes geführt.

Erwartungen und Standpunkten wahrgenommen und verstanden wird; über die formale Definition der Kooperationsbeziehungen hinaus führt deren praktische Umsetzung also zu Ambivalenzen, für die verschiedene Faktoren verantwortlich sind. Im selben Interview werden einige davon genannt: der unterschiedliche Status der verschiedenen Berufsgruppen und eine nicht immer hohe Wertschätzung für die professionelle Kompetenz der potenziellen Ansprechpartner:

Die Psychologen sind Akademiker, sie werden hinzugezogen und ihre Präsenz wird von den Sozialdiensten verlangt; wenn sie dann aber da sind, will man sie nicht. Die Botschaft der Sozialassistentinnen lautet häufig: ich brauche dich, aber in Wirklichkeit kannst du mir nicht geben, was ich brauche. Und diese ambivalente Haltung beruht auf der Tatsache, dass der Psychologe als jemand angesehen wird, der jederzeit die Front verlassen kann, er ist derjenige, der den Rückzug antreten kann, während die Sozialassistentin die Stellung halten muss. Außerdem verdienen sie viel mehr als die Mitarbeiter in den Bezirksgemeinschaften, weil sie im Gesundheitsbereich in die Gehaltsgruppe der Ärzte eingestuft werden und diese ungleiche Behandlung trägt sicher nicht zur Entspannung des bereits schwierigen Klimas bei (Int. 612)

Eine weitere Passage des Interviews verdient es, zitiert zu werden, denn sie macht deutlich, dass kontraproduktive Einstellungen und unangemessene Verhaltensweisen nie auf einer Seite allein zu finden sind:

Diese strukturellen Aspekte werden noch verstärkt durch das Verhalten gewisser junger Kollegen, die keine angemessene und geeignete Form der Zusammenarbeit mit der SPG finden. Diese jungen Kollegen sind der Komplexität der Situation häufig nicht gewachsen und leisten leider sehr banale Beiträge zur Falldiskussion (Int. 612)

Man muss sagen, dass die Härte einiger dieser Aussagen gewissermaßen denjenigen Recht gibt, die gerade in der Angst, bewertet und beurteilt zu werden, ein Hindernis für die Zusammenarbeit sehen:

Ein Problem ist häufig auch, dass die Leute sich nicht in die Karten schauen lassen wollen, sie fürchten das Urteil der anderen, sie wollen sich beruflich nicht exponieren (Int. 71)

Es lohnt sich auch, die Andeutung aufzugreifen, die in einer der oben angeführten Interviewpassagen gemacht wird und bei der es um die Wahrnehmung einer ungleichen Position (und wesentlichen Distanz oder Einbeziehung) der Berufsgruppen bei den

behandelten Fällen geht. Denn auch aus anderen Interviews geht das Bewusstsein einer unterschiedlichen Autonomie der MitarbeiterInnen im Umgang mit den Betreuten hervor:

Für uns ist es ganz klar, dass wir uns nicht um Psychotherapie kümmern und auch die psychologische Beratung erfolgt häufig durch den Psychologischen Dienst, während die Sozialdienste für das gesamte Familiennetz und die innerfamiliären Beziehungen zuständig sind. Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir diejenigen sind, die agieren, die hinausgehen, die den Situationen vor Ort begegnen, während die anderen in ihren Büros sitzen und warten, ich denke vor allem an den Psychologischen Dienst (Int. 51)

Auch die Berufskultur kann sich in bestimmten Fällen als der Betreuungssituation nicht angemessen erweisen und somit zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten führen, wenn es zu unterschiedliche und nicht miteinander vereinbare Problemdefinitionen und Maßnahmenziele gibt:

Die Prognosen für die sozialen Fälle sind die schlechtesten, auch wenn immer die Hoffnung besteht, das sich etwas ändert. Unser Vorsatz ist immer zu helfen, das gilt für alle Situationen und wenn sich diese Erwartung dann nicht erfüllt, wird alles sehr schwierig und man beginnt, dem einen oder dem anderen die Schuld zu geben (Int. 602)

Manchmal ist es die Organisationskultur, die - wie wir bereits erwähnt haben - die Inanspruchnahme der Mithilfe anderer Akteure oder anderer Dienste behindert:

Die Schulen haben kein großes Interesse daran, mit den Sozialdiensten zusammenzuarbeiten, sie melden die Fälle nur, wenn ich einen gewissen Druck ausübe oder wenn die Situation aus dem Ruder läuft. Die Sozialdienste tun alles, um den Schulen Informationen zu geben, aber diese wissen wirklich wenig über die Aufgaben und Interventionsmöglichkeiten der Sozialsprengel. Die Lehrer vertrauen nur den Personen und nie den Institutionen, sie sind sehr misstrauisch und skeptisch, das stelle ich immer wieder fest. Die Lehrer glauben nicht, dass die Sozialdienste wirklich etwas tun können, wenn ein Kind Probleme hat (Int. 552)

In einigen Interviews werden die Beziehungen zwischen Schule und Sozialpädagogischer Grundbetreuung der Sprengel zum Teil⁷⁹ als recht problematisch bewertet:

Wir halten es für richtig, dass auch die Schule ihren Teil beiträgt und zu ihrer Verantwortung steht. Das bedeutet, dass es uns nicht ge-

⁷⁹ Es gibt auch Interviews, in denen das Urteil durchweg positiv ausfällt, wie das folgende Beispiel zeigt: "Mit der Schule arbeiten wir sehr gut zusammen, die Beziehungen werden immer besser" (Int. 172).

nügt, dass sie uns den Fall melden, ohne dass sie selbst von Anfang an die Eltern miteinbeziehen. Das ist wichtig, weil die Eltern wissen und verstehen müssen, warum auch wir an einem gewissen Punkt involviert sind. Meiner Meinung nach muss sich die Schule auch der Tatsache bewusst sein, dass sie auch rechtlich verpflichtet ist, problematische oder nachteilige Situationen für das Wohl des Minderjährigen an die Gerichtsbehörden zu melden, während sie diese Verantwortung oft nicht übernehmen, weil sie Angst haben, sich zu exponieren [...] Die Schulen kommen oft spät, manchmal auch zu spät, und sie neigen dazu, die Probleme zu "verpacken" und zu "verschleiern", indem sie die Eltern zu uns schicken und ihnen sagen, sie sollen eine Nachmittagsbetreuung für die Kinder beantragen, obwohl es klar ist, dass die Probleme ganz andere sind (Int. 71)

Diese stereotypen Vorstellungen und mitunter negativen Vorurteile verschwinden verständlicherweise, wenn sich die Ansprechpartner persönlich kennen:

Meine Erklärung dafür, dass sich jemand an unseren Dienst und nicht an einen anderen wendet, beruht auf der Feststellung, dass man oft den anspricht, den man kennt. Der Lehrer, die Eltern oder der Kinderarzt wenden sich an den Dienst, den sie durch direkte Erfahrung oder vom Hörensagen kennen, ich sehe keine anderen Gründe (Int. 642)

Die Psychologen unterhalten sehr enge Beziehungen zu den Diensten, weil viele von ihnen ohnehin dort arbeiten und deshalb auch einfacheren Zugang haben (Int. 512)

Wie wichtig der direkte Kontakt ist, machen die zahlreichen Hinweise auf den besonders hohen Turnover deutlich, der in den Sozialdiensten offenbar verzeichnet wird und der anscheinend Ursache für ein gewisses Misstrauen bezüglich der Zuverlässigkeit der Beziehungen in einer als extrem instabil und unbeständig bezeichneten Situation ist:

Es gab Situationen, wo klar war, dass eine Meldung an die Sozialdienste gemacht werden musste, aber wo die Lehrer es vorzogen, mit mir oder den Psychologen Kontakt aufzunehmen, weil es im Sprengel einen sehr hohen Personalwechsel gab, der sie verwirrte. Sie müssen wissen, an welche Person und nicht nur an welche Institution sie sich wenden müssen. Wenn sie einmal eine negative Erfahrung gemacht haben, haben sie kein Vertrauen mehr (Int. 552)

Das größte Problem ist der Turnover, vor allem bei den Sozialassistentinnen, aber auch im Psychologischen Dienst, obwohl die Situation sich dort verbessert hat. Es ist sehr problematisch, wenn die

Fälle von einem Mitarbeiter an einen anderen übergeben werden, denn jeder geht anders mit der Situation um und muss jedes Mal von vorne beginnen. Im Laufe der Jahre entstehen persönliche Kontakte und dann wird es schwierig, wieder neu anzufangen, es ist zu zeitaufwändig. Leider funktionieren viele Dinge bei meiner Arbeit nur durch diese persönlichen Kontakte (Int. 592)

Die Schwierigkeiten in der Arbeitsweise der multiprofessionellen Teams und der Netzwerke der Dienste sind weitgehend bekannt und stellen nur bis zu einem gewissen Grad eine Besonderheit dieses speziellen Tätigkeitsbereiches dar.

Mit Behinderten zu arbeiten ist auch einfacher als mit den so genannten "Sozialfällen", wo es häufiger zu Konfrontationen zwischen den Mitarbeitern kommt; wenn es darum geht, die Betreuung eines auch schwer Behinderten zu organisieren, wird man sich dagegen schneller einig. Aber die Tatsache, dass diese Sozialfälle auch unter den Mitarbeitern für Verwirrung sorgen, ist allen bekannt und folglich sollten wir auch in der Lage sein, mit diesen Situationen umzugehen (Int. 602)

Der Konflikt sollte also als normal akzeptiert werden und alles in allem zu den potenziellen Risiken und Hindernisfaktoren des "normalen" Arbeitsablaufes in diesem Bereich gezählt werden.

Das Wichtigste in diesem Zusammenhang ist nicht die Unterdrückung oder die Eindämmung der Konflikte, sondern ein möglichst bewusster und transparenter Umgang mit diesen Situationen. Besondere Beachtung erfordert in jedem Fall die Koordinierung der Prozesse und Beziehungen, an denen mehrere Akteure und mehrere Dienste beteiligt sind, und dabei kann man nicht nur auf den guten Willen und die spontane Entwicklung der Situationen vertrauen:

Meiner Meinung nach muss vor allem geklärt werden, wer der "Regisseur" des Gesamtprojektes ist [...] darüber gibt es meines Erachtens nicht immer Klarheit und einheitliche Sichtweisen (Int. 582)

Natürlich hat es Initiativen in diese Richtung gegeben, sowohl auf institutioneller Ebene als auch auf pragmatischer Ebene in Form von Ad-hoc-Maßnahmen.

5. Die Maßnahmen zur Förderung der Effizienz der Netzwerke

In den Interviews wird auf zahlreiche Absichtsprotokolle verwiesen, die auf institutioneller Ebene zwischen Diensten verschiedener Sektoren unterzeichnet wurden; einer

der Hauptzwecke ist offenbar, die Unbeständigkeit, Unberechenbarkeit und Fragilität der Beziehungen im Rahmen der gemeinsam durchgeführten Maßnahmen zu verringern. Man will also die Beziehungen formalisieren, um sie von der Ebene der persönlichen und gelegentlichen Kontakte auf die institutionelle Ebene zu verlagern. In einem Sprengel wird zum Beispiel Folgendes gesagt:

Unsere Kompetenzen sind klar definiert [...] Wir arbeiten zum Beispiel sehr gut mit dem Psychologischen Dienst zusammen und im Rahmen eines Case-Management-Ansatzes gelingt es uns ganz gut, die Aufgaben zu verteilen und auch unsere Ziele gemeinsam zu formulieren [...] Wir bereiten gerade ein Absichtsprotokoll mit dem Zentrum für geistige Gesundheit vor, während wir dies mit dem Psychologischen Dienst bereits getan haben; mit der Schule hingegen haben wir einige Probleme, dort ist es sehr schwierig, wir arbeiten mit einzelnen Lehrern zusammen, aber es ist sehr schwer, die Arbeit mit ihnen zu institutionalisieren (Int. 91)

In einigen Interviews wird aber auch auf die Gefahr hingewiesen, dass die Protokolle zu einer Standardisierung der Beziehungen und Maßnahmen auf Kosten der Qualität führen:

Mit allen diesen Diensten haben wir Absichtsprotokolle abgeschlossen. Mit der Schule haben wir bereits eine große Routine, was einerseits die Arbeit erleichtert, aber andererseits auch die Gefahr birgt, dass bestimmte Situationen mit einer gewissen Oberflächlichkeit behandelt werden, also Routine ist der Feind der stärkeren Interaktionen (Int. 632)⁸⁰

Unsere Absichtsprotokolle mit den Sozialdiensten funktionieren gut, es kommt auch vor, dass wir gemeinsames Case Management betreiben. In bestimmten Fällen würden wir uns allerdings mehr Kooperation wünschen, vor allem wenn die Aufträge vom Jugendgericht kommen, in diesen Fällen wäre ein engerer Kontakt hilfreich, und nicht nur ein oder zwei kurze Treffen (Int. 622)⁸¹

In anderen Fällen wurden die vor langer Zeit unterzeichneten Protokolle von der Entwicklung der Situation überholt:

Vor zehn Jahren wurde ein Absichtsprotokoll ausgearbeitet, das inzwischen völlig überholt ist, aber das die Grundlage unserer Arbeit

⁸⁰ Das Interview wurde in einem Psychologischen Dienst eines Sanitätsbetriebes geführt

⁸¹ Das Interview wurde in einem Psychologischen Dienst eines Sanitätsbetriebes geführt.

bildet. Dieses Absichtsprotokoll allein könnte keinesfalls die Kooperation zwischen den Sozialdiensten sicherstellen (Int. 652)⁸²

Für einige der Befragten zählen also offenbar (im Guten wie im Schlechten) vor allem die persönlichen Kontakte, ungeachtet oder trotz der Protokolle und formalen Vereinbarungen:

Zu den Beziehungen mit den bestehenden Einrichtungen ist zu sagen, dass jene mit X, seit der frühere Vizedirektor nicht mehr da ist, praktisch nicht mehr bestehen, sie haben sich seither nicht mehr an uns gewandt (Int. 351)

Mit den Fachdiensten funktioniert die Zusammenarbeit meiner Meinung nach sehr gut. Es gab und gibt kein Absichtsprotokoll mit ihnen, aber trotzdem oder vielleicht gerade deshalb funktionieren die Dinge gut. Man vereinbart von Fall zu Fall, was zu tun ist, und bisher gab es keine Probleme (Int. 652)

Eine außerordentlich wichtige Gelegenheit zum persönlichen Kontakt und gegenseitigen Kennenlernen bietet die Aus- und Fortbildung, die abgesehen von den Inhalten und dem Beitrag, den sie zur Vermittlung von Fachwissen leisten kann, Personen zusammenbringt, die sonst vielleicht wenig Gelegenheit haben, sich zu treffen und kennen zu lernen. In den Interviews äußern sich die Befragten häufig positiv über das Thema und ihre persönlichen Erfahrungen mit Ausbildungsmaßnahmen, an denen sie gemeinsam mit MitarbeiterInnen anderer Fachbereiche und/oder anderer Organisationen teilgenommen haben:

Die Zusammenarbeit mit den anderen Diensten funktioniert sehr gut. Es gab Zeiten, in denen es schlechter lief. Ich glaube, jetzt besteht gegenseitiger Respekt, auch weil wir an vielen gemeinsamen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen und dabei alle gelernt haben, den Standpunkt des anderen zu respektieren (Int. 41)

⁸² Da es sich um ein Protokoll handelt, das eine besonders heikle Tätigkeit regelt, sollten vielleicht die Gründe angegeben werden, warum die Befragte es als völlig überholt ansieht: *„Das Absichtsprotokoll sieht vor, dass jedes Mal, wenn die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht die Intervention des „internen“ Sozialdienstes verlangt, auch der territorial zuständige Sozialdienst benachrichtigt wird und dass dieser Sozialdienst, wenn es sich um einen betreuten Jugendlichen handelt, dem Staatsanwalt Informationen über die persönlichen und familiären Verhältnisse übermittelt. Das klingt an sich vernünftig, aber die Praxis hat gezeigt, dass die von den territorialen Sozialdiensten gelieferten Informationen auch deshalb nicht viel nützen, weil die territorialen Sozialdienste die Jugendlichen kannten, als sie noch klein waren. Die Probleme und Bedürfnisse waren damals völlig andere als zu dem Zeitpunkt, in dem sie straffällig geworden sind. Das geschieht also, wenn der Sozialdienst den Minderjährigen kennt bzw. kannte. In den meisten Fällen hatte der Jugendliche jedoch zuvor keinerlei Kontakt zu den Sozialdiensten. In diesem Fall spreche ich immer mit meinen Kolleginnen der territorialen Sozialdienste und frage, ob sie zur Zusammenarbeit mit unserem Dienst bereit sind und in vielen Fällen ist diese Bereitschaft da. Meines Erachtens besteht diese Bereitschaft auch deshalb, weil die Sozialassistentinnen [der Sozialpädagogischen Grundbetreuung] verstanden haben, dass die Verantwortung in jedem Fall bei uns liegt und dass sie ohne zu großen Arbeitsaufwand auch an interessanten Projekten mitwirken können. Wenn man also den Personen klar macht, dass die Möglichkeit besteht, etwas Neues, Konstruktives, Interessantes zu tun, dann gelingt es auch, sie für eine Kooperation zu gewinnen. Meine Kooperationserfahrungen beziehen sich allerdings auf die Situation in den peripheren Sprengeln mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung, da ich ausschließlich für die deutschsprachigen Kinder und Jugendlichen zuständig bin. Meine Kolleginnen, die sich um italienischsprachige oder ausländische Kinder und Jugendliche kümmern, haben dagegen ganz andere Erfahrungen gemacht: mit X kann man praktisch nicht zusammenarbeiten“*

Probleme gab es auch mit der Schule, aber auch dort gilt das Gleiche, wenn man an gemeinsamen Aus- und Fortbildungsprojekten teilnimmt, läuft es besser (Int. 602)

Die Aus- und Fortbildung ist jedoch nicht immer ausreichend und nicht alle MitarbeiterInnen sind bereit oder interessiert, diese mit KollegInnen anderer Ausbildungs- und Berufszweige zu teilen:

Häufig gibt es Probleme zwischen den Mitarbeitern meines Dienstes und denjenigen der Sozialdienste; ich glaube, mehr gemeinsame Aus- und Fortbildung wäre hilfreich [...] Allerdings muss ich auch zugeben, dass die Psychologen keine große Lust haben, an gemeinsamen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen mit den Sozialassistenten teilzunehmen, sie ziehen eigene Kurse vor [...] Die Psychologen bleiben lieber unter sich, sie bevorzugen die Fortbildung im Therapiebereich, aber ich dränge sie, sich auch mit anderen Mitarbeitern auszutauschen. Vielleicht würde es helfen, wenn eine hierarchisch übergeordnete Stelle uns zu gemeinsamen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen verpflichten würde (Int. 603)

Andererseits darf man von der Aus- und Fortbildung, aber auch von denjenigen, denen sie zugute kommen sollte, nicht zu viel verlangen:

Vor einiger Zeit hatte das Institut X mit der Planung eines Fortbildungszyklus für die Sozialdienste und für uns begonnen, aber es war ein Mammutprogramm, viel zu aufwändig und mit sehr vielen Tagen. Eine Teilnahme war absolut unmöglich, weil sie den Fortbildungsrahmen, über den meine Mitarbeiter verfügen, bei weitem überschritt (Int. 603)⁸³.

6. Schwachstellen und Lücken der Netzwerke

Abgesehen von den Faktoren, die den Aufbau der Netzwerke und deren optimale Funktion behindern können, möchten wir andere Schwachstellen beleuchten, auf die von den Befragten oft mit großem Nachdruck hingewiesen wurde.

Der Schutz der Privatsphäre der Betreuten ist eine Verpflichtung, die von vielen Akteuren und Einrichtungen, die in dem untersuchten Sektor tätig sind, als legitim angesehen wird. In den Beziehungen zwischen den verschiedenen Netzwerkknoten

⁸³ Das Interview geht so weiter: "Außerdem war es wirklich absurd, eine so aufwändige Sache zu machen; wir haben viele Leute mit großer Berufserfahrung und diese Personen gilt es zu valorisieren, sie wären in der Lage, viele Dinge in kurzer Zeit zu lernen"

kann sie jedoch eine Einschränkung oder Beeinträchtigung bedeuten, die offenbar nicht von allen akzeptiert wird bzw. deren Einhaltung und deren Bedeutung nicht von allen geteilt wird, weil die Integration und die Kohärenz der verschiedenen Maßnahmen dadurch stark beeinflusst werden. So ist aus einigen Interviews ein gewisser Missmut oder gar Groll gegenüber bestimmten Diensten herauszuhören, die ihrer Ansicht nach den vorgeschriebenen Schutz der Privatsphäre zu streng auslegen und dadurch eine erfolgreiche Fallbearbeitung behindern:

Der kritische Aspekt ist die schwierige Zusammenarbeit mit den Fachdiensten. Das grundlegende Problem ist, dass zwei verschiedene Erfordernisse aufeinander treffen. Da ist zum Beispiel einerseits das Erfordernis des Psychiatrischen Dienstes, die Privatsphäre seines Klienten (z.Bsp. der Mutter in psychiatrischer Behandlung) zu schützen und andererseits das Erfordernis der Sozialassistentin, zu wissen, wie sie dem Minderjährigen helfen kann und ob sie dabei auf die Mutter des Kindes zählen kann. Für uns stellt sich die Frage: wenn die vorhandenen Informationen über den Elternteil nicht vollständig sind oder wenn bestimmte Elemente fehlen, die das Ergebnis oder die Wirksamkeit beeinträchtigen können, wie kann sich die Sozialassistentin dann für das Wohl des Kindes einsetzen? Mit dem DfA haben wir Gespräche geführt, um diese Hürde zu überwinden (Int. 181)

Diese Dienste [DfA und ZGG] sind sehr problematisch, ihr Ansatz konzentriert sich auf das Individuum, während die SPG sich auf das Kind und sein Umfeld konzentriert. Sie haben einen Vertrag mit ihrem Patienten und der verbietet es ihnen, den Behandlungsweg Außenstehenden bekannt zu geben, während es für die SPG wichtig wäre, die Entwicklung des Falls zu kennen; mit gewissen Vorkehrungen kann man dennoch zusammenarbeiten [schriftliche Einwilligung des Betreuten], aber es ist sehr schwierig (Int. 121)

Das Problem betrifft nicht nur die Informationen, die nicht leicht einzuholen sind, sondern auch die Informationen, die verlangt werden und die nicht weitergegeben werden dürfen:

Schwierigkeiten gibt es auch mit der Schule, weil diese alles über das Kind wissen will, aber die SPG kann nicht alles sagen. Man sagt nur, was hilfreich ist (Int. 121)⁸⁴

⁸⁴ Es ist allerdings zu erwähnen, dass das Interview so weiter geht: "Jeder Mitarbeiter definiert jedoch den Grad der Privatsphäre selbst"

Das Problem des Informationsaustausches beruht jedoch auf anderen Formen von Asymmetrie⁸⁵ in den Beziehungen zwischen den Diensten, die offenbar nicht nur formeller, sondern - auch hier - substanzieller Art sind und mit anderen, teils tiefergehenden Unterschieden in den Prinzipien und Interventionsmodellen zusammenhängen:

Mit dem Psychologischen Dienst wird viel diskutiert, denn auch sie erhalten die Mitteilungen des Jugendgerichtes, aber sie handeln nicht, wenn der Betreute nicht freiwillig dazu bereit ist; die Sozialpädagogische Grundbetreuung muss hingegen handeln. Mit dem Zentrum für geistige Gesundheit gibt es viele Grauzonen in der Frage, ob jemand von ihnen oder von diesem Dienst betreut wird. Wenn zum Beispiel die Eltern [geistig] krank sind, erwartet man Zusammenarbeit, aber diese gibt es nicht, weil auch sie sich auf die Freiwilligkeit berufen, während die SPG auch Kontrollfunktionen wahrnimmt (Int. 121)

Es ist oft sehr schwierig, mit dem Zentrum für geistige Gesundheit zusammenzuarbeiten, denn, solange es sich um Erwachsene handelt, kann man ein gemeinsames Ziel verfolgen, aber in dem Moment, in dem es um Minderjährige geht, um die wir uns kümmern müssen, wird die Sache problematisch, weil sie ganz andere Ziele als wir haben; sie haben eine andere Logik, sie kümmern sich um das Wohl ihrer Patienten und melden nie die Probleme, die diese mit der Kinderbetreuung haben. Das Gleiche gilt für den DfA (Int. 131)

Ein anderer Befragter spricht generell von einem Problem bei der Bekanntgabe der Betreuungsmaßnahmen:

Manchmal fehlt uns ein Gesamtbild der Familie, weil ein Elternteil in Behandlung ist und gewissermaßen geschützt wird, aber dadurch wird uns die Möglichkeit genommen, uns einen Gesamteindruck zu verschaffen, der uns bei der Arbeit mit dem Minderjährigen helfen würde (Int. 321)

Ein anderes Thema, das mitunter angesprochen wird, betrifft die Qualität der Ressourcen, die Kompetenzen, die einige der Netzwerkdienste offenbar nicht in ausreichendem Maße besitzen. Es handelt sich weniger um Kooperationshindernisse, als vielmehr um regelrechte Lücken bzw. Mängel im Netzwerk:

Meiner Meinung nach funktioniert die Vernetzung zwischen den stationären Einrichtungen und den territorialen Diensten nicht und die

⁸⁵ Ein Beispiel für die durch die unterschiedliche funktionelle und institutionelle Stellung bedingten Schwierigkeiten wird in diesem Interview genannt: *“Die Beziehungen [mit dem Psychologischen Dienst] sind sehr ambivalent, da sie teils unsere Geldgeber sind; andererseits arbeiten wir auch sehr eng zusammen bei bestimmten Projekten [...] wo eine Kooperation zwischen Gleichgestellten stattfindet”* (Int. 351)

Kooperation ist jedenfalls ein sehr heikles Thema, bei dem es um Vertrauen, Respekt und Kommunikation geht, und da gibt es noch viel zu tun. Ich glaube, dass die Mitarbeiter der Einrichtungen zu jung sind, dass sie nicht genug Geld verdienen und dass es auch auf der Führungsebene Defizite gibt (Int. 603)⁸⁶

Besondere Beachtung verdienen die Aussagen über die Qualität der Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Trägern des Sozialwesens. Das ist natürlich ein ganz wichtiges Thema, zumal es einen der Entwicklungsschwerpunkte der lokalen Sozialsysteme betrifft, mit dem hohe Investitionen und große Erwartungen verbunden sind. Die Meinungen über den Integrations- und Kooperationsgrad der Dienste gehen in diesem Fall weit auseinander; wir werden hier vor allem Aussagen zitieren, die problematische Aspekte ansprechen, weil sie Anregungen für Maßnahmen zur Verringerung möglicher Spannungen und zur Verbesserung des Zusammenhalts des gesamten Sozialsystems geben können.

Die folgende Interviewpassage ist beispielhaft dafür, wie jemand, der im Non-Profit-Sektor arbeitet, sich selbst und seine Geschichte sieht:

Wir haben sehr klare und eindeutige Grenzen zwischen unserem Kompetenzbereich und dem anderer gesetzt. Wir haben Vereinbarungen mit dem Sozialdienst und mit dem Psychologischen Dienst und damit ist alles genau geregelt. Als Beratungsstellen sind wir praktisch aus dem Nichts und im Nichts entstanden, wir haben eine Lücke geschlossen, dann mussten wir unsere Kompetenzen abgrenzen gegenüber denjenigen des öffentlichen Psychologischen Dienstes, der nach uns gekommen ist [...] Seit nunmehr fünf Jahren haben wir eine Vereinbarung mit der Bezirksgemeinschaft, die uns als Partner entdeckt hat und die bestimmte Dienste von uns erwirbt, wie sie es nennen. Es gibt eindeutige Unterschiede zwischen unserem Organisationsmodell und demjenigen des Sozialspengels, wir haben eine mehrjährige und gute Zusammenarbeit, aber wir sind etwas Anderes, vielleicht sogar ein Modell (Int. 371)

⁸⁶ Im selben Interview wird auch Folgendes gesagt: *“in diesen Einrichtungen sollten sie darauf achten, mit reiferen Personen zusammenzuarbeiten oder denjenigen, die dort arbeiten, die Möglichkeit geben, eine gewisse Karriere zu machen, mehr zu verdienen, es kann nicht angehen, dass diese Arbeiten von Personen gemacht werden, die gerade mit der Ausbildung fertig geworden sind und diese als Sprungbrett für andere Arbeiten benutzen. Im Ausland ist die Situation ganz anders. Ich glaube, dass die Vereinigung X aus dieser Sicht sehr problematisch ist. Ich glaube, dass die Qualität ihrer Arbeit einer sorgfältigen Bewertung bedarf. Die Schichten zum Beispiel sind sehr schlecht organisiert, die professionellen Erzieher sind auch nachts anwesend, so wird die Energie derjenigen verschwendet, die auch tagsüber arbeiten müssen, während für die Nachtschichten ohne weiteres weniger qualifizierte Mitarbeiter eingesetzt werden könnten, die nur nachts anwesend sind, während die Erzieher ausschließlich tagsüber arbeiten. Dasselbe gilt auch für andere Einrichtungen wie X, Y und Z, also ich habe keinen guten Eindruck von diesen Einrichtungen”*

Für einige Befragte geht es weniger um die unterschiedlichen Rollen von öffentlichen und privaten Trägern des Sozialwesens, als vielmehr um die problematische Rollenvermischung und die damit verbundenen Asymmetrien:

Was die Beziehungen mit den Sozialdiensten als Organisationen betrifft, so wünsche ich mir, dass diese Beziehungen gleichberechtigt werden, denn gegenwärtig sind sie eine Mischung aus vielem: sie sind diejenigen, die zahlen, sie sind gewissermaßen unsere Klienten, sie sind diejenigen, die kontrollieren, sie sind diejenigen, die großen Druck ausüben. Ich möchte als gleichwertiger Partner gesehen werden (Int. 251)

Dass die Beziehungen bisweilen schwierig sind, macht die folgende Aussage deutlich, in der die Situation ideologisch betrachtet wird und eine gewisse Unvereinbarkeit von Wertvorstellungen und Interventionsmodellen zu erkennen ist:

Die Beziehungen sind problematischer mit den Sozialdiensten, aber es ist keine Frage von Personen, sondern ein strukturelles Problem. Das Problem ist, dass die Fürsorge verstaatlicht und bürokratisiert wurde (Int. 212)

Die Beziehungen werden besser, aber laut diesen Befragten gibt es noch viel zu tun:

[Die Dienste der Sozialpädagogischen Grundbetreuung] haben eine gewisse Entwicklung durchlaufen, heute gibt es wenigstens gute Vorsätze. Sie haben sich vernetzt und dadurch hat sich ihre Arbeitsweise verbessert, sie sind nicht mehr so chaotisch bei den Übergaben (Int. 371)

Im Non-Profit-Sektor spürt man auch einen gewissen Wunsch, die Bindungen, die Abhängigkeit vom öffentlichen Sektor zu lockern:

Ich muss sagen, dass wir seit kurzem auch den Mut haben, die Eltern direkt einzubeziehen, wir überlassen die Kontakte mit der Herkunftsfamilie nicht mehr allein den Sozialdiensten. Wir arbeiten auch für die Rückkehr des Minderjährigen in die Herkunftsfamilie, während dies traditionell eher Aufgabe der Sozialdienste und nicht der Einrichtungen war. Wir haben hier auch ein Therapiezentrum, das nicht nur unseren Jungen und Mädchen, sondern auch externen Betreuten offen steht (Int. 251)

Wir suchen nach anderen Möglichkeiten, um uns vom Sozialdienst abzunabeln. Aber aus Sicht der Finanzierungen ist das noch nicht möglich. Sicherlich spüren wir immer stärker, dass es eine Nachfrage nach Diensten wie dem unseren gibt (Int. 321)

Wie wir bereits gesehen haben, sind die Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Trägern des Sozialwesens in der Tat auch finanzieller Art; einige Befragte sehen darin eine schwer ertragbare Abhängigkeit und einen großen Unsicherheitsfaktor:

Wir stellen fest, dass die Sozialdienste stark darauf achten, Geld zu sparen, scheinbar ist der Bedarf an Einrichtungen wie der unseren nicht mehr so groß wie er noch vor kurzem war, als wir viel mehr Anfragen hatten, als wir annehmen konnten. Es kann auch sein, dass sich die Lage vor Ort verändert hat, dass sie viel Personal eingestellt haben, welches die Leistungen erbringen kann, die wir bisher in den Einrichtungen erbracht haben. Aber ich habe diesbezüglich so meine Zweifel, ich glaube eher, dass es sich um strikte Sparmaßnahmen handelt und dass sie die Mitarbeiter zwingen, sich die Sache sehr gut zu überlegen, bevor sie eine Überweisung in eine Einrichtung wie die unsere veranlassen (Int. 242)⁸⁷

Am frustrierendsten ist die fehlende Gewissheit über die berufliche Zukunft. Es ist ein Arbeitsbereich, der ständigen Veränderungen unterliegt, abhängig von den jeweiligen Bedürfnissen, den verschiedenen Problemen, die von Fall zu Fall auftreten. Wir wissen nicht, ob wir für das nächste Jahr die Finanzierungen erhalten, ob sie uns die Minderjährigen schicken oder nicht. Die Sorge wächst, wenn die Zahl der Betreuten sinkt (Int. 321)

⁸⁷ Beachtenswert ist auch, was der Befragte zuvor über die Kriterien für die Aufnahme der Minderjährigen in die Wohngemeinschaft, in der er arbeitet, sagte: "Ein weiterer, sehr wichtiger Faktor für uns ist die Freiwilligkeit, das heißt, wenn ein Minderjähriger absolut nicht zu uns kommen will, dann zählt das bis zu einem gewissen Punkt. Andererseits müssen wir aber auch immer an den finanziellen Aspekt denken, also es ist auch wichtig, dass unsere Kapazitäten ausgelastet sind und deshalb muss man manchmal Kompromisse machen."

Anlage 1

Liste der Dienste, in denen die Interviews für die Analyse des Netzwerks der Dienste durchgeführt wurden (Die Nummerierung stimmt nicht mit den Kennziffern der Interviews überein)

Sozialsprengel	1. Obervinschgau 2. Wipptal 3. Südtiroler Unterland 4. Bruneck 5. Klausen 6. Mittelvinschgau 7. Naturns 8. Salten – Sarntal – Ritten 9. Betrieb für Sozialdienste Bozen
Heime	10. Liebeswerk
Wohngemeinschaften	11. San Nicolò 12. Villa Winter
Familienähnliche Einrichtungen	13. Kinderdorf 14. Murialdo (Leifers)
Tagesstätten	15. Vittorio Veneto (Bozen)
Streetworker	16. Der Weg
Familienberatungsstellen	17. L'Arca (BZ) 18. Ehe- und Erziehungsberatung (Bruneck)
Ausländische Kinder und Jugendliche	19. Erstaufnahmezentrum BZ (Verein Volontarius) 20. Referent im Betrieb für Sozialdienste Bozen
Jugendberatung	21. Young + Direct
Schulwesen	22. Italienisches Schulamt (resp. Dienststelle für Gesundheitserziehung) 23. Deutsches Schulamt 24. Schulreferent Italienische Berufsbildungszentren 25. Schulreferent Deutsche Berufsbildungszentren 26. Schulreferent Italienische Mittelschule 27. Schulreferent Ladinische Mittelschule 28. Schulreferent Deutsche Mittelschule 29. Schulreferent Italienische Oberschule 30. Schulreferent Deutsche Oberschule
Psychologische Dienste	31. Bozen 32. Brixen 33. Bruneck 34. Meran
Andere Stellen	35. Jugendgemeinderat Bruneck 36. Sozialwesen Bezirksgemeinschaft Vinschgau 37. Kinderneuropsychiatrie BZ 38. Sozialdienst beim Jugendgericht 39. Jugendamt der Quästur BZ

Anlage 2

Leitfaden des Interviews über das Netzwerk der Dienste

Der Leitfaden muss an den Aufgabenbereich des Befragten und an die jeweilige Körperschaft/Einrichtung angepasst werden

Mit Hilfe des Interviews soll der Integrationsgrad des Systems und die Fähigkeit, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen umfassend und gezielt zu befriedigen, ermittelt werden. Deshalb ist es wichtig, dass eventuelle Kommunikationshindernisse bzw. Konflikte in der Zusammenarbeit mit anderen in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Diensten oder Einrichtungen aufgezeigt werden; generell müssen die Verständigungsschwierigkeiten innerhalb des Netzwerks der für diese Zielgruppen verantwortlichen Dienste und Einrichtungen eruiert werden, aber gleichzeitig muss auch untersucht werden, welches Bild die Befragten haben, wie sie Normalität und schwierige Lebenslage definieren und ob es mögliche Vorurteile oder Stereotypen gegenüber den Sozialpädagogischen Diensten und ihren Handlungsfähigkeiten bzw. -möglichkeiten gibt.

- *Die Kriterien und der Definitionsrahmen der Begriffe 'Normalität'* (was die Familie bzw. die Gemeinschaft alleine lösen kann, die Interventionsschwelle des Sozialpädagogischen Dienstes oder anderer Fürsorgedienste) und *'Bedürfnis'*, die überwiegend verwendet werden in der Sprachkultur der verschiedenen Dienste oder Institutionen (Schulen, örtliche Verwaltungen, Polizeikräfte usw.), welche (direkt wie zum Beispiel SchulleiterInnen und LehrerInnen oder indirekt wie die BürgermeisterInnen) mit den Minderjährigen zu tun haben, sowie die unterschiedlichen Meinungen/Beurteilungen der jeweiligen Berufsgruppen.
- *Die Meldung der Minderjährigen an die Sozialdienste durch die verschiedenen Körperschaften oder Institutionen*, zum Beispiel die Schule, die Psychologischen Dienste, (Polizeikräfte): Art und Weise, wie die Meldungen erfolgen, Häufigkeit, Art der gemeldeten Fälle, Zuständigkeiten bei der Bearbeitung; Feststellung, ob die Meldungen alle gleich behandelt werden oder ob ihnen größere bzw. geringere Bedeutung beigemessen wird, je nachdem, woher sie kommen.
- Welche als problematisch eingestuft *Fälle versucht man zu lösen, ohne sie an die Sozialpädagogischen Dienste zu melden*, mit welchen Betreuungsmaßnahmen und warum trifft man diese Entscheidung.
- Erhebung von *konkreten Fällen*, die von der Körperschaft/Einrichtung des Befragten an den Sozialpädagogischen Dienst übergeben wurden und Angaben über den Minderjährigen, die gemeldeten Probleme usw.
- Die *Fallbearbeitung* bzw. die Erfahrungen, die von den Befragten bei der Zusammenarbeit mit den Sozialpädagogischen Diensten oder anderen Jugenddiensten, welche an der Ausarbeitung des Projektes und der Bearbeitung des Falles insgesamt beteiligt waren, gemacht wurden.
- *Bewertung der Kooperationserfahrungen*: positive und negative Aspekte wie Missverständnisse, Vorurteile, Schwierigkeiten und/oder mangelnde Kooperationsbereitschaft, Verteidigung von und Festhalten an eigenen Kompetenzen und bestimmten Aufgaben; Ergreifen von geeigneten und raschen Maßnahmen bzw. von ungeeigneten und zögerlichen Maßnahmen
- und folglich *Bedürfnisse, die nicht erfüllt werden*.
- *Unterschiedliche Betreuungsangebote* abhängig von den Bedürfnissen der Minderjährigen und ihren persönlichen, familiären und sozialen Verhältnissen.
- Überprüfung, ob *die Sozialpädagogischen Dienste in Fällen von Minderjährigen, die sie betreuen, auch Kontakt aufnehmen zu anderen Diensten oder Körperschaften/Einrichtungen*, denen der Befragte angehört (zum Beispiel Schulen, Gesundheitsdienste).

Kapitel 5

Die ungedeckten Bedürfnisse



von Francesca Sartori

1. Ziele und Methodik

Anhand dieser Analyse sollen die Bedürfnisse ermittelt werden, die vom System der Sozialdienste in Südtirol nicht abgedeckt werden, weil keine geeigneten Betreuungsleistungen angeboten werden können oder weil es sich um teilweise noch unbekannte, latente Bedürfnisse handelt. Zur Erhebung der Problemfälle oder -situationen, die von den Sozialdiensten für Minderjährige nicht erfasst bzw. nicht gelöst werden, haben wir beschlossen, auch außerhalb der sozialfürsorglichen Einrichtungen tätig zu werden, um die neuen, durch die sozialen Veränderungsprozesse verursachten Arten von schwierigen Lebenslagen zu eruieren. Die Studie wurde deshalb auf jene Strukturen ausgeweitet, die sich zwar nicht unmittelbar mit sozialen Brennpunkten befassen, aber die gegebenenfalls damit konfrontiert werden, weil sie direkt mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben.

Diejenigen, die Verantwortung für die neuen Generationen tragen - Verantwortung nicht nur im Fürsorgebereich, sondern auch in der Erziehung, Ausbildung und Freizeitgestaltung - haben wir aufgefordert, darüber nachzudenken, welche Bedürfnisse der Jugend von den Diensten und von der Gesellschaft im Allgemeinen möglicherweise nicht erfüllt werden. Wir haben sie gebeten, die Forderungen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien anzugeben, die nicht offiziell anerkannt oder verschwiegen werden, die Bereiche zu nennen, in denen die sozialen Maßnahmen unzulänglich bzw. unangemessen sind, sowie mögliche oder wünschenswerte Initiativen seitens der für die Problemprävention und das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen zuständigen Institutionen, Körperschaften und Vereine vorzuschlagen.

Das in diesem Fall als Erhebungsinstrument verwendete Tiefeninterview wurde geführt mit:

- Verantwortlichen des Schulamtes und LehrerInnen;
- MitarbeiterInnen der Psychologischen Dienste;
- MitarbeiterInnen anderer Dienste für Minderjährige (Sozialdienst beim Jugendgericht, Jugendamt der Quästur Bozen, Kinderneuropsychiatrie);
- Assessor für Sozialwesen der Bezirksgemeinschaft Vinschgau;
- Vorsitzender des Jugendgemeinderates Bruneck;
- MitarbeiterInnen des Amtes für Jugendarbeit;
- LeiterInnen oder KoordinatorInnen von Jugendzentren, Jugendtreffs und anderen Diensten, die auf Landesebene mit Kindern und Jugendlichen arbeiten

Das Material dieser Untersuchungsphase wurde ergänzt durch die Bedarfseinschätzungen aus den Interviews, die für die anderen Phasen der Studie geführt wurden und die sich nicht speziell mit dieser Problematik befassten. Auf den folgenden Seiten finden wir also auch Aussagen von:

- MitarbeiterInnen der Sozialpädagogischen Grundbetreuung
- Verantwortlichen von Heimen, Wohngemeinschaften und betreutem Wohnen
- MitarbeiterInnen von Tagesstätten
- MitarbeiterInnen von Familienberatungsstellen
- anderen MitarbeiterInnen (von Einrichtungen für ausländische Jugendliche und Pflegefamilien, Streetworkern)

Dabei ist es unvermeidbar, dass die einzelnen Bedarfsebenen und deren Wahrnehmung maßgeblich davon abhängen, welche Funktionen und Aufgaben die befragten Personen haben, in welchem institutionellen und sozialen Rahmen sie arbeiten, in welchem geographischen Gebiet sie tätig sind und mit welchen Zielgruppen sie es zu tun haben. Die Tatsache, dass die MitarbeiterInnen der Sozialdienste und die Experten, die in diesen tätig sind, offenbar eine eher "fachbezogene" Vorstellung der ungedeckten Bedürfnisse haben, schließt in ihren Antworten eine Bezugnahme auf den sozialen Gesamtkontext nicht zwangsläufig aus. Das trifft jedoch vor allem auf jene Personen zu, die in nicht-institutionellen und nicht vertragsgebundenen Einrichtungen und auch in der Schule mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, wo die Zielgruppen sehr breit gefächert und vielschichtig sind.

Die Befragten, die von einem ungedeckten Bedarf sprechen, beziehen sich im Wesentlichen auf offenkundige und erkannte Bedürfnisse:

- in dem Dienst, der Institution, Körperschaft oder Vereinigung, der sie angehören;
- der Zielgruppen/Betreuten/Jugendlichen, mit denen sie zu tun haben;
- in anderen Diensten, Einrichtungen oder Institutionen, die für Kinder und Jugendliche verantwortlich sind;
- von Kindern und Jugendlichen im Allgemeinen.

Die von den Befragten genannten Bedarfsebenen werden nicht systematisch nach der Funktion des/der MitarbeiterIn, der/die sie festgestellt hat, katalogisiert. Es kann auch nicht immer eindeutig ermittelt werden, ob das jeweilige Bedürfnis aus den schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen abgeleitet oder von den Betreuten direkt geäußert wurde, aber nicht erfüllt werden kann, oder ob es sich um Bedürfnisse handelt, die von den Diensten nur teilweise abgedeckt werden.

Das Hauptkriterium, nach dem die Aussagen der Befragten über die nicht gedeckten Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in der Provinz Bozen geordnet werden, ist der jeweilige soziale, zwischenmenschliche und institutionelle Bezugsrahmen.

Analysiert werden vor allem die Bedarfswelder in Bezug auf:

- die *Familie* und die Beziehungs- und Kommunikationsprobleme innerhalb der Familie, die Schwierigkeiten der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben auf Grund von organisatorischen Faktoren, aber auch im Zusammenhang mit kulturellen und Wertigkeitsproblemen;
- die *Schule* und die *Berufsausbildung*, die nach Möglichkeit vor allem Verhaltens- und Lernprobleme sowie Schwierigkeiten bei der Arbeitseingliederung der Betreuten mindern und lösen müssen.

Geprüft wird die Notwendigkeit:

- spezifische Dienste und Strukturen zu schaffen, auszubauen und zu implementieren, die den Mädchen und Jungen die Möglichkeit geben, ihre zwischenmenschlichen, kulturellen und gestalterischen Interessen zu befriedigen, aber auch diejenigen Einrichtungen, die sich um die schwierigsten Fälle kümmern, zu verbessern und institutionelle Hürden abzubauen;
- den Mangel bzw. die Unzulänglichkeit einiger Berufsbilder in den Sozialdiensten zu beheben;
- die Grenzen aufzuzeigen, auf die die Dienste bei der Erfüllung bestimmter Forderungen seitens der Betreuten stoßen und die auf organisatorischen Problemen, aber auch auf Grundsatzfragen beruhen;
- auch die krankheitsbedingten Bedürfnisse der Betreuten zu erfüllen, die gezielte und wirksame Maßnahmen erfordern;
- geeignete Betreuungsformen für spezifische Zielgruppen wie Einwanderer, Trennungskinder, Adoptivkinder auszuarbeiten.

Und schließlich werden auch andere Bedürfnisse beleuchtet, die unterschiedlicher Art sind, d.h. die nicht speziell mit den hier beschriebenen Bereichen zusammenhängen und die von den MitarbeiterInnen auf Grund ihrer Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit genannt wurden.

2. Die schwierigen Lebenslagen Jugendlicher: Merkmale, Ursachen und Symptome

Es ist sinnvoll, zunächst die häufigsten Arten, Ursachen und Symptome der schwierigen Lebenslagen Jugendlicher zu nennen, so wie sie von den Befragten wahrgenommen werden. Wir erfahren, wie dieses Phänomen einerseits von derjenigen, die in

Einrichtungen, Strukturen und Institutionen mit wichtigen Erziehungs- und Bildungsaufgaben tagtäglich Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben, und andererseits von den MitarbeiterInnen der Sozialpädagogischen Dienste gesehen und empfunden wird. Auf diese Weise können wir die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einordnen, die nach Ansicht der Befragten im kulturellen und sozialen Lebensumfeld, in dem sie entstehen, nicht bzw. in unzulänglicher oder unzureichender Weise befriedigt werden.

Die kulturellen Werte und Modelle, die den Jugendlichen vermittelt werden, werden in vielen Interviews kritisch analysiert, um zu verstehen, welchen Einfluss sie auf die psycho-affektive Entwicklung und die Identitätsbildung haben. Es wird mehr oder weniger eingehend auf die - von den Jugendlichen in der Familie, in der Schule und im Alltag erlebten - Situationen hingewiesen, die schwierige Lebenslagen verursachen können oder die zumindest als Risikofaktoren für die neuen Generationen anzusehen sind.

Anhand dieser Aussagen werden wir anschließend versuchen, ein Gesamtbild von den schwierigen Lebenslagen Jugendlicher zu zeichnen sowie die verschiedenen Standpunkte zusammenzufassen und einige der wichtigsten und beispielhaftesten Aussagen wiederzugeben.

Viele Befragte machen die heute in der Gesellschaft verbreiteten Wirtschafts-, Kultur- und Erziehungsmodelle verantwortlich für die Schwierigkeiten, vor allem seitens der Familie und der Schule, andere positive Werte zu vermitteln als jene, die auf Konsum ausgerichtet sind und die neuen Generationen labil, abhängig und unzufrieden machen:

“Das wirklich Tragische ist, dass sich alles um Konsum und Kommerz dreht und das spüren die Jugendlichen, sie sind insofern sehr empfänglich dafür, als sie jede Mode mitmachen. Treffpunkte ohne Konsumzwang existieren praktisch nicht mehr und das ist sicherlich ein Problem” (Int.623)

“Ein Aspekt, der sich im Vergleich zu früher zweifellos verschärft hat, ist das Konsumverhalten der Jugendlichen; sie verfügen über mehr Geld, sie haben größeren Zugang zu Freizeitangeboten, sie dürfen immer früher weggehen und die Regeln werden immer unklarer - das gilt für viele, aber - und auch das muss gesagt werden - nicht für alle Jugendlichen”(Int. 803)

Andere verweisen hingegen auf den Druck, der durch die Familie und insbesondere durch die Schule, aber auch durch die Gesellschaft generell ausgeübt wird und der Angst, Sorge und Unbehagen verursacht:

“Häufig ist es notwendig, die Wogen zu glätten, besonders in der Schule, die dazu neigt, sich wegen Kleinigkeiten zu sorgen und aus einer Fliege einen Elefanten zu machen. Wir versuchen, sie zu beruhigen und Situationen zu entschärfen. Wir bemühen uns, in dieser leistungsorientierten Gesellschaft ausgleichend zu wirken, das ist besonders wichtig im Falle der Schule, an die häufig zu hohe Erwartungen gestellt werden und die deshalb verunsichert ist. Ich versuche immer, sie zu beruhigen und zu versichern” (Int. 152)

“Man merkt, dass die Jugendlichen sich abreagieren und Aggressionen abbauen müssen; was sie nicht ertragen, ist der Druck, den die Gesellschaft auf sie ausübt, die Gesellschaft, die von ihnen ausschließlich Leistung fordert und für die nichts anderes zählt; diese Aktionen sind also eine Reaktion auf diese Forderung” (Int. 693)

“Es gibt Kinder und Jugendliche, die mit dem Schulsystem nicht zu recht kommen, weil dieses System ihnen nicht das gibt, was sie brauchen. Diese Kinder und Jugendlichen sind nicht in der Lage, immer die besten Ergebnisse abzuliefern, sie können nicht stundenlang stillsitzen, sie können nicht eine Vielzahl von Dingen lernen, die sie im Grunde nicht interessieren, aber alle wollen den Mittelschulabschluss in der Tasche haben. Diese Kinder und Jugendlichen sind verletzt, unsicher und schwach, sie haben ein geringes Selbstwertgefühl und wenig Lebensperspektiven, sie sind mit dem Satz groß geworden "du wirst es sowieso nie schaffen". Die Folge dieser Botschaften ist, dass sie sagen "und jetzt zeige ich euch, wozu ich in der Lage bin" und das wiederum führt zu deviantem Verhalten” (Int. 573)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienste haben die Aufgabe, negative Gefühlsempfindungen unter Kontrolle zu halten, indem sie das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen gewinnen und ihnen helfen, ihr Selbstwertgefühl und ihre Selbstsicherheit zu steigern. Sie wissen, wie wichtig es ist, einzugreifen, bevor die sozialen Schwierigkeiten so groß sind, dass eine Rehabilitation schwierig wird:

“Die Probleme der Kinder und Jugendlichen entstehen oftmals in der Familie und in der Schule und bei den Altersklassen der 11 - 17-jährigen sind leider häufig schon zu viele Fehler gemacht worden und die Problemsituationen sind so festgefahren und verhärtet, dass es sehr schwierig wird, etwas zu tun” (Int.523)

Es ist interessant festzustellen, dass offenbar nicht nur in den primären Sozialisationsinstanzen, sondern auch in Freizeiteinrichtungen, wie zum Beispiel Sportvereinen ein hoher Druck ausgeübt wird:

“Mir kommen große Zweifel, wenn ich an die Vielzahl von Sportvereinen im ganzen Landesgebiet denke, die ein breites Kinder- und Jugendangebot haben - ich frage mich, ob diese Vereine mit, sagen wir, pädagogisch sinnvollen Methoden und Zielen arbeiten... vielleicht wäre es angebracht, dass jemand sich diese Vereine näher ansieht ... Wenn ich an die Hierarchien, an die Ausschlüsse zum Beispiel aus den Fußballmannschaften denke, dann kommen mir wie gesagt Zweifel” (Int. 683)

Einerseits wird also auf die zu hohen Forderungen und Zwänge hingewiesen, die vor allem von den Jüngeren und Schwächeren nur schwer zu erfüllen sind; andererseits wird aber auch betont, wie wichtig es ist, den Kindern und Jugendlichen Zeit zu widmen. Die Aufforderung richtet sich an die Eltern und auch an die LehrerInnen, die auf Grund von Zielvorgaben, Schwierigkeiten und Alltagsproblemen den Kindern und Jugendlichen häufig nicht genügend Aufmerksamkeit schenken:

“Es ist erforderlich, dass die Erwachsenen, die Lehrer und die Eltern den Kindern und Jugendlichen Zeit widmen, nur so kann ihrer Orientierungslosigkeit entgegengewirkt werden. Es ist unbedingt notwendig, dass man sich Zeit nimmt” (Int. 773)

“Wir müssen den Kindern und Jugendlichen Zeit und Aufmerksamkeit schenken, wir müssen sie nicht mit materiellen Dingen überhäufen” (Int. 683)

“Wir sehen auch, dass einige dieser Kinder und Jugendlichen keinen Halt haben, in manchen Fällen kann man von völlig vernachlässigten Kindern sprechen, die stark gefährdet sind, die in Kleinkriminalität verwickelt sind und häufig aus Familien kommen, in denen es große Probleme wie Alkoholismus und sexuellen Missbrauch gibt oder die absolut unfähig sind, ihre Erziehungsaufgaben wahrzunehmen” (Int. 803)

Diese Situationen treten häufiger in benachteiligten und sozial schwachen Familien auf, aber auch die wachsende Zahl der Ehetrennungen und -scheidungen kann sich negativ auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen auswirken:

“Zu den Problemen wie Missbrauch oder finanzielle Schwierigkeiten, die es auch in der Vergangenheit gab, kommt das Problem hinzu, dass viele Familien extrem zerbrechlich geworden sind, nicht zuletzt durch die Scheidungen und die familiären "Umstrukturierungen", die dazu führen können, dass die Kinder verantwortungslosen Eltern ausgeliefert sind, die sie für ihre Zwecke missbrauchen. Als

Schulberaterin sehe ich diese Dinge, weil das die Kinder sind, die plötzlich Verhaltensprobleme haben und auffällig werden, dann muss man sehen, was man auf schulischer Ebene für diese Kinder tun kann” (Int. 553)

Aggressives und herausforderndes Verhalten, Halbstarkentum, aber auch Konzentrationsschwäche sind typische Anzeichen für Unsicherheit, für das Bedürfnis, beachtet und verstanden zu werden. Andere Verhaltensauffälligkeiten entstehen durch den zu hohen Druck der Erwachsenen, die die Kinder und Jugendlichen nach ihren Vorstellungen formen wollen:

“Die schwierigen Lebenslagen der Jugend sind ein wichtiges, aber gleichzeitig auch ein sehr zwiespältiges Thema: einerseits ist eine gewisse Orientierungslosigkeit der Kinder und Jugendlichen zu beobachten, andererseits sind ihre Ziele sehr strukturiert. Sie stehen unter dem Druck der Erwachsenen und wenn sie dann hier bei uns sind, haben sie das Bedürfnis, sich Luft zu machen, sich von alledem zu befreien und sich gehen zu lassen, sich bis zur Besinnungslosigkeit zu betrinken und Joints zu rauchen, um ihre Grenzen zu erforschen und einem bereits vorherbestimmten Leben zu entfliehen” (Int. 803)

“Was ich feststelle, ist eine gewisse Devianz und Auflehnung gegen die Welt der Erwachsenen, die sich jedoch nicht auf eine bestimmte soziale Gruppe beschränkt. Sie ist bei allen Heranwachsenden zu beobachten und ich glaube, dass es sich dabei - alles in allem - auch um eine gesunde Einstellung handelt, aber manchmal kann das Ganze aus dem Ruder laufen und der Jugendliche in eine sehr viel ernstere Devianz abgleiten, das passiert, wenn er zu vielen Gefahrenquellen ausgesetzt ist” (Int. 683)

Ein gewisser Kontrast und eine gewisse Auflehnung gegen die Welt der Erwachsenen werden also als akzeptabel oder zumindest als unvermeidbar in der Entwicklung einer eigenen Identität angesehen; aber wenn die schwierigen Lebenslagen auf Grund von zahlreichen familiären, sozialen und individuellen Risikofaktoren zu groß werden, besteht die Gefahr, dass die Situation außer Kontrolle gerät und sich negativ auf die Gesundheit und die persönliche Unversehrtheit auswirkt.

Die MitarbeiterInnen der Sozialdienste beobachten viele Faktoren, die heute für die Situation der Jugend charakteristisch und folglich unter den Jugendlichen stark verbreitet sind, und die zu Verhaltensauffälligkeiten oder gar Verhaltensabweichungen führen können; dazu gehört die Anpassungsunfähigkeit:

“Charakteristisch für die Defizite dieser Kinder und Jugendlichen ist ihre Unfähigkeit, sich anzupassen, vor allem die mangelnde Anpassungsfähigkeit in der Schule oder auch in der Familie. Diese Unfähigkeit äußert sich in Form von Verhaltensstörungen. Sie kann sich aber auch hinter einem unauffälligen, zum Beispiel apathischen Verhalten verbergen. Gewöhnlich bemerkt man diese Personen immer zu spät” (Int. 643)

aber auch das Fehlen von kritischen Instrumenten und die Verwirrung darüber, was richtig und was falsch ist; weitere Faktoren sind die Perspektivlosigkeit und die Neigung, keine Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, sowie vor allem die Unfähigkeit zur Kommunikation und dem Umgang mit den anderen.

Die meisten Befragten nennen jedoch den Alkoholmissbrauch als die häufigste und alarmierendste Verhaltensauffälligkeit unter den Jugendlichen des Landes, angesichts der damit verbundenen Exzesse und der schwerwiegenden Folgen dieses Missbrauchs:

“Was uns am meisten auffällt ist, dass der Alkohol das vorherrschende Thema ist - sie sind immer jünger und trinken immer härtere Sachen. Sie sind zügellos und bei bestimmten Anlässen, zum Beispiel bei der Silvesterparty der Schule verlieren sie jedes Maß, man kann nicht mehr von Alkoholkonsum sprechen, diese Jugendlichen betrinken sich bis zur völligen Besinnungslosigkeit” (Int. 803)

“Ein anderes Problem ist sicherlich der Alkohol und hier reicht eine Erhebung gewiss nicht aus, es bedarf gezielterer Maßnahmen, auch wenn dies ein Anfang ist. Am besorgniserregendsten ist, dass bereits die Jüngeren trinken und das es fast normal ist, sich am Wochenende zu betrinken. Was Eltern aber auch Politiker nervös macht, ist, dass nicht nur die Achtzehnjährigen, sondern auch die Dreizehnjährigen sich betrinken und dass es nicht mehr nur die Buben sondern immer öfters auch die Mädchen tun. Aber diese Situation ist nicht von heute auf morgen entstanden, sondern es handelt sich um einen langsamen und schrittweisen Prozess, den viele zu lange einfach ignoriert haben, weil sie glaubten, dass er nur die anderen betrifft ...” (Int. 673)

“[es kommt] immer früher zu Alkohol- und Gewaltexzessen, schon in den ersten Jahren der Mittelstufe, früher waren Schüler der dritten Klasse betroffen, jetzt treten diese Probleme bereits in der ersten Klasse auf. Wenn Jugendliche in diesem Alter psychotrope Substanzen konsumieren, hat das verheerende Auswirkungen auf den gesamten Organismus” (Int. 913)

Einige sagen, dass zur Kontrolle dieses jugendlichen Verhaltens Maßnahmen notwendig sind, die den Verkauf von Alkohol reglementieren, auch um die damit verbundene soziale Gefahr zu verringern:

“Ich glaube, dass das Alkoholproblem ein soziales Problem ist. Wir beschäftigen uns seit zwei Jahren mit diesem Thema und sind überzeugt, dass sich die Situation nicht verbessern wird, solange immer und überall Alkohol getrunken wird und solange die Erwachsenen Zwölfjährige zum Trinken animieren oder die Gaststättenbetreiber alkoholische Getränke auch an Vierzehnjährige ausschenken.” (Int. 723)

“Ich mache diese Arbeit seit 12 Jahren und stelle fest, dass sich die Lage verschlimmert, es sind immer Jüngere, die Probleme haben, sie fallen auf, weil sie Verhaltensprobleme haben, obwohl ich mich manchmal frage, ob diese Zunahme vielleicht eher auf unsere größere Sensibilität für diese schwierige Lebenslage zurückzuführen ist. Devianzen wie kleine Diebstähle oder verbale Aggressionen, die als Ventil dienen, haben ebenfalls zugenommen” (Int. 763)

“... wir haben die typischen Verhaltensauffälligkeiten (Rauchen verbotener Substanzen) oder Vandalismus, Diebstähle” (Int. 643)

Neben Alkoholmissbrauch, kleinen Diebstählen, Vandalismus und Gewalt können auch andere Verhaltensweisen als Anzeichen für Beziehungs- und Ausdrucksschwierigkeiten gedeutet werden, vor allem wenn sie von anhaltender Dauer sind, wie zum Beispiel der Konsum von Rauschmitteln wie Marihuana, Haschisch oder synthetischen Drogen.

In einem Interview wird schließlich eine Verlagerung der Probleme zwischen den Geschlechtern festgestellt:

“Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede ist zu sagen, dass diese in letzter Zeit insofern kleiner geworden sind, als die Mädchen ihr Verhalten dem der Buben angepasst haben, auch sie trinken und rauchen wie ihre Kameraden. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest, dass das Selbstwertgefühl der Mädchen im Vergleich zu früher größer geworden ist, ihr Verhalten lässt darauf schließen, dass sie viel selbstsicherer sind... Erst kürzlich haben wir über die Notwendigkeit gesprochen, uns noch mehr auf die Buben zu konzentrieren, weil sie im Moment den größten Bedarf an spezifischen Hilfsangeboten haben; sie haben keine Modelle mehr, an denen sie sich orientieren können, sie müssen viel verarbeiten, je stärker die Mädchen werden, desto schwieriger wird es offenbar für die Buben, ihre eigene Rolle zu definieren” (Int. 803)

Es scheint also, dass Alkoholmissbrauch und Drogenkonsum nicht länger ein typisches männliches Problem sind, obwohl die Entwicklung einer starken Identität offenbar für die Buben nach wie vor schwerer ist als für die Mädchen.

Trotz aller Maßnahmen der Sozialdienste und der von Zentren, Instituten und Vereinen für Kinder und Jugendliche angebotenen Aktivitäten sowie jener, die - wie wir im Folgenden sehen werden - zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erforderlich wären, betonen die Befragten einstimmig die Bedeutung der Prävention:

“... Ziel ist eine ganzheitliche Entwicklung, deshalb sind Projekte zur Prävention notwendig, sonst machen sie keinen Sinn. Meines Erachtens sollten wir als Sozialsystem vorbeugend auch mehr mit den Erwachsenen zusammenarbeiten, anstatt unser Augenmerk nur auf die Kinder und Jugendlichen zu richten, um ihre Probleme zu lösen, wenn sie schon offensichtlich sind” (Int. 683)

Andererseits wird aber beklagt, dass die finanziellen und personellen Ressourcen für die Präventionsarbeit zu begrenzt sind. Auch die Information wird wiederum als sehr wichtig angesehen für die Jungen und Mädchen, aber vor allem für die Eltern:

“Was den Missbrauch von verbotenen Substanzen betrifft, habe ich keine große direkte Erfahrung, sicherlich wird davon Gebrauch gemacht, was man so hört, fehlt vor allem die Information, viele Jugendliche verstehen gar nicht, was sie da tun, aber an Information fehlt es auch und vor allem den Eltern” (Int. 763)

Natürlich sind viele Einrichtungen, in denen die Befragten arbeiten, in der Prävention tätig und leisten Informationsarbeit, um über die Folgen von gefährlichen Verhaltensweisen aufzuklären, um das Auftreten von Problemen zu verhindern und einzudämmen. Doch diese Maßnahmen werden als nicht ausreichend angesehen und es wird darauf hingewiesen, dass die Instrumente fehlen, um bestimmte Gruppen, wie zum Beispiel junge Berufstätige zu erreichen und in Informations- und Präventionsinitiativen einzubeziehen.

3. Die ungedeckten Bedürfnisse: Allgemeine Bewertungen

Bevor wir uns mit den von den Befragten genannten ungedeckten Bedürfnissen in den oben beschriebenen Problembereichen befassen, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es im Landesgebiet keine besonderen Bedarfslücken in der Kinder- und Jugendarbeit gibt, wie von mehreren Seiten bestätigt wird:

“Ich weiß nicht, ich glaube, dass hier in X viel für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen getan wird, ich weiß nicht, was sie sonst noch benötigen, ich halte keine weiteren spezifischen Maßnahmen für erforderlich” (Int.242)

“Ich glaube, dass genug für die Jugend getan wird...”(Int.101)

In den folgenden Interviewpassagen werden die sozialen Verhältnisse und die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen positiv beurteilt - was sich mit dem optimistischen Bild der hier beschriebenen lokalen Situation deckt. Andererseits wird aber auch hervorgehoben, dass es territoriale Unterschiede und weniger günstige Situationen gibt, zum Beispiel in den abgelegeneren Gebieten, wie wir auch im Folgenden sehen werden:

“Die Altersgruppe der 11 - 17-jährigen ist sehr heterogen, deshalb ist es relativ schwierig, von ihren Bedürfnissen im Allgemeinen zu sprechen. Ich glaube auf jeden Fall, dass ihre Grundbedürfnisse alle erfüllt werden, obwohl es eine Reihe von Bedürfnissen gibt, die von Gebiet zu Gebiet sehr unterschiedlich sind [...] Es ist zu sagen, dass die zahlreichen Jugendorganisationen, die es hier in Südtirol gibt, viel tun, sowohl was die Inhalte der Jugendarbeit betrifft als auch die Räumlichkeiten, die Treffpunkte usw., die in den letzten Jahren bereitgestellt wurden” (Int. 763)

Oder es wird darauf hingewiesen, dass es neben den spezifischen Betreuungsangeboten und sonstigen Maßnahmen, die als angemessen bezeichnet werden, grundlegende Probleme gibt, die auf politischer Ebene diskutiert und gelöst werden müssen:

“Meines Erachtens besteht kein Bedarf an neuen Einrichtungen oder Angeboten, was sie brauchen, ist bereits vorhanden. Ich glaube, dass wir uns auf andere Dinge konzentrieren müssen: die Politik als solche sollte sich verstärkt um die Familien kümmern. Meiner Meinung nach sind Maßnahmen notwendig, die es auch dem Vater ermöglichen, zu Hause bei den Kindern zu bleiben, anstatt auf das außerfamiliäre Dienstleistungsangebot zu setzen, was letztlich einem Abschieben der Kinder gleichkommt” (Int. 893)

Es wird sogar behauptet, dass es zu viele Angebote für Kinder und Jugendliche gibt:

Ich glaube, was die Kinder und Jugendlichen in X brauchen, ist, dass sie endlich in Ruhe gelassen und nicht mit Angeboten aller Art seitens der Schule, aber auch von anderen Einrichtungen überhäuft werden” (Int. 51)

Andere sprechen hingegen von grundlegenden Mängeln, für die es schwierig ist, angemessene Lösungen zu finden:

“Es gibt ein übertriebenes Angebot für alles; alle sind freundlich, nett und gut erzogen, allerdings auf Kosten der Substanz, sie sind leer, sie setzen Grenzen und Maßstäbe, die jedoch nicht auf einem soliden Fundament basieren und deshalb nur Regeln zum Selbstzweck sind. Ich glaube, [die Jugendlichen] brauchen klare und deutliche Ansprechpartner, aber das ist leider genau das, was fehlt. Es fehlen Erwachsene, die sie in ihre Schranken weisen, die sich wirklich mit diesen Jugendlichen auseinandersetzen” (Int. 251)

Allerdings wird auch die Vermutung geäußert, dass die Sozialdienste keine Kenntnis von bestehenden Problemen haben und diese deshalb nicht gelöst werden können, weil sie nicht als solche wahrgenommen und erkannt werden:

“Über die Situationen, mit denen wir als Dienst nicht in Berührung kommen, ist zu sagen, dass man sie irgendwie registrieren sollte, jedenfalls hört man gewisse Dinge, zum Beispiel über die Abhängigkeiten, die jedoch von allen unterbewertet werden, vor allem in dieser Altersklasse, insbesondere der Alkoholmissbrauch und der Konsum von leichten Drogen. Es gibt also Hinweise auf erhebliche Probleme, gleichzeitig fehlen aber konkrete Informationen in diesem Bereich....”(Int. 202)

Und es wird hinzugefügt:

“Ich habe keine einschlägigen Daten, die Sache müsste sicher geprüft werden, aber meiner Meinung nach kann es ohne weiteres passieren, dass wegen der mangelnden Zusammenarbeit [der Dienste] Situationen entstehen, wo die Bedürfnisse der Betreuten nicht einmal wahrgenommen, geschweige denn ernst genommen und erfüllt werden” (Int. 202)

Schließlich wird empfohlen:

“...die Anwendung einer wirksamen Methode auch hier, die jedoch auf einer wissenschaftlich fundierten Erhebung dieser ungedeckten Bedürfnisse beruht. Dafür benötigen wir kein zusätzliches Personal oder zusätzliche Ressourcen, unser Dienst sollte vielmehr dazu anregen, die Verantwortung für ein derartiges Projekt in der Gemeinschaft zu fördern, es versteht sich von selbst, dass für bestimmte Aspekte wie die Datenerfassung auch der Sprengel selbst zuständig sein kann” (Int. 201)

Erwähnenswert ist auch der Standpunkt einer Person, die in einer familienähnlichen Einrichtung direkten Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen hat und die es für wichtig hält, auch dann nach Problemen zu suchen, wenn sich diese nicht deutlich manifestieren, gerade weil sie manchmal sehr plötzlich auftreten:

“Wir nehmen am Leben dieser Kinder und Jugendlichen teil, aber wir versuchen auch herauszufinden, welche anderen Probleme sie neben den offensichtlichen Schwierigkeiten haben. Vielleicht gibt es Bedürfnisse und Fragen, die wir nicht wahrnehmen, nicht sehen. Manchmal überraschen sie uns.” (Int. 281)

Ein Mitarbeiter eines Sozialsprengels ist hingegen der Ansicht, dass die kulturelle Prägung des Ortes, an dem er arbeitet, dazu verleitet, Probleme zu verbergen; seine Vermutung wird durch die Tatsache bekräftigt, dass die von den Diensten übernommenen Fälle gering sind:

“Vielleicht in X, dort liegen die Probleme noch vielfach im Dunkeln, es scheint eine Welt für sich. Wir haben sehr wenige Fälle in X, weil wir dort erst seit kurzem tätig sind und weil man unbedingt Ladinisch sprechen muss, sonst gelingt es dort nicht, mit den Menschen in Kontakt zu kommen! (Int. 41)

Es wird vermutet, dass gewisse Probleme wie sexuelle Gewalt im Laufe der Zeit immer wieder auftreten und sich wiederholen, ohne dass man davon erfährt:

“Ich glaube, dass ich keine besonders klare und genaue Vorstellung habe, was die ungedeckten Bedürfnisse sein könnten, aber ich glaube, dass es Familien gibt, in denen Gewalt seit Generationen eine Rolle spielt, aber wo Probleme wie sexueller Missbrauch, Abhängigkeit usw. erst jetzt an den Tag kommen - es sind Familien, in denen diese Probleme von einer Generation an die nächste weitergegeben werden und ich muss sagen, dass das ziemlich betroffen macht, man hat den Eindruck, dass sich im Laufe der Jahre nichts verändert hat, weil sie die Probleme alleine nicht bewältigen können und wir erst jetzt davon erfahren” (Int. 683)

“Sexueller Missbrauch in der Familie ist ein großes Tabu, man spricht nicht darüber und deshalb ist es ein Bedürfnis, das nicht an die Oberfläche gelangt, aber das nach wie vor da ist, so wie man im Übrigen auch nicht über psychische Krankheiten und insbesondere über Depressionen spricht” (Int. 91)

Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich durchaus bewusst sind, wie schwierig es ist, die Bedürfnisse der Jugend offen zu legen, wird durch diese Aussage bestätigt:

“Heute fehlen den Jugendlichen häufig die Worte und die Sprache, um das auszudrücken, was sie beschäftigt und bewegt, sie haben keine Zukunftsperspektiven, vor allem wenn sie in einer Problemfamilie aufgewachsen sind, wir müssen ihre Bedürfnisse interpretieren und erfüllen, auch wenn es schwierig ist, weil sich diese verändern und wir nicht darauf vorbereitet sind” (Int. 673)

Diese Aussagen unterstreichen das Bewusstsein über die schwierige Herausforderung, der sich die Dienste stellen müssen, um den Kindern und Jugendlichen bei der Formulierung ihrer Bedürfnisse zu helfen, um zu verstehen, was sie brauchen, damit entsprechend gehandelt werden kann.

4. Die ungedeckten Bedürfnisse

4.1 In Bezug auf die Familie

Die Familie ist die Institution, die nach Meinung der MitarbeiterInnen heute mit den meisten Problemen zu kämpfen hat. Viele werfen ihr vor, dass sie nicht in der Lage ist, selbst für die Kinder zu sorgen und sie großzuziehen. Die Befragungen zeigen aber auch deutlich, dass man sich sehr wohl bewusst ist, dass die Eltern Hilfe benötigen und dass gezielte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen erforderlich sind, damit ihre Bedürfnisse erfüllt werden können.

Man meint, dass gerade die Eltern - auch wenn sie häufig nicht die Worte finden, um es direkt auszusprechen - Maßnahmen verschiedener Art fordern: Informationen über die Welt der Jugend von heute, aber auch über die Dienste, an die sie sich vor Ort wenden können, wenn sie Hilfe bei der Erziehung benötigen; Möglichkeiten für den Meinungs- und Informationsaustausch mit anderen Eltern und Gespräche mit Fachleuten, um über ihre eigene Rolle nachzudenken, aber auch direkte und konkrete Hilfe psychologischer und wirtschaftlicher Art in besonders schwierigen Situationen, wie während und nach der Trennung oder dem Tod des Partners oder bei Krankheitsfällen (z.Bsp. psychiatrische Erkrankung) bzw. verschiedenen Problemen (Drogen- oder Alkoholmissbrauch usw.) in der Familie.

Manche äußern sich besorgt über die Probleme der Kinder und Jugendlichen, die in Familien leben, wo die Eltern nicht sehr präsent sind; sie sprechen von einem Pflege- und Betreuungsbedarf, ohne jedoch konkrete Maßnahmen vorzuschlagen:

“Ich glaube, dass den Kindern und Jugendlichen häufig die Familie fehlt - wenn sich beide Elternteile aus verschiedenen Gründen für die Berufstätigkeit entscheiden, so hat das sehr deutliche Auswirkungen

auf die Kinder. Ich habe ein Projekt in den Mittelschulen durchgeführt, bei dem sich herausstellte, dass die Kinder und Jugendlichen sich wünschen, dass jemand zu Hause ist, wenn sie aus der Schule zurückkommen; man merkt also, dass ihnen etwas fehlt, was für einen Heranwachsenden sehr wichtig ist, nämlich ein strukturiertes Lebensumfeld mit präzisen Regeln” (Int.763)

Die Vorsitzende einer Vereinigung, die sich um Kinder und Jugendliche kümmert, verweist auf die Notwendigkeit einer stärkeren Präsenz der Eltern im Familienalltag und fügt hinzu:

“Meiner Meinung nach sind Maßnahmen notwendig, die es auch dem Vater ermöglichen, zu Hause bei den Kindern zu bleiben, anstatt auf das außerfamiliäre Dienstleistungsangebot zu setzen, was letztlich einem Abschieben der Kinder gleichkommt. Die zwischenmenschlichen und sozialen Erfahrungen macht man vorwiegend in der Familie, auch wenn es eine Familie ist, die sich nur am Abend oder an den Wochenenden sieht” (Int.893)

Einige MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes sind hingegen der Auffassung, dass die Sozialdienste eine Ausbildung für Eltern anbieten sollten – vorgeschlagen wird eine richtige Schule für Väter und Mütter - weil es ein wirksames Instrument ist, damit sie ihre Erziehungsaufgaben besser wahrnehmen können und damit sie sich mit ihrer Verantwortung als Eltern weniger allein gelassen fühlen. Zwar wird bestätigt, dass es einige Maßnahmen dieser Art bereits gibt, aber andererseits hält man es für wichtig, diese zu verstärken, zumal sie sich als sehr nützlich erwiesen haben:

““Unbedingt erforderlich wäre eine verstärkte Ausbildung für Eltern, die nicht wissen, wie sie mit ihren heranwachsenden Kindern umgehen sollen, vor allem zum Zwecke der Prävention”...“Das Thema der Autonomie ist für mich entscheidend”...“ Meiner Meinung nach sind sehr konkret Diskussionsrunden für Eltern notwendig, wo sie über ihre Situation nachdenken und sprechen können, zum Teil wird dies bereits gemacht und es ist wirklich sehr nützlich. Ich glaube, dass die Sozialdienste gemeinsam mit uns von den Diensten im Gesundheitsbereich den Eltern mehr Möglichkeiten dieser Art anbieten sollten, damit sie neue Wege lernen, um mit ihren Kindern zu interagieren und Problemsituationen zu bewältigen” (Int. 633)

“Wir veranstalten Seminare und Abende für die Eltern (das heißt eine Schule für Eltern bzw. Elternbildung), um sie zu unterstützen und eine neue Kultur der Konfliktbewältigung zu schaffen ...und es sollte mehr solcher Veranstaltungen geben” (Int. 152)

“...die Kinder können uns erzählen, was sie wollen, wir haben keine Möglichkeit, zu überprüfen, ob wirklich alle anderen Freunde bis spät abends weggehen dürfen oder Ähnliches - kurz und gut, wir Eltern sind allein! Ich glaube, dass eine Art Schule für Eltern nützlich und notwendig wäre, nicht nur Gespräche oder Seminare zur Vermittlung von spezifischen Inhalten, sondern vor allem Gruppen, Austauschmöglichkeiten für Eltern, die dieselben Probleme haben. Das sehe ich vor allem bei meinen Klienten, von denen sich viele außer stande sehen, ihre Aufgaben gegenüber den Kindern wahrzunehmen, es gelingt ihnen nicht, mit ihnen zu kommunizieren und als Reaktion auf diese Hilflosigkeit ziehen sie sich komplett zurück und sagen ihren pubertierenden Kindern, sie sollen doch allein zurechtkommen, und das ist äußerst gefährlich!” (Int.603)

Eine Mitarbeiterin eines Sozialsprengels spricht ebenfalls von den Schwierigkeiten der Eltern im Umgang mit ihren heranwachsenden Kindern; sie hält es für wichtig, mit ihnen zu "arbeiten" und nennt dafür die geeigneten Instrumente:

“Auch die Eltern sind häufig nicht mehr in der Lage, mit Zwölfjährigen umzugehen, sie glauben, dass sie ihnen alles geben müssen, was sie fordern (im materiellen Sinne), sie sind nicht imstande, Grenzen zu setzen, sie meinen alles tun zu müssen, was ihre Kinder wollen. Es wäre deshalb sehr wichtig, mit den Eltern zu arbeiten, allerdings auf einer ihren Lebensverhältnissen angemessenen Ebene, auf einfache und klare Weise und nicht "bürgerlich" oder elitär, wie es häufig in der Therapie der Fall ist. Es bedarf niedrigschwelliger Angebote für diese Eltern” (Int.171)

Eine Leiterin der Sozialdienste bestätigt die Erziehungsmängel der Eltern und wünscht sich für diese entsprechende Ausbildungsmaßnahmen:

“Das Hauptproblem, das größte ungedeckte Bedürfnis ist sozusagen das Gefühl des Alleingelassenwerdens der Eltern, ihre Unfähigkeit, die Erziehungsverantwortung zu übernehmen. Die Kinder und Jugendlichen müssen auf das Leben vorbereitet werden und diese Arbeit müssen die Erwachsenen leisten, deshalb ist es wichtig, dass man mit und für die Eltern arbeitet, dass man pädagogische Maßnahmen, Ausbildungsinitiativen für die Eltern, Projekte dieser Art anbietet (Int. 683)

Die Befragte - die sich der Schwierigkeit bewusst ist, die Eltern mit den größten Problemen zu erreichen, also diejenigen, die sich den Diensten und ihrer Präventionsarbeit entziehen,

weil sie an den für die Bevölkerung organisierten Initiativen nicht teilnehmen - schlägt vor, die Familien mittels innovativer Maßnahmeninstrumente, wie sie normalerweise für die Jugendlichen verwendet werden, zum Beispiel durch Streetwork zu sensibilisieren:

“Bezugnehmend auf das, was ich zuvor über die Erwachsenen gesagt habe, würde ich versuchen, sie dort, wo sie sich gewöhnlich aufhalten, zu erreichen zu kontaktieren. Vielleicht sollte man in die Bars und Gaststätten gehen, wo man eher die Väter trifft, die nicht erwachsen werden wollen, die Angst vor dem Elternsein haben - denn die anderen, die weniger skeptisch und bereits motiviert sind, kommen zu den Veranstaltungen und Seminaren, die wir und andere zum Thema Elternsein durchführen. Aber diejenigen, die diese am meisten benötigen würden, die erreichen wir mit den herkömmlichen Methoden nicht. Die Frage ist im Wesentlichen: Wie kann man Streetwork für Erwachsene machen? Vielleicht muss die Idee, die ich gerade hatte, mit mehreren Personen diskutiert werden, sie muss die Runde machen und reifen, wer weiß, was daraus werden könnte” (Int. 683)

Eine andere Form der Familienhilfe, die bereits angeboten wird, aber die nicht überall bzw. nicht in ausreichendem Maße erhältlich ist, ist die "aufsuchende Familienarbeit"; mehrere Befragte halten diese Maßnahme für wichtig und nützlich, um Bedürfnislücken im erzieherischen und familiären Bereich zu schließen. Durch die Arbeit vor Ort, im häuslichen Umfeld der hilfebedürftigen Kinder und Familien könnten einerseits die Probleme der Kinder gelöst und andererseits die Eltern, die Schwierigkeiten mit ihrer Elternrolle haben, unterstützt werden:

“Auch die aufsuchende Familienarbeit wäre in gewissen Situationen notwendig” (Int. 121)

“Wir hätten klare Ziele, aber oft können wir diese nicht umsetzen, weil zum Beispiel die Erzieher in der aufsuchenden Familienarbeit fehlen, die erforderlich wären, um auch in den abgelegensten Orten tätig zu werden. Außerdem gelingt es uns nicht immer, die ganze Familie zu betreuen, was hingegen in einigen Fällen nötig wäre” (Int. 141)

“Es gibt gute Beispiele von Sprengeln wie Klausen, die die "aufsuchende Familienarbeit" eingeführt haben, das heißt eine Erzieherin betreut die Kinder (und Eltern) zu Hause. Auch in Sterzing gibt es einen ähnlichen Dienst, aber leider nicht überall, während ich der Meinung bin, dass es diesen Dienst überall geben sollte. Das Wichtigste ist jedenfalls, dass er sehr flexibel gehandhabt wird, denn sonst macht er keinen Sinn! (Int.623)

Der flexible Einsatz dieser MitarbeiterInnen wird vielfach gefordert, da er sehr wichtig ist, damit die unterschiedlichen Anforderungen der Familien - auch jener, die in den abgelegensten und entferntesten Höfen leben - erfüllt werden können.

Und schließlich sind es die Eltern selbst, die die für die Probleme von Kindern und Jugendlichen zuständigen MitarbeiterInnen ausdrücklich um Hilfe bitten, weil sie verstehen wollen, warum die Jungen und Mädchen Alkohol trinken, und weil sie mehr über ein zunehmend verbreitetes und in Südtirol besonders stark empfundenes Phänomen erfahren wollen:

“Was dieses Problem (Alkoholmissbrauch) betrifft, so wenden sich die Erwachsenen an mich und erwarten von uns Antworten auf dieses Problem, das sie sehr beschäftigt” (Int. 743)

4.2 In der Schule und in der Berufsausbildung

Neben der Familie wird auch die Schule von den Befragten häufig als eine Einrichtung angesehen, die nicht in der Lage ist, ihren Erziehungs- und Sozialisationsaufgaben angemessen nachzukommen; denn viele sind der Meinung, dass sie dazu neigt, ihre Ziele auf die reine Wissensvermittlung zu beschränken:

“Die Lehrer sollten mit den Jugendlichen auch andere Themen behandeln, anstatt deren Alltag komplett aus der Schule auszublenden, man spricht mit ihnen nicht über Themen wie Beziehungen, Sexualität, Drogen usw. Schon in den Mittelschulen sind leichte Drogen im Umlauf, aber die Schulen befassen sich nicht ausreichend mit diesem Problem” (Int.172)

Es wird jedoch auch bestätigt, dass von vielen Seiten Druck auf die Schule ausgeübt wird und die Lehrerinnen und Lehrer selten darauf vorbereitet sind, mit den Problemen der neuen Generationen umzugehen; sie brauchen eine spezifische Ausbildung, um die tatsächlichen und potenziellen Probleme in der Schule lösen zu können:

“Die Schule und die Jugenddienste gehen nicht auf die Erfordernisse und die Veränderungen der Jugendlichen ein, sie verstehen ihre Sprache nicht, sie sollten diesbezüglich sensibilisiert werden” (Int. 82)

“Die Schule wird ihren Erziehungsaufgaben immer weniger gerecht, sie wird immer mehr zu einer Einrichtung, die sich auf die Vermittlung von Faktenwissen beschränkt”...“ Hinzu kommt, dass die Lehrer in ihrer Ausbildung die Inhalte ihres Fachgebietes gelernt haben, aber

häufig sind und fühlen sie sich nicht als Pädagogen und schon gar nicht als Psychologen"...sie benötigen zweifellos eine spezifische Ausbildung für die Bedürfnisse der heutigen Jugend" (Int. 573)

Es wird darauf hingewiesen, dass die Lehrerinnen und Lehrer immer häufiger Hilfe benötigen und dass in der Schule Präventionsarbeit geleistet werden muss, die aber offenbar durch "Missverständnisse" zwischen den beteiligten Institutionen behindert wird; es wird auch bestätigt, dass vor allem der Bedarf an psychologischer Unterstützung wächst:

"Die Hilfsangebote in den Schulen sollten verstärkt werden und in der Schule sollte auch Präventionsarbeit betrieben werden, auch wenn manchmal die Übereinstimmung zwischen den Institutionen fehlt" (Int. 683)

"Die Schulen haben einen starken und wachsenden Bedarf an Unterstützung [vor allem psychologischer Art] für die Lehrer, die den massiven Verhaltensproblemen, die immer mehr Kinder haben, nicht mehr gewachsen sind (Int. 82)

In dem von einer Mitarbeiterin des Psychologischen Dienstes beschriebenen Fall wird eine schulische Nachmittagsbetreuung als notwendig angesehen; diese sollte nicht nur bei der Lösung der Schulprobleme helfen, sondern auch als Unterstützung und Anlaufstelle während der Abwesenheit der Mutter dienen. Allerdings wird erklärt, dass es diese Möglichkeit am Wohnort des Kindes nicht gibt:

"...dieser Junge würde also jemanden brauchen, der sich am Nachmittag um ihn kümmert, zumal er auch Probleme in der Schule hat; aber dort wo er wohnt, gibt es das nicht, es gibt keine Nachmittagsbetreuung in allen Sprengeln, an einigen Orten gibt es sie, an anderen nicht! Ich glaube, das wäre außerordentlich wichtig, vor allem für Kinder und Jugendliche mit Schulproblemen, aber auch für viele andere, die in Familien mit nur einem Elternteil leben, wo man sozusagen die Wahl hat zwischen einer äußerst prekären finanziellen Situation, weil die Mutter nur Teilzeit arbeitet, und einer gewissen finanziellen Sicherheit, die jedoch zu Lasten der Kinder geht, die sich selbst überlassen sind, weil öffentliche Betreuungseinrichtungen fehlen!" (Int. 603)

Ein anderer Mitarbeiter der Psychologischen Dienste spricht von der Notwendigkeit eines "Schulmediators", der von der Schule hinzugezogen werden kann, wenn es starke Konflikte mit der Familie gibt; dieser Vermittler sollte neutral sein und zur Problemlösung beitragen, um die Einschaltung des Jugendgerichtes zu vermeiden:

“Es gibt noch etwas Anderes, was ich unbedingt sagen möchte, zumal uns sehr daran liegt: besonders bei den Kindern und Jugendlichen, die nicht nur schulische, sondern vor allem auch soziale Probleme haben, gibt es häufig starke Konflikte zwischen der Schule und den Eltern und unserer Meinung nach wären unbedingt externe und neutrale Vermittler notwendig, um bestimmte Situationen zu entschärfen, die sonst systematisch eskalieren - zum Beispiel wird das Jugendgericht zu früh informiert und auf diese Weise wird den Eltern faktisch die Zusammenarbeit verwehrt, es wäre jedoch besser, wenn man versuchen würde, vorher zu vermitteln. Leider haben wir einige Schulleiter, die stark zu symmetrischen Eskalationen neigen und das ist wirklich problematisch! Die Beratungsdienste in den Schulen sind häufig nicht neutral genug und die Eltern wenden sich nicht an sie, weil sie in jedem Fall eine Kontrollfunktion haben. Die Frage, wer diesen Schulvermittlungsdienst leiten sollte, ist nicht einfach zu beantworten, vielleicht sollte man damit eine private, mit dem Assessorat für Sozialwesen konventionierte Organisation beauftragen, oder etwas Ähnliches. Jedenfalls kann diese Aufgabe nicht von den Diensten übernommen werden, weil sie nicht neutral sind, weil sie ihre Funktion haben. Die Probleme in der Schule geraten häufig außer Kontrolle, sie spitzen sich dramatisch zu, Schüler bedrohen Lehrer und ähnliche Dinge und hier wäre eine Vermittlung sehr hilfreich” (Int. 623)

Im Bereich der Berufsausbildung befasst sich ein Lehrer mit der Frage der Arbeits-
eingliederung nach der Schule, dem Hauptziel eines Bildungsweges, der auf das Berufsleben vorbereiten soll. Die größten Schwierigkeiten bereiten aber offenbar die Jugendlichen, die Verhaltensprobleme haben und die ohne Unterstützung der Unternehmen, von denen sie eingestellt werden könnten, keine Arbeitsmöglichkeit haben. Einerseits wird die mangelnde psychologische Unterstützung im Umgang mit diesen Jugendlichen beklagt und andererseits wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, angesichts des Personalmangels Ausbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der Unternehmen durchzuführen, vor allem wenn man von diesen verlangt, dass sie Personen mit psychiatrischen Problemen einstellen:

“Das Problem meiner Jugendlichen ist, einen Arbeitsplatz zu finden, und dieses Bedürfnis ist nicht leicht zu befriedigen, wir brauchen Unternehmen, die ein gewisses Verständnis für die Problematik haben und ich muss sagen, dass es sehr kooperative Unternehmen gibt, aber es sind nicht viele.

“Wirklich problematisch ist jedoch die wachsende Zahl von Jugendlichen mit Verhaltensproblemen, das sieht man auch in der Schule

und für uns wird es sehr schwierig, sie zu vermitteln. Mir fehlen die professionellen Mittel, um diesen Jugendlichen zu helfen, wir würden wirklich die Unterstützung anderer Dienste, zum Beispiel des Psychologischen Dienstes benötigen. Ich habe Betreute um die Zwanzig, die viele Probleme haben, aber die nicht in Jugendeinrichtungen untergebracht werden können und die keine Arbeit finden... Ich merke, dass auch die Unternehmen, die diese Jugendlichen einstellen, Unterstützung brauchen, sonst können sie diese in ihrem Betrieb nicht beschäftigen. Wir haben festgestellt, dass es wirklich sehr wichtig wäre, auch Ausbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter dieser Betriebe durchzuführen, vor allem wenn es um die Eingliederung von Personen mit psychiatrischen Problemen geht... Diese Dinge sind jedoch außerordentlich schwierig zu realisieren, wenn man diese Arbeit im gesamten Landesgebiet zu Zweit machen muss" (Int. 593)

Ein Mitarbeiter der Sozialpädagogischen Grundbetreuung in einem Sozialsprengel spricht hingegen vom Fehlen einer Orientierungshilfe nach den Mittelschulen, damit die Jugendlichen sich nach der Pflichtschule bewusster für einen bestimmten Schul- oder Bildungsweg entscheiden können:

"Wenn die Jugendlichen die Mittelschule verlassen, sollten sie erste Arbeitserfahrungen sammeln können, um ihren Weg zu finden, sie benötigen eine aktive Orientierungshilfe, damit sie dann wirklich wählen können" (Int. 111)

Ebenfalls zum Thema Berufsorientierung beklagt der Leiter einer Einrichtung für Kinder und Jugendliche die fehlende Betreuung der Jugendlichen nach dem Mittelschulabschluss und dem Verlassen der Einrichtung, welche sie für die Eingliederung in das soziale Leben benötigen würden:

"Ich glaube, ein problematischer Aspekt ist, dass nach der Schulpflicht eine Art Leere entsteht, wenn die Jugendlichen von hier weggehen, haben sie niemanden mehr, auf den sie zählen können, denn unsere Konvention sieht eine Weiter- oder Nachbetreuung nicht vor. Aber ich arbeite daran, weil ich diese für notwendig halte" (Int. 212)

4.3 In Bezug auf die Sozialdienste

Es gibt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die mangelnde Flexibilität der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Problemen kritisieren, weil dort nur Jungen und Mädchen aufgenommen werden, die soziale Betreuung benötigen; das bedeutet, dass

sie keine Dienstleistungen anbieten können für Eltern, die einfach um Hilfe bitten, weil sie ihre Kinder während ihrer Abwesenheit alleine lassen müssen. Wie die folgende Aussage belegt, wären im Wesentlichen Tagesstätten notwendig, welche auch Kinder und Jugendliche aufnehmen, die nicht von den Sozialdiensten betreut werden, das heißt nicht stigmatisierte Einrichtungen, die allen offen stehen:

“Sicher, wir stellen zunehmend fest, dass es einen Bedarf an Diensten wie dem unseren gibt. Eine Tagesstätte, wo der Jugendliche einen Teil seiner Zeit verbringt, ohne ganz von der Familie getrennt zu sein... Ich nenne ein Beispiel, das die Widersprüche deutlich macht: Eltern, die ihr Kind direkt hierher bringen wollen, zum Beispiel weil es keine Freunde hat, weil es stundenlang vor dem Fernseher sitzt, können dies nicht tun, sie müssen sich zuerst an die Sozialdienste wenden. Aber die Eltern bzw. das Kind wollen sich nicht als "ein Fall" fühlen, der von einer Einrichtung betreut werden muss. Sie empfinden es als Brandmarkung, mit der sie sich nicht identifizieren wollen. Also bisher kann man nicht auf eigene Initiative kommen. Wir sind dabei, ein Projekt vorzulegen, um den Zugang zu erleichtern” (Int. 321)

Eine Mitarbeiterin der Psychologischen Dienste fügt hinzu, dass es wichtig wäre, über stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zu verfügen, wo auch Jungen und Mädchen aufgenommen werden, die keine gravierenden sozialen Probleme haben und die - zumindest in dem hier genannten Fall - die Dienste, die den von den Sozialdiensten betreuten Kindern und Jugendlichen vorbehalten sind, nicht in Anspruch nehmen können:

“Und dann muss ich noch sagen, dass es in unserem Gebiet nur stark "pädagogisierte" Einrichtungen, sozialtherapeutische Einrichtungen gibt, während es Situationen gibt, wo die Kinder und Jugendlichen eine "leichtere" Unterstützung benötigen würden, weil sie zum Beispiel in Problemfamilien mit starken Konflikten leben und deshalb einfach einen anderen Ort zum Leben brauchen, weil die Mutter mit einem neuen Partner zusammenlebt, mit dem die Tochter sich nicht versteht! Aber für diese Situationen gibt es nichts, entweder bist du in jeder Hinsicht ein "Fall" oder es gibt nichts für dich, wenn keine Diagnose vorliegt! ...es müsste Wohnungen geben, wo jemand da ist, der die Jugendlichen betreut, aber nicht "erdrückt" – meiner Meinung nach muss man nicht alles "pathologisieren"! (Int. 603)

Eine andere Mitarbeiterin der Psychologischen Dienste ist der Ansicht, dass Gemeinschaften fehlen, wo Mädchen und Jungen mit mehr oder weniger schwerwiegenden Problemen zusammenleben können. Gleichzeitig ist sie sich jedoch auch der Schwierigkeit bewusst, eine derartige Einrichtung zu betreiben:

“Meiner Meinung nach brauchen wir integrierte Wohngemeinschaften, in denen sowohl so genannte "normale" Jugendliche als auch Jungen und Mädchen mit Problemen leben; ich glaube, das wäre eine Chance, denn unsere Wohngemeinschaften sind nur für stark gefährdete oder bereits auffällig gewordene Jugendliche bestimmt, während wir vielmehr Einrichtungen schaffen sollten, die zur Normalisierung beitragen, anstatt diese Jugendlichen zu isolieren. Natürlich ist es auch schwierig, jemanden zu finden, der bereit ist, problematische Jugendliche aufzunehmen” (Int. 623)

Die Befragte nennt auch einige erforderliche Eigenschaften der Wohngemeinschaften, damit diese den Bedürfnissen der Jungen und Mädchen, die nicht in der Familie leben, besser gerecht werden: kleine Einrichtungen, in denen die Gefahr geringer ist, dass abweichende Verhaltensformen von Gleichaltrigen übernommen werden, und wo geeignete Räume zur Verfügung stehen, damit die Jugendlichen ihre Kreativität entfalten können:

“Ich denke auch, dass das Angebot an Wohngemeinschaften verbessert werden muss. Es sollte mehr, auch sehr kleine Einrichtungen und vor allem andere, alternative Wohngemeinschaften geben. Es kann problematisch sein, gewisse Jugendliche in gewisse Einrichtungen zu schicken, weil es nur dazu führt, dass sie bestimmte abweichende Verhaltensweisen übernehmen, die sie vorher nicht kannten” ...“...die Einrichtungen für diese Jugendlichen fehlen, die räumliche Situation unseres Dienstes zum Beispiel ist nicht ideal, sie brauchen Platz, um sich ausdrücken zu können, ein Ambiente, wo sie sich kreativ betätigen, malen und musizieren können. Manchmal fühle ich mich sehr eingeeengt in dieser räumlichen Situation, wo ich mit ihnen nicht das machen kann, was gemacht werden müsste. Diese Jugendlichen brauchen Ausdrucksmöglichkeiten, die über das Gespräch hinausgehen - meiner Meinung nach wäre es sehr hilfreich, mit Künstlern und Musikern zusammenarbeiten, mit denen die Jugendlichen neue Ausdrucksformen ausprobieren und dabei lernen könnten, was es wirklich bedeutet, etwas zu schaffen und eine Idee in die Tat umzusetzen!” (Int.623)

Bemängelt wird auch, dass es zu wenige Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit sehr schwieriger Lebenslage gibt, die deshalb teilweise in Wohngemeinschaften außerhalb ihres Wohngebietes untergebracht werden müssen:

“Wir hatten Fälle von Jugendlichen, bei denen es große Probleme gab, weil die Minderjährigen von ihren Familien getrennt und in weit von ihrem Wohnort entfernt liegenden Einrichtungen untergebracht werden mussten. Es gibt zu wenige Einrichtungen”(Int. 643)

“Je größer die Probleme des Jugendlichen sind, desto schwieriger ist es, ihn in einer Wohngemeinschaft vor Ort unterzubringen. Deshalb müssen wir uns bisweilen an Wohngemeinschaften außerhalb des Landesgebietes wenden” (Int. 11)

Eine Sozialassistentin beklagt schließlich den Mangel an Einrichtungen für Minderjährige mit psychiatrischen Problemen: das Zusammenleben dieser Jungen und Mädchen mit Gleichaltrigen, die Verhaltensprobleme haben, ist für diese offenbar unangenehm und macht die Gesamtsituation problematisch:

“Es gibt zum Beispiel keine geeignete Einrichtung für Minderjährige mit psychiatrischen Problemen, weil ein Kind unter 14 Jahren nicht als Psychiatriefall betrachtet wird, und zwar auch dann nicht, wenn wir bei diesem Minderjährigen bereits Anzeichen von psychiatrischen Störungen erkennen. Wenn also ein solches Kind in einer Einrichtung für Minderjährige mit Verhaltensproblemen untergebracht wird, fühlt es sich selbst nicht wohl und verursacht auch Unbehagen bei den anderen. Dann hat es auch der Erzieher mit einer anormalen Situation zu tun, weil er eine Rolle übernehmen muss, auf die er nicht vorbereitet ist” (Int. 12)

Es wird gefordert, dass die Dienste flexibler auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen reagieren, auch wenn diese offiziell nicht als "Betreute" übernommen wurden, um so eine Nachfrage zu befriedigen, die sonst unerfüllt und verdeckt bleibt:

“Wenn man es mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, arbeitet man nie mit dem Einzelnen allein, sondern häufig mit der Gruppe. Vor allem Mädchen neigen dazu, sich auch um die Probleme der anderen zu kümmern. So kommt es vor, dass das Mädchen ihre Freundin mitbringt. Dann stellt man fest, dass auch die Freundin ihre Probleme hat (gewöhnlich handelt es sich um Misshandlungen durch einen Elternteil) und der Erzieher muss sich neben dem Fall, für den er bezahlt wird, auch um den Fall der Freundin kümmern... Ungelöst bleibt schließlich das Problem der Freundin. Denn was wir in einem solchen Fall tun können, ist die Sozialassistentin zu informieren; die Freundin zu überzeugen, mit dem anderen Elternteil zu sprechen, um sich helfen zu lassen. Wenn das geschieht, fällt die Antwort des

Sozialdienstes mitunter negativ aus, weil der betreffende Fall nicht als "Sozialfall" anerkannt wird. Die Folgen sind: die Freundin wendet sich ab und lässt sich nicht mehr blicken. "Unser" Mädchen macht einen großen Aufstand und ist enttäuscht. Das generelle Problem ist also die Schwierigkeit, zu verstehen, nach welchen Kriterien der Sozialdienst verfährt. Der Dienst sieht in bestimmten Fällen einen Bedarf an Hilfe, weil etwas Gravierendes geschehen ist, während er ein Eingreifen nicht für erforderlich hält, wenn es keine gravierenden Vorfälle gegeben hat" (Int. 321)

Der gleiche Mitarbeiter, der in einer Tagesstätte arbeitet, nenn ein weiteres Beispiel für die Gefahr, dass man sich nicht um Fälle kümmern will oder kann, die nicht als "Sozialfall" eingestuft werden und deshalb von den öffentlichen Einrichtungen nicht übernommen werden können:

"Ein Junge, der mir von seinen Selbstmordabsichten erzählt, weil er eine Krise durchlebt, ist ein Junge, der ein Problem hat und der Hilfe braucht, auch wenn er nicht vom Sozialdienst oder vom Jugendgericht gemeldet wurde, und eine Einrichtung wie die unsere ist nicht ausgerüstet, um ihm diese Hilfe zu geben. Oder besser gesagt, wir könnten ihm helfen, aber der Sozialdienst sagt uns, dass er kein "Sozialfall" ist" (Int. 321)

Die Tatsache, dass es auch unter denjenigen, die als sozial Privilegierte keinen Anspruch auf Maßnahmen seitens der Dienste haben, unerfüllte Bedürfnisse gibt, wird durch das nachstehende Beispiel deutlich:

"Es kam zum Beispiel vor, dass sich eine gut situierte Familie aus der sozialen Oberschicht präsentierte. Der Sohn hatte Probleme und die Familie war für eine Betreuung durch eine Sozialeinrichtung, die ihr in diesem schwierigen Moment helfen könnte. Die Antwort des Sozialdienstes war, dass der Junge kein "Sozialfall" sei, weil er die Möglichkeit habe, in der Familie betreut zu werden und deshalb nicht in eine Einrichtung aufgenommen werden könne. Er kam nicht aus einer benachteiligten Familie"

Es kommt also vor, dass Minderjährige, die Hilfe brauchen, von den Diensten ausgeschlossen werden; die Gründe dafür liegen in einer Politik, die von den Mitarbeitern "vor Ort" nicht geteilt wird und die eine notwendige Maßnahme verweigern müssen. Der Referent eines Jugenddienstes bestätigt - und zwar mit kritischen Tönen - die Entscheidung der Provinz, Minderjährige mit Problemen, die nicht einmal als solche betrachtet werden, weil sie aus einer nicht "hilfsbedürftigen" Familie kommen, aus den Diensten auszuschließen:

“Leider hat man hier in Südtirol auf politischer Ebene beschlossen, die Mittelschichten auszuschließen, die zum großen Teil von den bestehenden sozialen Netzen nicht unterstützt werden und deren Probleme nicht einmal in den Statistiken erfasst werden” (Int. 733)

Der Leiter einer Wohngemeinschaft äußert eine allgemeine Kritik an den Jugenddiensten und ist der Auffassung, dass sie nicht in der Lage sind, mit den Kindern und Jugendlichen wirklich in Kontakt zu treten, vor allem mit den schwierigeren Fällen; er fordert "neue" Methoden, um besser an die Minderjährigen heranzukommen:

“[...die ungedeckten Bedürfnisse sind] ein wichtiges Thema, ich glaube, dass die herkömmlichen Beratungsdienste nicht in der Lage sind, die Kinder und Jugendlichen wirklich zu erreichen... vielleicht sollte man Streetwork betreiben, dorthin gehen, wo diese Kinder und Jugendlichen leben“ (Int. 231)

Die gleiche Methode wird mit anderen Worten beschrieben:

“...[wichtig] für die Jugendlichen selbst – ist jemand, der ihre Sprache spricht und der in die Diskotheken und auf die Straße geht” (Int. 172)

Und ein anderer Befragter verweist auf das Problem des Turnovers der Mitarbeiter, da dieser den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen dem Betreuten und seinem Ansprechpartner behindert - wenn nicht gar unmöglich macht - und damit die Wirksamkeit der Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen untergräbt:

“Ein anderes Problem ist möglicherweise der Turnover, der dem Betreuten Schwierigkeiten bereitet, der seinen Ansprechpartner verliert, nur weil dieser in einen anderen Sprengel versetzt wurde” (Int. 361)

Ein komplexeres und generelles Problem wird schließlich von einer Sozialassistentin eines Sozialsprengels des Landes angesprochen, bei dem es um die ethische und funktionelle Dimension des Sozialberufes geht. Die Aussage zeigt, dass die Art und Weise, wie die Rolle des Mitarbeiters interpretiert wird, dazu führen kann, dass die wahren Bedürfnisse der betreuten Kinder und Jugendlichen nicht erkannt werden:

“Wir alle sind es gewohnt, uns über unseren Auftrag zu definieren, aber dabei neigen wir verstärkt zu einer Definition nach rechtlichen und weniger nach sozialen, ethischen, kulturellen oder sozialpolitischen Gesichtspunkten! Dadurch verlieren wir einen Großteil unserer Beziehungsfähigkeit - worauf kann sich unsere Liebe zu den Men-

schen stützen, wenn sie nichts anderes als ein Auftrag für mich sind. Ich glaube, das merken vor allem die Jugendlichen, die einen großen Bedarf an echten Beziehungen haben, aber die in ein Loch fallen... Was wir in unserem Beruf brauchen, ist nicht nur der Logos, sondern auch der Eros und vor allem müssen wir die richtigen Worte finden, um mit diesen Jugendlichen zu reden, einfach nur reden, ohne gleich alles pathologisch zu definieren. Das Problem ist, dass die "Sozialleute" nur auf Grund ihres Auftrages arbeiten und ihnen deshalb häufig der Blick für das Wesentliche fehlt" (Int. 62)

Offenbar muss man sich wieder über den Sinn der Sozialarbeit klar werden, indem man sich deren Zweck vor Augen hält und starre und vorgegebene Muster vermeidet, die dazu neigen, alles in eine pathologische Dimension zu pressen. Nach Ansicht der Befragten ist es wichtig, die Beziehungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, damit die ungedeckten und unerkannten Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen erfüllt werden können.

4.4 In Bezug auf die Jugendarbeit

Wenn wir von Einrichtungen sprechen, dann meinen wir physische Orte, die für bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen organisiert oder für die Jugendarbeit im Allgemeinen bestimmt sind. Dazu gehören also geregelte und institutionalisierte Dienstleistungsstrukturen, aber auch unstrukturierte und informelle Einrichtungen, die Gruppen-, Sport- und Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche anbieten. Als Bedarfslücke nennen viele Befragte das Fehlen geeigneter Einrichtungen oder die Unzulänglichkeit bereits bestehender Einrichtungen, die - wie wir im Folgenden sehen werden - aus organisatorischen Gründen oder auf Grund ihrer Zweckbestimmungen bzw. institutionellen Grenzen nicht in der Lage sind, den verschiedenen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen. Interessanterweise ist festzustellen, dass informelle Treffpunkte für Kinder und Jugendliche, wo sich diese frei bewegen können, ohne unter der Aufsicht von Erwachsenen zu stehen, von vielen MitarbeiterInnen für nützlich angesehen werden, aber ihrer Meinung nach fehlen. Sie sind sich also bewusst, dass die Kinder und Jugendlichen darunter leiden, dass ihr Leben zu stark organisiert ist, und zwar sowohl was die Familie und die Schule als auch die Sport- und Freizeitaktivitäten im Allgemeinen betrifft. Mehrfach wird bemängelt - was wir bereits als eine der Ursachen für schwierige Lebenslagen nannten - dass die Gesellschaft die Jugendlichen antreibt, aktiv und produktiv zu sein und bestimmten Leistungsmodellen zu entsprechen; dieser Druck kann zu negativen Reaktionen, Aggressionen und abweichendem Verhalten führen. Eine geeignete Lösung könnte sein, den Jungen und Mädchen die Möglichkeit zu geben, sich an Orten und in Einrichtungen zu treffen, wo sie einfach ihre Zeit verbringen können, ohne dass sie Rechenschaft ablegen müssen für das, was sie tun oder nicht tun:

“Was wir meiner Meinung nach gegen Vandalismus und Devianz tun können, ist, sie einfach leben zu lassen, nicht immer etwas von ihnen zu verlangen, sondern sie das Leben "auskosten" lassen! Ich glaube, die Jugendlichen suchen einen Ort, wo ihnen niemand auf die Nerven geht, wo sie in Ruhe gelassen werden, wo sie sich nicht ständig rechtfertigen müssen und wo von ihnen nicht stets verlangt wird, "produktiv" zu sein" (Int. 693)

Ich glaube, dass es Jugendliche gibt, die keiner Gruppe angehören wollen und diese Jugendlichen wollen und können nicht in die üblichen Projekte einbezogen werden. Sie wünschen sich eigene Freiräume, sie wollen ihre Freiheit und suchen einen Ort, wo sie sich mit ihren Freunden treffen können. Sicherlich brauchen wir auch die Jugendzentren wie das JUKAS, wo die Jugendlichen von Erziehern betreut werden, aber es muss auch andere Treffpunkte ohne jeglichen Zwang geben. Es ist auf jeden Fall wichtig, dass wir Erwachsene uns nicht ständig in das Leben der Jugendlichen einmischen, dass wir sie ihre Erfahrungen machen lassen, ohne dass ein Erwachsener hinter ihnen steht, der jeden kleinen Schritt überwacht und plant" (Int.623)

“Den Jugendlichen fehlen informelle Treffpunkte. Natürlich gibt es die Jugendzentren oder die Jugendtreffs, aber nicht alle Jugendlichen haben Lust, sich in diese Gruppen zu integrieren, sie wollen keine so enge Zugehörigkeit, sie brauchen offenere, freiere Orte, wo keine Erwachsenen anwesend sind ...” (Int. 131)

“Sie brauchen Räume, wo sie sich einfach treffen und tun und lassen können, was sie wollen” (Int. 51)

“Der Bedarf der Jugendlichen an Treffpunkten ist nicht gedeckt, es gibt keine geeigneten Orte, diejenigen, die es gibt, sind zu stark strukturiert!” (Int. 121)

Der Leiter einer Jugendorganisation nennt positive Beispiele für Jugendräume, wo Jugendliche sich nicht nur treffen und zusammen sein können, sondern auch eigene Musik machen können, woraus wiederum andere Gruppenformen wie Musikbands entstehen können:

“Die Jugendlichen brauchen Räume, wo sie sich sehen und treffen können, häufig fehlen Orte, wie auch hier in X, wo sie Feste feiern und auch laute Musik hören können, aber vor allem fehlen Proberäume für Jugendliche, die Musik machen wollen, während es im Papperlapapp in Bozen oder im JUX in Lana solche Proberäume gibt

und man sieht, dass sich dieses Angebot sehr positiv auf die Gründung von neuen Jugendbands auswirkt. Wichtig sind Räume, wo sie zusammenkommen und etwas tun können, ohne dass sie von Erwachsenen beaufsichtigt werden" (Int. 763)

Die übertriebene Institutionalisierung der Jugendräume wird als negativer Aspekt in der Organisation von sozialen Aktivitäten für die Jugend im Landesgebiet angesehen. Ein Schulreferent sagt, dass die Vielzahl von Initiativen, deren Schwerpunkt die Information der Jugend ist, aber vor allem die Tatsache, dass sie alle "von oben kontrolliert" werden, die geringe Beteiligung erklären könnte; er meint, dass diese größer wäre, wenn man die Jugendlichen stärker in die Planung miteinbeziehen würde:

"Ich meine, dass es bereits viele Informationsinitiativen gibt und dass sie nicht wirksam sind, weil die Jugendlichen selbst fernbleiben. Der Sozialdienst hat Jugendräume eingerichtet und soviel ich weiß, sind sie leer. Sie werden mit Informationsinitiativen bombardiert und das Ganze ist institutionalisiert, der Fehler ist meiner Meinung nach, dass die Jugendlichen nicht an der Planung beteiligt werden. Alles wird von oben bestimmt" (Int. 563)

"...was fehlt, sind entsprechende Alternativangebote, die "mit" den Jugendlichen und nicht nur "für" sie ausgearbeitet wurden!" (Int. 172)

Die Energie und der Tatendrang der Jugendlichen kann auch in Aktivitäten mit spezifischen Zielsetzungen kanalisiert werden, aber sie müssen ihnen die Möglichkeit geben, ihre Kreativität auszudrücken:

"Ich würde viel weniger in die Infrastruktur investieren und die Jugendlichen viel mehr in die Planung und die konkrete Errichtung, Schaffung und Gestaltung von öffentlichen Räumen einbeziehen. Ich würde keine Häuser für sie errichten, sondern ihnen einen Platz, einen Teil des Rathauses, eine Mauer geben - also ich würde ihnen einen öffentlichen Raum geben und nicht vier Mauern und eine Stereoanlage!" (Int. 683)

Wie auch aus den obigen Aussagen einiger Befragten hervorgeht, begrüßen und befürworten die MitarbeiterInnen Jugendzentren, wo Jungen und Mädchen sich treffen können, aber wo sie auch die Möglichkeit haben, an organisierten Aktivitäten teilzunehmen; in den folgenden Passagen wird zudem darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass jemand da ist, der ihnen zur Seite steht, ohne sie zu bedrängen, und der zum Ansprechpartner wird:

"Wir brauchen Orte, wo die Jugendlichen Anregungen finden und einen Ansprechpartner haben" (Int. 32)

“Wir sollten ihnen mehr Freiheit lassen - eine wirklich kompetente Fachkraft sollte für sie da sein, zum Beispiel Erzieher, die "da sind und nicht da sind" und die ihnen den nötigen Freiraum lassen” (Int. 121)

Im Übrigen kann jemand unabhängig von seiner Funktion zum erwachsenen Ansprechpartner werden, an den sich die Jugendlichen wenden, wie es in einem Jugendzentrum der Fall ist:

“Merkwürdigerweise wenden sich die Jugendlichen häufig an die Frau, die seit vielen Jahren den Dienst für finanzielle Sozialhilfe leitet, offensichtlich ist sie für sie ein Ansprechpartner, wenn es Probleme gibt” (Int. 152)

Einige MitarbeiterInnen sprechen generell von einem Bedarf an Jugendzentren und beklagen, dass diese in ihrem Gebiet fehlen:

“Was sicherlich noch fehlt, ist ein Jugendzentrum, hier gibt es nur ein paar kleine Treffpunkte, nichts anderes” (Int. 753)

“Für die Jugendlichen fehlen Ansprechpartner, die von den Jugendzentren bereitgestellt werden sollten” (Int. 152)

4.5 In Bezug auf die Fachkräfte

Wie wir bereits gesehen haben, wird der Mangel an Fachkräften beklagt und zwar unter anderem an ErzieherInnen, die der Familie bei Erziehungsschwierigkeiten helfen, aber deren Aufgabe es auch ist, die Freizeitaktivitäten der Jugendlichen zu unterstützen und zu organisieren; das wird in der folgenden Aussage bestätigt:

“ Ja, es ist wahr, dass es keine Erzieher in aufsuchender Familienarbeit gibt. In der Vergangenheit wurden sozialpädagogische Maßnahmen durchgeführt, bei denen Personen mit einer gewissen Professionalität (UniversitätsstudentInnen oder BehindertenassistentInnen) eingesetzt wurden, die aufsuchende Familienarbeit leisteten. In unserem Dienst besteht ein Bedarf an solchen Maßnahmen, weil dem Minderjährigen damit besser geholfen werden kann, ohne ihn einer "familienexternen" Betreuung anzuvertrauen" (Int. 392)

Offenbar fehlen auch PsychologInnen, zumal sich eine Sozialassistentin darüber beklagt, dass die verfügbaren Ressourcen im öffentlichen System überwiegend von den Schulen in Anspruch genommen werden:“

“...in den Psychologischen Diensten gibt es keine Ressourcen mehr, weil sie dort mit den Fällen überlastet sind, die von den Schulen gemeldet werden; diese fordern massive Hilfe und deshalb haben die Psychologen wenig Zeit, sich um unsere Fälle zu kümmern” (Int. 82)

Dieser Fachkräftemangel verursacht auch organisatorische Probleme:

“Es ist deshalb klar, dass wir kein Team sind. Uns fehlt zum Beispiel ein Psychologe. Da wir uns für die Beratung eines Psychologen an einen anderen Dienst wenden müssen, verlängern sich die Zeiten aus organisatorischen Gründen. Und das ist ein Problem, das es nicht geben sollte” (Int. 12)

Neben dem Mangel an PsychologInnen wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Psychologischen Dienst nicht nur als Anlaufstelle für pathologische Fälle zu sehen; er sollte auch für andere Situationen in Anspruch genommen werden, vorausgesetzt, dass auch das Angebot entsprechend diversifiziert ist:

“Leider sind wir immer noch in einer Situation, wo der Psychologische Dienst sich überwiegend um Behinderte kümmert, während es auch einen großen Bedarf an Psychotherapie gibt, vor allem für Kinder und Jugendliche - wenn ich die Situation in Südtirol mit der in einigen österreichischen Bundesländern vergleiche, dann stelle ich tatsächlich fest, dass wir noch stark hinterherhinken, auch und vor allem was die Vielfältigkeit des (psycho)therapeutischen Angebotes betrifft” (Int. 683)

Auch die Schwierigkeit, einen Psychiater zu finden, kann dazu führen, dass die Bedürfnisse des betreuten Minderjährigen nicht erfüllt werden, wie der folgende Fall zeigt:

“Ich erinnere mich an den Fall eines Mädchens, für das wir versucht haben, einen Termin beim Psychiater zu bekommen. Es war nicht möglich. Es gelang uns nicht einmal, mit ihm zu sprechen. Sein Terminkalender war voll bis 2007. Er war italienischsprachig. Einer, der Zeit hatte, war deutschsprachig, aber er sprach kein Wort Italienisch.....” (Int. 362)

Schließlich wird der Mangel an Fachkräften in der Kinderneuropsychiatrie beklagt:

“Die Fachkraft, die uns noch fehlt, ist der Kinderneuropsychiater, der hoffentlich aus Bozen kommen wird. Ein anderer Dienst, der endlich eingerichtet werden sollte, ist die Kinderpsychiatrie” (Int. 633)

4.6 In Bezug auf einige Zielgruppen

Wir analysieren zunächst die ungedeckten Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, die in der Familie unter Krankheiten der Eltern oder Problemsituationen leiden, welche alle Familienmitglieder in Mitleidenschaft ziehen und sie anfälliger und hilfebedürftig machen:

“Es können drei Zielgruppen genannt werden: Kinder von psychisch Kranken, Alkoholikern und geschiedenen/getrennten Eltern. Für ihre spezifischen Bedürfnisse gibt es keine wirksamen Maßnahmen, diese Kinder befinden sich in einer Grauzone. Das Gesetz Nr. 285 wurde noch nicht vollständig umgesetzt, aber es fehlen die Personalressourcen für die Präventionsarbeit” (Int.162)

Eine Mitarbeiterin der Sozialsprengel spricht speziell von den allein erziehenden Müttern:

“Eine andere Bedarfslücke betrifft die allein erziehenden Mütter, die oft isoliert und allein sind, und deshalb bemühen wir uns, Treffen mit der Plattform für Alleinerziehende zu organisieren, aber dieser Bedarf betrifft vor allem Frauen, die schon ein gewisses Alter haben” (Int.112)

In einem anderen Interview ist von einem konkreten Fall die Rede, wo eine getrennt lebende Frau für ihren Unterhalt und den des Kindes - da der Vater nicht zahlt - hart arbeiten muss; deshalb verbringt das Kind gezwungenermaßen viel Zeit allein. Die als Beispiel angeführte Situation ist relativ häufig und erfordert deshalb die Einrichtung eines Dienstes, der den getrennten bzw. geschiedenen Frauen und ihren Kindern einen Unterhaltsvorschuss gewährt, wenn die Ex-Ehemänner/Väter nicht zahlen. Es wäre dann Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, die Unterhaltsansprüche gegenüber diesen Männern geltend zu machen und folglich die Frauen von dieser Last zu befreien:

“...Die Situation dieser Frau und dieses Kindes ist wirklich schrecklich, vor allem weil der Vater sich weigert, auch nur eine Lira zu zahlen, obwohl er gesetzlich dazu verpflichtet ist! Ich möchte es wirklich betonen: es wäre sehr wichtig, dass es einen "Landesdienst für die Zahlung von Unterhaltsvorschuss" gäbe! Der Junge, der sich in einer sehr kritischen Entwicklungsphase befindet, verbringt hingegen die Nachmittage allein zu Hause, er sieht die Mutter weder zum Mittagessen noch zum Abendessen, weil sie mehr arbeiten muss, als ihr lieb ist, weil der Ehemann nicht zahlt und auch wenn sie ihn anzeigt usw., ändert das nichts, weil die Bearbeitungszeiten nun mal sind, wie sie sind, und sie ja schließlich von etwas leben muss!” (Int.603)

Diesen Dienst gibt es bereits in einigen europäischen Staaten, wie in Deutschland und in Österreich; in Südtirol wurde ein mit dem Landesbeirat für die Gleichstellung von Mann und Frau ausgearbeiteter Gesetzesentwurf des Assessorats für Sozialwesen in der Landesregierung vorgestellt und wird in Kürze dem Landtag unterbreitet werden.

Der Leiter einer Einrichtung für Minderjährige spricht hingegen im Allgemeinen von den häufig latenten Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen aus Familien mit nur einem Elternteil:

“Wir kümmern uns vorwiegend um Minderjährige aus Familien mit nur einem Elternteil, diese Kinder machen völlig andere Erfahrungen als sie in der "traditionellen" Familie gemacht werden, die aber von der Gesellschaft im Allgemeinen noch nicht verstanden werden. Diese Kinder bilden mittlerweile 30% der Bevölkerung, aber sie haben keine Stimme oder besser gesagt, sie werden nicht gehört. Diese Kinder haben andere Dinge zu erzählen, als Kinder aus so genannten normalen Familien, sie brauchen ein Kommunikationsforum, das es noch nicht gibt, aber an dem ich arbeite. Es wird ein Ort sein, wo sie sich kreativ entfalten können, wo sie ihre Erfahrungen ausdrücken können” ...” Ich glaube, diese Familien werden stigmatisiert, weil die Bürokratie sich um sie kümmert und von ihnen verlangt, dass sie ihre Kinder in Einrichtungen wie die unsere schicken. Aber ich erlebe diese Kinder und spreche mit ihnen, sie sehen mich jeden Abend und ich höre ihnen zu, diese Kinder sind nicht krank, sondern es sind einfach nur Kinder mit psychologischen Wunden” (Int. 212)

Andere, noch nicht ausreichend erkannte Probleme betreffen die adoptierten Jungen und Mädchen, aber vor allem ihre Familien, die sich - oft mit großen Schwierigkeiten - mit der Pubertät ihrer Kinder auseinander setzen müssen:

“Ein weiteres Bedarfsfeld, das häufig nicht ausreichend berücksichtigt wird, betrifft die Jugendlichen, die als Kind adoptiert wurden und die die Adoptiveltern, wenn sie in die Pubertät kommen mit allen in diesem schwierigen Alter auftretenden Problemen, am liebsten zurückgeben würden. Diese Jugendlichen haben sehr wenig Vertrauen in die Erwachsenen, weil sie sich von ihnen alleingelassen und unverstanden fühlen, und deshalb ist es sehr schwierig, eine neue Vertrauensbasis zu schaffen und eine Beziehung zu ihnen aufzubauen; es hat fast den Anschein, dass nur noch eine Beziehung möglich ist, bei der es nicht mehr um Hilfe, sondern um Kontrolle geht, wo eine Reihe von Vorschriften gemacht werden, aber das ist dann keine Sozialarbeit mehr” (Int. 71)

Im Folgenden befassen wir uns mit den Problemen der Minderjährigen, die außerhalb der Familie leben. Als besonderes - und ihrer Meinung nach für diese Zielgruppe zentrales - Problem nennen die MitarbeiterInnen von Wohngemeinschaften die fehlende Zuneigung und Wärme der Eltern; sie meinen, dass diese durch nichts ersetzbar ist und deshalb ein unerfülltes Bedürfnis bleibt:

“Es ist schwer, die richtige Familie zu ersetzen. Wir müssen zwischen Realität und Utopie vermitteln” (Int. 271)

“Ich würde sagen, das Einzige was wir nicht geben können, ist die Wärme, die nur eine Familie geben kann” (Int. 311)

Auch für die Einwandererkinder ist das Hauptbedürfnis offenbar die mangelnde Wärme der Familie; ein Mitarbeiter, der mit diesen Kindern arbeitet, nennt die Einrichtung, die ihren Erfordernissen am besten gerecht wird:

“Das wirklich große Bedürfnis dieser Einwandererkinder ist, eine richtige Familie zu haben. Wenn wir so wollen, kann eine Wohngemeinschaft noch eine Art Familienersatz sein, aber nicht die betreuten Wohnformen” (Int. 391)

Aber nicht nur. Eine Sozialassistentin fügt hinzu, dass alle Bedürfnisse dieser Zielgruppe in Wirklichkeit nicht erfüllt werden können, weil das entsprechend geschulte Personal fehlt; es wird betont, dass die Kulturmediatoren nicht helfen, die Probleme der Kinder und Jugendlichen zu lösen, sondern nur die Kommunikation zwischen diesen und den MitarbeiterInnen ermöglichen, während es jemanden geben muss, der sie versteht, der mit ihnen reden kann, der ihnen hilft, sich in einer neuen und für sie fremden Umgebung zurechtzufinden:

“Was die eingewanderten Jungen und Mädchen betrifft, sehe ich viele Bedarfslücken, vielleicht kann man sagen, dass die Ressourcen völlig fehlen, da ihre Bedürfnisse nicht abgedeckt werden können mit den Ressourcen, die wir für die Kinder und Jugendlichen unseres Gebietes haben, gerade weil sie nicht die gleichen Bedürfnisse haben. Für ihre Betreuung fehlt das Personal mit einer spezifischen Ausbildung, die Kulturmediatoren helfen ihnen nicht direkt weiter, sie helfen uns, ihre Bedürfnisse zu verstehen, aber es muss jemanden geben, der sie direkt betreut, jemand, der ihre Sprache und ihre Kultur versteht und der in der Lage ist, mit ihnen in ihrem Lebensumfeld pädagogisch und kreativ zu arbeiten” (Int. 71)

“Die Präsenz von ausländischen Minderjährigen ist neu und man muss sich sowohl um ihre Integration als auch um ihr Bedürfnis an

eigenen Räumen kümmern. Es ist auch erforderlich, dass wir uns an ihre Realität anpassen, wir dürfen nicht zu viel von ihnen verlangen, da sie häufig nicht einmal unsere Sprache sprechen. Was wir brauchen, vor allem im deutschsprachigen Bereich, sind Personen, die besser auf diese Situationen eingehen, im deutschsprachigen Bereich gibt es weniger Verständnis für diese ausländischen Kinder” (Int. 613)

Ein Befragter weist darauf hin, dass bei anderen Zielgruppen nicht immer eine Intervention möglich ist, wie zum Beispiel bei Minderjährigen mit psychiatrischen Problemen, aber auch bei Drogenabhängigen, deren Bedürfnisse nicht erhoben werden, sofern sie sich nicht selbst freiwillig melden und um Hilfe bitten:

“Ja, es gibt sie. Nehmen wir den Fall von Minderjährigen mit psychiatrischen Problemen oder drogenabhängigen Minderjährigen. Wenn diese Minderjährigen sich nicht freiwillig an die Einrichtungen wie den DfA oder den Psychiatrischen Dienst wenden, kann man nichts tun, dann sind einem die Hände gebunden” (Int. 11)

Anlage 1

Liste der Dienste und Einrichtungen, in denen die Interviews für den Bericht über die ungedeckten Bedürfnisse durchgeführt wurden (Die Nummerierung stimmt nicht mit den Kennziffern der Interviews überein)

Sozialsprengel	1. Obervinschgau
	2. Wipptal
	3. Südtiroler Unterland
	4. Bruneck
	5. Klausen
	6. Heime
	7. Liebeswerk
	8. Mittelvinschgau
	9. Naturns
	10. Salten – Sarntal – Ritten
	11. Betrieb für Sozialdienste Bozen
Wohngemeinschaften	12. San Nicolò
	13. Villa Winter
Familienähnliche Einrichtungen	14. Kinderdorf
	15. Murialdo (Leifers)
Tagesstätten	16. Vittorio Veneto (Bozen-Der Weg)
Streetworker	17. Der Weg
Familienberatungsstellen	18. L'Arca (BZ)
	19. Ehe- und Erziehungsberatung (Bruneck)
Ausländische Kinder und Jugendliche	20. Erstaufnahmezentrum BZ (Verein Volontarius)
	21. Referent im Betrieb für Sozialdienste Bozen
Jugendberatung	22. Young + Direct
Schulwesen	23. Italienisches Schulamt
	24. Deutsches Schulamt
	25. Schulreferent Italienische Mittelschule
	26. Schulreferent Deutsche Mittelschule
	27. Schulreferent Ladinische Mittelschule
	28. Schulreferent Italienische Oberschule
	29. Schulreferent Deutsche Oberschule
	30. Schulreferent Italienisches Berufsbildungszentrum
	31. Schulreferent Deutsches Berufsbildungszentrum
	Psychologische Dienste
33. Meran	
34. Brixen	
35. Bruneck	
Andere Dienste	
	37. Sozialdienst beim Jugendgericht
	38. Jugendamt der Quästur Bozen

DIE UNGEDECKTEN BEDÜRFNISSE

	39. Assessor für Sozialwesen der Bezirksgemeinschaft Vinschgau
	40. Vorsitzender des Jugendgemeinderates Bruneck
Jugenddienste	41. Sterzing
	42. Sterzing
	43. Schlanders
	44. Lana
	45. St. Ulrich
	46. Dachorganisation der Jugenddienste
Jugendzentren	47. Papperlapap/Bozen
	48. Jukas/Brixen
	49. Tilt/Meran
	50. Ufo/Bruneck
Jugendtreffs	51. Villa delle Rose/BZ
	52. Flowers/Branzoll
	53. Jugendzentrum/Brixen
Pfarreien	54. Regina Pacis
	55. Ora
Sonstige	56. Diskothek Max/Brixen
	57. Leiter UISP
	58. Pfadfindergruppe AGESCI
	59. Jungscharleiter
	60. Infostelle INFES

Anlage 2

Leitfaden des Interviews über die ungedeckten Bedürfnisse

Allgemeine Erhebung der Probleme und Charakteristiken der Minderjährigen, welche Bedürfnisse haben, die den Diensten nicht gemeldet werden und die folglich existieren, aber keine Berücksichtigung finden; Probleme also, die nicht gelöst werden können, weil dem Betreuten die Zugangsmöglichkeit zu den Diensten fehlt oder erschwert wird, weil Institutionen oder Einrichtungen, die sich um Minderjährige kümmern, nicht fähig oder nicht bereit sind, Mechanismen zur Berücksichtigung und Lösung dieser Probleme einzuführen, oder weil entsprechende Betreuungsangebote seitens der Sozial- und Fürsorgedienste fehlen.

- *Wahrnehmung bezüglich der Tragweite der schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen:* das heißt, Bewertung der Relevanz der schwierigen Lebenslagen bzw. Verhaltensauffälligkeiten und -abweichungen von Kindern und Jugendlichen in der lokalen Bevölkerung, am meisten betroffene und gefährdete Bevölkerungssegmente, langfristige Zunahme/Abnahme, Veränderungen in den Charakteristiken der schwierigen Lebenslagen usw.
- *Bewertung der Charakteristiken der schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen:* Hauptmerkmale der schwierigen Lebenslagen im Zuständigkeitsgebiet.
- *Soziale Brennpunkte (auf lokaler Ebene)* im Zusammenhang mit Problemen wie Verhaltensauffälligkeiten und Jugendkriminalität, Immigration, Nomaden; welche Relevanz und Bedeutung wird ihnen beigemessen, gibt es Stereotypen und Vorurteile seitens der MitarbeiterInnen.
- *Vorschläge für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung oder Vermeidung von sozialen Brennpunkten:* Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, um soziale Brennpunkte zu vermeiden bzw. unter Kontrolle zu halten / Zusammenarbeit mit den Polizeikräften.
- *Direkte Erfahrungen mit den schwierigen Lebenslagen der Jugend:* Arten von Schwierigkeiten, die in dem Verein, der Körperschaft/Einrichtung, in der der Befragte arbeitet, direkt wahrgenommen werden.
- *Die Entscheidungen und Vorgehensweisen sowie die eventuellen Maßnahmen, die von den Befragten getroffen werden,* um den Kindern und Jugendlichen in dem Verein, der Körperschaft/Einrichtung, in der der Befragte arbeitet, zu helfen; an wen wenden sie sich, wie werden die Kontakte und die Zusammenarbeit hergestellt.
- *Falls sie die Sozialpädagogischen Dienste oder andere Körperschaften/Vereine nennen, die mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, wie wird die Kompetenz und Effizienz der Maßnahmen dieser Dienste bewertet*

Kapitel 6

Wahrnehmung schwieriger Lebenslagen und Präventionsmaßnahmen in den Gemeinden, Schulen und Jugendvereinen



von Francesca Sartori

1. Ziele und Methodik

Für eine umfassende und möglichst vollständige Erhebung der schwierigen Lebenslagen der Südtiroler Jugend wurden auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen befragt, die in den Gemeindeverwaltungen, Schulen und Freizeitorganisationen (Treffpunkte, Jugendgruppen, Jugendvereine, Jugendkulturzentren, Sportvereine usw.) mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Denn es ist wichtig, dass das Thema soziale Schwierigkeiten nicht nur aus Sicht der institutionell damit befassten Sozialdienste untersucht wird, sondern auch aus Sicht derjenigen, die sich nicht unmittelbar mit diesem Phänomen beschäftigen, aber gegebenenfalls damit konfrontiert werden, weil sie mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben und sich um deren Probleme kümmern.

Anhand eines kurzen Fragebogens⁸⁸ wurden die MitarbeiterInnen aufgefordert, die Verbreitung von schwierigen Lebenslagen in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet bzw. ihrer jeweiligen Zielgruppe zu bewerten und die wichtigsten Problemfelder zu nennen. Gleichzeitig wurden sie gebeten, die eventuell auf lokaler Ebene durchgeführten Maßnahmen zur Prävention bzw. zum Abbau von sozialen Schwierigkeiten bei Jugendlichen anzugeben und eine Beurteilung darüber abzugeben, ob die entsprechenden Initiativen ihrer Meinung nach angemessen sind. Und schließlich wurde untersucht, ob und inwieweit das Netzwerk der Dienste für einschlägige Maßnahmen im sozialpädagogischen Bereich, im Gesundheits- und Schulwesen sowie im Bereich der öffentlichen Ordnung genutzt wird.

Die erhobenen Daten liefern ein umfassenderes, d.h. über den Bezugsrahmen der Sozialdienste hinausgehendes Bild des Leistungsangebotes und der Maßnahmen zur Information, Sensibilisierung und Prävention von schwierigen Lebenslagen im Landesgebiet sowie eine Beurteilung bzw. subjektive Einschätzung der Verbreitung des Phänomens aus Sicht der Befragten. Auf Grund der gesammelten Informationen sind detaillierte Aussagen über Art und Anzahl der durchgeführten Kooperationstätigkeiten sowie über den entsprechenden Zufriedenheitsgrad der befragten MitarbeiterInnen möglich.

Bei dem verwendeten und in italienischer und deutscher Sprache erstellten Erhebungsinstrument handelte es sich um einen Fragebogen, der für alle Fragen mehrere Antwortoptionen enthielt, mit Ausnahme der Frage über die in den verschiedenen Bereichen durchgeführten Initiativen, die eine freie Antwortmöglichkeit vorsah.

⁸⁸ Siehe Anlage 1

Der Fragebogen wurde per Post an eine Stichprobe von 600 Einrichtungen bzw. Diensten wie folgt zugestellt:

- 116 Gemeinden
- 182 Schulen (alle italienischen, ladinischen und deutschen Mittel- und Oberschulen)
- 302 Jugendvereine, Treffpunkte, Jugendzentren und Sportvereine

Die Zustellung des Fragebogens - mit einem offiziellen Begleitschreiben, in dem die Zielsetzungen der Erhebung erläutert wurden - erfolgte direkt an die BürgermeisterInnen bzw. die Verantwortlichen für die Jugendarbeit in den Gemeinden, an die LeiterInnen oder LehrerInnen der Schulen und an die Verantwortlichen bzw. MitarbeiterInnen der Jugendvereine. Ca. einen Monat nach Zustellung (20. Januar - 20. Februar) lag die Rücklaufquote bei 242 Fragebögen; 232 Erhebungsraster wurden ordnungsgemäß ausgefüllt und bildeten die Grundlage für die im Folgenden beschriebenen Analysen.

Die Stichprobe umfasst 48 Gemeinden, 81 Schulen und 103 Jugendvereine im Lande, die territorial wie folgt unterteilt werden können:

	Gemeinden	Schulen	Jugendvereine und -zentren
Vinschgau	8,6	10,5	3,4
Burggrafenamt	17,1	15,8	9,2
Bozen	-	18,4	17,3
Salten-Schlern	11,4	9,2	10,2
Überetsch/Unterland	17,1	7,9	16,2
Eisacktal	8,5	7,9	11,6
Wipptal	-	1,3	2,3
Pustertal	37,3	21,1	21,8
Ohne Angabe	-	7,9	8,0
N=	48	81	103

2. Verbreitung von schwierigen Lebenslagen und Gegenmaßnahmen

Vorweg ist zu sagen, dass die Charakteristiken und die Zweckbestimmungen der Einrichtung, in der die MitarbeiterInnen tätig sind, sowie der mehr oder weniger enge Kontakt zu den Jungen und Mädchen die Wahrnehmung von sozialen Schwierigkeiten und die Bewertung ihres Ausmaßes beeinflussen können. Dennoch zeigen die Antworten, dass die im Rahmen der Stichprobenerhebung befragten MitarbeiterInnen sich der Vielschichtigkeit und Komplexität der Probleme der Jugend durchaus bewusst sind.

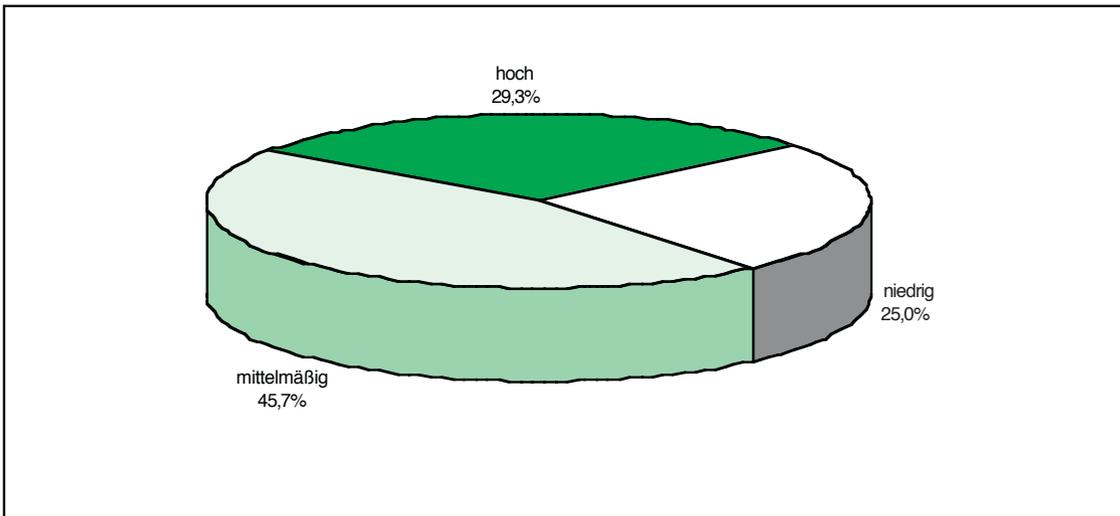
Im Zusammenhang mit diesen schwierigen Lebenslagen werden hauptsächlich Schulprobleme genannt (die von knapp der Hälfte der Befragten als sehr oder ziemlich verbreitet bezeichnet werden); diese werden erwartungsgemäß am häufigsten in den Schulen festgestellt, aber auch von Gemeindeverwaltungen und Jugendvereinen als bedeutend eingestuft (siehe Tabelle 6.1). An zweiter Stelle werden (von mehr als zwei Fünfteln aller Befragten) die typischen Probleme von Heranwachsenden genannt, die erneut vor allem in den Schulen (zwei von fünf Befragten), aber auch in den Jugendvereinen beobachtet werden. An dritter Stelle finden wir den Drogenkonsum und -missbrauch, der von den Gemeindeverwaltungen etwa doppelt so häufig als von den anderen befragten Einrichtungen als besonders stark verbreitetes Problem genannt wird.

Tabelle 6.1 **Wahrnehmung der verschiedenen Formen von schwierigen Lebenslagen in Gemeinden /Schulen/Vereinen**
(%Anteil der Antworten "sehr" + "ziemlich"; N=232)

	Insg.	Gemeinden	Schulen	Vereine
Schulprobleme	46,1	27,3	74,8	30,9
Probleme von Heranwachsenden	43,8	15,6	60,5	43,7
Drogenkonsum/-missbrauch	40,3	65,2	30,4	36,6
Familiäre Probleme	32,3	9,3	51,4	28,0
Verhaltensprobleme	31,3	13,0	38,5	34,0
Beziehungsprobleme	24,4	6,5	27,3	30,4
Psychologische Probleme	20,9	15,2	31,6	15,5
Probleme mit der Sexualität	2,8	-	4,0	3,0

Bei den *familiären Problemen* sind es wiederum die Schulen, die diese für stark verbreitet halten, während sie von den Jugendvereinen prozentual nur halb so häufig und von den Gemeindeverwaltungen noch seltener als schwierige Lebenslage wahrgenommen werden; von Schulen und Vereinen gleichermaßen als verbreitet angesehen werden hingegen die *Verhaltensprobleme* (etwa ein Drittel der Befragten) und die *Beziehungsprobleme* (ein Viertel der Befragten). Ein Fünftel der Befragten misst den *psychologischen Problemen* Bedeutung bei, die erneut vor allem von den LehrerInnen als verbreitet angesehen werden (und zwar doppelt so häufig als von den MitarbeiterInnen von Gemeinden und Vereinen). An letzter Stelle stehen die *Probleme mit der Sexualität*, die insgesamt von allen Befragten als wenig verbreitet angesehen werden.

Wir haben einen synthetischen Zusatzindikator erstellt, um den Gesamtverbreitungsgrad der schwierigen Lebenslagen zu ermitteln, wie er von den Befragten wahrgenommen wird: man kann sagen, dass fast ein Drittel der Befragten die schwierigen Lebenslagen der Jugend hoch einschätzt, zumal vier oder mehr der oben genannten (und als Indikatoren der schwierigen Lebenslagen verwendeten) Problemfelder als sehr bzw. ziemlich verbreitet bezeichnet werden; ein Viertel der Befragten hält das Phänomen hingegen als nicht beunruhigend und bezeichnet es hinsichtlich aller untersuchten Aspekte als kaum oder gar nicht präsent (siehe Grafik 6.1). Die übrigen Befragten (knapp die Hälfte der Stichprobe) geht von einer mittelmäßigen Verbreitung der schwierigen Lebenslagen in der Südtiroler Jugend aus, da ein bis maximal drei der untersuchten Problemfelder als sehr/ziemlich verbreitet bezeichnet werden.

Grafik 6.1 **Wahrgenommener Verbreitungsgrad schwieriger Lebenslagen der Jugendlichen**

Vergleicht man die von den drei befragten Personengruppen abgegebenen Gesamtbeurteilungen, so ist eine stärkere Wahrnehmung der schwierigen Lebenslagen seitens der Schule festzustellen, die sicherlich eine privilegierte Beobachtungsstelle der Jugend darstellt; denn sie hat tagtäglich mit Verhaltensauffälligkeiten, Aggressionen und Gewalt (Bullying, Vandalismus usw.) von Schülern und Schülerinnen zu tun und muss sich mit den Lernschwierigkeiten, die sich durch schlechte schulische Leistungen manifestieren, konkret auseinandersetzen (siehe Grafik 6.2). Diese Gesamtbeurteilung wird sicherlich durch das spezifische Problemfeld der *schulischen Schwierigkeiten* beeinflusst, das natürlich insbesondere in den Schulen wahrgenommen wird (obwohl diese Probleme auch den Gemeindeverwaltungen und den Vereinen bekannt sind, da sie in diesem Zusammenhang häufig Unterstützung leisten). Selbst wenn man dieses Problemfeld bei der Berechnung des entsprechenden Indikators außer Acht lässt, ergibt sich seitens der Schulen eine negativere und alarmierendere Beurteilung der jugendlichen Problemlagen im Vergleich zu den MitarbeiterInnen von Gemeinden und Vereinen.

Die Vertreter der örtlichen Verwaltungen schätzen das Unbehagen der Jugend insgesamt als geringer ein: nur ein kleiner Prozentsatz betrachtet es als sehr verbreitet, während es für über ein Viertel so gut wie nicht besteht. In den Jugendvereinen ist der Anteil derjenigen, die meinen, dass die Jugendlichen keine besonderen Probleme haben, noch höher: dieser Ansicht ist rund ein Drittel der MitarbeiterInnen der Vereine, aber ein ähnlich hoher - und als solcher beachtlicher - Prozentsatz bezeichnet die Situation im Zusammenhang mit den schwierigen Lebenslagen der Jugend als relativ ernst.

Die Mehrheit der Befragten (zwischen drei Fünfteln und der Hälfte) sind der Ansicht, dass in ihrer Organisation viel bzw. genug gegen die häufigsten Probleme von Jugendlichen getan wird, wie jene im Schulbereich oder Verhaltensprobleme, typische Probleme von Heranwachsenden und Probleme im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum (siehe Tabelle 6.2). Die Schulen scheinen in diesen Bereichen eindeutig am meisten zu unternehmen, aber auch rund die Hälfte der an der Stichprobenerhebung beteiligten Gemein-

deverwaltungen leistet nach eigenen Aussagen ausreichende Präventionsarbeit bzw. bietet entsprechende Dienstleistungen für Jugendliche an. Auch fast die Hälfte der Vereine erklärt, dass sie genügend Tätigkeiten dieser Art durchführen, um den typischen Problemen von Heranwachsenden und Verhaltensproblemen entgegenzuwirken. In den übrigen Problemfeldern (Beziehungsprobleme, psychologische Probleme, familiäre Probleme und Probleme mit der Sexualität) engagiert sich erneut die Schule am stärksten in der Informations- und Präventionsarbeit, vor allem was die ersten zwei Problempunkte betrifft.

Grafik 6.2 **Verbreitungsgrad der schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen: Gesamtbeurteilung seitens Gemeinden, Schulen und Vereinen**

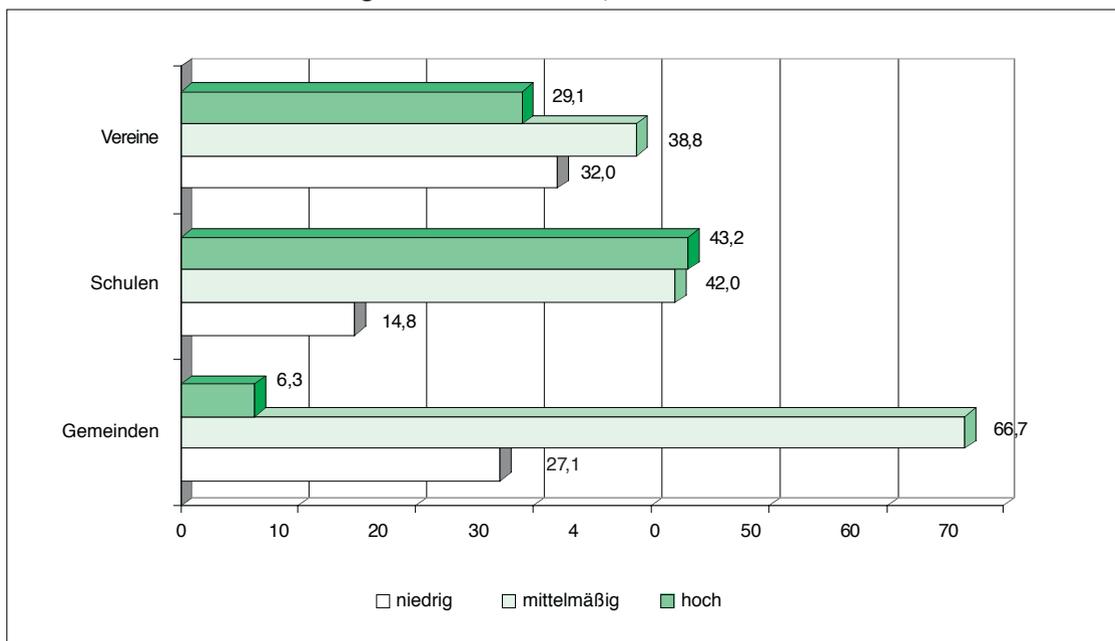


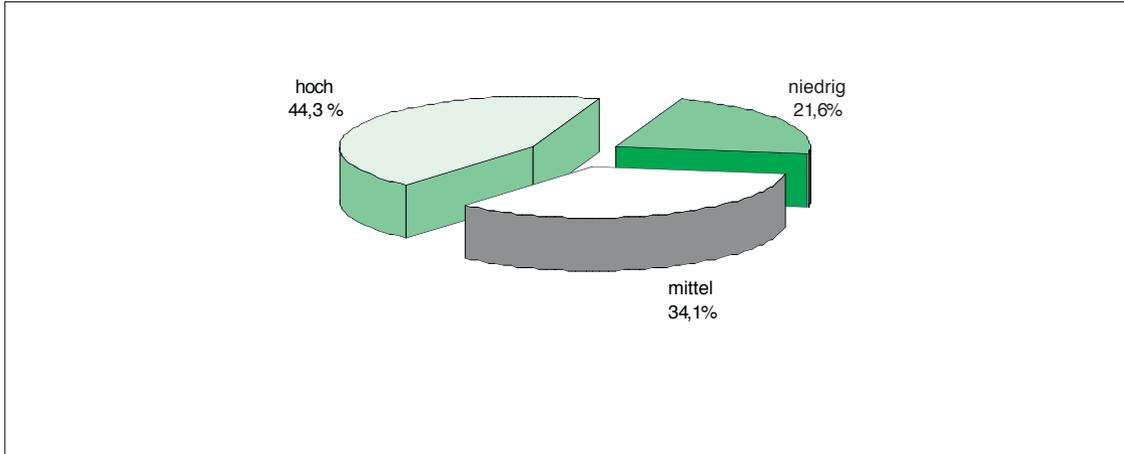
Tabelle 6.2 **Bewertung der Maßnahmen zur Entschärfung der Probleme im Zusammenhang mit den schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen seitens Gemeinden, Schulen und Vereinen (N=232; Antwort "sehr+ziemlich")**

	Insg.	Wie viel wird getan		
		Gemeinden	Schulen	Vereine
Schulprobleme	59,6	62,2	86,5	35,6
Verhaltensprobleme	54,3	35,9	74,6	46,9
Probleme von Heranwachsenden	51,7	48,6	57,4	49,0
Drogenkonsum/-missbrauch	49,2	51,2	64,5	38,0
Beziehungsprobleme	44,2	34,3	65,2	33,3
Psychologische Probleme	42,4	33,3	67,1	28,1
Familiäre Probleme	36,8	34,3	58,5	22,2
Probleme mit der Sexualität	31,6	27,6	50,9	20,5

Die Verwendung eines weiteren synthetischen Zusatzindicators zeigt, dass ein Großteil der Befragten (knapp die Hälfte der Stichprobe) der Meinung ist, dass ihre Organisation oder Einrichtung sich stark bemüht, den Jugendlichen Möglichkeiten und Orte zur Verfügung zu stellen, um ihre Probleme, die Unbehagen verursachen, zu verstehen und sich damit auseinander zu setzen. Sie halten also die Maßnahmen in den meisten unter-

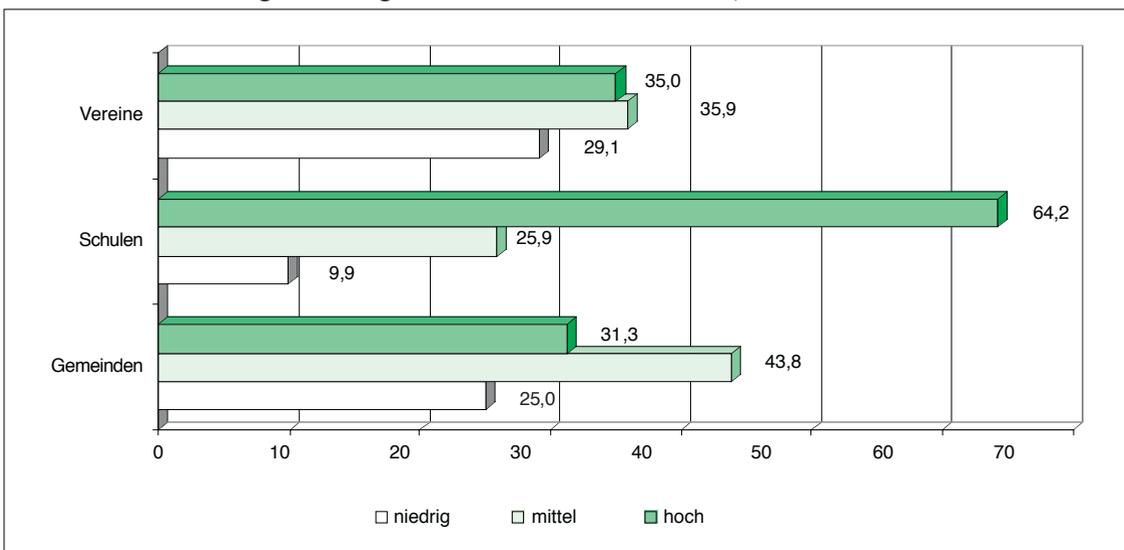
suchten Bereichen (siehe Grafik 6.3) für angemessen. Zwei von fünf Befragten äußern sich allerdings kritisch und meinen, dass zu wenig oder gar keine Präventionsarbeit betrieben wird bzw. dass zu wenig oder gar nichts getan wird, um den Jugendlichen zu helfen; das restliche Drittel bewertet die Maßnahmen in ein bis drei der untersuchten Bereiche positiv.

Grafik 6.3 **Aktionsgrad der Maßnahmen zum Abbau von schwieriger Lebenslagen bei Jugendliche**



Die Analyse des Aktionsgrades nach der Zugehörigkeitsgruppe der Befragten ergibt, dass die Schulen offensichtlich aktiver sind als die Gemeinden und die Vereine: fast zwei von drei LehrerInnen geben an, dass in der Schule, in der sie arbeiten, viel oder ziemlich viel getan wird, um die Jungen und Mädchen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen; von den BürgermeisterInnen bzw. den Verantwortlichen für die Jugendarbeit in den Gemeinden und auch von den MitarbeiterInnen der Jugendvereine halten hingegen nur ein Drittel die Maßnahmen in den untersuchten Problembereichen (siehe Grafik 6.4) für angemessen. Nur in einer von zehn Schulen wird die Anzahl der angebotenen Initiativen als zu gering bezeichnet, während dies bei einem Viertel der Gemeinden und einem nur geringfügig höheren Prozentsatz der Jugendvereine der Fall ist.

Grafik 6.4 **Bewertung des Aktionsgrades der Maßnahmen zum Abbau von schwierigen Lebenslagen bei Jugendlichen seitens Gemeinden, Schulen und Vereinen**

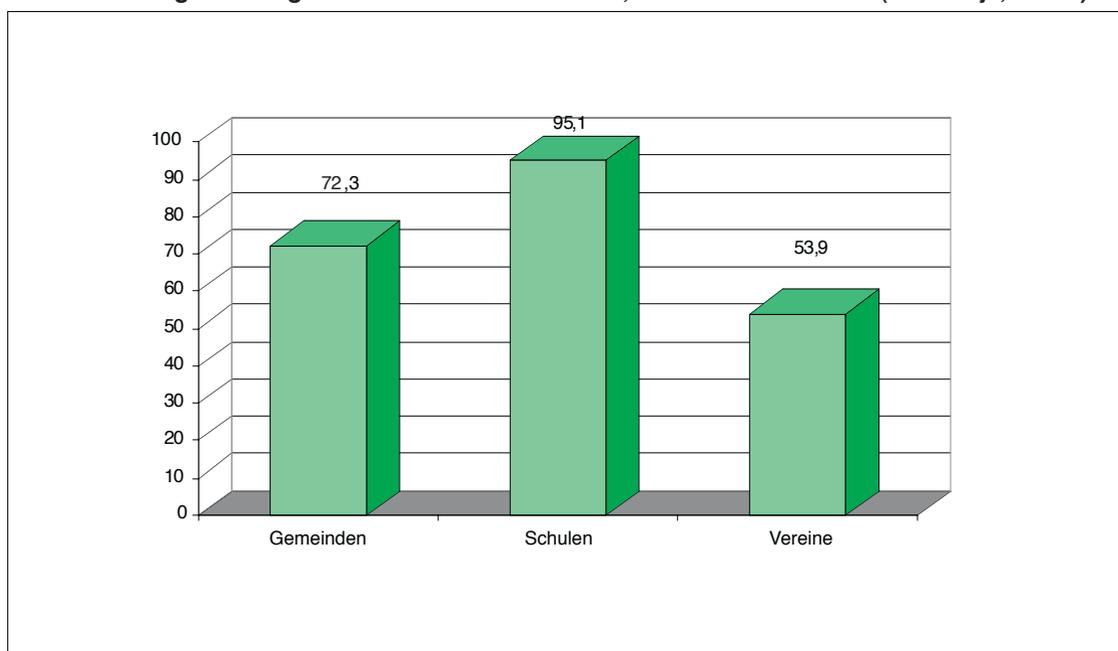


3. Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen gegen schwierige Lebenslagen

72,2% der Befragten geben an, dass in Ihrer Organisation oder Einrichtung in den vergangenen 12 Monaten eine oder mehrere Initiativen für Jugendliche durchgeführt wurden bzw. durchgeführt werden, mit denen indirekt oder direkt das Ziel verfolgt wird, soziale Schwierigkeiten zu vermeiden oder abzubauen. Insgesamt werden 482 Tätigkeiten genannt, das entspricht einem Durchschnittswert von 2,1 Maßnahmen pro Analyseeinheit. Berücksichtigt man allerdings nur die Gemeinden, Schulen und Jugendvereine, in denen die Initiativen durchgeführt werden bzw. tatsächlich stattfinden, so erhöht sich dieser Wert auf 2,9. Das zeigt also, dass den Jugendproblemen große Beachtung geschenkt wird. Schauen wir uns deshalb genauer an, welche Tätigkeiten durchgeführt werden und von wem sie überwiegend organisiert werden.

Zunächst ist festzustellen, dass nahezu alle Schulen sich aktiv mit dem Problem auseinandersetzen; bei den Gemeinden sind es knapp zwei Drittel und von den Vereinen bieten über die Hälfte konkrete Maßnahmen in diesem Bereich an (siehe Grafik 6.5).

Grafik 6.5 Durchführung von Maßnahmen zur Vermeidung bzw. zum Abbau von schwierigen Lebenslagen bei Jugendlichen seitens Gemeinden, Schulen und Vereinen (Antwort ja; N=232)



Zur Darstellung der von Gemeinden, Schulen und Vereinen durchgeführten Initiativen haben wir diese in Kategorien unterteilt, die jeweils ähnliche Tätigkeiten nach Art und Hauptmerkmalen enthalten. In den meisten Fällen wird auch angegeben, an wen sich die Initiativen richten. Einige Maßnahmen werden nur von einer Gruppe von Befragten durchgeführt (weil nur sie dafür zuständig ist), andere sind zwar typisch für eine bestimmte Gruppe, werden aber auch von den anderen durchgeführt.

Die größte Kategorie bilden die verschiedenen Präventionstätigkeiten (die von rund einem Viertel der Befragten angegeben werden); sie werden unter diesem allgemeinen Begriff zusammengefasst, da nicht angegeben wird, an wen sie gerichtet sind: an die Bevölkerung im Allgemeinen, an die Eltern, an die Jugendlichen oder an eine Untergruppe von diesen. Die bei Tagungen, Treffen oder anderen Veranstaltungen behandelten Probleme betreffen *Nikotin-, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Doping im Sport, Bullying und psychologische Probleme wie Angst, Stress oder Ess-Störungen wie Anorexie und Bulimie* usw. Diese Maßnahmen werden hauptsächlich von den Gemeinden, aber auch von den Schulen und seltener von den Jugendvereinen durchgeführt.

Bei einem Fünftel der genannten Tätigkeiten handelt es sich um Elterntreffen, wo über die Probleme der Jugendlichen und ihre schwierige Lebenslagen gesprochen wird; diese werden in gleichem Maße von Gemeinden und Schulen, aber erneut seltener von Jugendvereinen veranstaltet. Letztere organisieren hingegen häufiger als die Gemeinden und fast so oft wie die Schulen Treffen mit Experten für Jugendfragen. An vierter Stelle folgt die psychologische Beratung, die nur von den Schulen angeboten wird.

An fünfter Stelle nach Häufigkeit - in etwa eine von zehn Tätigkeiten - finden wir die Initiativen, die von Gemeinden und Schulen in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten durchgeführt bzw. zusammen mit *Jugendeinrichtungen und -diensten, mit dem Sanitäts-sprengel, der Beratungsstelle, der Sozialfürsorge oder den Ordnungskräften* organisiert werden. Nur knapp dahinter liegen die Freizeitaktivitäten für Jugendliche, die hauptsächlich von den Gemeinden angeboten werden, gefolgt von den einschlägigen Projekten für Kinder und Jugendliche, die in erster Linie von den Schulen im Rahmen des Unterrichtsplans, aber auch von den Gemeinden durchgeführt werden und die sich eingehend und gezielt mit Problematiken wie zum Beispiel *Entwicklung des verantwortungsbewussten Handelns, Erwerb der Selbstständigkeit und Entfaltung der Persönlichkeit oder anderen Themen im Zusammenhang mit schwierigen Lebenslagen* befassen.

Genannt werden auch Maßnahmen zur Gesundheitserziehung sowie zur Sexual- und Gefühlserziehung, die in Form von Gruppenarbeiten, Diskussionen usw. gestaltet werden und für Jugendliche bestimmt sind; bei diesen Initiativen sind die Schulen federführend, ebenso wie bei den Tätigkeiten, die in Zusammenarbeit mit Lehrern und Eltern durchgeführt werden (zum Beispiel *Gespräche über Maßnahmen für einzelne SchülerInnen und über spezifische Nachhilfemaßnahmen, Tutorship, individuelle Unterrichtspläne* usw.). Weitere Initiativen sind die Schaffung von Jugendeinrichtungen (Musik- und Konzerträume, Internetpunkte, Treffpunkte, Freizeitzentren usw.), die Organisation von Jugendgruppen, die Sommerangebote mit Spiel- und Freizeitaktivitäten vor Ort oder mit Ferienaufenthalten am Meer oder in den Bergen, aber auch die Maßnahmen für Jugendliche mit Problemen (Behinderung, Anpassungsschwierigkeiten usw.), die naturgemäß den Gemeinden obliegen.

Hinzu kommen Maßnahmen zur **Berufsorientierung und Arbeitseingliederung** sowie sportliche und kulturelle Aktivitäten.

Unter den sonstigen Tätigkeiten finden wir schließlich *die Gespräche zwischen Lehrern und Schülern, die Einführungstreffen für neue Schüler* (die so genannten Aufnahmeaktivitäten), *die spezifische Weiterbildung von Lehrern zum Thema soziale Schwierigkeiten* (durch Seminare und Arbeitsgruppen), die Vernetzung verschiedener *Institutionen und Vereine, das Schülerparlament, den Jugendgemeinderat* usw.

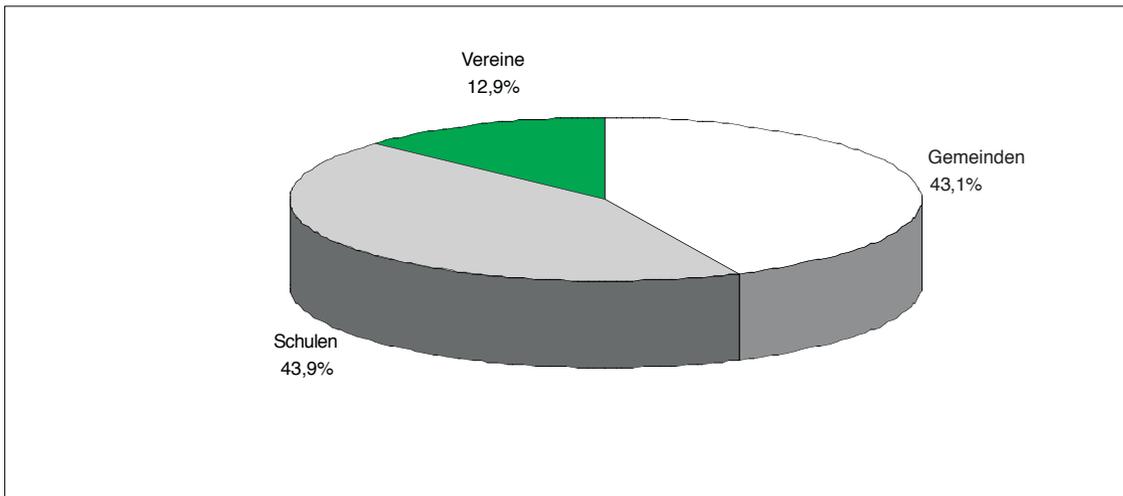
Tabelle 6.3 **Maßnahmen zur Vermeidung bzw. zum Abbau von schwierigen Lebenslagen bei Jugendlichen seitens Gemeinden, Schulen und Vereinen (%Anteil)**

	Insgesamt	Gemeinden	Schulen	Vereine
Versch. Präventionsmaßnahmen	24,1	33,4	28,4	16,5
Treffen, Seminare und Arbeitsgruppen für Eltern	23,7	26,0	30,6	12,7
Treffen mit Experten für Jugendfragen		16,8	14,6	19,815,5
Psychologische Beratung (IBZ und "...Parliamone")	15,5	-	43,2	-
Prävention in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten	10,8	16,7	18,5	1,9
Freizeitaktivitäten für Jugendliche	9,9	14,6	7,4	9,7
Projekte über Schwierigkeiten der Jugend	9,9	8,3	14,8	6,8
Gesundheitserziehung	4,7	2,1	11,1	1,0
Schaffung v. Jugendeinrichtungen	4,3	20,9	-	-
Aktivitäten in Zusammenarbeit mit Lehrern und Eltern	4,3	-	12,3	-
Spezifische Unterrichtsmaßnahmen	4,3	-	13,1	-
Gefühlserziehung	3,9	-	9,9	1,0
Kulturelle Aktivitäten	3,8	2,1	-	7,8
Organisation von Jugendgruppen	3,4	12,5	2,5	-
Sommerfreizeitangebote	3,4	8,3	-	3,9
Maßnahmen für Jugendliche mit Problemen (Behinderung, Anpassungsschwierigkeiten usw.)	1,7	6,3	1,2	-
Maßnahmen z. Berufsorientierung und Arbeitseingliederung	1,7	2,1	3,7	-
Sportliche Aktivitäten	1,3	2,1	-	1,9
Sonstige Aktivitäten	4,6	-	4,5	5,0

4. Die Zusammenarbeit mit den territorialen Diensten

Ein Drittel der Befragten gibt an, dass ihre Organisation oder Institution sich an die Sozialpädagogische Grundbetreuung gewandt hat, um gemeinsam jugendrelevante Themen oder besondere Fälle zu bearbeiten, für die spezifische Maßnahmen erforderlich waren. Diese Zusammenarbeit wird von den Gemeinden und den Schulen in gleichem Ausmaß angestrebt: ca. zwei Fünftel dieser beiden Gruppen haben Kontakt zur Sozialpädagogischen Grundbetreuung aufgenommen, während es bei den Jugendvereinen deutlich weniger waren (siehe Grafik 6.6).

Grafik 6.6 **Gemeinden, Schulen und Vereine, die sich an die Sozialpädagogische Grundbetreuung der Sozialsprengel gewandt haben (N=232)**



Mehr als drei Viertel (77%) derer, die sich an die Sozialpädagogische Grundbetreuung gewandt haben, waren mit der Zusammenarbeit zufrieden, auch wenn gewisse Unterschiede festzustellen sind: Die Schulen erweisen sich als kritischer (70,2% waren sehr oder ziemlich zufrieden) als die Gemeinden und die Jugendvereine (84,6% bzw. 88,2%). Wenn also die entsprechenden Verfahren eingeleitet werden, nachdem eventuell bestehende Vorurteile, Hindernisse bzw. Schwierigkeiten infolge des ungewohnten Vorgehens oder gegenseitigen Misstrauens überwunden wurden, scheint die Zusammenarbeit in vielen Fällen zum gewünschten Ziel zu führen und den Erwartungen zu entsprechen. Es wäre deshalb wichtig, entsprechende Sensibilisierungsmaßnahmen durchzuführen bzw. zu verstärken, um die Bedeutung dieser Zusammenarbeit deutlich zu machen, sowie Vereinbarungen oder privilegierte Kommunikationswege zwischen den verschiedenen Sozialdiensten in Betracht zu ziehen, die effiziente und wirksame Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten garantieren.

Bei der letzten Frage des Fragebogens ging es um eventuelle Kooperationserfahrungen zwischen Einrichtungen bzw. Diensten außerhalb des Sozialsystems, in denen die Befragten tätig sind, und anderen Diensten wie Sanitätsbetrieb, Ordnungskräfte, aber auch Schulen. Fast die Hälfte der Befragten nennt Kooperationen mit dem Sanitätsbetrieb und rund zwei Fünftel geben an, dass sie sich im Zusammenhang mit Jugendproblemen an die Ordnungskräfte und ebenso oft an die Schulen gewandt haben.

Am häufigsten wenden sich die Schulen an die Sanitätsbetriebe: in mehr als vier von fünf Fällen im Vergleich zu gut der Hälfte der Gemeinden; ebenfalls die Hälfte der örtlichen Verwaltungen kooperieren mit den Schulen und letztere arbeiten auch untereinander zusammen, um Präventionsmaßnahmen oder gemeinsame Tätigkeiten zur Entschärfung von jugendlichen Problemlagen in ihrem Einzugsgebiet durchzuführen (siehe Tabelle 6.4). Im Fragebogen wird auch auf die innerhalb des Schulsystems bestehenden Verbindungen mit dem Schulamt, der Dienststelle für Schulintegration, dem Schulberater und dem Ausbildungsberater hingewiesen.

Etwa gleich viele Gemeinden und Schulen (ca. drei Fünftel) haben sich in konkreten Fällen wie Vandalismus oder für Präventions- und Informationstätigkeiten an die Ordnungskräfte gewandt.

Im Falle der Vereine und der Jugendzentren ist die Zusammenarbeit mit "anderen Diensten" sehr gering und betrifft hauptsächlich die Schule, an die sich weniger als ein Drittel der Befragten zur Durchführung von gemeinsamen Aktivitäten wenden.

Tabelle 6.4 **Zusammenarbeit von Gemeinden, Schulen und Vereinen mit anderen Einrichtungen (N=232; Antwort "ja")**

Zusammenarbeit mit:	Insgesamt	Gemeinden	Schulen	Vereine
Sanitätsbetrieb	47,0	57,1	82,1	8,8
Schulen	41,0	58,3	50,0	30,9
Ordnungskräften	41,3	57,7	62,5	20,0
Anderen Diensten	37,1	30,8	63,0	26,3

Bei den anderen Diensten, an die sich die Befragten im Zusammenhang mit jugendlichen Problemlagen in ihrem Einzugsgebiet gewandt haben, handelt es sich in erster Linie um die *Jugenddienste*, aber auch die *Jugendzentren* und das *Landesamt für Jugendarbeit*; die *Familienberatungsstelle*, die *Bezirksgemeinschaft*, das *Forum für Suchtprävention*; *Psychologen*, *Psychopädagogen*, *Logopäden* und andere *private Berater* und *Experten* werden in Aktivitäten für Jugendliche einbezogen; für spezifische Betreuungs- und Fürsorgeaufgaben werden auch *private Vereine* um Mithilfe gebeten.

Der Zufriedenheitsgrad mit dem Verlauf der Zusammenarbeit ist sehr hoch: weniger als einer von zehn Befragten gibt an, dass er mit der gemeinsam mit Schulen oder anderen Diensten durchgeführten Tätigkeit wenig oder gar nicht zufrieden war; nur etwas höher ist die Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit mit dem Sanitätsbetrieb und den Ordnungskräften (siehe Tabelle 6.5). Den niedrigsten Zufriedenheitsgrad verzeichnen die Gemeinden (aber die Mehrheit der Gemeindeverwaltungen, die den Fragebogen beantwortet haben, sind im Großen und Ganzen zufrieden), was die Zusammenarbeit mit den "anderen Diensten", also außer Sanitätsbetrieb, Schulen und Ordnungskräften betrifft; über die Zusammenarbeit mit den Letztgenannten sind die Schulen am wenigsten zufrieden.

Tabelle 6.5 **Zufriedenheit über die Zusammenarbeit von Gemeinden, Schulen und Vereinen mit anderen Einrichtungen (N=232; Antwort "sehr + ziemlich")**

Zufrieden über die Zusammenarbeit mit:	Insgesamt	Gemeinden	Schulen	Vereine
Sanitätsbetrieb	84,2	91,7	80,5	100,0
Schulen	91,1	100,0	83,3	90,0
Ordnungskräften	81,5	87,5	76,9	83,3
Anderen Diensten	92,7	71,4	100,0	93,8

Anlage 1

Der Fragebogen

RASTER für die Erhebung der schwierigen Lebenslagen der Jugendlichen

GEMEINDE _____

1. Wie groß ist Ihrer Meinung nach der Verbreitungsgrad der folgenden Probleme unter den Jugendlichen in der Gemeinde, in der Sie arbeiten? Glauben Sie, dass genug zur Bewältigung dieser Probleme getan wird?

Art der Probleme	wie verbreitet sind die Probleme				was wird dagegen getan			
	sehr	ziemlich	wenig	gar nicht	viel	genug	wenig	gar nichts
<i>Psychologische Probleme</i> (Angst, Stress, Depression, Ess-Störungen usw.)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Verhaltensprobleme</i> (aggressives und asoziales Verhalten, Schwierigkeit/Weigerung, gesellschaftliche Regeln einzuhalten, gewalttätiges Verhalten, Rowdytum bei Sportveranstaltungen, Vandalismus)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Beziehungsprobleme</i> (schwierige Beziehungen mit Gleichaltrigen, problematisches Verhältnis zu Erwachsenen, Bullying (psychologische oder physische Gewalt), Intoleranz gegenüber Fremden, Intoleranz gegen andere Gruppen als die eigene, schlechter Umgang)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Drogenkonsum/-missbrauch</i> (Rauchen, Alkoholmissbrauch, Konsum leichter Drogen (Marihuana, Haschisch), Konsum harter Drogen (Kokain, Heroin usw.) Konsum chemischer Drogen (Ecstasy, LSD usw.)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Familiäre Probleme</i> (Konflikte mit den Eltern, fehlende Vorbildfunktion der Eltern)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Schulische Probleme</i> (Kognitive Probleme, Motivationsschwierigkeiten, Probleme infolge von Aufmerksamkeits- und Konzentrationsschwäche)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Typische Probleme von Heranwachsenden</i> (Langeweile, Unselbstständigkeit, Unfähigkeit zur Alltagsgestaltung, Unentschlossenheit, Schwierigkeiten, sich zu entscheiden, sich die eigene Zukunft vorzustellen und zu planen, Verantwortung zu übernehmen, frühreifes Verhalten und Auftreten)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Probleme mit der Sexualität</i> (Machogehabe, sexuelle Belästigung von Gleichaltrigen)	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Anderes Problem</i>	1	2	3	4	1	2	3	4
<i>Anderes Problem</i>	1	2	3	4	1	2	3	4

2. Sind in Ihrer Gemeinde in den vergangenen 12 Monaten konkrete Maßnahmen zur Prävention/Entschärfung der oben genannten Probleme durchgeführt worden?

1. Ja
2. Nein

Wenn ja, welche Art von Maßnahmen?

- a) _____
- b) _____
- c) _____
- d) _____
- e) _____

3. IHat sich Ihre Gemeinde in den vergangenen 12 Monaten an die Dienste der Sozialpädagogischen Grundbetreuung (Allgemeine Sozialdienste und Erziehungsdienste) der Sozialsprengel gewandt?

1. Sie hat sich nicht an die Sozialpädagogische Grundbetreuung der Sozialsprengel gewandt
2. Wenn sie sich an diese gewandt hat: für welche Art von Maßnahme und mit welchem Zufriedenheitsgrad?

	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Wenig zufrieden	Gar nicht zufrieden
a)				
b)				
c)				

4. An welche anderen Dienste hat sich Ihre Gemeinde in den vergangenen 12 Monaten im Zusammenhang mit jugendlichen Problemlagen in Ihrem Gebiet gewandt? Zufriedenheit über die Zusammenarbeit mit diesen Diensten/Einrichtungen

	Sie hat sich an andere Dienste gewandt				Wenn sie sich an einen dieser Dienste gewandt hat: mit welchem Zufriedenheitsgrad?			
	Ja	Nein	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Wenig zufrieden	gar nicht zufrieden		
Sanitätsbetrieb	1	2	1	2	3	4		
Schulen	1	2	1	2	3	4		
Ordnungskräfte	1	2	1	2	3	4		
Andere (bitte angeben) _____	1	2	1	2	3	4		

Kapitel 7

Schlussfolgerungen und Vorschläge



von Carlo Buzzi, Rino Fasol, Francesca Sartori

1. Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Studie

Die Untersuchung hat eine Vielfalt von Ergebnissen gebracht; es folgt nun ein Überblick über die wichtigsten Resultate, bei deren Auswahl unter anderem darauf geachtet wurde, inwieweit darin Impulse oder Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten im Südtiroler System der Kinder- und Jugendhilfe enthalten sind. In diesem Sinne werden wir häufiger problematische Situationen und Mängel, d.h. mehr Schwachstellen als Stärken aufzeigen, da wir überzeugt sind, dass gerade die Unzulänglichkeiten uns Aufschluss geben über den Veränderungsbedarf, der für die Optimierung und die bedarfsgerechte Gestaltung des Leistungsangebots erforderlich ist.

Auch in dieser Schlussphase müssen wir den Leser noch einmal zur Vorsicht bei der Interpretation der Ergebnisse mahnen. Diese Untersuchung wurde in allen Abschnitten fast ausschließlich mit qualitativen Methoden, basierend auf Interviews oder Erhebungsbögen zu besonders aufschlussreichen, statistisch aber nicht repräsentativen Fällen, durchgeführt. Wie bei allen qualitativen Analysen wurden die auf diese Art und Weise gewonnenen Ergebnisse gründlich erforscht, die Phänomene wurden in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen ausführlich beschrieben. Dennoch mag diese Darstellung in vielen Fällen nicht objektiv erscheinen, da hier der Blickwinkel und die Interessen einer betroffenen "Partei", d.h. der verschiedenen Akteure, wiedergegeben werden, die mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen und institutionellen Aufgaben zur Funktion des Organisationssystems der Dienste beitragen. Obwohl bei der Erhebung besonders auf eine räumliche Differenzierung geachtet wurde, sind einige Ergebnisse Ausdruck von lokalen Besonderheiten, die zwar in der betreffenden Realität tatsächlich gegeben sind, die aber nicht allgemein auf die anderen Gebiete übertragen werden können.

1.1 Der Weg bis zur Inanspruchnahme der Hilfsangebote

Hier sollen jene Ergebnisse herausgefiltert werden, die für die Evaluation der Bedarfsgerechtigkeit des Betreuungsangebots der Sozialpädagogischen Grundbetreuung aufschlussreich sind (zu diesem Zweck müssen die entsprechenden Kriterien und Parameter einvernehmlich festgelegt werden). Gegenstand einer ersten Analyse der Daten der aus 400 Falldokumentationen bestehenden Stichprobe war der Zeitraum, der zwischen dem vermutlichen Beginn eines Problems und der ersten Kontakt-

aufnahme mit dem Dienst verging. Unabhängig von der effektiven Dauer dieses Zeitraums und von der vorsichtigen Interpretation des Begriffs "Beginn eines Problems" scheint es noch beträchtliche Spielräume zu geben, die **eine frühzeitigere Kontaktaufnahme und einen früheren Betreuungsbeginn** ermöglichen würden; zu diesem Zweck müsste das gesamte Netz der MitarbeiterInnen und der Dienste aktiviert werden, um so etwaige Problemfälle möglichst früh zu erkennen. Damit kommen wir zur Frage der Meldungen und der Beziehungen, die sich zwischen den verschiedenen Stellen, die von Berufs wegen bei Problemen eingreifen müssen, und dem Umfeld entwickeln, in dem diese Krisenfälle auftreten. Aus den Falldokumentationen geht nämlich hervor, dass bei einer nicht allzu hohen Anzahl von Fällen, die aber sicher noch reduziert werden kann, die Meldung von Problemfällen verspätet erfolgte.

Mit der Übernahme eines Falls beginnt ein Betreuungsprozess, der von Fall zu Fall sehr unterschiedlich verlaufen kann, sowohl hinsichtlich der Wahl der Leistung als auch hinsichtlich der Qualifikation der Person, die mit der Bearbeitung des Falls beauftragt wird, aber auch hinsichtlich der Dienste, die die Sozialpädagogische Grundbetreuung in ihrer Arbeit unterstützen. Fast alle Studien, deren Schwerpunkt wie in unserem Fall auf der Mikroorganisationsebene liegt, haben eine sehr differenzierte Gestaltung der Betreuungsmaßnahmen innerhalb der Sozial- und der Gesundheitsdienste ergeben; diese Vielfalt von Maßnahmen und Akteuren kann mit der flexiblen Handhabung, mit der individuellen Gestaltung der Betreuungskonzepte erklärt werden, es gibt aber auch einige Stimmen, die vor der Gefahr einer **rein zufälligen Wahl des Betreuungsverlaufs** und der Maßnahmen warnen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die nicht unerhebliche Anzahl von Fällen (die aber in Zukunft sicher gesenkt werden kann), für die in der Falldokumentation keine Kopie eines Betreuungsprojekts (in gedruckter Form) vorhanden war; das bedeutet an und für sich noch nicht, dass es keine Konzepte gibt, aber es besteht auf jeden Fall die Gefahr, dass die Überprüfung des Betreuungsverlaufs und die Ergebnisevaluation dadurch erschwert, wenn nicht sogar verhindert wird. Dadurch wird auch die Kommunikation mit den anderen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen und den anderen Diensten, die nachträglich eingeschaltet werden, beeinträchtigt.

Innerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung scheint bei den hier analysierten Fällen die interdisziplinäre Teamarbeit zwischen den Berufsgruppen nicht besonders verbreitet zu sein; eine starke Integration wurde hingegen zwischen den Diensten festgestellt, die auch mit einem regen Austausch mit Vertretern anderer Berufsgruppen in anderen Diensten oder Institutionen verbunden ist. Der Anteil der Fälle, in denen Integrationschwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit anderen Diensten festgestellt wurden, ist sehr gering angesichts der starken Verflechtung zwischen den Diensten und Berufsgruppen, wie sie bei den meisten analysierten Fälle beobachtet werden kann. Auch diese Besonderheit im Verlauf der Betreuungsmaßnahmen kann als Folge der Fähigkeit angesehen werden, von Fall zu Fall für das jeweilige Problem die richtigen Ressourcen einzusetzen und zu akti-

vieren, diese Vorgangsweise kann aber auch die Folge von fehlenden bewährten Praktiken und Verfahrensabläufen sein, die als Orientierungshilfe bei der Suche nach geeigneten Partnern und bei der zeitlichen Abstimmung der Betreuungsmaßnahmen dienen können.

1.2 Das Leistungsangebot der Dienste

Die Darstellung der sozialen Probleme, mit denen die Befragten – als MitarbeiterInnen oder als Mitglieder ihrer Organisation - ihren Aussagen zufolge konfrontiert werden, erweist sich als differenziert, was die Art der auftretenden Probleme, ihre Verbreitung und ihren Schweregrad anbelangt. Daher gibt es auch hinsichtlich der Kriterien für die Festlegung von Prioritäten, Arbeitstechniken und Methoden verständlicherweise Unterschiede in der Herangehensweise, die teilweise durch das Berufsbild und teilweise durch die Organisationsstruktur der Einrichtung bedingt sind, der die Befragten angehören.

Sehr verbreitet ist die Überzeugung, dass sich die sozialen Rahmenbedingungen und die Problemfelder im Laufe der Zeit geändert haben und dass dieser Umbruch immer noch im Gang ist. Die neuen Risikofaktoren, die neuen Ausprägungen der sozialen Spannungen, die kritische Entwicklung der sozialen Beziehungen, die Unfähigkeit der Einzelpersonen und der Gemeinschaft werden als erste Anzeichen für schwierige Lebenslagen und als die neuen Herausforderungen der Sozialarbeit wahrgenommen. (Als Beispiel seien hier die ausländischen Jugendlichen, allein erziehende Eltern, Drogenmissbrauch, Selbstmord oder die hohe Anzahl von Verkehrsunfällen genannt.)

Viele Befragte nehmen die beträchtlichen Unterschiede zwischen den Organisations- und Arbeitsmodellen der einzelnen Einrichtungen des Systems wahr; auch die Zugehörigkeit zum selben institutionellen Bereich ist keine Garantie für einheitliche Modelle, so können auch zwischen den Sprengeln oder den Bezirksgemeinschaften Unterschiede festgestellt werden. Diese Unterschiede werden von den Befragten aber als legitime Variante eines allgemeinen Modells verstanden, dessen Merkmale in verschiedenen Regelwerken festgeschrieben sind und dessen allgemeine Gültigkeit keineswegs in Frage gestellt wird. Die Befragten sehen darin eine auf lokale Gegebenheiten abgestimmte Auslegung und Umsetzung von allgemeinen Regeln und Modellen, eine Anpassung, die damit begründet wird, dass man nicht radikal mit den traditionellen und bewährten Praktiken brechen könne und dass man vor allem auf die Besonderheiten des jeweiligen Umfelds (geografische, organisatorische und berufliche Rahmenbedingungen) Rücksicht nehmen müsse.

Dabei ist zu beachten, dass viele Befragte sich zwar dieser "Abweichungen" bewusst sind, dass sie aber keine genauen Kenntnisse über die konkrete Arbeitsweise der verschiedenen Einrichtungen des Systems haben. Dies wirkt sich bei der Umsetzung der Betreuungsmaßnahmen auf die Beziehung zu den effektiven oder potentiellen Partnern und Ansprechpartnern aus.

Wie unterschiedlich die beruflichen Praktiken sind, kann man ziemlich klar an den Verfahren bei der Übernahme eines Falls zur Betreuung, an den Entscheidungsprozessen zur Festlegung der Ziele der Betreuungsmaßnahme und an der Art und Weise erkennen, in der ein Betreuungsverhältnis beendet wird. Das führt dazu, dass die einzelnen Arbeitsgruppen mehr oder weniger formalisierte und komplexe Arbeitsmodelle ausarbeiten und anwenden, die das Ergebnis der Gespräche und Diskussionen mit den verschiedenen Akteuren sind. **Die diversen beruflichen Kompetenzen, die verschiedenen Identitäten, Wertvorstellungen und Meinungen werden allerdings innerhalb der jeweiligen Arbeitsgruppe nie adäquat dargelegt.**

Die Qualität und Quantität der Ressourcen, die für die Maßnahmen in diesem Bereich zur Verfügung stehen, wird von den Befragten meist positiv beurteilt; für die meisten Befragten hat sich die Situation im Sozialwesen im Vergleich zu vor einigen Jahren in vielerlei Hinsicht verbessert. Die von einigen Befragten geäußerte Kritik betrifft weder die Quantität noch die Qualität der eingesetzten Ressourcen, sondern deren Zweckbestimmung; sie beanstanden die Wahl einiger Prioritäten oder die Kriterien für die Auswahl der Zielgruppen von Projekten. Kritisiert werden also die Sozialpolitik und ihre Programme sowie die Art und Weise, mit der einige Maßnahmenziele und Methoden beschlossen werden. Einige Befragte missbilligen z.B. das übertriebene Angebot an "Diensten" für Kinder und Jugendliche, ihre starke Einmischung in den Alltag der Jugendlichen, die Druckausübung auf die Jugendlichen, damit sie diese Dienste in Anspruch nehmen; nach Ansicht dieser Befragten müsste der Jugend mehr Freiraum (und Zeit) eingeräumt werden, man sollte sie mehr ihrer eigenen Initiative überlassen, ohne ihre Wünsche vorwegzunehmen und ihre Spontaneität zu unterdrücken.

Viele Befragte geben zu, dass das Image der Sozialdienste (der Sprengel) und vor allem von einigen Berufsgruppen (z.B. der Sozialassistenten) immer noch unter gewissen Vorurteilen leide, die teilweise auf eine unzureichende Information und teilweise auf die Hervorhebung ihrer Rolle als soziale Kontrollinstanz (eine Funktion, die tatsächlich zu ihrem Aufgabenbereich gehört) zurückzuführen seien. Diese Vorurteile werden als arbeiterschwerendes Hindernis erlebt, da sie einerseits die Hemmschwelle für den Zugang zu den Diensten erhöhen und andererseits die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit oder mit einigen Partnern negativ beeinflussen können. Im Übrigen scheint sich bei einigen Befragten eine gewisse Resignation breit zu machen angesichts dieses Bilds in der Öffentlichkeit, das als unvermeidliche Folge ihrer Funktion als Kontrollinstanz im Kampf gegen Risikosituationen und Verhaltensauffälligkeiten angesehen wird. Dennoch besteht großes Interesse daran, das Image einiger Dienste und ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit zu ändern; zu diesem Zweck wurden auch bereits einige Initiativen gestartet. Es gibt aber auch Forderungen nach einer verstärkten Unterstützung seitens der leitenden Stellen und der örtlichen Verwaltung, um die Stellung der Dienste in diesem Bereich aufzuwerten und zu stärken.

Hinsichtlich der Qualitätsevaluation gibt es unterschiedliche Meinungen, Standpunkte und Praktiken; im Allgemeinen scheint diese Tätigkeit aber noch nicht sehr stark entwickelt zu sein. **In vielen Einrichtungen kann man eigentlich nicht von einer richtigen Evaluation sprechen, in anderen gelangen eher informelle Methoden in Form einer nicht besonders objektiven Eigenbewertung zur Anwendung, in anderen Fällen wird die Wahl der Methode im Bereich Qualität und Qualitätsevaluation scheinbar ziemlich dem Zufall überlassen, sie ist wenig überlegt und fachlich nicht sehr zuverlässig.**

Im Übrigen kann man feststellen, dass viele Befragte zwar die Notwendigkeit einer adäquaten Evaluation anerkennen, dass aber dieses Thema noch nicht von allen als ein echtes Bedürfnis, als vordringliche Aufgabe angesehen wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass einige Befragte - teilweise auch in Form von offener Kritik - Zweifel am Landesinformationssystem äußern, wo sie doch eigentlich dieses System mit Daten versorgen sollten, um dann die ausgewerteten Ergebnisse zu nutzen. Es überwiegt das Bild eines bürokratischen Instruments für administrative Kontrollen mit fachlich gesehen nicht immer aufschlussreichen und eindeutigen Ergebnissen und mit unklarer Zweckbestimmung, so dass sich die Anwendung oft als schwierig erweist. Angesichts der von den Befragten geäußerten Zweifel und Einwände gegen die Anwendung des Instruments muss man die Qualität (und somit die Nützlichkeit) der vom System gelieferten Informationen in Frage stellen.

1.3 Das Netzwerk der Dienste

Fast alle Befragten sprechen sich voller Überzeugung für die Integration der verschiedenen Komponenten des Systems in beruflicher, organisatorischer und institutioneller Hinsicht aus, so dass scheinbar kaum die Gefahr einer Rückkehr zum individuellen Einzelkämpfertum besteht. Die in den letzten Jahren erzielten Integrationsverbesserungen sind scheinbar ziemlich tief greifend und können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Das bedeutet aber nicht, dass es nicht auch Hinweise auf Integrationsschwierigkeiten zwischen dem Sozial- und dem Gesundheitswesen und der Schule gibt, **wo noch andere Berufskulturen, andere Meinungssysteme und in einem gewissen Ausmaß auch andere Wertesysteme fortbestehen**, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen erschweren. In manchen Fällen fehlen in der Tat nicht so sehr die nötigen Mittel, sondern vielmehr das gegenseitige Verständnis, die gemeinsamen Ziele und die Anerkennung der Kompetenzen der anderen Partner, es fehlen somit die Grundvoraussetzungen für eine effektive und adäquate Integration auf den verschiedenen Ebenen.

Beanstandet werden insbesondere Probleme durch die fehlende (und vielleicht nicht genau definierte) Verknüpfung zwischen den öffentlichen Einrichtungen und den Nonprofit-Organisationen, da es dadurch keine Gewissheit über die Höhe der verfügbaren Mittel gäbe,

außerdem werde dadurch die Stabilität/Kontinuität der Beziehung zwischen den für die Finanzierung zuständigen Stellen und den Leistungserbringern gefährdet. (Einige der im Non-profit-Bereich tätigen Befragten sprechen ganz offen von für die Einrichtungen nachteiligen Entscheidungen, die nur aufgrund von wirtschaftlichen Überlegungen getroffen werden.)

Abgesehen von diesen Aspekten wird die **Zusammenarbeit** auch durch die Wahl unterschiedlicher Arbeitsinstrumente und Prioritäten, aber auch durch abweichende berufsethische Grundsätze **erheblich erschwert**; dies gilt vor allem für Dienste mit unterschiedlichem institutionellem Auftrag (z.B. unterschiedliche Interpretation des Datenschutzes, was sich negativ auf die Qualität und Regelmäßigkeit der Mitteilungen zwischen den Diensten wie dem Dienst für Abhängigkeitserkrankungen und dem Zentrum für psychische Gesundheit einerseits und den Sprengeln andererseits auswirkt). Einige Partner der Dienste scheinen auch hohe Erwartungen zu haben und unangemessene Forderungen zu stellen; das gilt besonders für einige Einrichtungen im Schulsektor, die nicht die Definition der Begriffe "Fall" oder "soziales Problem" akzeptieren, wie sie von den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Sprengel verwendet wird. (Als Beispiel dafür kann die Forderung nach einer Hausaufgabenbetreuung für Schüler angesehen werden, und zwar unabhängig davon, ob – so die Aussage einiger SprengelmitarbeiterInnen - eine *echte soziale Misslage* besteht.)

Es besteht scheinbar die Tendenz zu einer genaueren Regelung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Partnern, so z.B. durch die Formalisierung der Berichte. (Dies gilt z.B. für die zahlreichen Protokolle, die zwischen den Sprengeln und dem Psychologischen Dienst oder zwischen den Sprengeln und dem Dienst für Abhängigkeitserkrankungen und dem Zentrum für psychische Gesundheit unterzeichnet wurden.)

Positiv beurteilt wird auf jeden Fall die gemeinsame Fortbildung, da sie als Möglichkeit angesehen wird, kulturelle Unterschiede zu überwinden und gemeinsame Kompetenzen und Strategien zu entwickeln. Die Befragten erkennen aber auch die Grenzen angesichts des dafür erforderlichen großen Aufwands und des Wesens von Fortbildungsprogrammen, die radikalere und strukturell wirksamere Maßnahmen und Entscheidungen nur begünstigen, dieser aber nicht ersetzen können.

Der Grundsatz der Integration und der Netzwerkarbeit wird von fast allen Einrichtungen und von den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der verschiedenen Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe akzeptiert und befürwortet. Hinsichtlich der praktischen Umsetzung dieser neuen Arbeitsweise kann man erhebliche Fortschritte feststellen, und die derzeitige Situation ist in vielerlei Hinsicht und in sehr vielen Fällen durchaus positiv zu beurteilen. Auch wenn explizit kein gegenläufiger Trend festzustellen ist, gibt es noch großen Handlungsbedarf, um den Integrationsgrad zwischen den verschiedenen Netzwerkknoten zu verbessern und die Neuerungen in den beruflichen Praktiken und in den im Laufe der Zeit aufgebauten Beziehungskonstellationen zu festigen. Die Entwicklung des Netzwerks der Dienste muss daher aufmerksam beobachtet werden, neue Res-

sources und Nachbesserungen werden erforderlich sein für dieses System, in das immer neue Stellen und Akteure aufgenommen werden und das angesichts der sich ändernden sozialen Rahmenbedingungen und der neuen sozialen Brennpunkte in Zukunft seine Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen muss.

1.4 Die ungedeckten Bedürfnisse

Die befragten MitarbeiterInnen zeichnen ein ziemlich positives Bild, was die ungedeckten Bedürfnisse bzw. deren Ausmaß bzw. die fehlende Bedarfsgerechtigkeit des Angebots für Kinder und Jugendliche anbelangt. Angesichts der unvermeidlichen Differenzen infolge von geografischen und kulturellen Besonderheiten haben die Interviews natürlich eine unterschiedliche Bewertung mit mehr oder weniger optimistischen Einschätzungen und unterschiedlich kritischen Meinungen ergeben. Viele Befragte sind der Ansicht, dass man in manchen Bereichen mehr erreichen könnte, sie kritisieren die langsame Umsetzung der Betreuungsmaßnahmen und deren Unvollständigkeit. Sie finden, es gäbe zu wenig Verständnis für die Bedürfnisse der Jugend und kein bedarfsgerechtes Angebot für diese überaus vielschichtige und höchst wandelbare Zielgruppe, die oft nicht fähig ist, ihre eigenen Bedürfnisse zu äußern. Insgesamt wird die Lage aber nicht als besonders problematisch beschrieben.

Einige Befragte meinen, dass in der Kinder- und Jugendhilfe viel oder vielleicht gar zu viel unternommen werde, während die Grundprobleme ethischer oder politischer Art trotz dieser intensiven Bemühungen bestehen bleiben würden und für diese zugegebenermaßen schwierigen Situationen nach wie vor keine Lösungsansätze in Sicht seien. Es gibt auch kritische Stimmen, die den Diensten vorwerfen, sie seien nicht fähig, latente Probleme aufzuzeigen oder Lösungen für mittlerweile bekannte soziale Schwierigkeiten anzubieten, für die aber noch kein methodischer Ansatz entwickelt wurde.

Für viele Befragte steckt die Familie als Institution in einer Krise; im Sinne einer erfolgreichen Präventionsarbeit fordern sie daher eine stärkere Unterstützung der Eltern in ihrer erzieherischen Funktion. Als Hilfsangebote für Eltern werden *Informations-, Ausbildungs- und Sensibilisierungskampagnen* zu Jugendthemen, zu Erziehungs-, Beziehungs- und Kommunikationsfragen im Rahmen des Eltern-Kind-Verhältnisses vorgeschlagen. Ganz konkret wird geprüft, inwieweit die Aufnahme von eigenem Personal zur Unterstützung der Familien bei ihren Erziehungsaufgaben sinnvoll ist; man spricht von aufsuchender Familienarbeit, die im Bedarfsfall vor allem bei Familien in abgelegenen und für das Angebot der Dienste schwer erreichbaren Gegenden zur Anwendung gelangen soll.

Die Schwierigkeiten der Schule werden mehrfach erwähnt; als Antwort auf die Schwächen dieser Institution werden Präventionsprogramme und psychologische Schulungen für LehrerInnen und SchülerInnen vorgeschlagen; für SchülerInnen mit Schulschwierigkeiten

werden eine Lernbetreuung am Nachmittag, aber auch der Einsatz von Schulmediatoren vorgeschlagen, die sich um eine Lösung der Probleme zwischen der Schule und der Familie, aber auch zwischen der Familie und den Schülern bemühen sollen. Für die Berufsschulen wurde ein zweifacher Handlungsbedarf festgestellt; sie müssen sich einerseits um eine Eindämmung der Zahl der Jugendlichen mit Verhaltensproblemen bemühen und andererseits müssen sie ihr Berufsberatungsangebot ausbauen und den Absolventen Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben bieten. Die größten Schwierigkeiten (verbunden mit Personalmangel) gibt es beim Aufbau eines regelmäßigen Kommunikationsaustauschs mit Betrieben, die Jugendliche mit Verhaltensproblemen oder Psychiatrieerfahrung aufnehmen sollen.

Hinsichtlich des Angebots an Einrichtungen mangelt es nach Ansicht vieler Befragter an Räumen, in denen sich die Jugendlichen zwanglos treffen und ihre Freizeitgestaltung selbst organisieren können. Die Bedeutung von Jugendzentren und Jugendtreffs wird aber keineswegs unterschätzt, denn das Fehlen solcher Einrichtungen, in denen sich die Jugendlichen in einem lockeren, nicht stark reglementierten Umfeld außerhalb der Familie treffen und Ansprechpartner finden können, wird in manchen abgelegenen Gegenden bemängelt. Die Befragten verweisen auch auf die Bedeutung von Tagesstätten bzw. von "gemischten" Einrichtungen, in denen "normale" Jugendliche mit "betreuungsbedürftigen" Jugendlichen zusammen kommen können, ohne dass letztere isoliert werden; dass es diese Einrichtungen nicht gibt, führen die Befragten nicht zuletzt auf die objektiven Schwierigkeiten zurück, die sich bei der Führung einer solchen Einrichtung ergeben würden. Als Beitrag gegen den Trend zur "Pathologisierung" aller Maßnahmen wird die Einrichtung von kleinen Wohngemeinschaften gefordert, in denen die Betreuten ihre Kreativität entwickeln können. Gleichzeitig wird aber auch auf Lücken im Angebot für Personen mit besonders schwerwiegenden Problemen verwiesen; von fehlenden Einrichtungen für spezielle Zielgruppen sind vor allem psychisch kranke Kinder und Jugendliche betroffen.

Beanstandet wird das Fehlen von Erziehern und Psychologen, Qualifikationen, für die ein steigender Bedarf verzeichnet wird. Erzieher werden vor allem für die aufsuchende Familienarbeit eingesetzt, während Psychologen in allen Einrichtungen wie Schulen und Jugendzentren gebraucht werden, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit befassen. In einigen Gebieten wird auch über fehlende Kinderpsychiater und Neuropsychiater geklagt. Ein Vorwurf, der direkt mit den Eigenheiten und Effizienzmängeln der Dienste zusammenhängt, betrifft die mangelnde Flexibilität des Systems, wenn es um die Ausarbeitung von bedarfsgerechten Lösungen für Personen geht, die nicht als "Sozialfälle" eingestuft werden können, sondern zum so genannten Mittelstand gehören.

Bei folgenden Zielgruppen wurden zumindest Angebotslücken festgestellt: allein erziehende Mütter und im Allgemeinen Kinder mit allein erziehendem Elternteil, aber auch Adoptivkinder und vor allem deren Eltern, die Schwierigkeiten mit den Heranwachsenden haben. Bei Kindern und Jugendlichen, die von ihrer Herkunftsfamilie getrennt leben, kann das Bedürfnis nach familiärer Geborgenheit und Zuneigung nur

schwer erfüllt werden; diese Situation betrifft im Übrigen auch die Einwandererkinder. Kleinere, familienähnliche Einrichtungen und "professionelle Pflegefamilien" könnten diesen Bedarf besser decken. Kinder und Jugendliche mit psychiatrischen Erkrankungen, aber auch Drogenabhängige werden als jene Zielgruppen genannt, für die es oft keine adäquaten Angebote gibt oder mit denen nicht einmal die Kontaktaufnahme gelingt.

1.5 Wahrnehmung schwieriger Lebenslagen und Präventionsmaßnahmen in den Gemeinden, Schulen und Jugendvereinen

Insgesamt kann man sagen, dass die in der Stichprobe erfassten und im Rahmen dieser Studie befragten GemeindevertreterInnen, LehrerInnen und LeiterInnen und MitarbeiterInnen von Vereinen bei den Jugendlichen, mit denen sie arbeiten, gewisse soziale Schwierigkeiten beobachten. Knapp ein Drittel der Befragten spricht von einem weit verbreiteten, bedeutenden Phänomen, für fast die Hälfte sind diese Schwierigkeiten nicht so stark ausgeprägt, aber durchaus nicht zu vernachlässigen, während ein Viertel das Phänomen als unbedeutend oder nicht besonders verbreitet einschätzt.

Die LehrerInnen nehmen das Unbehagen der Jugendlichen stärker wahr als z.B. die MitarbeiterInnen der Gemeindeverwaltungen, aber auch stärker als die Verantwortlichen von Jugendvereinen; bemerkenswert ist die hohe Anzahl von Vertretern von Jugendvereinen, die dieses Problem verharmlosen (ca. 1 Drittel), während ein weiteres Drittel dieses Phänomen als durchaus bedeutend ansieht.

Als Folge dieser schwierigen Lebenslagen werden in der Hauptsache folgende Probleme genannt: **Schulprobleme und die typischen Probleme von Heranwachsenden** werden erwartungsgemäß am meisten im schulischen Bereich festgestellt; **Drogenkonsum und -missbrauch** werden hingegen häufiger von den Gemeindeverwaltungen als Gefahr genannt; vor **familiären Problemen** warnen vor allem LehrerInnen, während Verhaltens- und Beziehungsprobleme sowohl von den Schulen und als auch von den Jugendvereinen als besonders verbreitete schwierige Lebenslage erkannt werden. Im schulischen Bereich werden schließlich hauptsächlich **psychologische** Probleme beobachtet, größere Probleme mit der **Sexualität** werden hingegen nicht festgestellt.

Die meisten der nicht in der Wohlfahrtspflege tätigen Befragten erkennen daher die Tragweite der sozialen Schwierigkeiten der Jugend; die Untersuchung ergab auch, dass es sehr viele Bemühungen in diesem Bereich gibt bzw. dass diese Stellen überzeugt sind, dass bereits genügend unternommen wird, um vor allem den Schul- und Verhaltensproblemen sowie den typischen Problemen von Heranwachsenden entgegenzuwirken. Auch die Bemühungen im Kampf gegen Alkohol-, Nikotin- und Drogenabhängigkeit werden von den Befragten als ausreichend angesehen.

Die Schulen scheinen am meisten gegen das Auftreten dieser schwierigen Lebenslagen bei der Jugend zu unternehmen. (Fast zwei Drittel verwiesen auf eine umfangreiche

Präventionstätigkeit und auf zahlreiche Maßnahmen im Kampf gegen die damit verbundenen Probleme.) Auch ein Drittel der Vertreter der Gemeindeverwaltungen und der Jugendvereine gab an, umfangreiche Informations- und Präventionsarbeit zu leisten.

Fast drei Viertel der Befragten erklären, dass in ihrer Organisation Bemühungen zur Entschärfung jugendlicher Problemlagen unternommen werden; die Untersuchung ergab einen Durchschnittswert von 2,9 pro Analyseeinheit in den letzten 12 Monaten. Die in diesem Abschnitt befragten Einrichtungen und Stellen beweisen somit ein großes Interesse an der in dieser Studie behandelten Frage:

Folgende Tätigkeiten gehören zu ihrem üblichen Angebot:

- **Präventionskampagnen** (Zielgruppe: Bevölkerung im Allgemeinen, Eltern oder Jugendliche) über Nikotin-, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Doping im Sport, psychologische Probleme wie Angst, Stress sowie Ess-Störungen wie Anorexie und Bulimie usw.
- **Treffen, Seminare und Arbeitsgruppen für Eltern**
- **Treffen mit Experten für Jugendfragen** (zu Themen wie Gesundheitserziehung, Gefühlserziehung usw.)
- **Psychologische Beratung**
- **Präventionsarbeit in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten**
- **Freizeit-, Sport- und Kulturangebot für Jugendliche**
- **Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit Lehrern und Eltern; mit Lehrern und Schülern** (spezifische Unterrichtsmaßnahmen oder –methoden)
- **Beratung für die Berufswahl und für den Berufseinstieg**

Ein Drittel der Befragten gibt an, dass ihre Organisation oder Institution sich an die Sozialpädagogische Grundbetreuung gewandt hat, um gemeinsam jugendrelevante Themen oder besondere Fälle zu bearbeiten, für die spezifische Maßnahmen erforderlich waren. Diese Zusammenarbeit wird von den Gemeinden und den Schulen in gleichem Ausmaß angestrebt; ca. zwei Fünftel dieser beiden Gruppen haben Kontakt zur Sozialpädagogischen Grundbetreuung aufgenommen, während die Jugendvereine weit weniger Interesse an einer solchen Zusammenarbeit zeigten. Mehr als drei Viertel derer, die sich an die Dienste der Sozialpädagogischen Grundbetreuung gewandt haben, waren mit der **Zusammenarbeit zufrieden**, auch wenn gewisse Unterschiede festgestellt werden können: Die Schulen erweisen sich als kritischer als die Gemeinden und die Jugendvereine.

Fast die Hälfte der Vertreter der hier befragten Einrichtungen erklären, dass sie in Zusammenhang mit jugendlichen Problemlagen mit dem Sanitätsbetrieb zusammengearbeitet haben (an der Spitze liegt die Schule, die am meisten Kontakte verzeichnet); zwei Fünftel haben gemeinsame Aktionen mit den Schulen oder mit anderen Einrichtungen aus dem Erziehungsbereich und mit den Ordnungskräften (Schulen und

Gemeinden im selben Ausmaß) durchgeführt. Eine weit geringere Zusammenarbeit mit diesen Stellen verzeichnen die Jugendorganisationen. Insgesamt wurde eine **hohe Zufriedenheit mit dem Verlauf der Zusammenarbeit** festgestellt.

2. Die Kinder- und Jugendpolitik: Hinweise auf die Entwicklungstrends in Italien und in Europa

Zum Abschluss dieser Studie über die Probleme der in der Jugendhilfe tätigen Dienste in Südtirol kann ein Ausblick auf die Entwicklungstrends in der Jugendpolitik in Italien und in anderen europäischen Ländern interessante Aufschlüsse geben.

2.1. Die Entwicklungstrends der Systeme der personenbezogenen Dienstleistungen

Die Kinder- und Jugendpolitik muss als Teil der allgemeinen Strategien angesehen werden, die die einzelnen Länder im Rahmen der personenbezogenen Dienstleistungen entwickelt haben. Es besteht also ein enger Zusammenhang zwischen den Leitlinien der Kinder- und Jugendpolitik und dem Entwicklungsstand der verschiedenen *Welfare Systeme*; vergleichende Studien über die in Europa angebotene Wohlfahrtspflege haben gezeigt, dass zu diesem Zweck eine Vielfalt von Strukturen und Organisationsformen entwickelt wurde.

Ausgehend von der Untersuchung von C.Borzaga und M.Maiello, die im Rahmen einer Studie über die Rolle der Sozialdienste in 14 europäischen Staaten durchgeführt wurde [C.Borzaga und A.Santuari (von), *Servizi sociali e nuova occupazione: l'esperienza delle nuove forme di imprenditorialità sociale in Europa*, Autonome Region Trentino-Südtirol, 1998], zeichnen sich drei grundlegende Welfare-Modelle ab:

- A. Modell mit vorwiegend öffentlichem Angebot: Dänemark, Schweden, Finnland, Großbritannien; bei der skandinavischen Variante überwiegt das öffentliche Leistungsangebot, in Großbritannien wurde das Contracting-out von Dienstleistungen entwickelt. (Die lokalen Behörden fungieren als Entscheidungsträger, vergeben aber die Leistungserbringung zum Teil an private Unternehmen, zu denen eine Art Käufer-Lieferant-Verhältnis aufgebaut wird.)
- B. Öffentlich finanziertes Modell, bei dem ein erheblicher Teil des Leistungsangebots von privaten Trägern (von bewährten Organisationen, die das Vertrauen der öffentlichen Verwaltung gewonnen haben) gestellt wird: Deutschland, Holland, Frankreich. In diesen Fällen sind die großen traditionellen Nonprofit-Organisationen, die sehr weit verbreitet und gut strukturiert sind, finanziell sehr stark von den öffentlichen Körperschaften abhängig und werden von diesen auch kontrolliert, sie haben aber gleichzeitig nahezu eine Monopolstellung.

- C. Modell mit geringem Leistungsangebot und umfangreichen Geldtransferleistungen: Italien, Spanien, Portugal, Griechenland. Die Mittelmeerländer zeichnen sich durch ein geringes Angebot sowohl an öffentlichen und als auch an privaten Dienstleistungen aus. Gleichzeitig entwickelt sich aber ein Modell mit gemischter Finanzierung, bei dem die Leistungen teilweise direkt von der öffentlichen Hand, teilweise aber auch von Nonprofit-Organisationen bei geringen Qualitätskontrollen durch die öffentliche Hand erbracht werden.
- D. Drei andere Länder haben für ihre Wohlfahrtspflege Zwischenlösungen entwickelt; Irland liegt mit seinen Modell irgendwo in der Mitte zwischen dem britischen und dem mitteleuropäischen Modell. Das österreichische und das belgische System ähneln zwar dem französisch-deutschen Modell, beide Systeme weisen aber auch einige Merkmale des Modells der Mittelmeerländer auf.

Allgemein kann man aber einen Abbau der öffentlichen Wohlfahrtsproduktion beobachten, während andererseits Nonprofit-Organisationen und die von freien Trägern angebotenen Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das Interesse an den Sozialunternehmen ist nicht nur auf deren hohe Zahl, sondern auch auf ihre organisatorische Innovationsfähigkeit und ihren Beitrag zur Effizienzsteigerung im System insgesamt zurückzuführen (Welfare Mix). Es zeichnet sich also eine Entwicklung in Richtung horizontale Subsidiarität und Erweiterung der Zahl der Leistungsträger ab. Vor diesem Hintergrund hat die öffentliche Körperschaft eine Schlüsselposition. Sie kann:

- die Dienste für die Bürger (in unserem Fall für Kinder und Jugendliche) selbst betreiben;
- den Dienst an Dritte vergeben (die aufsuchende Familienarbeit wird z.B. privaten Trägern oder Familienorganisationen übertragen);
- Leistungen bei anderen Organisationen ankaufen (z.B. durch Zahlung eines Tagessatzes an eine von einem privaten Träger geführte Wohngemeinschaft);
- die Bürger finanziell unterstützen, damit sie direkt für ein Familienmitglied die geforderte Leistung erbringen.

In diesem Sinne unterscheidet man zwischen dem Subjekt, das die Funktion innehat und dem, das die Funktion ausübt. Inhaber der Funktion bleibt nach wie vor die öffentliche Hand, die auch die Regeln des Systems festlegt, während die Organisation der für den Betrieb der Dienste erforderlichen Abläufe, also die konkrete Erfüllung eines Bedarfs, immer öfter ausgelagert wird [siehe "Sviluppo delle politiche a livello regionale e internazionale" in *Cittadini in crescita*, Zeitschrift des Nationalen Dokumentations- und Analysezentrum für Kindheit und Jugend, Jahrgang 3, Nr.2, Florenz, 2002; insbesondere S.129-130].

2.2 Änderungen der Kinder- und Jugendpolitik in Italien nach dem Gesetz 285/97

Während sich im *Welfare System* und bei den institutionellen Rahmenbedingungen die hier beschriebenen allgemeinen Trends abzeichnen, kann man feststellen, dass die Leitlinien,

an denen sich die italienische Kinder- und Jugendpolitik orientiert, immer einheitlicher werden, was die Grundprinzipien anbelangt; für die konkrete Umsetzung dieser Leitlinien steht aber ein sehr breit gefächertes Spektrum von Methoden und Versuchen zur Auswahl.

In Italien erlebte die Kinder- und Jugendpolitik eine entscheidende Wende mit der Verabschiedung des Gesetzes 285/97 – *"Bestimmungen zur Förderung der Rechte und Chancen für Kinder und Jugendliche"* und der damit verbundenen Leitlinien. Aus dem Kinder- und Jugendbericht 2000 für Italien (*Relazione 2000 sulla condizione dell'infanzia e dell'adolescenza in Italia*), der vom Ministerratspräsidium - Abteilung Soziales, von der Nationalen Beobachtungsstelle für Jugendfragen, vom Nationalen Dokumentations- und Analysezentrum für Kindheit und Jugend herausgegeben wird, gehen die Leitlinien für das Leistungsangebot hervor, die ausgehend vom Wortlaut des Gesetzes ausgearbeitet wurden.

Diese neuen Richtlinien basieren auf einigen einfachen Grundsätzen von sehr großer Tragweite (S. 237-239 des Berichts *"Relazione 2000"*). Die Kinder- und Jugendpolitik wurde in ein allgemeines sozialpolitisches Konzept eingefügt, so dass die alte Logik, wonach das Leistungsangebot nur für Problemfälle und Notsituationen bestimmt war, nun überwunden wurde. Nun versucht man, partielle Maßnahmen, die sich nicht an einer ganzheitlichen Sicht der Probleme orientieren, zu vermeiden; Grundlage der in den letzten Jahren entwickelten Strategie ist jeweils eine genaue und umfassende Dokumentation der Situation der Kinder und Jugendlichen. Bei der Formulierung der neuen Kinder- und Jugendschutzgesetze wurde darauf geachtet, dass die Umsetzung der Rechtsvorschriften durch adäquate und praxisorientierte Instrumente begünstigt wird. Außerdem wurde dafür gesorgt, dass die mit den Gesetzen verbundenen administrativen Praktiken auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmt werden und dass sie ihre Persönlichkeit und Interessen respektieren. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch der Grundsatz, dass der Handlungsrahmen der Kinder- und Jugendpolitik nicht nur auf den wenn auch sehr wichtigen Schutz beschränkt werden soll, sondern durch die Zusammenarbeit der institutionellen Ressourcen mit privaten Sozialeinrichtungen auch auf die Kinder- und Jugendförderung und auf Initiativen ausgedehnt werden soll, durch die die Jugend zur Mitwirkung am Gemeinschaftsleben angeregt werden soll, um so ihre Ausgrenzung zu überwinden.

Aus dieser Sicht konzentriert sich die Kinder- und Jugendpolitik vor allem auf die Präventionsarbeit, durch die das Auftreten von Situationen vermieden werden soll, die Rehabilitationsmaßnahmen erfordern; denn mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Kinder- und Jugendpolitik nicht nur aus Maßnahmen zur Bekämpfung von pathologischen Schwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten besteht und dass das Angebot nicht ausschließlich auf Leistungen für gefährdete Subjekte oder Kinder und Jugendliche in Schwierigkeiten beschränkt werden darf.

Durch die in den letzten Jahren verzeichneten Veränderungen in der Familienstruktur und in der Gesellschaft sind neue soziale Bedürfnisse aufgetreten; aus diesem Grund

wurde ein Katalog mit vordringlichen Maßnahmen ausgearbeitet (S. 45-46 des Berichts "*Relazione 2000*"):

- Als erstes dringendes Handlungsfeld wird das Leistungsangebot für die Herkunftsfamilie genannt, mit dem sichergestellt werden soll, dass das Kind in seiner ursprünglichen Familie aufwachsen kann. In diesem Sinn sind auch die Maßnahmen im Rahmen der Elternarbeit zu verstehen.
- Die zweite ausbaubedürftige Schiene betrifft die Förderung der Pflegeanvertrauung als Instrument zur Unterschätzung von Kindern in Krisensituationen und der Herkunftsfamilie.
- Ein drittes Ziel betrifft die Anpassung der Fürsorgeeinrichtungen an die Bedürfnisse der dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen.

Der Geist, der der neuen Kinder- und Jugendpolitik zugrunde liegt, kann mit folgenden Begriffen zusammengefasst werden: Zeit – Umfeld– Schutz.

Die Zeit von Kindern und Jugendlichen ist wertvoll, denn in dieser Zeit wachsen sie, reifen sie, sie brauchen Aufmerksamkeit, spezielle Impulse und solide Beziehungen. Der Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen in Heimen muss auf ein Minimum beschränkt werden, stattdessen sollen individuelle Projekte zur Rückführung in die Familie und die soziale Rehabilitation gefördert werden.

Unter Umfeld versteht man die Rahmenbedingungen in Heimen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche; diese Einrichtungen sollen nicht so sehr als isolierte "geschlossene Räume" ohne Außenbezug organisiert werden sein, sondern vielmehr eine Verbindung zu den anderen spezifischen Kinder- und Jugendeinrichtungen im betreffenden Einzugsgebiet herstellen.

Der Schutz der Rechte von Kindern, auch innerhalb von Wohneinrichtungen, ist das allgemeine Ziel, das mit viel Engagement von allen Beteiligten (Heime, Betreuer, öffentliche Institutionen, Sozialpartner, Freiwilligenorganisationen) angestrebt werden muss.

Der Bericht "*Relazione 2000*" (S.322-326) enthält genaue Hinweise zu den Zielsetzungen der Kinder- und Jugendarbeit, die gekennzeichnet sein muss:

1. durch eine Präventionspolitik zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung; dabei muss die Logik jener Maßnahmen überwunden werden, bei denen Kinder aus ihrem eigenen Lebensumfeld herausgerissen werden, gleichzeitig muss man sich aber auch von der Logik der Maßnahmen distanzieren, bei denen die Benutzer von Sozialdiensten gebrandmarkt werden;
2. durch eine Politik, die auf den Schutz und die ganzheitliche Förderung von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet ist;

Der Bericht enthält auch Hinweise zur Organisationsstruktur des Systems, die gekennzeichnet sein muss:

3. durch eine Politik, die eine ständige Integration zwischen den Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsdiensten erfordert und so ein komplettes ganzheitliches Konzept anbietet, das den Bedürfnissen und Erwartungen der Jugend gerecht wird;
4. durch eine Politik, die eine ständige Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Diensten und den Ressourcen des Dritten Sektors erfordert. Entwicklung in Richtung Welfare Mix, mit dem (durch Ausgabenkontrolle und bessere Ressourcennutzung) die Effizienz und die Effektivität, aber auch die Flexibilität und Bedarfsgerechtigkeit der personenbezogenen Dienste verbessert werden kann.
5. Die öffentliche Hand spielt weiterhin eine wichtige Rolle, da sie zur Sicherung der Qualität für die Planung und Kontrolle des gesamten Netzwerks sorgen muss. Das Ziel ist nicht eine minimalistische Wohlfahrtspflege, sondern ein bürgerorientiertes System, bei dem gemäß dem Prinzip der horizontalen Subsidiarität die diversen Verantwortungsträger Unterstützung von außen erhalten, ohne dass dies als fehlende Sorge der öffentlichen Hand für das Wohl der Kinder und Jugendlichen verstanden wird.

2.3 Die Prioritäten der Kinder- und Jugendpolitik

Über mehrere Jahre hinweg hat das "Istituto degli Innocenti" im Rahmen einer systematischen Erhebung einige Studien über die Kinder- und Jugendhilfe in verschiedenen Gebieten durchgeführt. In der Publikation "*Quindici città in gioco con la legge 285/97*" [Istituto degli Innocenti, Heft Nr.14, Florenz 2000] werden z.B. die Initiativen für Kinder und Jugendliche in den italienischen Städten Bari, Bologna, Brindisi, Cagliari, Catania, Florenz, Genua, Mailand, Neapel, Palermo, Reggio Calabria, Rom, Taranto, Turin und Venedig dargestellt; die jüngste Arbeit "*Esperienze e buone pratiche con la legge 285/97*" [Istituto degli Innocenti, Heft Nr. 26, Florenz 2002] enthält einen Überblick über die Maßnahmen der ersten drei Jahre und einige Beispiele für Good Practices, die italienweit gefördert und eingeführt werden sollen.

Vier Bereiche bieten sich als Schwerpunkte für die künftige Entwicklung der Kinder- und Jugendpolitik an:

- **Projekte im Rahmen der Elternarbeit**

Diese Projekte dienen der Förderung und Stärkung der Ressourcen der Familien, ein Ziel, das durch den Aufbau einer Partnerschaft zwischen der Familie und den Diensten erreicht werden soll; zu diesem Zweck soll das *Empowerment* der Familien und der Gemeinschaft durch die Stärkung des sozialen Netzes (*strengthening*) gefördert werden. Zwei Schlüsselaussagen scheinen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu spielen:

- *Look for strenghts and potential, not just problems*: Zunächst wird empfohlen, anstelle der Problemlagen die Potentiale und Stärken zu ermitteln, denn auch Familien und Gemeinschaften mit großen Problemen können über ausbaufähige Ressourcen verfügen. Das ist ein langsamer, schwieriger Prozess, der aber langfristig Erfolg bringen wird.
- *Support the neighborhood parenting*: Weiters wird die Unterstützung der Nachbarschaftshilfe empfohlen, um das Risiko von Kindesmisshandlung zu minimieren. Die Arbeit im sozialen Netzwerk basiert auf fünf "C" - *consulting, connecting, convening, constructing, coaching* (beraten, vereinen, vereinbaren, aufbauen, vorbereiten – und orientiert sich am Grundsatz, wonach alle Handlungen von allen Beteiligten mitgetragen und mitunterstützt werden sollen.

[vergl. *Esperienze e buone pratiche con la legge 285/97*, 2002, S.17-41]

• **Projekte im Rahmen der Jugendhilfe**

Dazu gehört eine Vielfalt von Maßnahmen, die in zwei größere Gruppen unterteilt werden können: Bereich Unterstützung und Prävention und Bereich Aggregation und Partizipation [vergl. *Esperienze e buone pratiche con la legge 285/97*, 2002, S.17-115] Zum ersten Bereich gehören folgende Projekte:

- a) *Streetwork-Projekte* (mit denen neue Formen von Jugendkontakten entwickelt werden sollen, indem das soziale Umfeld miteingebunden wird; zu diesem Zweck soll ein Netzwerk aufgebaut werden, das die Kommunikation zwischen den Diensten und den Organisationen im Sprengel fördert);
- b) *Präventionsprojekte gegen den vorzeitigen Schulausstieg* (durch das Einschalten von Mediatoren, Tutoren und die Einrichtung von Lehrwerkstätten);
- c) Schaffung von *Erziehungszentren und Beratungsstellen* mit folgenden Funktionen: zuhören, informieren, unterstützen.

Im Wesentlichen handelt es sich um Initiativen, die sowohl auf die Eindämmung von Krisen bei Risikosituationen als auch auf die Förderung des Wohlbefindens und des Selbstwertgefühls abzielen. Zu diesem ersten Bereich gehören auch folgende Projekte:

- d) Projekte zur *Unterstützung von Jugendlichen in Schwierigkeiten*, mit denen Jugendlichen in Krisensituationen in zweifacher Hinsicht geholfen werden soll:
 - Unterstützung der Rolle der Familie und der Schulen mit dem Ziel der Primärprävention;
 - direkte Arbeit mit den Jugendlichen mit geeigneten Diensten, die bei besonders kritischen Situationen (psychiatrische Störungen, bevorstehende Heimunter-

bringung, ausländische Jugendliche ohne Eltern, Kinder von Alkoholikern oder Drogenabhängigen) eingreifen und so Sekundärprävention leisten.

Im Bereich Aggregation und Partizipation besteht die Jugendarbeit in der Einrichtung und Führung von *Treffpunkten*, die den Jugendlichen den Sozialisierungsprozess, den Aufbau von Beziehungen und die Freizeitgestaltung erleichtern sollen, sowie aus Initiativen, mit denen die Partizipation und die aktive Mitgestaltung des sozialen Lebens durch die neue Generation gefördert werden soll.

• **Präventions- und Betreuungsprojekte bei sexuellem Missbrauch und Misshandlung**

Die Arbeit in diesem Bereich [vergl. Esperienze e buone pratiche con la legge 285/97, 2002, S.149-209] setzt sich folgende Ziele:

- a) *Sensibilisierung* (der Öffentlichkeit und vor allem der Eltern im Hinblick auf eine bessere Beaufsichtigung und auf eine Verbesserung der Zuhörfähigkeit);
- b) *Grundausbildung* (Aufklärung der Lehrer über die Phänomene Misshandlung und Missbrauch und Verbesserung der Zuhörfähigkeit und der Fähigkeit, erste Anzeichen zu erkennen);
- c) *Spezialausbildung* (für Diagnose, Feststellung und Behandlung);
- d) *Beratung* (durch die Einrichtung von Präventions-, Bewertungs- und Behandlungseinrichtungen);
- e) *Aufnahmeeinrichtungen, Netzwerke, Zusammenarbeit auf Sprengelzebene*.

• **Projekte für ausländische Kinder und Jugendliche**

Der letzte, aber nicht minder wichtige Bereich der Kinder- und Jugendhilfe betrifft die ausländischen Kinder, für die eine Reihe von Maßnahmen zur sozialen Integration unternommen wird. Diese Maßnahmen setzen sich folgende Ziele:

- a) Förderung des Sozialisierungs- und Integrationsprozesses;
- b) Förderung der Toleranz und Akzeptanz in der Öffentlichkeit;
- c) Unterstützung der kulturellen Identität des ausländischen Kindes;
- d) Unterstützung beim Besuch der Schule (vor allem beim Erlernen der italienischen Sprache).

Aber gerade in diesem Bereich fehlt es den Diensten an Erfahrung und an gezielten Projekten. In Italien steigt die Zahl der betreuungsbedürftigen ausländischen Kinder und Jugendlichen seit einigen Jahren kontinuierlich an. Zu den Problemen mit der jüngsten

Einwanderungswelle kommen noch die spezifischen Probleme der bereits sesshaften Einwanderer hinzu, wodurch zahlreiche Kommunikations- und Beziehungsprobleme auftreten könnten, für die nach Ansicht vieler Fachleute die Dienste die richtigen Lösungen noch erproben müssen.

Es gibt sehr unterschiedliche Fälle; man kann aber zwischen zwei Grundsituationen unterscheiden:

- ausländische Kinder und Jugendliche mit Familie
- ausländische Kinder und Jugendliche ohne Begleitung

Die erste Situation kann mit der von italienischen Kindern verglichen werden, auch wenn bei ausländischen Familien die Fälle von Armut und Ausgrenzung häufiger auftreten als in der einheimischen Bevölkerung. Das Angebot für die mit ihrer Familie lebenden ausländischen Kinder und Jugendlichen ist unterschiedlich, konzentriert sich aber oft auf den sozialpädagogischen Bereich (Unterstützung im schulischen Bereich, Mediation) und auf die Sozialhilfe (finanzielle Unterstützung für die Familie). Es zeichnen sich aber auch einige Probleme mit der zweiten Generation von Immigranten ab (Konflikte in der Familie, Unbehagen, Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen). Die Erfahrung anderer westlicher Industrienationen, die über eine lange Tradition als Einwanderungsland verfügen, zeigt, dass diese Problematik keineswegs unterschätzt werden darf, wenn allen die gleichen Integrationschancen garantiert werden sollen.

Der zweite Fall ist in vielerlei Hinsicht komplexer und nimmt manchmal dramatische Ausmaße an. Ausländische Kinder und Jugendliche ohne Begleitung halten sich in Italien ohne Betreuung und ohne Unterstützung ihrer Eltern oder von anderen rechtlich für sie verantwortlichen Erwachsenen auf. Sie sind vollständig auf sich selbst gestellt, andere sind bei Verwandten untergebracht, oft kommen sie illegal über die Grenzen. Im Umgang mit diesen Kindern muss das Prinzip des so genannten "höheren Interesses des Kindes" im Vordergrund stehen. Das Gesetz Bossi-Fini hat zum Teil den Rechtsstatus geändert und festgelegt, dass die Aufenthaltsgenehmigung für Minderjährige bei Volljährigkeit nur dann verlängert werden kann, wenn der Antragsteller mindestens drei Jahre Aufenthalt in Italien und für mindestens zwei Jahre die Teilnahme an einem sozialpädagogischen Projekt bei einer institutionell anerkannten Organisation nachweisen kann. Es wird befürchtet, dass dieses Gesetz de-facto die Zuwanderung von Jugendlichen unter 15 Jahren fördern könnte. Ausländische Kinder und Jugendliche ohne Begleitung sind in vielen Gegenden bereits zu den Hauptnutzern der Erziehungseinrichtungen geworden, da diese Strukturen die Betreuten aber nicht zum Verbleib zwingen können, verzeichnen sie eine hohe Fluktuationsrate. (Vor allem Jugendliche, die bereits wissen, dass sie die Kriterien des neuen Einwanderungsgesetzes nicht erfüllen, verlassen die Einrichtungen.) Diese Strukturen sind daher nur selten in der Lage, echte sozialpädagogische Projekte umzusetzen.

Bibliografie (1997-2002)

Politik

- Borzaga C. e Santuari A. (a cura di) *Servizi sociali e nuova occupazione: l'esperienza delle nuove forme di imprenditorialità sociale in Europa*, Regione Autonoma Trentino-Alto Adige, Trento, 1998
- Bosco N., "L'assistenza alle famiglie in difficoltà" in M.Barbagli, C.Saraceno, *Lo stato delle famiglie in Italia*, Il Mulino, Bologna, 1997
- Caritas nazionale, Fondazione Zancan, *La rete spezzata. Terzo rapporto sui bisogni dimenticati*, Feltrinelli, Milano, 2000
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Sviluppo delle politiche a livello regionale e internazionale" in *Cittadini in crescita*, anno 3, n.2, Firenze, 2002
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Dossier di documentazione" in *Quaderni*, n.8, Firenze, 1999
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Quindici città in gioco con la legge 285/97" in **Quaderni**, n.14, Firenze, 2000
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Esperienze di buone pratiche con la legge 285/97" in *Quaderni*, n.26, Firenze, 2002
- Commissione Europea, *Libro Bianco della commissione europea: un nuovo impulso per la gioventù europea*, Bruxelles, 2001
- Donati P. "Politiche del tempo quotidiano e relazioni intergenerazionali", in I.Colozzi e G.Giovannini, *Ragazzi in Europa tra tutela, autonomia e responsabilità*, F.Angeli, Milano, 2003
- Istituto IARD, *Study on the state of young people and youth policy in Europe*, Milano-Bruxelles, 2001
- Presidenza del consiglio dei ministri – Dipartimento per gli Affari Sociali, *Relazione 1997 sulla condizione dell'infanzia e dell'adolescenza in Italia*, Firenze 1997
- Presidenza del consiglio dei ministri – Dipartimento per gli Affari Sociali, Osservatorio nazionale per l'infanzia, Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, *Relazione 2000 sulla condizione dell'infanzia e dell'adolescenza in Italia*, Firenze 2001
- Sgritta G.B., "Il sostegno economico ai figli: un quadro europeo" in M.Barbagli, C.Saraceno, *Lo stato delle famiglie in Italia*, Il Mulino, Bologna, 1997
- Tagliaventi M.T. "Interventi ed esperienze per il tempo non protetto dei ragazzi in Italia", in I.Colozzi e G.Giovannini, *Ragazzi in Europa tra tutela, autonomia e responsabilità*, F.Angeli, Milano, 2003

Missbrauch und Misshandlung

- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Violenze sessuali sulle bambine e sui bambini" in Quaderni, n.1, Firenze, 1998
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Le violenze sessuali sui bambini" in Quaderni, n.19, Firenze, 2001
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Analisi comparata in materia di abuso e sfruttamento sessuale dei minori" in Cittadini in crescita, anno 2, n.3-4, Firenze, 2001

Pflegeanvertrauung

- CAM (a cura di), L'affido familiare: un modello di intervento, F.Angeli, Milano, 1998
- CAM (a cura di), Italia-Europa. Alla ricerca di nuovi modelli di tutela per l'infanzia e l'adolescenza, F.Angeli, Milano, 2001
- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "I bambini e gli adolescenti in affidamento familiare" in Quaderni, n.24, Firenze, 2002

Streetwork

- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "In strada con bambini e ragazzi" in Quaderni, n.12, Firenze, 1999
- Regoliosi, L., La strada come luogo educativo. Orientamenti pedagogici sul lavoro di strada, Unicopli, Milano, 2000

Elternarbeit

- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "Interventi e strumenti per sostenere la genitorialità" in Cittadini in crescita, anno 3, n.2, Firenze, 2002
- Milani, P., Il sostegno alla genitorialità: analisi delle tipologie esistenti in Italia e in Europa, " in Cittadini in crescita, anno 1, n.2-3, Firenze, 2000

Heime

- Centro nazionale di documentazione e analisi per l'infanzia e l'adolescenza, "I bambini e gli adolescenti fuori dalla famiglia" in Quaderni, n.9, Firenze, 1999
- Verticale A., Allontanamento coatto del minore dalla famiglia, F.Angeli, Milano, 1999

3. Maßnahmenvorschläge

Die im ersten Absatz dieses Schlusskapitels enthaltene Zusammenfassung und die Besprechung der wichtigsten Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsphasen bilden die Grundlage für einige Vorschläge, die wir den Verantwortlichen und Entscheidungsträgern der mit Kinder- und Jugendhilfe befassten Stellen und Einrichtungen in Südtirol unterbreiten wollen. Wir werden versuchen, getrennte Vorschläge für die einzelnen Ebenen auszuarbeiten, wobei wir mit der politisch-institutionellen Ebene beginnen wollen, für die wir die unserer Ansicht nach bestehenden Optionsmöglichkeiten für die künftige Betreuungsarbeit aufzeigen wollen.

3.1 Die politisch-institutionelle Ebene

Wie mehrfach erwähnt, hat diese Studie gezeigt, dass in Südtirol ein sehr vielschichtiges und komplexes System von Einrichtungen und Diensten in der Kinder- und Jugendhilfe tätig ist. Sowohl die Sozialpädagogische Grundbetreuung als auch die anderen hier berücksichtigten Dienste können auf eine lange Tradition in der Sozialarbeit und auf eine langjährige berufliche Erfahrung verweisen, die durch die spätere institutionelle Reorganisation natürlich nicht zunichte gemacht wurden. Es handelt sich oft um Dienste mit genau definierter Identität, auch wenn es manchmal interne Unstimmigkeiten oder Spannungen gibt; bestimmte Arbeitsweisen haben sich etabliert (im guten wie im schlechten Sinne), die Organisationsmodelle sind einigermaßen stabil. Eine Besonderheit der Identität der Dienste und ihrer Organisationskultur ist sicherlich ihre starke Verwurzelung in ihrem Einzugsbereich und ihre gezielte Ausrichtung auf die lokalen Gegebenheiten (was in diesem Zusammenhang als positiv zu verstehen ist), und das trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer institutionell höheren Ebene (Land oder Staat).

Jeder hier unterbreitete Vorschlag muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden, jede Maßnahme ist auf diese Rahmenbedingungen abzustimmen; dabei ist auf maximale Kontinuität zu achten, ein radikaler Bruch muss vermieden werden, mögliche Konfliktpotentiale sind auf ein Minimum zu beschränken. Es handelt sich um ganz logische Überlegungen, die sich ganz von alleine aufdrängen, die aber hier noch einmal erörtert werden sollen. Im Rahmen der genauen Festlegung der institutionellen Kompetenzen der verschiedenen Ebenen der lokalen öffentlichen Verwaltung (vor allem der Gemeinden und der Bezirksgemeinschaften) und der zahlreichen privaten Träger von Sozialeinrichtungen könnte das Land Südtirol eine verstärkte Koordinierung der lokalen Einrichtungen und Initiativen anstreben.

In diesem Zusammenhang wollen wir sinnvollerweise noch einmal auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen Koordinierungsfeldern - Ressourcen, Verfahren, Ergebnisse - hinweisen. Die Koordinierungstätigkeit der Landesverwaltung muss vor

allem auf eine verstärkte Abstimmung der Ergebnisse ausgerichtet sein, die von den in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Diensten und Einrichtungen erzielt werden. Die Bemühungen müssen in unseren Augen vor allem auf ein adäquates (und nach Möglichkeit einheitliches) Maß an Effektivität und auf die Gleichbehandlung der verschiedenen Fälle und der Anträge auf Hilfestellung abzielen. Angesichts der Vielfalt der in den verschiedenen Diensten eingesetzten Mittel und Methoden erscheinen uns die Bemühungen um eine Koordination dieser beiden Ebenen als zweitrangig, wenn nicht sogar unzweckmäßig. Bei den Ressourcen stellt sich höchstens die Frage, wie man die Bereitstellung von in qualitativer und quantitativer Hinsicht adäquaten Mitteln gewährleisten kann; in der Verfahrensfrage, also bei der Bestimmung des Verwendungszwecks dieser Ressourcen, kommt es – wie an anderer Stelle noch erläutert wird – in erster Linie auf die Evaluation an, wobei allerdings die von den einzelnen Organisationseinheiten getroffenen operativen Entscheidungen jeweils zu berücksichtigen sind. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet, geht es also nicht um eine Vereinheitlichung der fachlichen und beruflichen Ressourcen und der Arbeitsmethoden, für die es heute anscheinend noch nicht die entsprechenden Voraussetzungen gibt; insbesondere fehlt eine von allen akzeptierte Evaluationsmethode, auch hinsichtlich der Kriterien für die Qualitätsmessung ist die Konsensbildung noch nicht abgeschlossen.

Trotzdem besteht die Möglichkeit, für die Ressourcen einige Standards festzulegen oder die Verbreitung von bestimmten Arbeitsmethoden zu fördern. Im Gegenteil, wir glauben, dass die Landesverwaltung die Aufgabe hat, Experimente mit neuen Modellen zu fördern, um in diesem Sinne die künftige Betreuungsnachfrage vorwegzunehmen und so die Einführung von innovativen Arbeitsmethoden zu beschleunigen. Die Landesverwaltung muss auch die Evaluation der eingesetzten Ressourcen und der erzielten Ergebnisse übernehmen und so für eine einheitliche Qualität sorgen. Diese Aufgabe darf aber nicht als "bürokratischer" Vereinheitlichungsprozess mit dem Zitat "autoritären" Gleichschaltung verstanden werden. Veränderungen können – auch wenn sie auf den neuesten "wissenschaftlichen" Erkenntnissen, auf empirischen Beweisen beruhen – nur nach einer entsprechenden Konsensbildung durchgesetzt werden, sie werden sozusagen durch das Gespräch mit den von dieser Innovation betroffenen Akteuren legitimiert.

Nachdem eine Vielzahl von Akteuren mit ganz unterschiedlichen (persönlichen, beruflichen, institutionellen) Interessen in diesen Veränderungsprozess eingebunden ist und sie es ja sind, die mit den unmittelbaren Folgen dieser Neuerungen konfrontiert werden, muss auf jeden Fall mit Widerstand, Desinteresse, wenn nicht sogar mit offener Ablehnung der Reformen gerechnet werden. Hier handelt es sich nicht nur um Unverständnis, um Informationslücken; in einigen Fällen ist es nur allzu verständlich und sogar legitim, wenn sich der eine oder andere gegen die geplanten Veränderungen wehrt. Um diesen Widerstand zu überwinden, braucht es mehr als nur ein gutes Konzept, mehr als Vernunftsargumente oder Berichte über die anderweitig

erzielten Erfolge. In Organisationen können Konflikte nicht vermieden werden, denn sie sind Ausdruck der Meinungsvielfalt, der unterschiedlichen Wertemaßstäbe und Interessen in der Sozialarbeit. Konflikte dürfen daher in diesem Sinne nicht verhindert oder verdrängt werden, sondern müssen ausgetragen und mit Hilfe von Kommunikations- und Verhandlungsinstrumenten gesteuert und überwunden werden.

3.2 Die verfügbaren Ressourcen

In der Sozialpädagogischen Grundbetreuung können die verfügbaren Ressourcen ziemlich direkt kontrolliert und gesteuert werden. Wie bereits mehrfach erwähnt wurden bei der ressourcenmäßigen Ausstattung keine besonderen Mängel festgestellt; es gibt also nur wenige Fälle, in denen eine Erhöhung der Ressourcen erforderlich erscheint. Einige Forderungen - wie z.B. die Forderung nach einer höheren Anzahl von Erziehern für die aufsuchende Familienarbeit anstelle des Einsatzes von Psychologen in den verschiedenen Diensten – sind unserer Ansicht nach nicht als Kritik an den bereitgestellten Ressourcen, sondern als Hinweis auf eine Neuordnung der Aufgaben der Dienste, des Leistungsangebots und der Kompetenzen zu verstehen, die den anderen Netzwerkknoten zuzuweisen sind.

Für einige der genannten Probleme gibt es anscheinend wirklich kaum Lösungsmöglichkeiten, es sei denn mit einem enormen Kostenaufwand. Dies gilt z.B. für das Angebot für Familien in abgelegenen, vom Sitz der Dienste weit entfernten Gebieten, wo die Gefahr besteht, dass einige kleinere besonders isolierte Siedlungen nicht adäquat versorgt werden können. Die große Entfernung ist in unseren Augen eigentlich ein Hindernis, das nicht durch zusätzliche Ressourcen, sondern mit veränderten Kriterien für die Verwendung der verfügbaren Mittel, d.h. durch die Umgestaltung der Organisationsmodelle und eventuell durch eine verstärkte Verflechtung innerhalb des Netzwerks, überwunden werden kann.

Bei den anderen Diensten außerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung muss man natürlich unterscheiden, ob sie der Landesverwaltung unterstellt sind oder von anderen öffentlichen oder von privaten Trägern abhängig sind. Die Ressourcenfrage hängt bei diesen Einrichtungen von der Regelung der Verbindungen innerhalb des Netzwerks ab, da darin die Beziehungen zwischen den verschiedenen Diensten festgelegt werden. Dass die Organisationen mit privater Trägerschaft mehr Stabilität und Kontinuität und mehr Gewissheit hinsichtlich der von der Landesverwaltung bereitgestellten Finanzmittel fordern, ist nur natürlich und sogar verständlich. In einigen Fällen wird die Forderung nach einer Überarbeitung und – soweit erforderlich - nach einer Neufestlegung der "Verträge" direkt von den Personen vorgebracht, die für das Leistungsangebot zuständig sind, das anscheinend sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht neu ausverhandelt werden muss.

3.3 Die Arbeitsweise

Wir haben bereits festgestellt, dass die Wahl der Betreuungsmaßnahmen von Fall zu Fall und von Dienst zu Dienst sehr unterschiedlich ausfällt. Ein Teil dieser Variabilität ist sicher auf die flexible Anwendung und die bedarfsorientierte Anpassung der Maßnahmen, auf die individuelle Gestaltung des Betreuungsprogramms zurückzuführen. Ein weiterer Teil kann vielleicht mit den Schwierigkeiten im Umgang mit allfälligen Nebensächlichkeiten und mit den Problemen bei der Suche und Nutzung der geeigneten Ressourcen begründet werden. Der Versuch, standardisierte Betreuungsverfahren zu entwickeln und anzuwenden, erscheint uns auf jeden Fall nicht zweckmäßig, zumal die Erfolgsaussichten solcher Verfahren in unseren Augen sehr begrenzt sind.

Die Landesverwaltung sollte vielmehr ihre Unterstützung für bestimmte Methoden wie das Case Management oder die Netzwerkarbeit fortsetzen und sogar ausbauen, zumal diese Methoden in der Praxis bereits erprobt werden und künftig auch auf andere Netzwerkknoten ausgedehnt werden könnten.

Andere kleinere Versuche sind im Gange, vor allem was die Regelung des Zugangs zu den Diensten, die Bedarfserhebung und die Verwaltung der Falldokumentation anbelangt. In vielen Fällen handelt es sich um nicht adäquat formalisierte Versuche, die aber auf jeden Fall geprüft und untereinander verglichen werden können, um einige Good Practices auszuarbeiten, die nach einer entsprechenden Ergebnisevaluation dann validiert werden können.

Unserer Ansicht nach könnte man auch Instrumente zur Förderung von neuen Versuchen und Prämiensysteme für das Erreichen der erwarteten Ergebnisse entwickeln; in unseren Augen ist es durchaus vorstellbar, dass Regeln für einen Wettbewerb in Sachen Leistungsqualität und Leistungseffizienz ausgearbeitet werden. Diese Anmerkungen führen uns natürlich mitten in die Diskussion über die Qualitätsevaluation, die an anderer Stelle behandelt wird; diese Aussagen sind aber auch mit der Frage der Ergebnisabstimmung, mit der Konsensbildung und mit der Innovationsförderung verknüpft, von der wir bereits gesprochen haben.

Zu diesem Zweck müssten auch beträchtliche Anstrengungen unternommen werden, um die Kriterien der Arbeitsorganisation innerhalb der Sozialpädagogischen Grundbetreuung und der anderen Dienste öffentlich darzulegen. Dieser Schritt ist auf jeden Fall unumgänglich, nicht so sehr um die Unterschiede in der Arbeits- und Funktionsweise der verschiedenen Dienste abzubauen, sondern vielmehr um dem Mangel an Information, Transparenz und Verständnis innerhalb des Systems entgegenzuwirken. Dies gilt insbesondere für die genaue Eingrenzung der Zuständigkeiten und die Regelung der Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen untereinander.

Den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen (der diversen Berufsgruppen), den Führungs- und Verwaltungskräften der verschiedenen im Netzwerk tätigen Dienste müssen mehr Möglichkeiten zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch eingeräumt werden. Dabei darf man sich aber nicht der Illusion hingeben, dass damit die Konflikte gelöst und die Ursachen für Reibungspunkte und Spannungen zwischen den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen und den Diensten vollständig ausgeschaltet werden. Durch Kommunikation können die Transparenz und das gegenseitige Verständnis für die Schwierigkeiten der jeweils anderen Partei gefördert werden, damit gibt es Erklärungen für die auftretenden Probleme, so dass die MitarbeiterInnen und die betreuten Personen selbst dadurch weniger belastet werden und damit leichter umgehen können. Gemeinsame interdisziplinäre Fortbildungsprogramme für mehrere Berufsgruppen und mehrere Organisationen können in solchen Fällen sicherlich eine große Hilfe sein.

Ein Problem tauchte in den verschiedenen Phasen der Studie immer wieder auf: die hohe Personalfluktuaton. In Organisationsstudien wird dieses Phänomen als Hinweis auf Organisationsmängel ausgelegt, die die Arbeitsweise oder die Organisationsmodelle betreffen können. Eine genaue Lokalisierung der Organisationsdefizite und der Mängel in der Arbeitsweise, die in unserem Fall zum starken Personalwechsel beitragen können, ist kaum möglich. Dieses Phänomen sollte zweifelsohne beobachtet werden, um seine effektiven Auswirkungen zu erfassen, einige besonders kritische Situationen sollten vielleicht auch näher analysiert werden.

3.4 Die Organisationsmodelle

Im Rahmen unserer Untersuchung wurde von mehreren Seiten der Ausbau des niederschweligen Angebots gefordert. Einerseits wird die Fortsetzung des Prozesses der Entinstitutionalisierung der Betreuungsarbeit mit einer (größen- und zahlenmäßigen) Verkleinerung und Neugestaltung der Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche gefordert. In eine scheinbar andere Richtung gehen hingegen die (weniger häufigen) Forderungen nach Facheinrichtungen, die vor allem für psychiatrische Fälle und im Allgemeinen für besonders schwere Fälle und für nicht planbare Maßnahmen beantragt werden. Die Argumente, mit der die zuletzt genannten Forderungen begründet werden, müssten aber genau geprüft werden, um zu verstehen, ob effektiv alle Möglichkeiten des Netzwerks ausgeschöpft werden, wie hoch der Anteil der Fälle ist, für die eine stationäre Unterbringung in Heimen erforderlich ist, welcher Spielraum für eine etwaige Umgestaltung bestehender Einrichtungen besteht und wie hoch der tatsächliche Bedarf ist. Aus den uns vorliegenden Daten gehen scheinbar keine größeren Versorgungsmängel in diesem Bereich hervor. Eine spezifische epidemiologische und organisatorische Studie könnte im Detail Aufschluss über diese Frage geben. Die Ergebnisse einer solchen Analyse sind auf jeden Fall vor

dem Hintergrund der laufenden Debatte über die auch für diesen Bereich geforderte Entinstitutionalisierung zu betrachten, wobei möglichst zwischen der ideologischen und wertemäßigen Dimension und der fachlich-beruflichen Ebene unterschieden werden muss.

Andererseits wird die Einführung einiger mehr oder weniger innovativer Modelle begrüßt; dazu gehören Versuche wie der Einsatz von Streetworkern, Jugendberatungscentren, die aufsuchende Familienarbeit, professionelle Pflegefamilien, Tagesstätten. Diese Angebote, die sich alle durch ein hohes Maß an Flexibilität auszeichnen, wollen eine *Pathologisierung* der Maßnahmen verhindern und bemühen sich stattdessen um einen realitätsnahen Ansatz, der auf *Normalisierung* ausgerichtet ist und sich am Alltag der Kinder und Jugendlichen orientiert. Einige dieser Angebote (mit Ausnahme vielleicht der Tagesstätten) müssen aber besser nach außen sichtbar gemacht werden, außerdem muss die Informationsarbeit über die fachlich-beruflichen Grundlagen ihrer Arbeitsmethode verstärkt werden. Aufbauend auf diese verstärkte Transparenz und Information können feste Kontakte zu den anderen Netzwerkknoten entwickelt werden, so dass die Gefahr von falschen Erwartungen und Fehleinschätzungen abgebaut werden kann. Um aus der Versuchsphase herauszukommen, müssen - außer einem gut durchdachten Konzept und Argumenten zur Begründung des Innovationsansatzes - in erster Linie Beweise für die Effizienz des Organisationsmodells und für die Ergebnisqualität vorgelegt werden. Dafür wären in einigen Fällen mehr Klarheit und adäquate Instrumente für die Qualitätsevaluation erforderlich. Damit sind wir aber bei den allgemein festgestellten Mängeln in der Qualitätsevaluation angelangt, die in einem anderen Abschnitt näher beleuchtet werden.

In einigen Fällen wird vorgeschlagen, innerhalb der bestehenden Dienste (vor allem in den Tagesstätten) die Voraussetzungen zu schaffen, damit das Angebot dieser Dienste auch auf Kinder und Jugendliche ohne spezifische Problemlage ausgedehnt werden kann. Ziel dieser Maßnahme wäre die gemeinsame Betreuung von hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen, also von Sozialfällen, und von Jugendlichen ohne Probleme, um so der Gefahr einer ghettoähnlichen Isolierung der von den Diensten betreuten Minderjährigen und einer Stigmatisierung infolge der Übernahme eines Falls durch die Dienste entgegenzuwirken. Mit diesen gemischten Strukturen könnte man auch die teilweise kritisierten Hemmschwellen für den Zugang zu niederschweligen Betreuungsformen für jene Jugendlichen abbauen, deren Situation nicht besonders gravierend ist und deren finanzielle Lage die Inanspruchnahme der traditionellen Betreuungsleistungen nicht rechtfertigt.

Andererseits wird – wie bereits erwähnt – häufig das Übermaß an Angeboten in der Kinder- und Jugendhilfe beanstandet, diese eher allgemeine Kritik ist aber vielleicht mehr kulturell als fachlich-beruflich begründet. Diese Aussagen gelten nicht für die

schweren, problematischen Fälle, die offiziell von den Diensten zur Betreuung übernommen werden, sondern betreffen vielmehr jene mehr oder weniger gefährdeten Zielgruppen von Jugendlichen, denen zu Präventionszwecken Treffpunkte und diverse Anlässe für Begegnungen mit Gleichaltrigen angeboten werden. In diesem Sinne wird auch vor einer zu starken Institutionalisierung der Jugendzentren und vor der Steuerung des Informations- und Bildungsangebots von oben und damit verbunden vor der Gefahr von Desinteresse bei der Jugend gewarnt. In der Tat scheint es sehr viele Bereiche und Möglichkeiten zu geben, um andere Formen der Informationsarbeit und der Jugendförderung (z.B. *Peer Education- Programme*) zu testen.

Statt dessen wird vorgeschlagen, die Fähigkeiten zur Selbstgestaltung der Jugendlichen stärker zu fördern, indem man ihnen Räume und Gelegenheiten gibt, sich selbständig zu organisieren und ihre Tätigkeiten frei zu planen, ohne dass den Jugendlichen enge Bindungen aufgezwungen werden, zumal diese vielleicht nur daran interessiert sind, einen Treffpunkt, einen "von äußeren Zwängen befreiten" Ort (mit entsprechender Ausstattung) zu haben, wo sie ungezwungen ihre Freizeit verbringen, sich selbst organisieren können und ihre Zeit mit Gleichaltrigen verbringen und ihre Kreativität zum Ausdruck bringen können.

Man darf allerdings nicht vergessen, dass andererseits in einigen besonders abgelegenen Gegenden auch über das fehlende Angebot für Jugendliche und über den Mangel an Jugendtreffs geklagt wurde.

3.5 Die Organisationskultur

In den Interviews verwenden die MitarbeiterInnen immer wieder Begriffe wie Integration, Netzwerkarbeit, Qualität, Bedarfsorientierung usw., die auch in den Planungsinstrumenten und den Gesetzen zu lesen sind, wodurch diese Begriffe eine politische und organisationspolitische Bedeutung erhalten. Die von den Befragten präsentierten Beschreibungen ihrer Arbeitsaufgaben, ihre Darlegung der Werte und Kriterien, an denen sich die Tätigkeit der Dienste orientiert, und ihre *Berichte* über die Organisationskultur ergeben im Großen und Ganzen einen recht guten Konsens hinsichtlich der Grundsätze und Ziele der lokalen Sozialpolitik. Oft kann aber auch eine beträchtliche Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis, also der Darstellung der eigenen Arbeit, und der Art und Weise festgestellt werden, wie die eigene Situation analysiert und wie *darüber berichtet* wird. In vielen Fällen hat man das Gefühl mit einer gewissen "Kurzsichtigkeit" konfrontiert zu sein; einerseits werden zwar die allgemeinen Grundsätze und Kriterien befürwortet, aber bei der Beurteilung der eigenen konkreten täglichen Arbeit werden sie nicht angewendet. Angesichts dieser Inkohärenz, dieser Diskrepanz zwischen den allgemeinen Grundsätzen und deren Umsetzung, zwischen Organisationskultur und – praxis, könnte man den

Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen Instrumente für eine gründliche Hinterfragung ihres eigenen Organisationsumfelds vermitteln und Initiativen unterstützen, die die eigenen beruflichen Praktiken kritisch beleuchten. Als mögliche Instrumente bieten sich auch in diesem Fall Ausbildungsmaßnahmen, aber auch die Bewertungs- und die Aktionsforschung an. Ziel muss auch in diesem Fall eine möglichst weite Verbreitung und eine ausführliche Diskussion der Ergebnisse und Vorschläge sein, damit die verschiedenen Einrichtungen möglichst oft Gelegenheit für einen Austausch erhalten.

3.6 Die Evaluation

Das Thema Qualität und Qualitätsevaluation ist anscheinend auch fester Bestandteil der Organisationskultur des Sozialwesens geworden, und mit wenigen Ausnahmen (die aber interessante Aufschlüsse über die noch vorhandenen Hindernisse geben) gehört dieser Begriff zur *Rhetorik* der MitarbeiterInnen, der Führungs- und Verwaltungskräfte, wenn sie über ihre Arbeit, über die künftigen *Herausforderungen* und über die angestrebten Ziele sprechen. Aber auch in diesem Fall beobachten wir eine gewisse "Kurzsichtigkeit", eine geringe Kohärenz zwischen den theoretischen Grundsätzen und der praktischen Umsetzung, zwischen Absicht und konkretem Verhalten.

Die Qualitätsevaluation der Dienste muss unterstützt und mit entsprechenden Argumenten legitimiert werden; zu diesem Zweck müssen theoretische und praktische Instrumente angeboten werden, damit die MitarbeiterInnen nicht mit naiven und spontanen Methoden an die Evaluation herangehen. Es geht nicht nur um zusätzliche Investitionen in die Ausbildung im Qualitätsbereich oder um die finanzielle Unterstützung für eine Aktionsforschung, sondern um die Suche nach geeigneten Instrumenten zur Förderung von Initiativen im Qualitätsbereich, für die eine Reihe von ausdrücklich von der Landesverwaltung vorgegebenen Kriterien einzuhalten sind. Wahrscheinlich kann man keine einheitliche Methode für die Qualitätsevaluation vorschreiben; die Realität der diversen Einrichtungen ist zu unterschiedlich, auch der Zweck der Evaluation kann variieren. Man kann aber für die Evaluationsmethodik einige Mindestkriterien festlegen, von deren Einhaltung die Vergabe von Förderungen und Prämien abhängig gemacht wird. Auch in diesem Fall kann man einen Ideen- und Good-Practices-Wettbewerb für die Qualitätsevaluation anregen, bei dem aber ein klares, von allen befürwortetes System von Regeln und Methoden vorgegeben werden sollte.

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung des Themas Qualitätsevaluation und entsprechender Aktionen bietet die Ausarbeitung einer "Dienstleistungscharta". Es gibt genügend Erfahrungen in diesem Bereich, die auch beweisen, dass sich dieses Instrument für die konkrete Umsetzung der Qualitätsevaluation bewährt hat.

Das Thema Qualität ist eng verknüpft mit der Tätigkeit der Informationssysteme. In manchen Fällen wurde über Schwierigkeiten bei der Anwendung der gesammelten Daten und der vom Landesinformationssystem (LISYS) ausgearbeiteten Indikatoren geklagt. Hier handelt es sich meistens um ein hinlänglich bekanntes Problem, denn das Informationssystem muss sowohl auf die Bedürfnisse in der praktischen Sozialarbeit als auch auf die des Managements abgestimmt werden, dem die Daten als Grundlage für die Planung und Evaluation der Tätigkeit des Systems insgesamt dienen. Außerdem sind viele Einrichtungen nicht im LISYS erfasst, aus diesem Grund oder um die mit dem LISYS verbundenen Probleme zu überwinden, wurden in vielen Diensten eigene Ad-hoc-Informationssysteme entwickelt, deren Datensammlung und Indikatoren aber nicht so organisiert sind, dass sie an andere Organisationen weitergeleitet werden können. Das Ergebnis sind daher stark fragmentierte Daten, die untereinander nicht verglichen werden können. Eine Überprüfung der Funktionsweise des Informationssystems und seiner Nutzung durch die Stellen, die die Informationen liefern und die ausgewerteten Daten für ihre Entscheidungsfindung nutzen sollen, wäre daher dringend notwendig.

3.7 Das Netzwerk

Bevor eine Änderung im Netzwerk der in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Dienste und Einrichtungen ins Auge gefasst wird, muss man sich auch in diesem Fall bewusst machen, dass es sehr vielschichtige und differenzierte Verbindungen und Beziehungen zwischen den diversen Netzwerkknoten gibt. Die Qualität der Partnerschaft zwischen den verschiedenen Diensten oder Einrichtungen variiert von Fall zu Fall; auch bei langjähriger Zusammenarbeit scheint die Qualität von ziemlich nebensächlichen Faktoren, wie der persönlichen Bekanntschaft der mit ein und demselben Fall befassten Personen, abzuhängen.

Die formellen, von den diversen Partnern unterzeichneten Protokolle, in denen die Gründe und Regeln der Zusammenarbeit der MitarbeiterInnen und der Dienste festgelegt sind, werden von den meisten als erfolgreiches Instrument angesehen, mit dem Zweifel und Ungewissheit ausgeräumt und die Stabilität und Effektivität der Kooperation verbessert werden können. Dieses Instrument kann daher jenen Diensten empfohlen werden, die ihre Arbeitsbeziehungen zu den mehr oder weniger institutionellen Partnern noch nicht festgelegt haben; überlegenswert erscheint uns auch die Aussendung von Musterprotokollen zur Erleichterung dieses Prozesses.

Im Rahmen von Protokollen kann vielleicht auch die komplexe Frage der Weitergabe der Daten über einzelne betreute Personen und deren Familie geregelt werden, die für die Realisierung der Maßnahmen erforderlich ist, die aber unter Einhaltung der

Datenschutzvorschriften erfolgen muss. Die unterschiedliche Auslegung der Bestimmungen und die unterschiedliche Bedeutung, die den gegensätzlichen Interessen beigemessen wird, die bei der Zusammenarbeit verschiedener Dienste zum Tragen kommen, führen oft zu großen Missverständnissen und Spannungen zwischen den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen. Unabhängig davon, ob es formelle Regeln gibt oder nicht, kann nur dann eine für alle betroffenen Parteien zufrieden stellende Lösung gefunden werden, wenn die Standpunkte, Interessen und Ziele der diversen Akteure klar dargelegt und besprochen werden. Dadurch, dass die betreffenden MitarbeiterInnen und Dienste oft unterschiedlichen Bereichen der Landesverwaltung angehören, muss auf institutioneller Ebene vermittelnd eingegriffen werden; die Behörden müssen selbst für alle von diesem Problem betroffenen Subjekte die geltenden Regeln festlegen.

Abgesehen von der formellen Regelung der Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks hat die Untersuchung Hinweise auf spezifische und teilweise erhebliche Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit, vor allem was die Rolle der schulischen Einrichtungen anbelangt, ergeben. In diesem Bereich gibt es scheinbar noch großen Handlungsbedarf; die Akteure müssen sich gegenseitig kennen lernen und müssen über den Zweck der Zusammenarbeit mit der Sozialpädagogischen Grundbetreuung und den anderen Diensten besser aufgeklärt werden. In diesem Zusammenhang wäre eine verstärkte Aufklärung über die sozialen Problemlagen, mit denen Kinder und Jugendliche konfrontiert sein können, über die Instrumente und Techniken der Rehabilitation und der Prävention sowie über die Methoden der Früherkennung durchaus sinnvoll. Bestimmte Kompetenzen - vor allem für die Früherkennung von pathologischen Situationen oder Risikosituationen - können auch dem Schulpersonal übertragen und gemeinsam ausgeübt werden; man kann eine gemeinsame Sprache entwickeln, die Diskrepanz zwischen Image und Erwartungshaltung kann verringert werden.

Das reicht aber wahrscheinlich nicht aus, um die Ursachen für Spannungen, Missverständnisse und gegenseitige Vorwürfe auszuschalten; aber diese Aufklärung kann die Rahmenbedingungen für diesen Austausch zwischen den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Sozialdienste und den Lehrern/Lehrerinnen, zwischen den Diensten und Schulen, schaffen, indem einige allgemeine Regeln festgeschrieben werden, die für die Zusammenarbeit gelten sollen.

In der Tat sind einige Forderungen aus schulischen Kreisen nicht sehr verständlich und können nicht gleich befürwortet werden; vorgeschlagen werden unter anderem Präventionsarbeit und psychologische Betreuung für LehrerInnen und SchülerInnen oder die Einführung von Schulmediatoren bei Problemen zwischen der Schule und der Familie, aber auch zwischen Eltern und Kindern. In diesem Fall ist zu klären, ob es wirklich um eine Verlagerung der Ressourcen an den Ort geht, an dem die

Probleme effektiv auftreten und wo sie rechtzeitig erkannt werden können, ob also *Assessment* und *Intervention* in den schulischen Bereich unter Verwendung der schuleigenen Ressourcen vorverlegt werden sollen. Diese Forderung könnte aber auch als Wunsch nach einer verstärkten Integration zwischen der Schule und der Sozialpädagogischen Grundbetreuung verstanden werden, zumal in vielen Schulen bereits seit geraumer Zeit eine erfolgreiche Zusammenarbeit aufgebaut wurde. Die Forderung nach einer "Hausaufgabenbetreuung für Schüler mit Lernschwierigkeiten" ist sicher ein Beispiel für eine potentielle Rollenvermischung, ein Irrtum, der durch eine klarere Festlegung der anzustrebenden Zielsetzungen und der erforderlichen Kompetenzen aufgeklärt werden kann.

Als weniger gravierend, aber in ihrer Art als sehr ähnlich, erweisen sich einige Probleme im Rahmen der Beziehungen zwischen den öffentlichen Diensten und den privaten Sozialeinrichtungen. Auch hier haben wir einige kritische Bemerkungen, einige vermeidbare Missverständnisse verzeichnet. Offensichtlich kommt hier vielleicht noch mehr als in der Beziehung zur Welt der Schule das Wertesystem zum Tragen, an dem sich die MitarbeiterInnen bei ihren Entscheidungen und die Dienste bei der Festlegung ihrer Ziele orientieren. Einige Meinungsverschiedenheiten können nicht nur durch verbesserte Kommunikation überwunden werden, andere aber schon. In Gesprächen könnten zumindest die Gründe für die Meinungsverschiedenheiten, für die Unzufriedenheit aufgeklärt werden, sofern die vorgebrachten Argumente in der gemeinsamen Diskussion nicht widerlegt werden; dadurch könnten Vorurteile und Gemeinplätze abgebaut und fehlende Kenntnisse ergänzt werden, da die Interviews große Wissenslücken bei den Befragten ergeben haben.

Als Rahmen für dieses gegenseitige Kennen lernen, als Instrument für diesen Austausch bietet sich auch in diesem Fall eine gemeinsame Fortbildung an; aber auch eine von den verschiedenen Akteuren gemeinsam unterstützte Ad-hoc-Bewertungs- oder Vergleichsstudie eignet sich für einen Meinungsaustausch.

Wenn wir auch die Familie als einen *Netzwerkknoten*, als einen potentiellen Partner in der Kinder- und Jugendarbeit verstehen – sofern die Betreuungsmaßnahme nicht direkt für die Familie bestimmt ist, wie dies oft der Fall ist – dann muss das pädagogische Hilfsangebot für Familien, vor allem die aufsuchende Familienarbeit, gefördert und ausgebaut werden. Dies gilt vor allem für Familien in abgelegenen Gegenden, die weit entfernt vom Sitz der Betreuungseinrichtungen wohnen.

Abgesehen von den Fällen, in denen bereits ein Betreuungsprojekt läuft, brauchen wir ganz allgemein Maßnahmen zur Unterstützung der Eltern in ihrer Funktion als Erzieher; als Hilfsangebote für Eltern werden Informations-, Ausbildungs- und Sensibilisierungskampagnen zu Jugendthemen, zu Erziehungs-, Beziehungs- und Kommunikationsfragen im Eltern-Kind-Verhältnis vorgeschlagen.

Die Veränderungen in der Familienstruktur, die neue Rollengestaltung in der Familie und die ständige Zunahme neuer Familienmodelle haben zur Entwicklung von relativ neuen Problemen geführt, für die eigene Lösungen erforderlich sind. Die Abstimmung des Leistungsangebots der Dienste auf diese neuen Probleme ist vielleicht noch nicht optimal. Die Lage der Familien mit allein erziehendem Elternteil oder die Schwierigkeiten von getrennten Frauen, die ihre Unterhaltsansprüche gegen den ehemaligen Partner nicht immer durchsetzen können– das sind die Herausforderungen, die sich infolge der sozialen Veränderungen ergeben und die bei der Neugestaltung der Leistungs- und Maßnahmenmodelle im Sozialbereich gemeistert werden müssen.

Andere für Südtirol relativ neue Phänomene, wie die Zuwanderung von Einwandererkindern ohne Begleitung der Eltern, erfordern rechtzeitige und innovative Lösungen, die der Besonderheit dieser Problemlagen Rechnung tragen und sich in das Netzwerk bestehender Dienste eingliedern müssen. Für diesen konkreten Fall wurde ein Ausbau der niederschweligen Dienste vorgeschlagen, um so eine enge, gezielte Integration mit der Sozialpädagogischen Grundbetreuung und einen formellen Kontakt zu den Ordnungskräften zu erreichen.

Die Dienste mit ihrem *Netzwerk* sind bekanntlich in einem sozialen Umfeld tätig, das gleichzeitig auch Empfänger des Leistungsangebots ist; dabei darf man aber nicht vergessen, dass das Sozialsystem auf die Akzeptanz in der Öffentlichkeit angewiesen ist. Unter den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen scheint die Wahrnehmung weit verbreitet zu sein, dass ihre Rolle, die Ergebnisse ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit nicht positiv beurteilt würden. In einigen spezifischen Situationen haben wir auch in Südtirol eine relativ starke Beunruhigung angesichts der sozialen Brennpunkte festgestellt, von denen Kinder und Jugendliche (und deren Familien) betroffen sein können und für die die Dienste ihre Betreuungsmaßnahmen entwickelt haben. Auch in diesem Fall handelt es sich weitgehend um einen Restbestand an Problemen, die nur schwer auszumerzen sind. Das bedeutet aber nicht, dass nicht im Zuge der allgemeinen Debatte und in Anlehnung an bereits bewährte Kommunikations- und Sozialmarketingaktionen gezielte Kampagnen zur Förderung des Images der Sozialdienste geplant werden können.